Marc Vuilleumier

Frankreich und die Tätigkeit Weitlings und seiner Schüler in der Schweiz (1841–1845)

Es ist bekannt, wie sehr sich die deutschen Staaten für die Tätigkeit Weitlings in der Schweiz interessierten; einige Berichte ihrer Diplomaten sind bereits veröffentlicht und andere von Historikern benutzt worden[1]). Dagegen sind die Depeschen der Französischen Botschaft in Bern und die Berichte der französischen Departements-Verwaltungen, soweit die Departements an die Schweiz grenzten, bisher der Aufmerksamkeit der Forscher entgangen. Diese Dokumente erweitern zwar nicht unsere Kenntnisse über Weitling, sie enthalten aber einige unbekannte Details und lassen die Bedeutung erkennen, die der Propaganda des Schneidergesellen von Frankreich aus beigemessen worden ist. Gleichzeitig zeigen sie, welche Vorstellungen man sich von seinem Kommunismus gemacht hat.

Zum ersten Male sprach Graf Reinhard[2]), der Geschäftsträger in Vertretung des Botschafters, Graf Mortier, am 9. Dezember 1841 von Weitling. Ihm war ein Denunziantenbrief zugegangen (Anlage I), durch den seine Aufmerksamkeit auf Weitlings Propaganda gelenkt wurde. Die Öffentlichkeit kannte diese Propaganda bereits durch die ersten drei Nummern seiner Zeitung *»Der Hülferuf der deutschen Jugend«* und besonders durch den Artikel der »Augsburger Allgemeine Zeitung« vom 25. November 1841[3]).

Nachdem er Erkundigungen eingezogen hatte, beeilte sich Reinhard, den Brief weiterzuleiten: »Falls Sie, Herr Minister, den darin enthaltenen Mitteilungen

---

[1]) Vgl. für Preußen W. A. H.: »Weitling in den Geheimakten«, in: »Die Internationale«, Berlin, Jg. 14, 1931, Seite 44—48, 85—89, 133—136.

[2]) Graf Reinhard war ein sehr guter Kenner der Schweiz, wo er die Hälfte seiner Laufbahn absolviert und seit 1837 gewohnt hatte. Vgl. Hans Bessler: La France et la Suisse de 1848 à 1852, Neuchâtel-Paris 1930, S. 134–139.

[3]) Nachgedruckt bei Ernst Barnikol: Geschichte des religiösen und atheistischen Frühsozialismus nach der Darstellung August Beckers vom Jahre 1847. Kiel 1932, S. 111—112.

einige Bedeutung beimessen, könnte ich den anonymen Verfasser dazu veranlassen, mir weitere Mitteilungen zukommen zu lassen. Sollten Sie es aber für unpassend halten, daß sich die Botschaft des Königs in eine solche Angelegenheit einläßt, wäre es zweifellos leicht, die Person, die an mich geschrieben hat, zu veranlassen, sich direkt mit dem Innenministerium in Verbindung zu setzen. Der in dem Brief erwähnte Sendbote der französischen Geheimgesellschaften ist ein in einer Schneiderei beschäftigter Arbeiter, der von Paris nach Genf gekommen und von dem in einem Genf, den 17. November, datierten Artikel die Rede ist, den die »Augsburger Allgemeine Zeitung« vom 25. November veröffentlicht hat. Wenn diese Person tatsächlich mit Paris eine ausführliche Korrespondenz führt, die an sie unter den Initialen *W. W.* adressiert ist, könnte eine Überwachung zu wichtigen Entdeckungen führen. Jedenfalls glaube ich die ganze Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf die in Genf unter dem Titel *»Der Hülferuf der deutschen Jugend«* veröffentlichte Zeitung lenken zu müssen, von der ein Exemplar beigefügt ist.«

Von den wichtigsten Artikeln der dritten Nummer folgte im Brief eine Analyse: *»Die Kommunion und die Kommunisten.* Dieser Artikel stellt die französischen Kommunisten in einem solchen Lichte dar, daß ihre Grundsätze für die deutschen Arbeiter annehmbar werden, bei deren Mehrheit das religiöse Gefühl vorherrschend ist. Man hütet sich deshalb sehr, jene materialistischen Doktrinen in den Vordergrund zu stellen, die in den Broschüren zum Ausdruck gebracht wurden, die bei den Komplicen Quenissets[4]) beschlagnahmt worden sind. Dagegen werden die Leser, die man gewinnen will, an ihre erste Kommunion erinnert, es werden Bibeltexte zitiert und man bemüht sich, die Kommunisten von heute so darzustellen, als ob sie das Beispiel und die Vorschriften der Christen der Urkirche befolgten . . .

Eine Zeitung, die so aufrührerische Doktrinen unter den Arbeitern zu verbreiten sucht, ist sicher sehr gefährlich, sie wäre es aber noch mehr, wenn es wahr wäre, wie das mein anonymer Korrespondent in Genf behauptet, daß sie dazu dienen soll, den Emissären der Geheimgesellschaften Personen bekanntzumachen, die bereit sind, sich in diese Gesellschaften aufnehmen zu lassen[5]).«

---

[4]) Quenisset hatte am 13. September 1841 versucht, den Herzog von Aumale zu ermorden. Dieses Attentat führte zur Aufdeckung und Unterdrückung der kommunistischen und egalitären Gesellschaften, die sich unter den Arbeitern der französischen Hauptstadt gebildet hatten und mit denen Quenisset einige Verbindungen gehabt hatte.

[5]) Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Paris, Correspondance politique, Suisse, Bd. 544, 9. Dezember 1841.
Da alle weiteren Dokumente, die hier zitiert werden, aus derselben Serie dieses Archivs stammen, wird hinter der Abkürzung AMAE nur die Bandnummer angegeben.
Wie man sieht, spricht Reinhard dem Schneidergesellen Weitling jede Originalität der Gedanken ab. Er betrachtet ihn als einen Emissär der französischen Kommunisten, der seine

Fortsetzung S. 249

Am 16. Dezember analysierte der Diplomat nicht ohne Scharfblick die Taktik Weitlings und vervollständigte seine Informationen, indem er die beiden ersten Nummern des »Hülferufs« übersandte, die bisher nicht hatten beschafft werden können: »Sie haben nur geringes Interesse, da der Redakteur erst in der dritten Nummer begonnen hat, den Lesern die Grundsätze des Kommunismus zu erklären ... Ich glaube jedoch die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf die Art lenken zu müssen, in der der Emissär der französischen Geheimgesellschaften vorgeht, um Einfluß unter den deutschen Arbeitern zu gewinnen. Anfangs hat er sich darauf beschränkt, sie dazu zu bewegen, aus rein administrativen und finanziellen Gründen eine neue Organisationsform der Lesegesellschaft anzunehmen, die sie 1839 in Genf gegründet hatten. Nachdem er das erreicht hatte, ging er dazu über, Anhänger unter ihnen zu werben, und ihnen offen anarchistische Doktrinen zu predigen. Diese Versuche sind aber scheinbar von der Mehrheit der deutschen Arbeiter schlecht aufgenommen worden, und er wurde aus ihrer Gesellschaft ausgeschlossen. Vielleicht wird er sich sogar genötigt sehen, die Herausgabe seiner Zeitung aufzugeben; jedenfalls ist die für Dezember angekündigte Nummer bisher noch nicht erschienen[6]).«

Unterdessen hatte der Außenminister seinen Kollegen vom Innern unterrichtet, und dieser beauftragte den Präfekten des Ain-Departements durch seinen Untergebenen, den Unterpräfekten von Gex, in Genf Erkundigungen einziehen zu lassen (Anlage II und IV).

Das Amt des Unterpräfekten von Gex hatte seit April 1832 der Graf von Montrond inne[7]). Dieser unterhielt aus politischen Gründen zahlreiche Verbindungen nach Genf. Er wollte sich über die Reisen, den Umgang und die

---

Fortsetzung von S. 248

Ideen unter religiösem Schein verborgen hat, um sie für die deutschen Arbeiter annehmbarer zu machen. Diese Vorstellung hat lange bestanden und erklärt sich einerseits aus der Furcht vor dem Kommunismus, die plötzlich durch Quenissets Attentat erwacht war, zum anderen haben die Behörden zu wenig von den Ideen gewußt, die in den Kreisen der deutschen Emigration in Paris wirklich vertreten worden sind. Überhaupt scheint die französische Polizei über alles, was die deutschen Arbeiter in Frankreich und ihre Organisationen betraf, schlecht informiert zu sein. Der Verfasser hat nur einen belanglosen Hinweis in dieser Richtung gefunden.

[6]) Ebenda, 16. Dezember 1841. Tatsächlich mußte Weitling, der Genf am 1. Dezember verlassen hatte, einen neuen Drucker suchen. Fick hatte es abgelehnt, den »Hülferuf« weiterhin zu drucken. Die Dezember-Nummer kam schließlich in Bern bei Haller heraus.

[7]) Vernier François Edouard Mouret, Graf von Montrond, gehörte einer der ältesten Familien der France-Comté an. 1768 war er in Besançon geboren worden. Er hatte den Feldzug von 1792 als Offizier mitgemacht und war dann während des Terrors emigriert. Kurz darauf kehrte er zurück und wurde Mitglied der nationalen Verwaltung des Kantons Quingey und dann unter dem Kaiserreich Mitglied des Generalrats im Doubs-Departement. Zur Zeit der Restauration hatte er das Amt des Bürgermeisters von Trévillers inne, wo er — allerdings ohne Erfolg — auch eine Eisenhütte leitete. Nach der Revolution von 1830 wurde er auf Verlangen eines Teils seiner Untergebenen als Unterpräfekt von Montbéliard abberufen, um im April 1832 nach Gex zu gelangen.

Tätigkeit der französischen Legitimisten oder Republikaner informieren, die in der Schweiz Zuflucht gesucht hatten[8]).

De Montronds wichtigste Verbindung bestand zu dem Genfer Polizeileutnant Frédéric Auguste Cramer[9]). Beide entsprachen sich nach Herkunft, Bildungsgang und politischen Ansichten. Außerdem hegte das Genfer Patriziat, das die kleine Republik seit 1814 regierte, große Sympathien für das Regime Louis-Philippes, und die Beziehungen zwischen Frankreich und Genf waren niemals so gut wie in dieser Periode[10]).

De Montrond beeilte sich, bei Cramer Erkundigungen über Weitling einzuziehen. Der Polizeileutnant antwortete bald; doch war er zu scharfsinnig, um sich der Kommunisten wegen durch Worte in Schrecken versetzen zu lassen (Anlage III, V, VI). Ihn beunruhigten die Liberalen und Radikalen viel mehr, die gerade am 22. November 1841 der Restaurationsherrschaft in Genf ein Ende gesetzt hatten[11]).

---

[8]) Als de Montrond am 27. Januar 1843 starb, widmete ihm der Präfekt des Ain-Departements einen Nachruf, in dem es bezeichnenderweise hieß: »Herr von Montrond hat große Fähigkeiten an den Tag gelegt. Er war ein Mann von Welt und hatte in Genf und in den benachbarten Kantonen ausgezeichnete Beziehungen. Für uns war er eine Art diplomatischer Agent, der die Angelegenheiten offiziös mit um so größerem Erfolg behandelte, als sie keine offiziellen Formen annahmen.«
Dieser Bericht und die vorhergehenden Mitteilungen sind der Personalakte des Unterpräfekten entnommen: Archives Nationales, Paris, F[IB1] 167, Dossier de Montrond.

[9]) Frédéric Auguste Cramer stammte aus einer Familie des Genfer Patriziats. Er war 1793 in Nyon geboren worden und hatte in Genf das Studium der Rechte betrieben, als er sich jedoch 1813 — Genf war damals französisch — in ein Regiment von Napoleons Ehrengarde aufnehmen ließ. Nach der Schlacht bei Leipzig wurde er mit seiner Einheit mehrere Monate lang in Erfurt eingeschlossen. Im Juni 1814 kehrte er nach Genf zurück und nahm sein juristisches Studium wieder auf. In Straßburg machte er 1818 seine Referendarzeit durch, nachdem er vorher Sekretär des Barons Capelle, Präfekt des Doubs-Departements, gewesen war. Schon 1817 hatte er von Ludwig XVIII. das Bürgerrecht bekommen, so daß er Beisitzer am königlichen Gericht von Colmar und dann Vertreter des Generalstaatsanwalts wurde. 1821 brach er seine Laufbahn in Frankreich ab, um nach Genf zurückzukehren, wo er nacheinander Staatsanwalt, Vertreter des Generalstaatsanwalts und schließlich Richter war. 1831 trat er in die Regierung ein und wurde 1832 zum Polizeileutnant ernannt. Diese Stellung hatte er inne, bis er sich 1843 aus der Politik zurückzog.
Vgl. seinen Nachruf im Journal de Genève vom 20. 12. 1855.

[10]) Aus diesen Gründen erklärt sich auch der freundschaftliche und vertrauliche Ton der Korrespondenz zwischen Cramer und de Montrond.
Die Briefe Cramers an de Montrond befinden sich im Archiv des Ain-Departements in Bourg: 10 M 3.

[11]) Die Regierung wurde durch eine imposante Volksdemonstration am 22. November 1841 gezwungen, eine Konstituante einzuberufen, die aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehen sollte.
Für die Genfer Geschichte dieser Zeit vgl. François Ruchon: Histoire politique de Genève, 1813—1907, Genf 1953 und die von der Société d'histoire et d'archéologie de Genève herausgegebene Histoire de Genève de 1798 à 1931, Genf 1956.

Cramers Mitteilungen gelangten zu Reinhard, der in seiner Depesche vom 30. 12. 1841 anscheinend davon Gebrauch machte. Denn er gab das als »Informationen, die er an einer gewissen Stelle eingeholt habe«, weiter, was in Cramers Briefen stand[12]).

Nachdem der Außenminister sich mit seinem Kollegen vom Innern beraten hatte, schrieb er Reinhard am 5. Januar 1842 wegen des Spitzel-Angebots: »Diesen Vorschlag kann man nicht unbeachtet lassen, aber es dürfte vorzuziehen sein, daß derartige Enthüllungen direkt an die zuständige französische Behörde gemacht werden, und daß die betreffende Person sich dieserhalb direkt mit irgendeiner Grenzbehörde in Verbindung setzt, z. B. mit dem Herrn Präfekten des Ain-Departements. Da für diese Polizeiberichte das Innenministerium zuständig ist, ist es um so mehr geboten, daß sie ihm nicht auf diplomatischem Wege zugehen, als sich die Quelle an der Grenze selbst befindet ... Ich habe ihnen am 28. Dezember mitgeteilt, daß auf Grund der in Ihrem Briefe vom 3. enthaltenen Angaben die Verhaftung des p. p. Bauer vorgenommen wurde, des Pariser Korrespondenten der kommunistischen Zeitung ›Der Hülferuf der deutschen Jugend‹, die in Genf erscheint[13]).«

Statt Reinhard schrieb der Präfekt des Ain-Departements durch Vermittlung des Unterpräfekten von Gex (Anhang IV) an den anonymen Absender, um ihn zur Enthüllung seiner Kenntnisse aufzufordern. Der Präfekt machte sich jedoch keine übermäßige Hoffnung auf den Wert der Information, denn schon oft hatten Denunzianten, die mit wichtigen Mitteilungen nach Paris hätten reisen wollen, am Ende bekannt, »daß dies für sie nur ein Mittel sei, um etwas Geld locker zu machen«[14]).

Der Brief des mysteriösen A. B. wurde nach Paris geschickt und am 1. März 1842 dem Innenministerium übergeben. Über den Präfekten des Ain-Departements gelangte er zu de Montrond, und dieser lieh ihn Cramer aus, um den Verfasser zu identifizieren. Cramer schrieb den Brief Dölecke zu.

Hermann Dölecke war einen Monat früher als Weitling nach Genf gekommen, also Anfang Mai des Jahres 1841. Er wohnte wie Weitling rue de la Pélisserie

---

[12]) Dabei kann Cramer dem französischen Botschafter auf Anfrage geantwortet haben, wie er es bisweilen tat. Es ist aber auch möglich, daß Cramers Briefe über den Unterpräfekten von Gex zu Reinhard gelangten. Entgegen den sonst üblichen Regeln des Behördenverkehrs stand de Montrond nämlich mit der Französischen Botschaft in Verbindung.

[13]) AMAE, Bd. 544, 5. Januar 1842.
Heinrich Bauer, Schuhmacher aus Franken, war einer der Führer im Bund der Gerechten. Sein Name und seine Adresse sind im »Hülferuf« genannt. Nach der Verhaftung wurde Bauer ausgewiesen. Er ging nach London, wo er später dem Bund der Kommunisten angehörte.
Dem Spitzel hatte Reinhard nicht geschrieben. Er fürchtete, die Gesandtschaft zu kompromittieren, falls der Brief jemals in die Hände der Polizei fallen sollte. Auch vermutete er, wie er am 13. Januar mitteilte, daß »sein anonymer Korrespondent Genf verlassen habe«.

[14]) AMAE, Bd. 544, 17. Januar 1842.

101, im ersten Stock bei Tremblet und zog dann zu einem gewissen Her oder Hess in den Stadtteil Eaux-Vives[15]).

Dölecke hatte die Formulare für die Aufenthaltsgenehmigung nur widerwillig und wohl unvollständig ausgefüllt[16]). So kam es anscheinend, daß man in den Protokollen der Ausländerkammer, die über die Genehmigung zu entscheiden hatte, recht positiv über ihn urteilte: »Dölecke, Hermann, registriert unter der Nummer 20233, ist 20 Jahre alt, aus Schleusingen, Preußen, Neffe des Groß-Almoseniers des Herzogs von Sachsen-Gotha, kommt hierher, um Französisch zu lernen; er hat eine Ausbildung genossen und wünscht davon Gebrauch zu machen, um etwas zu verdienen; er hat sogar die Absicht, in Genf, wenn er dort die Erlaubnis erhält, Schwimmunterricht nach einer neuen Methode zu erteilen; inzwischen verfügt er über Existenzmittel. Er hat Herrn Pastor Wendt aufgesucht, der ein Bekannter seines Onkels ist, und ihm Papiere oder Briefe gezeigt, die keinen Zweifel an der Ehrenhaftigkeit seiner Verhältnisse lassen. Der Berichterstatter schlägt vor, ihm eine Aufenthaltsgenehmigung zu bewilligen, die nach drei Monaten neu überprüft werden muß[17]).«

Döleckes ›Verhältnisse‹ waren keineswegs so ›ehrenhaft‹, wie im Protokoll geschrieben stand[18]). Doch in der Ausländerkammer hatte man nichts von seinem Vorleben erfahren, denn seine Aufenthaltserlaubnis wurde verlängert, ›weil er damit rechnete, Unterrichtsstunden in Deutsch, Griechisch und Latein zu geben‹. »Er stützte sich auf die Empfehlung von Herrn Wendt. Er hat Pech gehabt mit seiner Schwimmschule, sein Apparat ist vom Wind entführt worden, aber seine Mutter hat ihm Geld geschickt, damit er den Schaden reparieren konnte. Der

---

[15]) Vgl. Archives d'Etat, Genf (= AEG), Chancellerie DA 16, S. 98, Dd 26, S. 305, Da 16, S. 141 und Dd 27, S. 13.
Weitling schrieb sich am 26. Juni 1841 ein. Er wohnte erst bei Sandoz, rue de la Pélisserie 131, dann bei Tremblet, Nr. 101 in derselben Straße. Nach dem »Hülferuf«, Nr. 3, wäre er im Oktober oder November 1841 umgezogen; aber nach der Zeitung hätte er auf Nr. 101 bei einem gewissen Bolt gewohnt.
Da Döleckes Umzugsdatum nicht feststeht, läßt sich auch nicht ermitteln, ob beide nach- oder nebeneinander in der rue de la Pélisserie gewohnt haben.

[16]) Der Polizeibeamte vermerkte im Register: »Es widerstrebt ihm sehr, sich im Büro zu melden trotz der Vorladung, die ich ihm schickte und der Vorstellungen von Herrn Tremblet, der ihn nur zum Kommen bewegen konnte mit der Drohung, daß er ihn sonst nicht bei sich behalten würde.« AEG, Chancellerie Da 16, S. 98.

[17]) AEG, Registre de la Chambre des Etrangers, 1841. Sitzung vom 8. Juni, S. 416.

[18]) Vgl. Barnikol, a. a. O., S. 36—37.
Wenn man August Beckers Bericht trauen darf, war Dölecke in Kiel aus dem Gefängnis entwichen. Wegen eines Duells hatte man ihn dort eingesperrt. Nacheinander hatte er sich in England, Zürich und Bern aufgehalten, wo er sich durch schlechtes Verhalten bemerkbar machte. In Bern war er ausgewiesen worden, als der Arbeiterbildungsverein es wegen Döleckes sittenlosen Verhaltens abgelehnt hatte, ihn als Lehrer anzustellen. In Genf war er durch August Becker in den deutschen Arbeiterverein eingeführt worden und erlangte hier bald Einfluß.

Berichterstatter schlägt vor, die Verlängerung seiner Aufenthaltserlaubnis für die Dauer von sechs Monaten zu bewilligen[19]).«

Doch Dölecke hielt sich keine sechs Monate mehr in Genf auf. Wie Becker mitteilte, verließ er die Stadt kurz nach Weitlings Abreise, um sich seinen Gläubigern zu entziehen und sich in der Nähe von Morges als Lehrer niederzulassen[20]). Seine Papiere holte er erst am 20. Oktober aus Genf und gab bei dieser Gelegenheit an, nach Lausanne ziehen zu wollen[21]).

Die französische Botschaft war nicht die einzige, die sich für Weitlings Propaganda interessierte. Schon in seinem Brief vom 6. Januar 1842 hatte Reinhard im Anschluß an die Analyse des »Hülferufs« ausgeführt: »Ich muß Ihnen noch mitteilen, Herr Minister, daß die periodischen Schriften, über die ich Ihnen weiter oben berichtet habe, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierungen zu erregen beginnen. Ich weiß, daß der bayerische Gesandte bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft von seinem Hof Auftrag erhalten hat, dorthin über alles zu berichten, was er darüber in Erfahrung bringen kann. Wenn diese kommunistischen Umtriebe fortdauern, würde es mich nicht wundern zu sehen, daß die deutschen Staaten von neuem zu den strengen Maßnahmen gegen deutsche Arbeiter in der Schweiz greifen, die vor einigen Jahren bestanden und von denen man erst ganz kürzlich Abstand genommen hat[22]).« Reinhard bezog sich auf Vorfälle im Jahre 1834[23]), die von Österreich und den meisten deutschen Staaten dazu benutzt worden waren, strenge Vorschriften für Arbeiter zu erlassen, die damals in die Schweiz wandern wollten. Frankreich hatte 1834 eine ausgleichende Rolle gespielt, zögerte aber 1842 nicht, im Zusammenhang mit Weitlings Propaganda auf die damaligen Ereignisse hinzuweisen. Denn Reinhard wandte sich am 13. Januar 1842 folgendermaßen an den eidgenössischen Vorort: »Die Verhaftung des benannten Bauer . . . hat mir Gelegenheit gegeben, im Verlauf einer vertraulichen Unterredung, dem Herrn Kanzler Am Rhyn[24])

---

[19]) Vgl. AEG, a. a. O., S. 649.

[20]) Vgl. Barnikol, a. a. O., S. 52.

[21]) Aus Döleckes Leben ist noch bekannt, daß er seit Herbst 1845 in den Vereinen des »Jungen Deutschlands« und in La Chaux-de-Fonds eine gewisse Rolle spielte, bevor er sich am Mutternsee niederließ. Als er im Zusammenhang mit der Affäre um die Vereine des »Jungen Deutschlands« in Neuchâtel ausgewiesen wurde, emigrierte er nach Algerien.
Vgl. hierzu den Artikel von Marc Reinhard: Avant les événements de 1848: l'affaire des clubs communistes et de la Jeune Allemagne in Musées neuchâtelois Nr. 1, 2 und 3, 1963. Die Behauptung Cramers, Dölecke sei der anonyme Absender gewesen, bleibt weiterhin unbewiesen.

[22]) Vgl. AMAE, Bd. 544, 6. Januar 1842.

[23]) Bei einem Fest der deutschen Arbeiter in der Nähe von Bern war die dreifarbige deutsche Fahne entfaltet worden, während man die verschiedenen Fahnen der einzelnen deutschen Staaten mit Füßen getreten hatte.

[24]) Joseph Franz Am Rhyn (1800—1849) war Sekretär und später Kanzler der Eidgenossenschaft.

einige Worte über die Unannehmlichkeiten zu sagen, denen sich die Schweiz aussetzen würde, wenn die Drucker dieses Landes weiterhin ihre Pressen für Veröffentlichungen zur Verfügung stellen, die dazu bestimmt sind, die umstürzlerischen Prinzipien unter den deutschen Arbeitern zu verbreiten. Ich habe hinzugefügt, daß dieser Umstand den deutschen Regierungen noch schwerwiegender erscheinen würde, wenn sie erführen, daß die letzte Broschüre dieser Art in Bern, dem Sitz des Vorortes, erschienen ist. Am Rhyn hat sofort verstanden, wie sehr sein Vaterland daran interessiert ist, alles zu vermeiden, was dazu angetan sein könnte, zu einer Wiederholung der Verwicklungen von 1834 und 1838 zu führen. Er sagte mir, daß er in diesem Sinne mit dem Herrn Schultheiss Tscharner[25]) und Herrn Weber[26]), dem Leiter der Zentralen Polizei in Bern, gesprochen habe. Ich hätte natürlich in meiner Stellung ohne die Genehmigung Eurer Exzellenz eine derartige Demarche bei diesen Beamten weder gemacht noch sie veranlaßt; da ich aber ihre gute Einstellung kannte, konnte ich nur günstige Ergebnisse von dem Vorgehen des Herrn Kanzlers erwarten, und ich habe es daher wärmstens begrüßt. In der Tat teilt mir Herr Am Rhyn soeben mit, daß die Herren Tscharner und Weber seine Bemerkungen durchaus begrüßt und ihm versprochen haben, ihnen die ihnen zukommende Aufmerksamkeit zu widmen[27]).« Ähnlich wie Reinhard äußerte sich einige Monate später der Außenminister Guizot[28]).

Reinhard verfolgte die Schritte der deutschen Höfe weiterhin genau. Am 10. Februar konnte er nach Paris berichten, daß der bayerische Gesandte und der preußische Geschäftsträger bei Weber[29]) wegen Weitlings Veröffentlichungen in Bern vorgesprochen hatten[30]). Nur der beruhigenden Berichterstattung des bayerischen Gesandten war es zuzuschreiben, daß man in München nicht auf alte rigorose Maßnahmen bei der Ausstellung von Pässen und Arbeitsbüchern für die Schweiz zurückgriff.

---

[25]) Albrecht Friedrich von Tscharner (1774—1862), Berner Staatsrat, war von 1831 bis 1846 Leiter des Departements des Inneren in der Berner Regierung.

[26]) Der Staatsrat (von 1838 bis 1846) Johann Weber war Leiter der Berner Polizei.

[27]) Vgl. AMAE, Bd. 544, 13. Januar 1842.

[28]) Vgl. AMAE, Bd. 544, 20. April 1842.
»Unter den befremdenden und beunruhigenden Erscheinungen, welche man in der Schweiz im allgemeinen beobachtet, stellen wir besonders eine mit Besorgnis fest, weil daraus unangenehme Komplikationen entstehen könnten: die Duldung kommunistischer Gesellschaften. Es ist zu befürchten, daß die Nachbarstaaten, besonders Deutschland, sich über das Auftreten dieser anti-sozialen Propaganda beunruhigen, und es ist vorauszusehen, daß hierdurch außenpolitische Schwierigkeiten wiedererstehen wie die, welche durch die Affäre der deutschen Arbeiter und die Flüchtlingsfrage hervorgerufen worden waren. Das ist eine Eventualität, mit der die Schweizer Regierungen scheinbar nicht genügend rechnen.«

[29]) S. o. Anm. 26.

[30]) Vgl. hier und im folgenden AMAE, Bd. 544, 10. Februar 1842.

Reinhards Wunsch, daß Tscharner[31]) die Publikationen Weitlings nicht mehr dulden sollte, erfüllte sich tatsächlich, denn Weitling wurde gezwungen, Bern zu verlassen, und ließ sich am 17. Januar 1842 in Vevey nieder. Ab März erschien Weitlings Zeitschrift »Die junge Generation« ebenfalls in Vevey, nachdem die erste Nummer noch in Bern bei Haller und die beiden weiteren bei Weingart gedruckt worden waren[32]).

Am 24. Februar konnte Reinhard den Auszug eines Briefes übermitteln, den der Polizeileutnant Cramer an den bayerischen Gesandten in der Schweiz, Herrn de Verger, schrieb. De Verger hatte zu erfahren gesucht, wie groß der Anteil der bayerischen Arbeiter sei, die an den kommunistischen Umtrieben in Genf teilgenommen hatten. Cramer beruhigte de Verger und wiederholte ansonsten das, was er bereits an den Unterpräfekten von Gex berichtet hatte. Dem Briefauszug fügte Reinhard jedoch als Wichtigkeit hinzu: »Man versichert mir, daß es sich in Lausanne ganz anders verhält. Die ausländischen Arbeiter sind dort in größerer Zahl vereint als sie es jemals waren; man sagt sogar, was mir sehr übertrieben zu sein scheint, daß es dort 3500 gibt. Schon im vergangenen Jahre soll der Versuch gemacht worden sein, unter ihnen politische Konventikel einzuführen, und zwar von einem gewissen Professor Kraft, der dann Pietist wurde und sich seitdem nicht mehr mit den Angelegenheiten dieser Welt beschäftigt. Das von Kraft begonnene Werk wird heute von einem reichen deutschen Lohgerbermeister und durch den genannten Weitling weitergeführt . . .

Herr von Rüdt, Gesandter Badens in der Schweiz, hat soeben an den Vorort von seinem gewöhnlichen Wohnsitz Stuttgart aus eine Note gerichtet, durch die er die Aufmerksamkeit der Bundesregierung auf die politischen Vereinigungen lenkt, welche deutsche Arbeiter in den Kantonen Waadtland und Genf gebildet hätten, sowie auf die revolutionären und kommunistischen Schriften, die unter diesen Leuten verbreitet worden sind. Herr von Rüdt teilt mit, daß sich seine Regierung deshalb genötigt gesehen habe, anzuordnen, daß die aus der Schweiz kommenden Arbeiter einer strengeren Kontrolle durch die Polizei unterworfen werden[33]).«

Reinhard schickte jede Nummer von Weitlings Zeitung nach Paris und fügte stets einige Bemerkungen hinzu. Mit der Nummer 3 teilte er am 10. März 1842 mit, »daß die deutschen Kommunisten in Genf, Bern, Morges, Lausanne, Vevey und Villeneuve Zweigvereine gebildet hatten, daß sich aber andererseits die Arbeiter der deutschen Kantone, die sich in Lausanne befanden, von der kom-

---

[31]) S. o. Anm. 25.

[32]) Vgl. Wilhelm Weitling: Garantien der Harmonie und Freiheit, Berlin 1955, S. 231; weiter Otto Brugger: Geschichte der deutschen Handwerkervereine in der Schweiz 1836—1843. Die Wirksamkeit Weitlings (1841—1843). Bern—Leipzig 1932, S. 93, und schließlich Gian Mario Bravo: Wilhelm Weitling e il communismo tedesco prima del Quarantotto. Torino 1963, S. 133—134.

[33]) AMAE, Bd. 544, 24. Februar 1842.

munistischen Organisation getrennt hatten, sobald sie sahen, daß die gegenseitige Unterrichtung nur ein Vorwand war, um ein anderes Ziel zu verschleiern«[34]).

Eine Woche später interessierte sich Reinhard für die Druckerei Weingart in Bern, wo soeben die beiden letzten Nummern von Weitlings Zeitung erschienen waren. Ihm zufolge sollte sie von Nidau nach Bern verlegt worden sein; sie sei von Staatsrat Schneider[35]) abhängig und drucke die Urkunden der Berner Regierung. Reinhard fügte hinzu: »Man versichert mir, daß die Herren Schneider und Neuhaus nicht zögern, bei jeder sich bietenden Gelegenheit öffentlich ihre Billigung der kommunistischen Prinzipien zum Ausdruck zu bringen, die in den Schriften von Weitling öffentlich gelehrt werden.« Es sei ihnen zu danken, meinte er, daß die Berner Regierung keine Maßnahmen gegen das Drucken der »Jungen Generation« ergriffen habe[36]).

Reinhard und der Graf Mortier schickten in den Jahren 1842 und 1843 weiterhin Unterlagen und Berichte über Weitling nach Paris, die jedoch selten von besonders hohem Informationsgrad zeugten. Nur gelegentlich gelangten aufschlußreichere Nachrichten durch sie nach Paris. So wußten sie im Februar 1843 »von einem gewissen Albrecht zu berichten, der in die Schweiz gekommen sei, nachdem er in Deutschland aus politischen Gründen verurteilt worden war; Albrecht sei jetzt ein mystischer Prädikant und habe sich den Titel Prophet zugelegt. Er habe bei der Kantonsregierung um Erlaubnis nachgesucht, bei der Firma Irmel u. Cie. in Langenthal, wo damals die ›Junge Generation‹ erschien, eine Zeitung zu drucken, worauf er abschlägigen Bescheid und den Befehl erhalten habe, den Kanton Bern zu verlassen«[37]).

Im März versicherte Reinhard, »daß die deutschen Kommunisten in Lausanne fast öffentlich Versammlungen abhielten, zu denen Personen, die sich nicht zu denselben Prinzipien bekennen würden und die sich nur von der Neugier leiten ließen, ziemlich leicht zugelassen würden«. Mit der gleichen Post berichtete er, daß die Singvereine im Kanton Bern sich ohne politische Aktivität erneut ver-

---

[34]) Vgl. AMAE, Bd. 544, 10. März 1842 und O. Brügger: a. a. O. S. 99–101.

[35]) Johann Rudolph Schneider (1804—1880). Die Druckerei und Buchhandlung befanden sich nicht in Nidau, wo Schneider als Arzt praktizierte, sondern in Biel. Vgl. Hans Gustav Keller: Die politischen Verlagsanstalten in der Schweiz 1840—1848. Bern—Leipzig 1935, S. 136. Hans Fischer, Dr. med. Johann Rudolpf Schneider, Retter des Westschweizerischen Seelandes, Bern 1963.

[36]) Vgl. AMAE, Bd. 544, 17. März 1842.
Man muß solchen Gerüchten mit Vorsicht begegnen. Reinhard macht sich zweifellos zum Echo der Berner Patrizierkreise, die seit 1831 nicht mehr an der Regierung waren und zu denen die Gesandtschaft Frankreichs sehr enge Beziehungen unterhielt. Ihre Gegner, Neuhaus und Schneider, waren in Wirklichkeit sehr gemäßigte Radikale und weit davon entfernt, die Ideen Weitlings anzunehmen, wenn sie es auch ablehnten, seine Zeitung zu verbieten.

[37]) Zu Christian Albrecht vgl. Bravo: a. a. O., S. 149—150.

sammelten [38]). Anfang Juni empfahl Reinhard eine Durchsuchung bei dem Buchhändler Rouanet, dem Pariser Depositär der Abonnenten von Weitlings »Junger Generation«. Er fügte hinzu: »Herr Weber hat mir gesagt, daß die vor der vollzähligen Regierung gemachten Darlegungen zur Beendigung des öffentlichen Skandals geführt haben, der durch die Mitarbeit eines Mitglieds der Berner Regierung bei der Herstellung kommunistischer Schriften entstanden war [39]).« Doch konnte Weber, wie Reinhard weiter ausführte, den Druck der »Jungen Generation« in Langenthal nicht verhindern. Denn um die Zeitung zu verbieten, hätte es eines Gerichtsurteils bedurft; die politische Zusammensetzung der Berner Regierung verhinderte es aber, einen solchen Prozeß anhängig zu machen. Wie hier, so sah Reinhard die Lage auch in den anderen Kantonen und folgerte daraus: »Man darf sich deshalb nicht wundern, wenn sich in diesem Lande die Schriften der deutschen Kommunisten vermehren. Von den Schriften dieser Art kenne ich eine Broschüre des Herrn Dietsch, Bürstenbindergehilfe in Aarau, betitelt: ›Das 1000jährige Reich‹, und ein neues Werk des Herrn Weitling, das im Kanton Waadt veröffentlicht wurde [40]).«

Der Verhaftung und dem Prozeß Weitlings in Zürich wendete der Graf Mortier seine volle Aufmerksamkeit zu [41]). Der berühmte Bluntschli-Bericht über den Kommunismus in der Schweiz, der ganz besonders den Gesandtschaften und Legationen der in der Schweiz akkreditierten Länder zugestellt wurde, lieferte Stoff für zahlreiche Kommentare. Je ein Exemplar dieses Berichts war an die Legationen aller in der Schweiz vertretenen Länder geschickt worden. Der österreichische Geschäftsträger, Herr von Philippsburg, sprach der Kantonsregierung »auf ausdrückliche Befehle seines Hofes die Anerkennung des österreichischen Kabinetts aus« [42]). Die anderen Missionschefs bedankten sich schriftlich. Dagegen lehnte es die Züricher Regierung ab, die Liste der ausgewiesenen Kommunisten an die Geschäftsträger Österreichs und Badens auszuliefern; sie erklärte sich nur

---

[38]) Vgl. AMAE, Bd. 546, 24. März 1843.

[39]) Diese Anschuldigung bezog sich auf die Druckerei Weingart und den Staatsrat Schneider. S. o. Anm. [35].

[40]) Vgl. AMAE, Bd. 546, 2. Juni 1843.
Andreas Dietsch: Das 1000jährige Reich. Gleichheit und Einigkeit, der Weg zur Freiheit und zum ewigen Frieden, Aarau. Im Verlage des Verfassers, 1843. Dietsch hatte vorher einige kleinere Gedichte sozialen Inhalts im Aarauer »Posthörnchen« veröffentlicht. Er wanderte 1844 nach den Vereinigten Staaten aus, wo er im Staate Missouri eine »helvetische Kolonie« gründete und ein oder zwei Jahre später starb. Vgl. Bravo a. a. O., S. 188, 258 und 340, Wolfgang Schieder, Anfänger der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1963, S. 288–291.
Weitlings »Garantien der Harmonie und Freiheit« waren im Dezember 1842 in Vevey erschienen. Am 16. Dezember 1842 hatte Graf Mortier, der französische Gesandte in Bern, ein Exemplar nach Paris geschickt.

[41]) Vgl. AMAE, Bd. 546, Depeschen vom 16. und 23. Juni 1843.

[42]) Vgl. AMAE, Bd. 547, 11. August 1843.

bereit, bestimmte Personen betreffende Fragen zu beantworten[43]). Über Weitling selbst berichtete der Graf am 21. September: »Seine Rede hat auf das Publikum keinen großen Eindruck gemacht. Man hat zwar in ihm einen Mann erkannt, der über dem allgemeinen Niveau der Arbeiterklasse steht; man hat aber gleichzeitig festgestellt, daß er seine Verteidigung nicht in logischer Ordnung zu führen verstanden hat, und daß er weit davon entfernt ist, die Fähigkeiten eines überragenden Redners zu besitzen[44]).«

Nach Weitlings Abreise hatte die kommunistische Propaganda in Genf nicht aufgehört. Sie führte sogar zur Spaltung des Arbeiterbildungsvereins. 1842 waren gelegentlich Ausweisungen vorgekommen. 1843 hatte August Becker nach dem Züricher Prozeß Schwierigkeiten mit der Genfer Polizei[45]); er wurde zu Cramers Nachfolger, dem Staatsrat Faesch, vorgeladen (Anhang VIII) und erhielt den Rat, Genf zu verlassen, um nicht ausgewiesen zu werden[46]).

Am 7. April 1845 beschloß die Genfer Regierung, Erkundigungen über die deutschen Kommunisten einzuziehen und sie dann auszuweisen. Zwei Tage später, als der Verein gerade seine Mitgliederliste abgeliefert hatte, erfolgte die Ausweisung von 40 Arbeitern: acht Schweizer, fünf Dänen, ein Russe und 26 Deutsche. In den folgenden Tagen verweigerte man 32 deutschen Arbeitern, die neu angekommen waren, die Aufenthaltsgenehmigung und wies 22 andere wegen Schulden aus[47]). Die Verfolgungsmaßnahmen wurden am 14. Juli mit der Ausweisung des Dänen Georg Kuhlmann beendet, der versuchte, die kommunistischen Grundsätze zu verbreiten[48]). Ein Teil der Ausgewiesenen wollte sich nach Frankreich begeben, aber da ihre Namen dem Unterpräfekten von Gex

---

[43]) Vgl. AMAE, Bd. 547, 18. August 1843.

[44]) Vgl. AMAE, Bd. 547, 21. September 1843. Vgl. Robert Grimm: Geschichte der Berner Arbeiterbewegung, Bern 1913, S. 147 und 148.
Der Prozeß hatte Auswirkungen in Freiburg, wo es einen Deutschen Arbeiterverein gab. »Da die Freiburger Polizei festgestellt hatte, daß dieser Verein mit Weitling korrespondierte, erhielten alle Mitglieder den Befehl, den Kanton zu verlassen.« In Thun hatten deutsche Arbeiter beim Präfekten die Statuten eines unpolitischen Vereins eingereicht. Die Regierung glaubte, daß es sich um kommunistische Propaganda handelte und beeilte sich, die Unterzeichner auszuweisen.

[45]) Becker berichtet Einzelheiten hierüber in seiner Broschüre: Les doctrinaires et les communistes dans la Suisse romande, Lausanne, Librairie Alexandre Michod, 1845, S. 8–9. Zu Becker vgl. Gian Mario Bravo, Il communismo tedesco in Svizzer, August Becker, 1843–1846, in: Annali dell' Istituto Giangiacomo Feltrinelli, Anno sesto, 1963, S 521–620.

[46]) Im Register der Aufenthaltsgenehmigungen steht hinter Beckers Name der Vermerk: »Nicht zu erneuern.«
Vgl. AEG Chancellerie, Da 25, S. 209.

[47]) Vgl. AEG, Registres du Conseil d'Etat 1845 I, S. 449, 456, 467, 518. Vgl. weiter A. Becker: Les doctrinaires et les communistes dans la Suisse romande. 1845, S. 11—12.

[48]) Vgl. AEG, Registres du Conseil d'Etat 1845 II, S. 41.
Kuhlmann hatte Versammlungen im Hotel de la Navigation abgehalten.

übermittelt worden waren, wurde ihnen die Einreise verweigert[49]) (Anlage X). Die Wachsamkeit des Unterpräfekten war zweifellos durch einen Brief des Generalstaatsanwalts von Lyon geweckt worden (Anlage IX).

Der neue Gesandte Frankreichs, Graf de Pontois, verfolgte aufmerksam den Lauf der Ereignisse. Im April 1845 berichtete er: »Man hat in Erfahrung gebracht . . ., daß die kürzlich aus Genf ausgewiesenen deutschen Kommunisten sich nach Nyon zurückgezogen haben, und daß sie sich dort sehr aktiv mit einem Angriff beschäftigen, der demnächst, im Einvernehmen mit den Genfer Radikalen, gegen die Genfer Regierung unternommen werden soll[50]).« Diese Nachricht war falsch; sie stammte offensichtlich aus konservativen Kreisen. Denn die gemäßigt liberale Regierung des Kantons Waadt war kurz vorher gestürzt und durch eine radikale ersetzt worden. Die Gegner des neuen Regimes versäumten keine Gelegenheit, die Regierung dadurch zu kompromittieren, daß sie ihr Toleranz gegenüber den Kommunisten, ja sogar Sympathien für sie vorwarfen. Die gleichen Anklagen wurden in einem Stück ohne Titel erhoben[51]): »Besondere Aufmerksamkeit gilt es den Ereignissen in Lausanne zu widmen, wo der Kommunismus jetzt von der Regierung geschützt wird und infolgedessen offen auftreten kann. Dort sind jetzt zwei kommunistische Zeitungen gegründet und Probeblätter und Prospekte darüber nach Frankreich geschickt worden. Eine von ihnen wird den Titel: »Blätter der Gegenwart für soziales Leben« – von Wilhelm Marr – haben. Seine Tendenz ist die Vernichtung jeder positiven Religion und der absoluteste Kommunismus. Kommunistische Vereine werden überall im Kanton Waadt organisiert; sie stehen untereinander in lebhaftem Briefwechsel; die Mitglieder jedes Vereins sind von Rechts wegen Mitglieder aller anderen. Der Zentralverein befindet sich in Lausanne. Dort wohnen schon hundert Mitglieder in Gemeinschaft im Hause Nr. 23, rue St. Pierre; sie haben einen Verwalter, den Lehrer August Becker, und zwei Köche für die Gemeinschaft. August Becker ist einer der aktivsten Kommunisten. In Genf befindet sich ein anderer Rädelsführer, der Herr Kuhlmann, dessen Tätigkeit sich besonders auf Neuchâtel und La Chaux-de-Fonds erstreckt. Becker und Kuhlmann erhalten beträchtliche Gehälter, die aus den Beiträgen bezahlt werden. Es ist auch eine Sammlung für Weitling in England veranstaltet worden.«

Graf de Pontois folgte aufmerksam den Debatten, die im Kanton Waadt »wegen der Kommunisten und des Jungen Deutschlands« geführt wurden[52]).

---

[49]) Becker spricht davon in seiner oben zitierten Broschüre; vgl. Anm. 45, S. 16.

[50]) Vgl. AMAE, Bd. 550, 21. April 1845.

[51]) Vgl. AMAE, Bd. 551, hinter der Depesche vom 1. August 1845. Es mag sich um die Kopie eines Polizeiberichts handeln, der am 18. Juli 1845 durch das Innenministerium übermittelt wurde.

[52]) Vgl. AMAE, Bd. 551, 1. August 1845. Für die Einzelheiten vgl. André Lasserre: Henri Druey, fondateur du radicalisme vaudois et homme d'Etat suisse 1799—1855, Lausanne 1960, S. 188—189.

Die Auseinandersetzung verschärfte sich, als die konservativen Behörden im Kanton Neuchâtel die Vereine des »Jungen Deutschlands« verboten, um die waadtländischen Radikalen zu kompromittieren. Diese mußten sich endlich dazu entschließen, Maßnahmen gegen die deutschen Arbeitervereine im Waadtland zu treffen und Dölecke, Marr, Becker und Kuhlmann auszuweisen. »Die Ergebnisse der Untersuchung von Neuchâtel«, schrieb der französische Gesandte, »müssen allen Regierungen der Schweiz begreiflich gemacht haben, daß es sich hier um eine Frage von Leben oder Tod handelte, und daß ein gemeinsames Interesse der Selbsterhaltung es ihnen zur gebieterischen Pflicht macht, ihre Kräfte gegen den gemeinsamen Feind zu vereinen. Deshalb hat man gesehen, daß die ultraradikale Regierung von Waadt in diesem Falle ebensoviel Besorgnis und Entschlossenheit an den Tag legte, wie die konservativen Kantone Genf und Neuchâtel[53]).«

In Frankreich befürchtete man Auswirkungen dieser Affäre, so daß der Innenminister den Außenminister am 20. September bat, Erkundigungen in der Schweiz einziehen zu lassen: »Da man voraussehen kann daß viele deutsche Mitglieder aus der Schweiz ausgewiesen und in Frankreich Zuflucht suchen werden, möchte ich schließlich den Wunsch äußern, daß der königliche Gesandte in Bern diejenigen von diesen Leuten namhaft machen möchte, die sich daraufhin in das Königreich begeben wollen. Ich möchte hinzufügen, daß diejenigen unter ihnen, die ernsthaft in die betreffenden Umtriebe verwickelt gewesen zu sein scheinen, jeder Paß für Frankreich zu verweigern wäre, und ihnen nur Reisebescheinigungen zu genehmigen, um durch das Königreich hindurchzureisen und sich in ein anderes Land zu begeben[54]).« Der französische Botschafter wandte sich daraufhin an die Regierung in Neuchâtel und an den Vorort, der zwar verschiedene Informationen, aber keine Namenslisten auslieferte[55]).

Seitdem machten die Organisationen der deutschen Arbeiter fast nicht mehr von sich reden. Die Führer waren ausgewiesen, die Vereine teils verboten und aufgelöst, teils von der Polizei scharf überwacht. Erst 1848 lebten sie wieder auf. So wurden auch die Mitteilungen der französischen Gesandtschaft über die deutschen Vereine und ihre Anhänger immer seltener.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Tätigkeit Weitlings sehr früh das Interesse und die Furcht Frankreichs erregte. Von französischer Seite sah man in Weitling einen Emissär der Geheimgesellschaften in Paris. Daher beschäftigte man sich bei den zuständigen französischen Stellen besonders mit der Frage der Verbindung zwischen deutschen und französischen Kommunisten,

---

[53]) Vgl. AMAE, Bd. 551, 26. September 1845.

[54]) Vgl. AMAE, Bd. 551. Die Anweisung wurde am 24. September 1845 vom Außenministerium an die Botschaft in Bern weitergeschickt.

[55]) Vgl. AMAE, Bd. 551, 3. und 24. Oktober 1845.

ohne dafür Nachweise gefunden zu haben[56]). Die französische Gesandtschaft drängte die Berner Regierung trotzdem, Maßnahmen gegen Weitling zu ergreifen. Konservative Kreise in der Schweiz, deren Ansichten die Botschaft Frankreichs teilte, suchten ihre Gegner zu kompromittieren, indem sie sie einer zu großen Toleranz, ja sogar des Einverständnisses mit den Kommunisten beschuldigten. Die französische Vertretung in der Schweiz übte Druck aus, um Maßnahmen gegen Weitling zu erreichen, unterließ es aber nicht, die traditionelle Politik Frankreichs der Schweiz gegenüber erneut zu bestätigen.

Anhang

I

I. Denunziationsbrief an die französische Botschaft in Bern

Traduction[57])
Monsieur,
Je considère comme un devoir de s'opposer aux ennemis de l'ordre social partout où on les rencontre. Je suis en état de vous fournir des indications importantes propres à éclaircir une affaire qui occupe dans ce moment toute l'attention de notre gouvernement. Le procès Quénisset a démontré clairement de quels dangers le pays est menacé par les principes de brigandage social qui sont propagés par les sociétés secrètes. Un numéro récent de la *Gazette universelle* a fait connaître que les communistes de Paris ont envoyé des apôtres à Genève afin de gagner les ouvriers allemands en faveur de leurs intérêts et de répandre ensuite leurs doctrines en Allemagne. Le correspondant de la *Gazette universelle* ne rend compte que de ce qui est visible à la surface, mais cependant la nouvelle est parvenue jusqu'à lui que la feuille *communiste* qui s'imprime ici est payée par l'argent des communistes français. Genève est un emplacement très favorable à leurs menées; il s'y trouve un grand nombre d'ouvriers allemands, aux yeux desquels le principe: *la propriété est un vol,* paraît très plausible. Le gouverne-

---

[56]) Cramer glaubte 1842, eine Verbindung zwischen deutschen und französischen Kommunisten gefunden zu haben, mußte aber später in einem Brief an den bayrischen Gesandten sein Urteil revidieren. »Einige Franzosen, die die Absicht hatten, die kommunistischen Doktrinen ihres Landes zu verbreiten, sind ebenfalls aus Genf ausgewiesen worden. Ich habe keinerlei Verbindung zwischen ihnen und den deutschen Arbeitern feststellen können.«
Vgl. AMAE, Bd. 544, 24. Februar 1842. Es ist interessant festzustellen, daß bei diesen Informationen Kommunisten, Radikale und Anhänger des »Jungen Deutschlands« selten unterschieden wurden.

[57]) Vgl. AMAE Bd. 544, Beilage zur Depesche vom 9. Dezember 1841.

ment de Genève, entièrement absorbé par ses propres affaires[58]), ne fait pas attention à cette populace allemande. C'est ce que les éditeurs du *Cri de détresse* savent très bien, et ils ne craignent donc pas d'offrir sans réserve au public leur horrible venin dans les doses les plus fortes. Je vous envoie ci-joint le 3e n° du *Cri de détresse* dans lequel ce parti déploie pour la première fois ouvertement son drapeau. Lisez le morceau intitulé *Paris dans l'année 2.000;* il me paraît encore plus dangereux que celui dont le titre est *la Communion et les communistes.* En se plaçant sur le terrain de l'année 2.000, on prêche ouvertement la révolution qui doit bouleverser l'époque actuelle. Mais tout ceci n'est que l'accessoire. Le *Cri de détresse* n'est publié que comme un appât, destiné à faire connaître les hommes qui paraissent s'intéresser pour les communistes, et que l'on cherche ensuite à enrôler dans les sociétés secrètes (Les sociétés pour lesquelles on recrute des affiliés sont selon les uns les Icariens ou Icaristes; selon les autres, l'Association des Justes). Il apparaît que les meneurs ont mis un peu trop d'ardeur dans leurs démarches ce qui n'est pas étonnant, car on n'a qu'à regarder l'apôtre venu de Paris, pour reconnaître en lui le type d'un fanatique intrigant. D'après ce que je viens d'apprendre, on l'a accusé, dans l'association que les ouvriers allemands ont formée dans cette ville, d'avoir recruté pour des sociétés secrètes et il en a été expulsé. Son accusateur paraît avoir été lui-même un initié; c'est ce que je conclus de la circonstance suivante. Depuis plusieurs jours je fréquente le restaurant où plusieurs ouvriers allemands, entre autres ledit accusateur, prennent leur repas. Le plus grand silence y régnait habituellement, seulement j'avais cru remarquer que plusieurs individus regardaient de travers l'individu en question. Aujourd'hui, j'ai été témoin d'une dispute bruyante entre les convives. Un des assistants adressa à la personne dont je viens de parler l'épithète de *Romarino*[59]); il répondit en nommant ses adversaires, *tas de communistes.* Ce soi-disant Romarino est un personnage aimant le vin et les filles plus que le travail; il me serait sans doute facile d'être mis par lui sur la trace de toutes ces menées et de découvrir le lien qui les rattache à Paris. Mais à cet effet quelques allocations pécuniaires me seraient nécessaires. Ce qu'il y a de certain, c'est que

---

[58]) Die Genfer konservative Regierung hatte sich gegen eine immer lebhafter werdende Opposition der Liberalen und der Radikalen zu wehren. Am 22. November 1841 war sie durch den Druck der Massen gezwungen worden, eine durch allgemeines Wahlrecht zu wählende verfassunggebende Versammlung einzuberufen. Sie hatte offenbar dringendere Aufgaben als die Überwachung der deutschen Arbeiter – die sie indessen nicht vernachlässigt hat.

[59]) Girolamo Ramorino (1792–1849), ein ehemaliger Offizier unter Napoleon, hatte im Zusammenhang mit den Unruhen von 1821 aus dem Königreich Sardinien flüchten und in Frankreich Zuflucht suchen müssen. Er kämpfte 1831 auf seiten der revolutionären Polen und wurde 1834 von Mazzini zum Leiter der Expedition bestimmt, die er von Genf aus gegen Savoyen vorbereitete. Kurz nachdem er die Grenze überschritten hatte, verließ Ramorino seine Truppen. Er wurde deshalb vielfach des Verrats bezichtigt, und sein Name (den der Informant wohl schlecht verstanden und entstellt hat) wurde zu einem Schimpfwort.

l'apôtre venu de France à Genève, reçoit de ses mandataires à Paris des lettres nombreuses qu'il détruit soigneusement. Ces lettres ne lui sont pas adressées sous son nom, mais sous les initiales W. W. Des ouvriers et d'autres individus venant de Paris descendent chez lui. Lui-même ne travaille pas mais n'en est pas moins toujours muni d'argent (quelques indices me feraient penser que l'association secrète à laquelle il appartient et qui paraît être une des plus nombreuses, reçoit des contributions considérables de la part du Duc Charles de Brunschwick) et il distribue de l'argent à ceux qui vont à Paris[60]).
Je crois être en état de vous désigner tous les individus suspects qui partent pour la capitale et il ne me serait pas difficile d'apprendre les noms des personnes avec lesquelles notre apôtre entretient des correspondances. C'est à vous maintenant à juger d'après ces indications si je puis vous être utile. Ne vous étonnez pas de ce que je ne vous fais pas connaître mon nom. Je ne crains ni le poison, ni le poignard des fanatiques, mais dans la vie ordinaire on ne fait malheureusement aucune distinction entre un espion et celui dont la sollicitude pour la tranquillité publique est le mobile. Si vous voulez faire ma connaissance, je suis prêt à me présenter à vous à Berne. Dans ce cas je vous prie de m'adresser votre réponse sous l'adresse: A. B. Poste restante, à Genève.

II. Brief des Präfekten von Ain an den Unterpräfekten von Gex[61])

Bourg, 23 décembre 1841

Monsieur le Sous-préfet,
L'administration supérieure a la certitude de la publication clandestine à Genève d'un journal écrit en langue allemande et rédigé par des communistes français. Le principal dépositaire de ce journal, le Sieur Bauer, cordonnier, vient d'être arrêté à Paris et livré à la justice.
Je vous prie donc de donner les ordres les plus formels pour que la feuille anarchique dont il est question ne puisse être introduite en France par votre arrondissement.

III. Brief des Polizeileutnants Cramer an den Unterpräfekten von Gex[62])

Monsieur et cher voisin,
J'ai le même sentiment que vous sur les communistes; seulement au milieu des dangers et des mauvaises passions politiques qui agitent le présent et l'avenir je

---

[60]) Es ist möglich, daß die deutschen Arbeiter, die den wenigen damals in Genf bestehenden Berufsorganisationen angehörten (Schneider, Schuhmacher, Schlosser, Tischler), von diesen bei ihrer Abreise einen Zehrpfennig erhielten. Den übrigen Mitteilungen kommt keine größere Bedeutung zu.

[61]) Archive des Ain-Departements in Bourg, *8 M 5.*

[62]) Ebenda, *10 M 3.*

ne crois pas que cette affiliation soit la plus menaçante, du moins pour ce moment-ci; c'est une doctrine tellement insociale qu'avant qu'elle se fasse de la place un peu largement il faut que toutes les institutions existantes soient encore plus crevassées qu'elles ne le sont. Voici précisément ce qui concerne les tentatives faites en dernier lieu pour acclimater celle-là dans notre petit coin de terre. En juin dernier est arrivé de Paris à Genève un nommé *Weitling*, Guillaume Christian, âgé de 33 ans de Hambourg, ouvrier tailleur, porteur d'un livret et d'un certificat d'origine réguliers[63]). Cet homme (tout en faisant des culottes chez deux maîtres successifs, car ce n'est point un faux tailleur), a fait imprimer en langue allemande chez l'imprimeur Fick 3 brochures successives, de 16 pages chaque, intitulées *der hulferuf der deutschen Jugend herausgegeben und redigirt von einigen deutschen Arbeitern* (Le cri d'alarme de la jeunesse allemande, publié et rédigé par quelques ouvriers allemands); c'était dans son intention une publication périodique, puisqu'il était dit en tête: «prix 3 fr. l'abonnement annuel; on s'abonne à Paris chez Bauer cordonnier rue du Four n° 19, à Londres chez Charles Moll, Hyde Street Blonsbury n° 4; à Genève chez Sandoz, Pélisserie n° 31» etc. Ces brochures, pesamment écrites, contenaient l'éloge de la vie commune dans le genre phalanstérien; les deux derniers numéros, plus incisifs, imitaient Lamennais sur les misères du peuple, quoique moins violents; quelques vers, un dialogue daté de 1840 entre deux quidam se racontant ce qu'était la société en 1840 et ne voulant pas y croire, étaient les morceaux les plus saillants; chaque numéro a été tiré à 1000 exemplaires, dont 700 ont été expédiés à Paris en remplissant les formalités pour l'introduction de la librairie étrangère; ainsi presque toute la livraison a passé au bureau du Ministère ou je suppose qu'on en a pris connaissance (j'ai vérifié que l'envoi est du 6 et du 30 octobre). Au 3e numéro j'ai sommé l'imprimeur de cesser ce genre de publication ou de remplir les formalités voulues par notre loi pour la publication des écrits périodiques. D'autre part j'ai cherché à rendre le séjour de Genève peu agréable à l'apôtre Weitling. D'ailleurs, suivant la coutûme allemande, dès qu'il a commencé à prêcher ses compatriotes, il a trouvé des controversistes, plus lourds que lui; le système communiste n'a point fait d'adhérents parmi eux parce qu'il venait de Paris; le Pasteur s'est même fait un honorable devoir de le combattre dans la chaire; Weitling a été chassé par la force de l'opinion de ses compatriotes mêmes: il est parti le 1er courant pour Lausanne et de là, dit-on, plus loin. Quant à une réaction ou à une influence quelconque sur les ouvriers Genevois et sur notre émeute du 22 novembre[64]), il n'y en a eu aucune. La

---

[63]) Bekanntlich stammte Weitling in Wirklichkeit aus Magdeburg. Er hat aber während seines Aufenthaltes in Hamburg im Jahre 1827 einen Paß der Hansestadt erhalten, mit dem er sich dem preußischen Militärdienst entziehen und jahrelang durch Europa reisen konnte, ohne ihn erneuern zu müssen.

[64]) S. Anm. 58.

seule circonstance qui a fait associer ces idées c'est que le correspondant de la Gazette d'Augsbourg à Genève est un Allemand qui en rendant compte de ladite émeute ajoutait: «Nous avons eu aussi des tentatives de communistes à Genève sur les ouvriers allemands» etc. Mais vous savez que la langue allemande n'est guère plus répandue à Genève que le bas breton; les ouvriers de cette nation se sont montrés dans les troubles du mois dernier avec le caractère ordinaire de leur nation, c'est à dire doux et apathiques; il y a d'ailleurs des préjugés contre eux dans notre basse classe, qui fait qu'elle n'aurait pas voulu de leur alliance. La rédaction de ces pamphlets, pour y revenir, n' a point une couleur française, elle est bien d'une plume allemande ou de plusieurs. Que les frais en aient été faits de Paris, c'est probable, mais ils n'ont pas dépassé le coût de trois feuilles d'impression tirées à 1000 exemplaires; quant à Weitling il a vécu comme un ouvrier, de son travail pendant qu'il a été ici. Je craindrais plus pour nous le contact ou la correspondance de communistes parlant français. On a dit tant d'exagérations sur la participation matérielle ou de cœur des habitants de votre arrondissement à une révolution chez nous, que je ne veux point vous faire supposer que j'y attribue de l'importance. Mais parmi vos beaux esprits de Gex et de Ferney n'auriez-vous pas quelque déteinte de ces charmants principes? Surveillez Ferney pour nous et pour vous, je vous en prie. Un certain drôle nommé Fayoll, à qui la Chambre des Etrangers a retiré le printemps dernier la permission de séjour de notre territoire pour cause d'escroqueries et de plaintes de ses commettants français (il fait le courtier de vins de Champagne), s'est donné la peine d'écrire circulairement à tous les membres de l'association du Trois Mars pendant nos journées une lettre d'injures contre moi dans laquelle il recommandait à ces Messieurs de presser ma mise en jugement[65]). Je vous cite le fait non pour que vous supposiez que j'en aie été dérangé le moins du monde mais comme un exemple de l'esprit de ce mauvais fou et je vous prie de vouloir bien garder l'avis de ce fait pour vous. Adieu, cher voisin; je languis d'être rendu à ma liberté mais cette impression ne me fait pourtant pas aller avec plaisir au devant de l'avenir; nous avons une trêve à l'agitation pendant que nous travaillons à la future constitution, mais la manière dont elle sera reçue et les marionettes qu'on fera jouer à ce moment pourraient bien être plus sérieuses que les auteurs de ce drame ne l'ont voulu! Soignez-vous, guérissez-vous, cher voisin, et croyez à l'inaltérable attachement et dévouement de
Votre affectionné

A. Cramer

Genève, 25 décembre 1841

---

[65]) Die am 3. März 1841 gegründete Vereinigung liberaler Genfer trat für eine Ablösung der konservativen Regierung ein. Fayoll hatte keinerlei Beziehungen zu Weitling.

IV. Brief des Präfekten von Ain an den Unterpräfekten von Gex[66])

Bourg, 11 janvier 1842

Monsieur le Sous-préfet,
Je vous envoye en communication deux lettres que je vous prie de lire avec la plus grande attention. Je crois qu'on pourrait obtenir d'utiles révélations du correspondant qui se cache sous les initiales A. B. Je ne peux cependant entrer en relation avec lui avant de savoir si son beau zèle n'est pas tout simplement une petite spéculation.
Je joins ici un mot qui pourra l'engager à venir conférer avec moi s'il croit devoir le faire, mais je ne veux pas qu'il puisse tirer parti contre nous des avances qu'on lui ferait.
Voudrez-vous faire remettre cette lettre à la poste de Genève?
J'attends vos observations sur toute cette affaire et les renseignements que de votre côté vous avez pu obtenir sur les menées qui ont lieu en ce moment à Genève.
Le Journal de l'Ain annonçait qu'un grand nombre de Français communistes étaient arrivés dans cette ville et qu'on y organiserait des clubs.
Que fait donc la police de ce pays, ne surveille-t-elle plus les étrangers et ne peut-elle expulser ceux qui organisent le désordre?
Il serait, je crois, possible d'obtenir de M. Cramer un état des Français qui sont en ce moment à Genève, il serait bon que cet état contînt l'indication de leur profession et l'époque de leur arrivée dans le pays plus quelques notes sur leurs relations et leur habitude politique.
Ce serait là un coup de maître, et en le jouant, nous serions aussi utiles à Genève qu'à nous.
Veuillez me renvoyer par retour du courrier les deux pièces ci-jointes.

V. Brief des Polizeileutnants Cramer an den Unterpräfekten von Gex[67])

Cher voisin,
On a tort de supposer qu'il y a à Genève des relations entre communistes allemands, communistes français et communistes genevois; cette association est impossible, notre terrain tout agité qu'il est n'est pas favorable à ces doctrines, indépendamment du peu de communications existant entre les mauvais sujets qui parlent des langues inconnues des uns aux autres. Weitling (non Weltin) est en ce moment très tranquille à Berne, où il a publié un 4e numéro de ses brochures *(Hulferuf)* imprimerie Haller; quelques exemplaires en sont parvenus ici; il a

---

66) Archive des Ain-Departements in Bourg, *10 M 3.*
67) Ebenda.

peu d'adhérens; j'ai vu cet homme deux fois, j'ai bien trouvé en lui un fanatique, mais rien de ce qui fait un chef ou un agent délié et ferme; aucun ouvrier étranger n'a pu venir loger chez lui, car il occupait une petite chambre et travaillait de ses mains à la journée chez deux tailleurs successivement. Les ouvriers allemands sont bien surveillés actuellement et je suis en position de connaître tout ce qui se passerait d'important parmi eux. Il n'y a pas plus d'ouvriers français qu'à l'ordinaire à Genève en ce moment; c'est la morte saison pour beaucoup de métiers excepté l'horlogerie et la bijouterie. L'esprit public étant mauvais, fort mauvais parmi les ouvriers genevois, il y a un ensemble de mauvais propos, de crédulité pour des bruits absurdes, etc. où le mauvais esprit et le mauvais vouloir de quelques étrangers se confond beaucoup plus que par le passé et devient plus difficile à trier; cependant nous avons aussi de la surveillance à cet égard. Les cabarets, les cafés, même les cercles, autrefois les refuges des sains principes politiques, sont maintenant des réunions pestilentielles; j'en suis à désirer quelque nouvelle épreuve dans la rue pour mesurer le nombre et les dispositions des pervers et des honnêtes gens, car voilà à quoi se réduisent nos nuances politiques maintenant que personne ne veut être conservateur ou radical. Romanzoff soit Danello n'a point paru à Genève, veuillez me dire de quel fait il est prévenu et s'il y a des mandats de justice contre lui[68]). Je suis bien fâché du ratard de votre rétablissement; les convalescences sont longues par un froid qui dispose tous les maux à l'inflammation; je soigne mon pauvre père qui est bien malade, peut-être près de sa fin. Nous avons perdu hier M. De Montailleur (Alexis).
Agréez, cher voisin, mes compliments dévoués

A. Cramer

Genève, 13 janvier
Monsieur le Comte de Montrond

VI. Brief des Polizeileutnants Cramer an den Unterpräfekten von Gex[69])

Cher voisin,
Je crois que l'auteur de la lettre ci-jointe adressée à l'ambassadeur de France en Suisse pour lui offrir des révélations sur les relations des communistes français et allemands est un nommé Doleke, Hermann, de Schleusingen (Prusse), homme de lettres qui a séjourné à Genève en 1841 et qui est à Morges depuis février dernier où il a trouvé un emploi de sous-maître dans un pensionnat. C'est un jeune homme d'une certaine culture, qui a donné ici des leçons de littérature et qui a combattu les doctrines des communistes dans des séances publiques au cercle des Allemands; il est d'ailleurs réfugié politique, tête chaude et très pauvre; s'il offre des renseignements je crois qu'il les donnera de bonne foi. –

---

[68]) Über ihn war nichts festzustellen.
[69]) Ebenda.

Je n'ai pas besoin de vous recommander de n'entrer en rapport avec lui qu'avec beaucoup de précaution et de paraître ne devoir sa découverte qu'au hasard; si d'autres réfugiés allemands savaient qu'il correspond dans le sens qu'il a proposé, il serait exposé, comme il le dit lui-même dans la lettre ci-jointe, à des dangers inévitables.

Votre dévoué
A. Cr.

Genève, 29 mars 1842
Monsieur le Comte de Montrond.

VII. Auszug aus einer Depesche des Grafen von Bombelles, des österreichischen Gesandten in Bern an Metternich vom 7. März 1843 über die Schrift von Weitling: »Garantien der Harmonie und Freiheit«[70])

Si je prends la respectueuse liberté de mettre sous les yeux de Votre Altesse la brochure du garçon tailleur Weitling, ce n'est pas que je croie qu'Elle puisse trouver un grand intérêt aux élucubrations d'un communiste forcené dont les théories ne sont que de pâles réminiscences des systèmes de Saint-Simon et d'Owen. Mais ce qu'il y a de remarquable dans cet ouvrage, c'est la franchise ou pour mieux dire l'impudence des principes, qui en fait un vrai code de spoliation et un cathéchisme pour les bandits. Ce livre écrit en allemand et imprimé à Vevey, va être traduit en français et publié à un grand nombre d'exemplaires. Avec de pareils moyens d'excitation sur une populace pauvre et ignorante, il ne faudrait qu'un nouveau Thomas Münzer pour voir se renouveler les excès qui ont ensanglanté les premières années du seizième siècle.

VIII. Notiz des Staatsrats Faesch über August Becker[71])

August Becker, de Hochwiesel, Grand Duché de Hesse-Darmstadt, théologien, âgé de 32 ans environ, est arrivé à Genève en août 1839 avec un passeport régulier.

Il a été compromis dans son pays dans des affaires politiques et a même subi une détention dont la durée a été abrégée par grâce du souverain. Il a vécu à Genève jusque dans le courant de 1842 en donnant des leçons; il était en particulier chargé de l'enseignement de la langue allemande dans le pensionnat Jannin au Pré l'Evêque; il a renoncé de son propre chef à donner cet enseignement, ainsi qu'à d'autres leçons qu'il avait en ville et depuis cette époque il ne

---

[70]) Wiedergegeben nach einer im Bundesarchiv in Bern vorhandenen Kopie. Mehrere andere Depeschen beschäftigen sich ebenfalls mit Weitling, bieten aber weniger Interesse als die der französischen Diplomaten.

[71]) AEG, Papiers Rigaud III, Paket 23, S. 395–396.

paraît pas avoir recherché une occupation lucrative; aussi ses finances ne paraissent-elles pas être en bon état. Il a toujours de la peine à payer le loyer de sa chambre; la dame Gay chez laquelle il demeure Rue de la Croix d'Or, avec un ouvrier tailleur nommé Kachet [?][72]), originaire du Wurtemberg, dit ne plus vouloir le garder chez elle à cause de cela.
Becker était fort lié avec Weitling. Il avoue sans détours son attachement aux doctrines communiste et à la suite du schisme survenu dans la Société d'instruction mutuelle des jeunes ouvriers allemands[73]), schisme qui s'est terminé par l'exclusion des communistes, Becker a engagé ces derniers à fonder une société à part qui se réunit au Perron et qui est fort tranquille.
Becker dans ses doctrines repousse toute communauté avec les doctrines des communistes français. Véritable philosophe allemand, franc, fort d'une bonne conscience (ici c'est Mr. Cramer qui parle), il reconnaît que les doctrines du communisme comme elles sont entendues en France, c'est à dire appliquées au mariage, au partage forcé des biens, sont monstrueuses et mènent à une révolution violente. Il n'attend la réalisation des siennes que du temps qui peut le faire attendre encore quelque cent ans.
Il est certain toutefois qu'il fait tous ses efforts pour propager ses opinions avec une grande activité, il a de l'influence sur certains ouvriers de sa nation, surtout des ouvriers tailleurs; mais comme cette propagande se fait de vive voix dans leurs ateliers ou dans leurs réunions de société, rien de saisissable n'est parvenu à ma connaissance. L'espèce d'effroi qu'inspire cet homme repose sur des on dit plutôt que sur des faits précis et avérés, car personne ne sait, je crois, de quoi l'on s'entretient dans la réunion du Perron et les journaux qu'on y reçoit étant presque tous des feuilles imprimées en Allemagne et par conséquent censurées pourraient difficilement fournir une matière à accusation contre ceux qui les lisent.

IX. Brief des Generalstaatsanwalts von Lyon an den Justizminister[74])

Parquet de la Cour Royale
de Lyon — Lyon, le 12 avril 1845

Monsieur le Garde des Sceaux,
Le gouvernement de Genève vient d'expulser de son territoire tous les ouvriers étrangers soupçonnés d'appartenir à des sociétés secrètes.

---

[72]) Vielleicht identisch mit dem Anfang 1851 in Dijon oder Paris für den Bund der Kommunisten tätigen »Bruder Kachel ... der von neuem rastlose Tätigkeit verspricht« (vgl. Wermuth-Stieber *Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts* Berlin 1853 und 1854, Bd. 1 S. 88 und Bd. 2 S. 63).

[73]) Gemeint ist der »Arbeiter-Bildungs-Verein«, der am 10. November 1839 unter Mitwirkung August Beckers aus dem im Sommer 1836 von Mitgliedern des Jungen Deutschland gegründeten »Sing- und Leseverein« entstanden war.

[74]) Archives Nationales, Paris, *BB*[18] *1431, dossier A 126.*

Becker non obstant le refus qui lui a été fait d'un passeport est parti dernièrement, dit-on, pour la Suisse allemande. Il est absent en ce moment pour une quinzaine de jours. Son permis de séjour est près d'expirer.
J'ai invité immédiatement mes substituts de Gex, Nantua et Bourg à faire exercer une grande surveillance sur ceux de ces ouvriers qui vont sans doute traverser leurs arrondissements.
Je suis avec respect,

Monsieur le Garde des Sceaux,
Votre très humble et très obéissant serviteur
Le Procureur Général
C. Piéron

X. Brief des Staatsrats von Genf an den Botschafter von Frankreich[75])

Les Syndics et Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève à Son Excellence M. le Comte de Pontois, Ambassadeur de Sa Majesté le Roi des Français près la Confédération Suisse à Berne.

Genève, le 2 mai 1845

Monsieur le Comte,
Nous avons reçu la lettre que Votre Excellence nous a fait l'honneur de nous adresser en date du 28 avril dernier pour nous demander de Lui faire connaître les noms des ouvriers allemands communistes que nous avons fait partir de Genève dans les commencements du mois dernier.
Le renvoi de ces ouvriers n'ayant eu lieu qu'en vertu d'un ordre administratif fondé, non sur la part qu'ils auraient prise à des tentatives de troubles politiques mais sur le danger auquel la propagande des doctrines sociales qu'ils professaient pouvait, dans les temps actuels, exposer notre canton, nous pensons que nous ne pourrions, sans excéder la limite de nos droits et de la Justice, signaler ces hommes individuellement à la surveillance des autorités étrangères, à moins que la route qu'ils avaient à suivre pour retourner dans leur pays, ne les obligeât à passer sur le territoire de ces autorités.

Quelques uns d'entre eux ayant demandé, au moment de leur départ, à se rendre en France, la police en considération de ce que leurs livrets portaient le visa de l'ambassade de France, n'a pas cru pouvoir refuser de les viser pour cette destination, mais elle s'est empressée en même temps de transmettre leurs noms à M. le Sous-Préfet de l'arrondissement de Gex, afin qu'il pût prendre à leur égard les mesures qu'il estimerait convenables et nous avons appris en effet qu'il les avait tous obligés à rétrograder.

---

75) AMAE, Bd. 550, Beilage zur Depesche vom 9. Mai 1845.

La police eut d'ailleurs la précaution de mentionner sur les livrets de ces hommes qu'ils étaient visés par ordre supérieur afin d'assurer d'autant mieux par ce moyen leur retour dans leurs pays respectifs.

Nous espérons que Votre Excellence appréciera les motifs de notre réserve, estimera que les précautions que nous avons prises pour assurer la dispersion et la rentrée dans leurs foyers de ces hommes, sont de nature à dissiper toutes les inquiétudes que le gouvernement de S. M. a pu concevoir à cet égard et nous saisissons cette circonstance Monsieur l'Ambassadeur pour vous renouveler l'assurance de notre haute considération.

Au nom des Syndics et Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève,

Le Conseiller Secrétaire d'Etat,

Le Fort

Georg Eckert

Aus der Korrespondenz des Kommunistenbundes (Fraktion Willich-Schapper)

In seiner Studie »Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten« bezeichnete Friedrich Engels das »Schwarze Buch« von Wermuth-Stieber, jenes, wie er polemisch schreibt, »von absichtlichen Fälschungen strotzende Machwerk zwei der elendesten Polizeilumpen«, als die bislang wichtigste und am meisten benutzte Quelle für die »zusammenhängende Geschichte« des Bundes[1]).

In den Jahrzehnten seit 1885 ist eine reiche Literatur über den Kommunistenbund erschienen[2]), doch mangelt es noch immer an wirklichen Primärquellen, vor allem an Material zur Geschichte der »unteren Ebene« des Bundes, seiner lokalen Kreise und Gemeinden. Diese Sachlage rechtfertigt die Veröffentlichung von Briefen der Fraktion Willich-Schapper, die im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel mehr als ein Jahrhundert überdauert haben. Sie enthalten aufschlußreiches Material über die Entwicklung der Gemeinden Braunschweig, Genf, Paris und Valenciennes, vor allem aber zur Organisations- und Ideen-

---

[1]) Friedrich Engels schreibt wörtlich: »Bis jetzt gibt es für die zusammenhängende Geschichte jener Bewegung nur eine Hauptquelle. Es ist das sogenannte Schwarze Buch: ›Die Kommunisten-Verschwörungen des 19. Jahrhunderts‹. Von Wermuth und Stieber. Berlin. 2 Teile, 1853 und 1854. Dies von zwei der elendesten Polizeilumpen unsres Jahrhunderts zusammengelogene, von absichtlichen Fälschungen strotzende Machwerk dient noch heute allen nichtkommunistischen Schriften über jene Zeit als letzte Quelle.«
Dr. jur. Wermuth – Dr. jur. Stieber: Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts. Erster Theil. Enthaltend: Die historische Darstellung der betreffenden Untersuchungen. Berlin 1853. Zweiter Theil. Enthaltend: Die Personalien der in den Communisten-Untersuchungen vorkommenden Personen. Berlin 1854. Zit.: W.-St. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe, den Wahrheitsgehalt des »Wermuth-Stieber« an Hand der inzwischen zur Verfügung stehenden Originalakten im einzelnen zu überprüfen.

[2]) Siehe neuerdings die Untersuchung von Shlomo Na'aman »Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten in Deutschland in der zweiten Phase seines Bestehens« im vorliegenden Band des »Archivs für Sozialgeschichte«. S. auch Karl Obermann: »Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten 1849–1852.« Berlin 1955.

geschichte des Sonderbundes seit der Spaltung der Londoner Zentrale im September 1850. Besondere Beachtung verdienen dabei die Briefe von Moses Heß, die einzigen erhalten gebliebenen Schreiben des »Kommunistenrabbi« an die Zentralbehörde der Fraktion Willich-Schapper[3]).

Die Briefe fanden sich in der Akte des Braunschweiger Kommunistenprozesses Heck, Buchmann, Stabler, die lange Zeit als verschollen galt[4]). Die Briefe der Braunschweiger Angeklagten bilden dabei einen Teil der eigentlichen Akte, wogegen die Masse der nachstehend veröffentlichten Schreiben am 12. Juni 1852 vom Polizeipräsidium Berlin nach Braunschweig, mit der Maßgabe einer baldmöglichen Rücksendung ausgeliehen wurden. Das Gericht bewahrte die Briefe in einem losen Umschlag, der der Akte beigefügt wurde und dort offenbar in Vergessenheit geriet.

Drei Schreiben von Moses Heß und der »Gemeinde Genf« an die Zentralbehörde in London

Im Winter 1850/51 entsandte die Londoner Zentralbehörde den Lehrer Adolph Majer nach Frankreich und in die Schweiz, um die Kreise und Gemeinden über die Lage des Bundes zu informieren, für die Autorität der neuen Zentralbehörde zu wirken und schließlich zu vermehrter Tätigkeit und Propaganda anzuspornen. In Genf, wo der Emissär Anfang Februar eintraf[5]), kam es bereits

---

[3]) Moses Hess Briefwechsel. Herausgegeben von Edmund Silberner. Unter Mitwirkung von Werner Blumenberg. Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung. Herausgegeben vom Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam. S'Gravenhage 1959. Herrn Prof. Dr. Silberner bin ich für die Verifizierung der Briefe zu Dank verpflichtet.

[4]) Die Akte ist meines Wissens nur einmal von Heinrich Leonard eingesehen worden. Infolge der Auslagerung großer Aktenbestände galt sie als unauffindbar bzw. als verloren. Zu Beginn dieses Jahres überprüfte ich mit meiner Assistentin Rosemarie Sievers, der ich auch an dieser Stelle danken möchte, die gesamten Wolfenbütteler Prozeßakten, wobei u. a. auch die Akte des Kommunistenprozesses wiedergefunden wurde.

[5]) Wermuth-Stieber schreiben (Bd. 2, S. 78) über Majer: »399. *Majer*, Adolph, ist laut Theil I, Seite 69, 70, 73, 79, 80, 82, 84, 86, 88, 104 und 286 lange Zeit einer der thätigsten Emissaire des Communistenbundes in Frankreich, der Schweiz u.s.w. gewesen. In der am 3. September 1851 in Paris saisirten Liste der réunion chantante allemande (vergl. Theil I, Seite 163 u. 164) findet sich ein Majer und ein Maier, welche wahrscheinlich mit Adolph Majer identisch sind. Vielleicht ist Adolph Majer identisch mit demjenigen Adolph Maier aus Heilbronn, welcher vom badenschen Bezirksamte Stöckach seit 21. Februar 1850 wegen Hochverraths und Erpressung steckbrieflich verfolgt wird. Personal-Beschreibung des Adolph Maier aus Heilbronn nach Steckbriefen. Alter: jetzt 33 Jahre. Größe: 5 Fuß 7 Zoll badensches Maaß.«
Im »Archiv Dietz«, daß sich die preußische Polizei in London »anzueignen« verstand, fanden sich u. a. »drei Berichte des Emissairs Majer aus Genf vom 12., 22., 24. Februar 1851« (W.-St. 1. Bd. S. 79). Der erste Bericht vom 12. Februar wird von W.-St. 1. Bd. S. 88 wörtlich wiedergegeben.

nach wenigen Tagen zu Unstimmigkeiten, die schließlich auf einer Mitgliederversammlung offen ausgetragen wurden. Moses Heß, der als Schriftführer fungierte, wurde daraufhin beauftragt, in London Erkundigungen über Majers Aufträge und Kompetenzen einzuholen bzw. über den Verlauf der Aussprache zu berichten.

Zwei der drei Genfer Schreiben sind »Heß« bzw. »M. Heß« signiert; es handelt sich bei ihnen ohne Zweifel um die von Wermuth-Stieber erwähnten Briefe vom 17. und 24. Februar, die bislang nicht aufzufinden waren. Das dritte Schreiben ist ein besonders interessantes Fragment, bei dem leider Datum und Unterschrift fehlen. Es muß zunächst dahingestellt bleiben, ob es sich auch in diesem Fall, trotz der abweichenden Handschrift, um einen Bericht von Moses Heß handelt[6]).

I.

An die Mitglieder der C[entral] B[ehörde]
im Namen der G[emeinde] in Genf
Brüder!

Ihr werdet schon durch Euren E[missär] davon unterrichtet worden sein, daß sich hier eine G[emeinde] gebildet hat. Dieselbe ist bereits neun Mitglieder stark, und wir werden eifrig dafür wirken, sie zu vergrößern. Vorsicht scheint uns jedoch bei der Aufnahme neuer Mitglieder vor Allem nöthig. – Die hiesige G[emeinde] wünscht, daß Ihr namentlich Euren E[missär] in dieser Beziehung strenge Instruktionen ertheilet. Das Benehmen Eures E[missärs] an hiesigem Orte ist für sie Veranlassung, Euch diesen Wunsch auszudrücken. Nachdem bereits die hiesige G[emeinde] constituirt und eine regelmäßige Propaganda eingeleitet war, nachdem schon verschiedene Mitglieder der hiesigen G[emeinde] von dieser Letztern beauftragt waren, diejenigen Personen, welchen sie Vertrauen schenkte, zur Aufnahme vorzubereiten, sprach Euer E[missär], ohne dazu von der G[emeinde] ermächtigt worden zu sein, mit verschiedenen Personen, zeigte denselben seine Vollmacht der C[entral] B[ehörde], theilte ihnen die Statuten mit, und behauptete hinterher, als er deshalb von uns zur Rede gestellt worden, *dazu sei er, als E[missär], befugt.* Die hiesige G[emeinde] wünscht zu wissen, ob er wirklich hiezu befugt gewesen?

---

[6]) Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um den bei Wermuth-Stieber aufgeführten Brief vom 11. 3. 1851 bzw. um eine Abschrift des Originalschreibens von Moses Heß handelt. – Herr Prof. Dr. Silberner machte mich freundlicherweise darauf aufmerksam, daß sich ein Auszug des Heß'schen Briefes vom 17. 2. 1851 im Kinkel-Nachlaß in Bonn befindet.
Die Briefe werden in der Akte mit den Belegnummern LXII, LXIII und LXIV geführt. An dem unteren Rand der jeweils ersten Seite befinden sich die Chiffren: 2426 PJ. Alle Briefe enthalten Aktennotizen, die mit dem Prozeß Reininger in Mainz zusammenhängen (Datum: Mainz, 31. Juli 1852).

Wir haben aus den deutschen Zeitungen die traurige Nachricht von der Verhaftung eines Lehmann's erfahren[7]), welche mit den Verfolgungen in Oesterreich zusammen zu hängen, dieselben sogar veranlaßt zu haben scheint. Ist das derselbe L[ehmann], der, wie Euer E[missär] uns und Andern mitgetheilt hat, von der C[entral] B[ehörde] ausgesendet wurde, und verhält sich's wirklich so schlimm damit, wie die Zeitungsberichte vermuthen lassen, dann werdet Ihr, wie wir hoffen und erwarten, die Sache untersuchen, und den G[emeinden] in einem Rundschreiben Näheres darüber berichten.

Unsre Zustimmungsadresse zu dem Programm zur Feier des 24. Februar werdet Ihr erhalten haben und dieselbe ohne Zweifel veröffentlichen[8]). Wir wünschten jedoch, daß die Unterschriften nicht veröffentlicht würden, da einer solchen Veröffentlichung die Ausweisung der betreffenden Personen wahrscheinlich auf dem Fuße folgen würde.

Diese Woche wird ein tüchtiges Mitglied der hiesigen G[emeinde] nach Algier reisen. Habt Ihr Adressen von Marseiller Mitgliedern, so theilt uns dieselben mit, damit wir sie dem Abreisenden nachsenden können, der sich dann mit Marseille in Verbindung setzen wird.

Schließlich machen wir Euch den Vorschlag, eine Parole auszugeben, ein Wort, woran sich Mitglieder des B[und]s überall erkennen können, etwa Dreieck (Man würde alsdann zu fragen haben: Kennst Du Drei? . . . Der Befragte müßte das Wort ergänzen), das wäre unverfänglich.

Wir bringen in unsrer G[emeinde] die Fragen über die wichtigsten revol[utionären] Maaßregeln zur Debatte, welche unmittelbar nach der nächsten Revolution des Proletariats ergriffen werden müssen, damit der Sieg des Volkes nicht wieder wie bisher verscherzt werde. Es wäre von der höchsten Bedeutung, wenn wir uns, sowohl unter uns wie mit den comm[unistischen] Parteien andrer Länder, namentlich *mit den französischen,* über solche revolut[ionären] Maaßregeln, welche unmittelbar nach der Revolution zu ergreifen, vereinigen könnten. Thoré sagte mir, daß er deshalb auch schon an Louis Blanc geschrieben.

Mit brüderlichem Gruß
M. Heß

Genf 17. II. 51.

288, Rue des Chaudronniers

---

[7]) Friedrich Gottlieb August Lehmann, ein führendes Mitglied der Fraktion Willich-Schapper, war im August 1850 in Altona festgenommen worden. Nach Berlin überführt, machte er angeblich »vollständige Aussagen«, die jedoch »viel Fabelhaftes« enthalten haben sollen. Am 13. März 1851 wurde er wegen seiner aktiven Teilnahme an der Reichsverfassungskampagne in Baden zum Tode durch den Strang verurteilt, schließlich aber zu lebenslänglichem Zuchthaus »begnadigt«. S. hierzu Wermuth-Stieber 2. Bd., S. 72.

[8]) S. hierzu auch den Brief von Moses Heß an Etienne Cabet mit einem Schreiben »Aux proscrits Démocrates-Socialistes réunis au banquet du 24 février à Londres«, das zum Jahrestag der Pariser Februarrevolution im »Populaire« veröffentlicht wurde. Moses Heß Briefwechsel a. a. O. S. 269 f.

II.

An die C[entral] B[ehörde] in London

Genf 24. Feb[ruar] 1851.

Brüder.

Wir sehen uns in die traurige Nothwendigkeit versetzt, noch einmal einen Gegenstand zu berühren, den wir schon in unserm ersten Schreiben an Euch nicht angeregt hätten, wenn uns nicht die Rücksicht auf unsre gemeinsame Sache, gegen welche jede persönliche Rücksicht in den Hintergrund tritt, dazu genöthigt hätte.

Wir müssen nämlich noch ein Mal über A[dolph] M[ajer], Euren Em[issär], berichten.

Dem Schreiber dieses, der zu dieser Berichterstattung von der G[emeinde] beauftragt worden, ist dieser Auftrag um so unangenehmer, als er sich von den redlichen und entschieden revolutionären Gesinnungen M[ajer]s überzeugt, u. nur das Eine an demselben zu tadeln hat, daß er seine Mission in der Schweiz als Mittel zu einem andern, obgleich löblichen Zweck zu gebrauchen scheint. Durch diesen Umstand brachte sich M[ajer] von vorn herein in eine schiefe Stellung zum B[und], so wie später zu dessen Mitgliedern an hiesigem Orte. – Ich bin nicht beauftragt u. halte es auch für überflüssig, hier auf alle Einzelheiten einzugehen, wodurch M[ajer] sich bei einigen Mitgliedern unserer G[emeinde] verhaßt gemacht hatte und bei allen die Ansicht hervorrief, als ob er seine Mission, folglich den B[und] selbst, resp. seine Mitglieder an hiesigem Orte, mehr oder weniger compromittire. Die protokollarischen Verhandlungen, welche ich Euch mitzutheilen beauftragt bin, enthalten die hauptsächlichen Thatsachen, die zu diesem Urtheile über M[ajer] Veranlassung gaben. – Im Namen der G[emeinde] glaube ich jedoch noch hervorheben zu müssen, daß nicht der geringste Grund vorliegt, die Motive, welche diese Correspondenz veranlassen, anderswo als in der Handlungsweise M[ajer]s zu suchen, indem unsre G[emeinde] in allen ihren Mitgliedern ihre vollste Zustimmung zu dem reorganisirten B[und] auf das Aufrichtigste Kund gegeben hat. – Zum bessern Verständniß des Protokolls welches hier folgt, schicke ich nur voraus, daß M[ajer], nachdem er vom 3t. bis zum 12t. Feb[ruar] hier in Genf sich aufgehalten hatte, eine Reise nach Lausanne unternahm u. am 20t. wieder hieher zurückkehrte, so daß er unsrer *vorletzten* Sitzung vom 15t. Feb[ruar], in welcher der erste Brief an Euch beschlossen wurde, *nicht* beiwohnte, wohl aber der *letzten*, der vom 22t., deren Verhandlungen, soweit sie auf M[ajer] Bezug haben, hier mitgetheilt werden sollen.

Auszug aus dem Protokoll vom 22t.

»Nach Verlesung des Prot[okolls] der letzten Sitzung verlangt der Bruder M[ajer] das Wort, bemerkend, er wolle sich vertheidigen. Der Präs[ident]

macht ihn darauf aufmerksam, daß eine Vertheidigung eine Anklage voraussetze, man aber der C[entral] B[ehörde] nur die Frage vorgelegt habe, ob er seine Befugnisse nicht überschritten habe, eine Frage, die keine Anklage sei, da die C[entral] B[ehörde] ebenso gut ihm Recht, u. der G[emeinde] Unrecht geben könne. Er habe sich also nicht zu vertheidigen, wohl aber Erklärungen über verschiedene Dinge zu geben, z. B. darüber, wie es komme, daß er, der doch von London als E[missär] hieher gesendet worden sei, nicht auch mit den zu seiner Mission nöthigen Geldmitteln versehen werde, so daß er sich deshalb da u. dorthin wenden, auch länger, als seine Mission es erheische, an einem Orte verweilen müsse, was in mehr als Einer Beziehung seine Mission compromittire. – M[ajer] faßt dieses wiederum als Anklage auf, hält es aber unter seiner Würde, sich zu vertheidigen oder Erklärungen abzugeben, indem er behauptet, der Präs[ident] habe ihm vorgeworfen, er treibe Industrie mit seiner Mission, was eine Niederträchtigkeit, eine Infamie sei. – Der Präs[ident] antwortet: Daß er ihm einen solchen Vorwurf nicht gemacht habe, wiederholt, was er gesagt, u. fordert ihn nochmal auf, sich über diesen Punkt zu erklären. – M[ajer] erklärt: daß er schon von Paris aus nach London, von der Schweiz aus nochmal dorthin geschrieben, bis jetzt aber kein Geld erhalten habe. Er habe allerdings die Mission nach der Schweiz übernommen, weil er ohnehin nach diesem Lande reisen wollte, möchte jedoch wissen, wodurch er seine Mission compromittirt habe. – Karius erklärt: daß M[ajer], seit dessen Rückkehr von Lausanne, bei ihm logire und viele Briefe nach verschiedenen Richtungen hin geschrieben habe, unter andern, auch einen an D'Ester, bei dem er sich auf drei B[undes] Mitglieder berufen habe, so wie einen andern an einen Schweizer in St. Gallen, welchen letztern Brief er ihm sogar in Gegenwart von fremden Personen vorgelesen, u. worin er dem Schweizer mittheile, daß er in einer *Mission von London* hier sei, worin er ferner von Blanqui, Barbes, Raspail u.s.w., so wie von einer nahe bevorstehenden Revolution spreche und sich schließlich zur Disposition des Schweizer Freundes stelle. – Es wird von verschiedenen Seiten getadelt, daß M[ajer] von seiner Londoner Mission nach allen Richtungen hin, namentlich auch solchen Leuten Mittheilung mache, die nicht im B[und] seien u. die, vermöge ihrer sozialen Stellung u. anticommunistischen Prinzipien, sowohl den Mitgliedern des B[unde]s, wie unsrer gemeinsamen Sache Gefahr bringen könnten, da überdies, wie bekannt, das Postgeheimniß in der Schweiz nicht respektirt werde. – M[ajer] erwiedert: daß er mit dem Schweizer sehr intim stehe, außerdem aber auch gar keinen Anstand nehmen würde, den Inhalt seines Briefes an den besagten Freund im *St. Galler Boten* zu veröffentlichen, so wenig gefährlich, so nützlich scheine ihm im Gegentheil die Publikation desselben. – Die G[emeinde] ist mit der Anschauungsweise M[ajer]s nicht einverstanden und beschließt, auf Antrag von James, das Protokoll der gegenw[ärtigen] Sitzung, soweit es auf M[ajer] Bezug hat, der C[entral] B[ehörde] mitzutheilen. Der Schreiber wird mit einem Briefe nach London beauftragt. M[ajer] zeigt an, daß er dann ein

Begleitschreiben dem Briefe beifügen werde. Beide Briefe sollen in der nächsten Sitzung vorgelesen werden, welche deshalb auf übermorgen, 24t. Abends 8 Uhr festgesetzt wird . . .«

Nach der Sitzung.
Vorstehendes wurde in der heutigen Abendsitzung der G[emeinde] verlesen. Nach dieser Verlesung las M[ajer] seinen Brief an die C[entral] B[ehörde] vor, erklärte jedoch später, nach heftigen Debatten, daß er allerdings bei Abfassung seines Begleitschreibens an die C[entral] B[ehörde] von der falschen Voraussetzung ausgegangen sei, der Brief der G[emeinde] an die C[entral] B[ehörde] würde in einer minder unparteiischen Weise abgefaßt sein, als er wirklich abgefaßt ist; als ob ferner Umtriebe im Spiele seien, von deren Nichtvorhandensein er sich heute endlich überzeugt habe. Er werde nunmehr seinen Bericht an die C[entral] B[ehörde] ganz anders abfassen. – Er trägt zuletzt darauf an, den vorliegenden Brief nicht abzuschicken; er wolle dann ebenfalls die Sache auf sich beruhen lassen. – Dieser Antrag wird jedoch von der G[emeinde] verworfen, welche die Absendung des gegenw[ärtigen] Schreibens an die C[entral] B[ehörde] nach London beschließt.

Im Namen der G[emeinde] in Genf
Euer Bruder
Heß

III.

An die C[entral] B[ehörde] d[es] B[undes] d[er] C[ommunisten]
Brüder,
euer Schreiben, auf welches wir nicht ohne große Spannung gewartet haben, weil es uns in unserm Urtheil über M[ajer], das wunderbarerweise bei uns Allen dasselbe war, befestigen oder aufklären sollte, gelangte leider zur Zeit hier an, als M[ajer] bereits abgereist war. Wir hatten allen Grund anzunehmen, daß er noch in Lausanne anzutreffen sei und so wurde der Unterzeichnete von der G[emeinde] beauftragt, ihn bis nach dieser Stadt zu verfolgen. Aber diese unsere Voraussetzung war nicht die richtige; vielmehr war M[ajer] mit Hilfe der Unterstützung von Seiten des Flüchtlingscomites in Lausanne nach Bern gereist. Von Lausanne aus sandte ich einen Bericht über die Lage der Dinge nach La ch[aux] de f[onds] und entschloß mich, meine Verfolgung des M[ajer] nach Bern fortzusetzen. Hier hatte er sich hinter ein so großes mystisches Apparat versteckt, so lange er sich daselbst aufhielt, daß es mir nur mit der größten Mühe gelang, seine Spur zu entdecken. Ich fand das Wirthshaus, in welchem er logirt und nach Kontrahirung einer ansehnlichen Rechnung sich aus dem Staube gemacht hatte, ohne zu bezahlen. Dieser Umstand sowie noch einige andere An-

zeichen überzeugten mich, daß er Bern wirklich verlassen habe; auch fand ich Thatsachen, die zu beweisen scheinen, daß er über Zürich nach St. Gallen seinen Weg genommen hat. In Lausanne hatte er wenig Geheimniß aus seiner Mission gemacht und mir scheint es, daß er zu seinen Geständnissen ihm nur einigermaßen bekannten Personen gegenüber deshalb genöthigt war, einmal weil er in seiner Mission ein Mittel sah, sich das zu seinem Leben erforderliche Geld zu verschaffen und sodann, weil er dadurch seine Person zu heben glaubte, welche er durch allerlei Fraudulationen während eines frühern Aufenthalts in dieser Stadt bis zu einer so großen Verachtung erniedrigt hatte, daß daselbst lebende Deutschen in einem Kafe den Tisch verließen, an welchem er Platz genommen hatte. In Bern dagegen, wo er wenig gekannt ist, machte er von der Wichtigkeit seiner Sendung nur insofern Gebrauch, als ihm dies seine Ansprüche auf Unterstützung zu erhöhen schien, weshalb er nur denjenigen Personen gegenüber, welche daselbst das Vertheilungscomite bilden, auf eine gewisse Eigenschaft pochte, die ihn quasi zum Obercontroleur sämtlicher Flüchtlingsgelder erscheinen ließ. Ich glaube nicht, daß er in Bern etwas bestimmtes gesagt, aber davon habe ich mich überzeugt, daß er bei Allen, die ihn gesehen hatten, den Eindruck hinterließ, als durchreise er in wichtigen Angelegenheiten die Schweiz. Seine mäßige Indiscretion[?] in Bern schreibe ich namentlich dem Umstande zu, daß er am letzten Tage seines dortigen Aufenthalts von La ch[aux] f[onds] 25. fr. geschickt erhielt, um die er jedenfalls dort angehalten hatte und die er dann zu seiner Reise nach St. Gallen wohl wird verwendet haben. Es macht mich aber etwas besorgt um die Sicherheit der C[entral] B[ehörde], wenn ich bedenke, daß jene Summe bald erschöpft und er dann wieder auf seine frühere Industrie angewiesen sein wird. Denn daran zweifle ich nicht, daß er von vornherein in jeder Gem[einde], die er gründete, eben so viele Quellen sich schaffen wollte, aus denen er seine Mittel zum Leben werde ziehen können. So wird er es in Zürich und St. Gallen machen und dabei mag er durch Unvorsichtigkeit uns schaden. Ihr werdet nun sagen, daß es besser wäre, wenn wir den Auftrag seiner Entwaffnung zu erfüllen suchten, als Euch diese unsere Besorgnisse mitzutheilen. Da muß ich nun anführen, daß mir in Bern die nöthigen Mittel gefehlt haben, meinen Weg bis Zürich oder S. Gallen fortzusetzen und daß ich so genöthigt war unverrichteter Sache hierherzurückzukehren. Die Geldmittel, über die wir verfügen – alle wie wir zusammen sind, sind so gering, daß es unsere ganze Anstrengung in Anspruch nahm, meine Reise nach Bern zu bestreiten und ich mache schon hier darauf aufmerksam, daß unsere beabsichtigten Einsendungen an den C[entralen] K[reis?] grade durch jenes Opfer auf geraume Zeit hinausgeschoben sein werden. Die ausgesprochenen Besorgnisse in betreff M[ajer]s aber sollten bezwecken, Euch darauf hinzuweisen, daß Ihr auf ein anderes Mittel denken müßt, wenn Ihr ihn recht bald unschädlich machen wollt. Zwar haben wir sehr reiflich überlegt, ob uns noch irgend ein Mittel zu Gebote steht, von hier aus Euerm Auftrage nachzukommen und einigten uns dahin an eine

vertraute aber außerhalb des B[unde]s stehende Person in S. Gallen auf Privatweg die Erkundigung einzuziehen, ob M[ajer] in St. Gallen sich befindet. Im Falle dies ist würden wir vielleicht durch diese Person einen versiegelten Brief an M[ajer] befördern können, worin wir ihm eine theilweise Abschrift Eures Mandats übermachten mit der freundlichen Aufforderung sich unsers fernern brüderlichen Vertrauens dadurch würdig zu erweisen, daß er sich Euerm Beschluß – die Uebergabe der Papiere betreffend – fügen würde. – Sollten wir eine Antwort von S. Gallen eher erhalten als eine fernere Anweisung unsers Benehmens von Euch, so würden wir in der That jenen angedeuteten Schritt versuchen. Ich habe die Gem[einde] ersucht mir zu gestatten für diesmal an Euch zu schreiben einmal weil ich die Mission in betreff M[ajer]s übernommen hatte und dann aber auch, weil ich auf meiner Reise nach Bern einige zerstreute Trümmer der Parlamentspartei getroffen habe, über deren Stellung und Verhalten ich einige Mittheilungen zu machen für nöthig halte. Und zwar habe ich Gelegenheit gehabt grade mit jemand zusammenzusein, der vermöge seiner sanguinischen Naivität recht tiefe Blicke in die allergeheimsten Geheimnisse gestatten würde, wenn sein wehmuthbewegter Busen jemals solche in sich tragen könnte: ich meine Louis Simon[9]). Louis Simon ist das Compliment zu dem problematischen Werthe eines Nulls, der in Carl Vogt[10]) niedergelegt ist, allein dieses Null ist deshalb problematisch und schwankt deshalb zwischen einer + und — Reihe von Ziffern, weil die Gleichung noch nicht gelöst ist, deren Resultat sie ist, weil diese Leute in der Meinung von Demokraten und Halbdemokraten noch nicht so vernichtet sind, wie sie vermöge ihres allenfallsigen abermaligen gefährlichen Einflusses verdienen. In Beziehung auf diese gilt gewiß das »trahison« Blanquis[11]) und in Beziehung auf sie ist eine Sprache wie die Blanquische im höchsten Grade nothwendig. – Simon stellt sich mit einem gewissen Wohlgefallen auf den ihm von Marx angewiesenen Standpunkt des Kleinbürgers und gefällt sich in der Vertheidigung dieser Klasse und ihres Eigenthums den rohen Kerls gegenüber, welche einen Arbeiterstaat gründen wollen. Er spricht mit Cavaignac lieber unter dem russischen Kaiser als unter dem Regimente von Proletariern zu leben. Auch beruft er sich auf seine Schlauheit, vermöge deren er eingesehen, daß

---

[9]) Ludwig Simon (1810–1872), ein Rechtsanwalt aus Trier und bekannter demokratischer Politiker. In der Frankfurter Nationalversammlung zählte er zu der republikanischen Linken. Nach dem Scheitern der Reichsverfassungskampagne lebte er als Emigrant in der Schweiz und in Paris.

[10]) Karl Vogt (1817–1895), Naturwissenschaftler und philosophischer Materialist. In der Frankfurter Nationalversammlung stand Vogt auf dem linken, demokratischen Flügel. In der Endphase der Revolution war er einer der fünf Reichsregenten. Seit 1849 lebte er in Genf. S. auch Karl Marx, Herr Vogt, London 1860.

[11]) S. hierzu den »Trinkspruch gesandt durch den Bürger L. A. Blanqui an die Kommission der Flüchtlinge zu London für die Jahresfeier des 24. Februar 1851«. Blanqui wandte sich mit scharfen Worten gegen die »verkappten Bourgeois«, die wie Louis Blanc u. a. »die Rolle von Volkstribunen spielen«.

die soziale Partei sich des kleinbürgerlichen Revolutionsgelüstes bedienen wolle, um ⟨sie⟩ die Betrogenen nachher unter ihr Arbeiterjoch schmiegen zu können. Er wird, nach seinem Geständniß, von dieser Schlauheit Gebrauch machen und seine Kleinbürger von der verrätherischen Absicht der Rothen unterrichten, zu welchem Ende er einen langen Artikel gegen Marx in die Kolatscheksche Monatsschrift [12]) schreiben wird – eine Handlung, die er »ins Horn blasen« nennt, weil einige Professoren und Landgerichtsräthe diese Monatsschrift mit großem Eifer lesen. Nicht allein durch diese Bekenntnisse Simons auch durch andere Thatsachen ist es mir unumstößlich klar geworden, daß die ganze Parlamentsklike sich nun offen als unsere Feinde geriren und antisozialistisch auftreten wird. Die Lossagung von Marx namentlich von Seiten W[illich] S[chapper] galt ihnen als eine Lostrennung von der comm[unistischen] Partei und sie sahen darin den Weg zu einer Einigung angebahnt. Auf eine solche Einigung scheinen sie sehr versessen zu sein, da sie noch von der Angst gefoltert zu sein scheinen, man möchte sie vergessen. Sie ahnen, daß unsere Partei rührig ist und das macht sie unruhig und maßlos. [Ende des Fragments]

Protokolle des »Kreises Paris«

Neben London, dem Sitz der Zentralbehörde, war die französische Hauptstadt das wichtigste Zentrum der Fraktion Willich-Schapper. 1850 bestanden hier drei, seit dem Sommer sogar vier Gemeinden, die zu einer eigenen, recht aktiven Kreisorganisation zusammengeschlossen waren. Der Pariser Kreis wurde auch von den übrigen Gemeinden in Frankreich, so von den Gruppen in Valenciennes, Metz und Straßburg als politische und organisatorische Leitung anerkannt. Seine Funktion war um so bedeutsamer, als man sich gerade von Frankreich die Entfesselung einer neuen europäischen Revolution erhoffte.

Die Wolfenbütteler Akten enthalten vier Protokolle von Generalversammlungen sowie ein Schreiben der Londoner »Central-Behörde« an die Leitung des Kreises Paris. Sie vermitteln wertvolle Aufschlüsse über die Tätigkeit, das politische und geistige Leben der Pariser Gemeinden, die im September des gleichen Jahres dem Zusammenspiel der französischen und preußischen Polizei zum Opfer fielen [13]).

---

[12]) Adolph Kolatschek (1821–1889), ein österreichischer Demokrat, veröffentlichte 1850/51 die »Deutsche Monatsschrift«.

[13]) Die in Wolfenbüttel erhalten gebliebenen Originalprotokolle kontrastieren in ihrem Tenor auffällig von den Protokollen aus den Monaten Januar und Februar 1851, die W.-St. a. a. O. Bd. 1 S. 81 ff. veröffentlichten. Die Protokolle tragen die Vermerke: Beleg VI, VII, XXXVI, XXXVII und XIV sowie die folgenden Chiffern: Protokoll vom 27. 4. 1851: 2468 PJ; Protokoll vom 15. 6. 1851: 6075 PJ, 5315 PJ, 6899 PJ 523; Protokoll vom 17. 6. 1851: 5829 PJ. 172 3981 PJ; Protokoll vom 2. 8. 1851: 6075 PJ 172 3989; Schreiben der Centralbehörde vom 8. 8. 1851: 5335 PJ 6075 PJ 6899 PJ 523 3982. – Auf den Schreiben befinden sich außerdem Aktennotizen aus Mainz, die offenbar während des Prozesses gegen Reininger angefertigt wurden.

IV.

Protokoll der Generalversammlung vom 27ten April 1851.
Die Sitzung wird eröffnet um 8 Uhr. –
Der Schreiber liest die Kreisprotokolle vom 5ten Januar bis zum 26ten April vor. – Die Mitglieder protestiren gegen einige Nachläßigkeiten in denselben, die der Schreiber verbessern wird. – Auf Antrag d[es] B[ruders] Egg[ers] [14]) soll eine Generalversammlung über 14 Tage gehalten werden in welcher über eine entstandene prinzipielle Frage diskutirt werden soll. –
Die Protokolle der Gemeinden sollen ebenfalls in der nächsten Generalversammlung verlesen werden. –
Der Schreiber verliest das Rundschreiben der Centralbehörde [15]). Nach Verlesung desselben beauftragt die Generalversammlung den Kreisschreiber der Gener[alen?] Centralbehörde ihre Zufriedenheit mit dem Wirken der ⟨Centralbehörde⟩ auszudrücken. –
Der Kreiskassirer verliest den Bestand der Bundeskasse und die spezivizirte Rechnung soll durch alle Gemeinden durchgehen. — Dem B[ruder] Hag[en?] [16]) wurde der Ertrag der außerordentlichen Auflage für den Monat April als Abzahlung für die von ihm für den Emissär der Centralbehörde ausgelegten Gelder, zuerkannt.
Es wird beschlossen, daß alle die Gelder der für die außerordentliche Auflage des Monats April nämlich 30 Sous binnen der Frist der laufenden Woche von jedem Mitgliede absolut hinterlegt sein müssen.
Der Schreiber verliest die Bundesstatuten. –
Der Präsident ermahnt zum Schlusse in einer angemessenen Rede alle Mitglieder nochmals zur Verschwiegenheit, zur Einigkeit, und zum Eifer, nach außen und innerhalb des Bundes warnt er gegen mißtrauische Andeutungen gegeneinander.
Die Sitzung wird geschlossen um 11¾ Uhr. –

Der Kreisschreiber
Frank [17])
[mit Blei:] Allpha

---

[14]) T. Eggers war Vorstandsmitglied der Gemeinde I. Am 3. September 1851 in Paris verhaftet, wurde er am 28. Februar 1852 freigesprochen. W.-St. 2. Bd. S. 43.

[15]) Bei dem Rundschreiben handelt es sich evtl. um die »Ansprache der Partei Willich für das erste Quartal 1851«, die W.-St. 1. Bd. S. 271 als Anlage XVI. veröffentlichen.

[16]) Johann Hagen, ein 50 Jahre alter Schneider aus der Schweiz. Er wurde am 3. September 1851 in Paris verhaftet, jedoch bald wieder entlassen. W.-St. 2. Bd. S. 54.

[17]) Der Bundesname von Crämer-Cherval.

V.

Generalversammlung vom 15ten Juni 1851.
Die Versammlung wird eröffnet um 8 Uhr.
Es fehlen G[emeinde] I Egg[ers], Ueb[el] [18]), Scheiter. Mün.
G[emeinde] II vollständig.
G[emeinde] III Breuer[19]). Körb. Kög. Sendner[20]). –
Die Gemeinden 1 und 2 lesen ihre Protokolle vor. – Das Protokoll der G[emeinde] III soll aus Mangel an Zeit in der nächsten Generalversammlung vorgelesen werden. –
Die von der Kreisbehörde beantragte Gründung einer 4ten Gemeinde wird angenommen und folgende Mitglied[er] zu derselben bestimmt
Yes, Zilles [21]), Vögtle [22]), Scheiter, Nette [23]), Kogel [24]), Harder, Schnabel [25]).
als provisorischer Vorstand wurden Nette, Vögtle, Yes angenommen. –
Die Generalversammlung wählt den Bruder Rheininger[26]) nach Ballot zum Abgeordneten an den Congreß. Der Abgeordnete fordert alle Gemeinden auf, ihre Forderungen an den Congreß bis zur nächsten Generalversammlung einzureichen.

[mit Blei:] Allpha
Frank

---

[18]) Der Schneidergeselle Uebel, der in Paris bei Reininger wohnte, war einer der drei Beistände der Kreisbehörde. Am 3. September gelang ihm die Flucht nach London. W.-St. 2. Bd. S. 130 f.

[19]) W.-St. 2. Bd. S. 32.

[20]) Ein Schneidergeselle, der am 8. März 1851 in die Pariser Organisation aufgenommen worden war. W.-St. 2. Bd. S. 121.

[21]) Ziller oder Zilles gehörte nach W.-St. zu den aktivsten Mitgliedern der Pariser Gemeinden. Am 9. Januar 1851 wurde er bei der Wahl der Kreisbehörde zu einem der drei Schreiber gewählt. W.-St. 2. Bd. S. 143.

[22]) Voegtle, nach W.-St. mit dem Schneidergesellen Caspar Voigtle identisch, gehörte zu den aktivsten Mitgliedern des Bundes in Paris. W.-St. 2. Bd. S. 132.

[23]) Der Schneidergesell Ludwig Heinrich Nette, war nach W.-St. »der Sohn einer in Hannover in ärmlichen Verhältnissen lebenden Wittwe«. Er »ging um das Jahr 1838 zuerst in die Fremde, arbeitete einige Zeit in Frankfurt a. M., kehrte um das Jahr 1840 zurück und ging 1843 nach Paris. Er hat die meisten Erlasse und Protocolle der Gemeinde resp. des Kreises Paris unterzeichnet, wurde namentlich am 9. Januar 1851 bei der Wahl der Kreisbehörde zu Paris zu einem der 3 Beistände (Stellvertreter der 3 Vorsteher) erwählt«. Am 25. Februar 1852 wurde Nette in Paris zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. W.-St. 2. Bd. S. 88 f.

[24]) W.-St. 2. Bd. S. 67.

[25]) W.-St. 2. Bd. S. 114.

[26]) Der Schneidermeister Johann Georg Reininger aus Niedernhausen, der sich 1843 in Paris niedergelassen hatte, gehörte zu den führenden Mitgliedern des Bundes. Am 6. September 1851 wurde er in Mainz verhaftet, jedoch am 7. Mai 1853 von dem Geschworenengericht in der gleichen Stadt freigesprochen. W.-St. 2. Bd. S. 13 und 99.

VI.

Sitzung vom 17ten Juni 1851.
D[er] Sch[reiber] l[iest] d[as] P[rotokoll] d[er] l[etzten]
S[itzung] v[or].

G[emeinde] I: Es war keine Sitzung weil das Lokal ⟨nicht genau⟩ von Fremden besetzt war –

G[emeinde] II: War zusammen 9½ Uhr. Es wurde über die 2. Frage diskutirt; welche von der C[en]t[ra]l B[e]h[örde] zur Diskussion vorgelegt worden.

G[emeinde] III. Nach Verlesung eines Briefes von Braunschweig dessen unmittelbare Beantwortung beantragt wurde, wurde über den § 8 der vorliegenden Fragen diskutirt. Zur Pro[pa]ganda werden vorgeschlagen Lambert, Valentini, die Gemeinde fragt[?] auf Erhöhung der Auflage an.
G[emeinde] IV. Es wurde über § 6 der von der Centralbehörde vorgelegten Fragen diskutirt. Als Candidaten wurden bekannt gemacht Hagen und Meyer[27]).
Pflanzschule war beisammen und hat fleißig diskutirt.
Beschl[uß], die für morgen angesagte Generalversammlung soll verschoben bleiben, bis die Verhandlungen des Congresses von London[28]) angekommen sein werden. Die Commission beauftragt die Affaire gegen Eckers[29]) zu untersuchen, berichtet daß dessen beleidigende Aussage nicht gegen den ganzen Bund, sondern gegen das Nicht[?]gensein einiger Mitglieder gerichtet sei. –
Die Commission zur Befragung von Frankenstein berichtet dessen Aussage gegen Zille[30]), daß derselbe nur deshalb vom B[und] zurückgetreten sei weil Z[ille] nicht die nöthige Verschwiegenheit in seiner Propaganda kund gebe. –
Es soll der Kreis für nächsten Montag wieder zusammen kommen um über die Aussage von Hechl[31]) gegen Zill[e] zu juziren. –
Der Kreis erkennt die vorgeschlagene Propaganda des v. H. [von anderer Hand:] Struwe[32]) so wie von Dirks [von anderer Hand:] Ottenreuter an.

Frank.

---

[27]) W.-St. 2. Bd. S. 82 f.
[28]) Der Congreß beschloß nach W.-St. 1. Bd. S. 79 die »Verhaltungsmaaßregeln für den Bund vor, während und nach der Revolution«. W.-St. 1. Bd. Anlage XIX S. 293 ff.
[29]) W.-St. 2. Bd. S. 43.
[30]) Vermutlich Ziller bzw. Zilles. S. Anm. 21.
[31]) Vermutlich Hechel. S. W.-St. 2. Bd. S. 57.
[32]) W.-St. 2. Bd. S. 128.

VII.

K[reis] S[itzung] vom 2ten August 1851.
D[er] Sch[reiber] l[iest] d[as] P[rotokoll] d[er] l[etzten]
S[itzung] v[or] v. a.
B[ericht] d[er] Gemeinden.
G[emeinde] I. Wahl eines neuen Vorstandes woraus folgende Mitglieder hervorgingen

Vorsteher — Frank
Beistand – Fels
Schreiber – Tell.

Vorlesung von Briefen von Braunschweig, und von Isporting[33]) – Diskussion über den Art[ikel] 5 d[er] v[on] d[er] C[entral] B[ehörde] v[orgelegten] Fr[agen] – Beantragung an die Kreisbehörde sie möge in p. (?) Berathschlagung nehmen, die sofortige Einrichtung einer Schule zum Unterricht im Schreiben sowohl als in der Französischen Sprache, und diese Schule soll dazu dienen. 1) die noch in der Orthographie der deutschen Sprache bewanderten B[undes] Mitglieder zu vervollkommnen und 2tens d[urch] d[en] Unterricht d[er] französischen Sprache neu ankommende Mitglieder für unsren Bund zu gewinnen – Die Kreisbehörde möge die fähigen Mitglieder hierzu beauftragen —. Auf Antrag eines Abgesandten aus d[er] G[emeinde] IV beantragt die G[emeinde] I. daß Morgen sofort die Cassirer aus allen Gemeinden zusammentreten mögen um dem B[ruder] Isporting die nöthigen Geldmittel herbeizuschaffen seine Reise fortsetzen zu können. – Die Generalversammlung wurde angezeigt. B[ruder] Düber[34]) protestirt gegen das Abhalten der Generalversammlungen in Bercy[35]) –
G[emeinde] II. S. 9½. Es wird über d[en] Art[ikel] 6 d[er] v[on] d[er] C[entral] B[ehörde] vorge[legten] Frage diskutirt. – B[ruder] George beklagte sich gegen Harder daß er l[etzten] Sonntag auf dem Montmartre zur G[eneral] V[ersammlung] bestellt habe und ihn dort 2 Stunden habe vergebens warten machen. Es wurde die Generalversammlung angezeigt.

---

[33]) Isporting bzw. Isporting war der Bundesname von Gipperich. In einem Schreiben des Kreises Paris an die »Central-Behörde« in London vom 15. Juli 1851 heißt es u. a.: »Wir finden uns veranlaßt, Euch noch zu benachrichtigen, ehe Ihr uns das Programm und Resultat des Kongresses übersendet, über einen Brief, der uns zugekommen ist von Braunschweig, während der Kongreß zusammen war. Aus diesem Briefe haben wir ersehen, daß durch Nachlässigkeit der Centralbehörde drei energisch wirkende Gemeinden gar nicht vertreten waren. Dies ist sehr unrecht, denn drei Gemeinden und 120 Mann, die jeden Augenblick schlagfertig stehen, sind wahrhaftig nicht zu verachten. Wir fordern daher rasch 3 Programme für Valenciennes, Braunschweig und Paris«. W.-St. 1. Bd. S. 85 f.

[34]) W.-St. 2. Bd. S. 42.

[35]) Stadtteil im Südosten von Paris.

Wahl eines Vorstandes woraus hervorgingen
Vorsteher – Alpha
Beistand Schulz[36])
Schreiber Meyer
gefehlt hat – Harder

G[emeinde] III. Wahl eines Vorstandes woraus hervorging —
Vorst[eher] Scherzer[37])
Beistand Sendner
Schreiber Breuer
gefehlt hat Körbchen –

G[emeinde] IV. S. 9¼. Beantragt wurde daß Morgen sofort die Kreiskassirer zusammentreten mögen um die Geldmittel herbeizuschaffen die für die weitere Reise unsres Br[uders] Isporting nöthig sind, welchen sie sogleich d[urch] einen Abgeordneten d[er] G[emeinde] I bekannt, und beantragen läßt[38]).

Wahl eines Vorstandes.
Resultat. Marius. Vorstand
Kaspar. Beistand
Frei – Schreiber.
D[er] Vorst[and] zeigt an daß seit einiger Zeit zwischen ihm und d[em] B[ruder] Zilles eine persönliche Spannung eingetreten sei, wodurch die Harmonie in der Gemeinde gestört werde.
Pflanzschule war zahlreich bes[ucht] alle anwesend außer Brandt. D[er] V[orstand] beantragt noch eine Sitzung mit Koehler[39]). – Aufgenommen sollen

---

[36]) Vermutlich Heinrich Andreas Schulz (bei W.-St. abwechselnd Schulz oder Schulze geschrieben). Nach W.-St. war Schulz ein »Schneider aus Graßleben im Braunschweigschen, 29 Jahre alt. Am 9. Juni 1851 zu einem der 3 Vorsteher des leitenden Kreises zu Paris ernannt, unterzeichnete er mehrere Erlasse und Protocolle, von welchen sich einige in Theil I, Seite 82, 84 und 96 finden. Bei den Einschreitungen in Paris am 3. September 1851 wurde er mit verhaftet und laut Theil I, S. 102 verurtheilt; es fand sich bei ihm ein russischer Paß d. d. Petersburg den 1. September 1848, in welchem er als braunschweigischer Unterthan aufgeführt ist«. W.-St. 2. Bd. S. 118.

[37]) Der Schneider Andreas Scherzer gehörte zu den aktivsten Mitgliedern des Bundes. Scherzer war später einer der Führer des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London. W.-St. 2. Bd. S. 110.

[38]) Der Kreis Paris hatte Gipperich am 20. Juli beauftragt, nach Straßburg zu reisen, um an der Rheingrenze für den Bund zu wirken. In dem Schreiben heißt es u. a.: ». . . wenn Du Geld nöthig hast, werden wir es Dir mit Vergnügen vorschießen, denn wir haben Vertrauen zu Dir . . .« W.-St. 1. Bd. S. 91 f.

[39]) Es handelt sich vermutlich um den Instrumentenmacher Hermann Köhler aus Chemnitz, der unter dem Bundesnamen »Eugen« als Emissär nach Deutschland reiste. W.-St. 2. Bd. S. 66. S. auch die Korrespondenz Gipperich-Crämer/Cherval.

werden Meyer und Brandt, wozu bestimmt werden Nette, Marius, Kaspar und Frei – auch A. 3. zwischen 1 – und 2 –.
Beschlüsse – 1) Der Antrag d[er] G[emeinde] I über den Unterricht soll in d[er] nächsten Kreissitzung berathen werden. – 2. der Bürger Zilles soll in die G[emeinde] III zugetheilt werden. –
3. Jeder Vorst[and] d[er] s[eine] Mitglieder nicht von d[er] G[eneral] V[ersammlung] unterrichtet hat, soll dafür verantwortlich gemacht werden.
Beantr[agte] Tagesordnung für die G[eneral] V[ersammlung] vom 3ten August. –
1. Vorlesung des rückständigen Protokolls d[er] G[emeinde] III. –
2. der Abgeordnete d[es] K[reises] Paris ⟨soll ein allgemeine . . .⟩ zum Congreß in London, soll ein allgemeine charakteristische Uebersicht, über den Congreß, und dessen Verhandlungen abgeben.
3. Diskussion über die Einrichtung einer Bundespolizei nach innen und außen[40] –
4. Freiwillige Collekte um der außeror[dent]lich in Anspruch genommenen Kreiskasse, einen neuen Fond zu verleihen.
– – –
Es wird ein Brief d[es] B[ruders] Wi. an R. verlesen. –
[mit Blei zugefügt:] Brief von Morison [?] aus Genf. –
Allpha Frank

VIII.

C[entral] B[ehörde] a[n] d[en] K[reis] P[aris]

London den 8 August 51.

Brüder,
Br[u]d[er] P. n. [41] wird Euch für Paris 51 Exempl[are] des Congreßschreibens, der Maßregeln des Bundes und der Volksforderungen überbringen. Wenn Ihr die Form der letzteren nicht scharf genug finden würdet, so liegt dieß darin, daß sie die Partheifarbe nicht tragen dürfen und doch zugleich unseren fernern Maßregeln als Vorbereitung und Mittel dienen müssen. Wie steht es mit dem Euch angezeigten Schramm in Paris?

---

[40] Der Punkt 5 der »Verhaltungsmaaßregeln für den Bund vor, während und nach der Revolution« beschäftigt sich mit den Aufgaben bzw. der sofortigen »Einrichtung oder Ausdehnung der Bundespolizei«. W.-St. 1. Bd. S. 294.

[41] Evtl. Niels Lorenz Petersen, ein Kürschner aus Kopenhagen, der zu den aktivsten Mitgliedern des Bundes zählte. Nach W.-St. vertrat Petersen die Gemeinde Brüssel auf dem Londoner Kongreß der Fraktion Willich-Schapper. Da Petersen später in Paris wirkte, ist es möglich, daß er die Kongreßdokumente überbrachte. Es handelt sich dabei vermutlich um die »Forderungen des Volkes im Augenblick der Revolution« (s. diesen Aufsatz S. 316) und die »Verhaltungsmaaßregeln für den Bund vor, während und nach der Revolution«. S. hierzu W.-St. 2. Bd. S. 95 und die entsprechenden Anlagen zum 1. Band.

Warum habt Ihr auf die beiden letzten Schreiben nicht geantwortet? – Ist etwa eines verloren gegangen? Das letzte Schr[eiben] war an Nette adressirt, das vorletzte an ebenso. In dem letzten war angefragt wann Br[uder] Reining[er] sein Weingeschäft am Rhein beginnen will und ob und wieviel Credit er braucht[42]).

H[an]dschl[ag] und Br[u]d[er]gr[uß]
Im Auft[rag] d[er] Centralb[e]h[örde]
Drauf, Schwerdt.

Könnt Ihr uns über einen gew[issen] Urnau[43]) aufklären, der mit D[o]ct[or] Rhode in Verbindung stehen soll?

Aus der Korrespondenz von Joseph Gipperich mit Crämer-Cherval

Joseph Gipperich, ein Schneidergeselle aus Olpe in Westfalen, gehörte zu den eifrigsten Mitgliedern des Kommunistenbundes in Paris[44]). Im Winter 1850/51 übersiedelte er, vermutlich im Auftrage des Bundes, nach Valenciennes, einer der wichtigsten Zentren des belgisch-nordfranzösischen Industriegebietes. In Valenciennes, das an der Wanderstraße der deutschen Handwerksburschen von Aachen über Brüssel nach Paris gelegen war[45]), gab es eine kleine deutsche Kolonie, die Gipperich offenbar für den Bund gewinnen sollte. Wie aus den nachstehend veröffentlichten Briefen hervorgeht, hat sich Gipperich, der den Bundesnamen »Isporting« führte, dieser Aufgabe, trotz seiner materiellen Sorgen und Nöte mit einer Hingabe gewidmet, der man den Respekt nicht versagen kann. Tatsächlich gelang es ihm, eine kleine Gemeinde deutscher Handwerker und Arbeiter zu gründen, die dem leitenden Kreis in Paris unterstellt wurde. Ungeachtet der großen sprachlichen Schwierigkeiten gelang es Gipperich mit Hilfe eines Luxemburgers, den Kontakt zu französischen Arbeitskollegen und Gesinnungsfreunden

---

[42]) Reininger ging als Emissär des Bundes nach Mainz, wo er verhaftet wurde.

[43]) W.-St. 2. Bd. S. 131 schreiben hierzu: »Urnau kommt vor in einem Schreiben der Centralbehörde des Communistenbundes an den Kreis Paris, d. d. London 8. August 1851, in welchem mit dem Bemerken, daß er mit Dr. Rohde (!), den man für einen Polizei-Agenten hält, in Verbindung stehen solle, Aufklärung über ihn verlangt wird.«

[44]) Über Gipperich schreiben W.-St. Bd. 2 S. 52: »205. Gipperich, Joseph, Schneidergesell aus Olpe in Rheinpreußen, laut Theil I, Seite 89, 102 und 164 sehr thätiges Mitglied des Pariser Communistenbundes, und führte den Bundesnamen Isporting. Er findet sich in der in Paris am 3. September 1851 gefundenen Liste der réunion chantante allemande, ist zuerst als Emissair in Valenciennes gewesen, dann behufs Gründung einer Bundesgemeinde nach Straßburg gesendet worden, woselbst er nach den Pariser Einschreitungen im September 1851 verhaftet wurde. Laut Theil I. Seite 102 wurde er im Februar 1852 von den Assisen zu Paris zu 8 Jahr Gefängniß verurtheilt, ist aber bald darauf entsprungen und begab sich nach London.«

[45]) S. hierzu die außerordentlich instruktive Karte: »Wanderwege der deutschen Handwerksgesellen im Ausland (1830/1848)« in: Wolfgang Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830. Industrielle Welt Bd. 4. Stuttgart 1963.

aufzunehmen, u. a. zu einem französischen Fabrikanten, der offenbar von sozialistischen oder doch sozialreformerischen Ideen beeinflußt war.
Die Briefe von Gipperich gewähren interessante Einblicke in das tägliche politische Leben einer kleinen provinziellen Bundesgemeinde, vor allem aber in die Ideenwelt der Arbeiter und Handwerkergesellen, die die Masse der Bundesmitglieder bildeten. Wie die meisten seiner Gesinnungsfreunde war auch Gipperich von Weitling und den Ideen der französischen Utopisten geprägt; Karl Marx, dessen Namen an keiner Stelle auftaucht, scheint ihm so gut wie unbekannt geblieben zu sein. Besonders aufschlußreich ist der pseudoreligiöse, »chiliastische« Zug, der sowohl in den Gedichten wie in den »programmatischen Forderungen« zum Ausdruck kommt. Die exaltierte Sprache einer auserwählten Gemeinschaft, eines »heiligen Kreises«, ist für diese sektiererische Haltung ebenso kennzeichnend wie die geradezu apokalyptische Erwartung der letzten Schlacht gegen Tyrannen und Klerisei, dem »heiligen Tag der Rache« vor der Vereinigung der Menschheit zu einer großen Familie, einem allgemeinen Bruderbund. Die Inschrift des roten Banners, das ein französisches Arbeitermädchen Gipperich an seinem Namenstag überreichte, verkündet die Synthese beider Welten: »Drapeau du Jesus Christ, Vive la republique communiste!«
Es ist verständlich, daß dieser Tenor – »die Fahnen der Rache in blutiger Pracht!« – den französischen und deutschen Staatsanwälten höchst gelegen kam, um so mehr, als Cherval, der Polizeiagent Crämer, bemüht blieb, Öl ins Feuer zu gießen. Im Kölner Kommunistenprozeß wurde der Briefwechsel Cherval-Gipperich gebührend herangezogen. »In der Korrespondenz des Cherval mit Gipperich«, schreibt hierzu Karl Marx, »besaß das Trifolium Seckendorf-Sädt-Stieber endlich, was es wünschte:

›Schinderhannes, Karlo Moor
Nahm ich mir als Muster vor.‹

Der Brief Chervals an Gipperich, damit er sich ja recht tief der trägen Hirnmaterie der 300 Meistbesteuerten, die das Geschworenengericht repräsentiert, einbleue, hatte die Ehre, dreimal verlesen zu werden . . .«[46]).
Im Spätsommer 1851 entschloß sich Gipperich Valenciennes zu verlassen, um im Süden Frankreichs oder in Deutschland für den Bund zu wirken. Auf Anraten der Pariser Führung begab er sich nach Straßburg, in die unmittelbare Nähe der

---

[46]) Karl Marx, Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln. Zit. nach: Karl Marx, Politische Schriften. 1. Bd. Hrsgb. von Hans-Joachim Lieber. Stuttgart 1960. S. 474. Zu der Agententätigkeit von Crämer-Cherval s. auch die Anlage 4 zu Karl Marx, Herr Vogt (zit. nach der Ausgabe Moskau 1941) S. 285: »Im Herbst 1851 war Fleury gemeinsam mit Greif und Stieber in Paris gewesen, nachdem der letztere dort bereits, durch die Vermittlung des Grafen Hatzfeldt, mit jenem Cherval oder richtiger Joseph Crämer in Verbindung getreten war, mit dessen Hilfe er ein Komplott zustande zu bringen hoffte. Zu dem Ende berieten die Herren Stieber, Greif, Fleury, ferner zwei andre Polizeiagenten . . . und erteilten ihre Instruktionen an Cherval, nach denen er seine Korrespondenzen zuzuschneiden hatte . . .«

deutschen Grenze. Im September des gleichen Jahres wurde er nach Aufdeckung des sog. »deutsch-französischen Kommunistenkomplotts« verhaftet und nach Paris überführt. Im Februar 1852 verurteilte ihn der Assisenhof der Seine ebenso wie Cherval zu acht Jahren Gefängnis. Kurz darauf gelang beiden die Flucht nach London[47]).

IX.

Valenciennes d. 1. 2. 1851

Bruder!!!
Deinen Brif vom letzten v. J. habe ich den Ersten Januar richtig erhalten, wo Du mir zugleich die glückliche u. erfolgreiche V.-wg - meldetes, was ich empfand, als Du mir einen klare vorschrift, mit dem Herlichen Gemählde Presentiertes, kan ich nicht beschreiben. Den dafür gibt es keine Worte, das kan nur ein solcher Mann empfinden, dessen Herz von Licht, u. Wahrheit – von Fleiß u. Arbeit – durch drungen ist. –
bei dieser Sehne fällt mir das Lied ein –
Eine Feste Burg ist unser Gott u. –
od[er]: Wir sind ein fest geschlossener Bund! –
So erwähnt den auch meinen Gruß in Euern Heiligen Kreisen, und laßt auch mich mitunter ein Wohlgeruchtes Düftchen anwehen, und schickt mir recht viele Bilder –
Meine Arbeit geht langsam. doch habe ich die beste Hoffnungen, das sie bald besser u. ganz gut gehen.
Grüß mir alle Br[üder] in B. –
Nun, so lebt wohl Ihr Freunde, Aber Willkommen Ihr Brüder:
Im Heiligsten Kreise, mein Geist Euch grüßt.
Den, der Trug muß schwinden, aber die Wahrheit wird finden
den Weg, der zum Völker Wohl, uns führt
Drum Hoch! die hinter *Riehgel,* u. verschlossenen Thüren
Von Tirannen verfolgt, ohne Unterlaß.
Wen auch hundertmal geworfen, so stehen wir doch Mutig.

---

[47]) W.-St. 1. Bd. S. 93 ff. veröffentlichen mehrere Briefe von Cherval an Gipperich und die Gemeinde in Straßburg. Am 9. 9. 1851 meldete die Augsburger Allgemeine Zeitung die Verhaftung von Gipperich, ohne seinen Namen zu nennen: »Straßburg, 7. Sept. Einige Verhaftungen, welche mit den in Paris vor einigen Tagen vollzogen wurden, sind auch hier vorgenommen worden. Wie wir hören, sind es zwei deutsche Handwerksgesellen, welche dieses Loos traf.« Die Briefe tragen folgende Polizeiangaben: Beleg XXVIII (= Nr. IX), XXIX (= Nr. XI), XXX (= XIII), XXXIII (= Nr. XIV), zu Beleg XXXIII (= Nr. XV). Auf sämtlichen Briefen findet sich die Chiffre: 6075 PJ 172. Die Briefe Nr. IX, XIII, XIV und XV enthalten Vermerke, die sich auf den Prozeß Reininger in Mainz beziehen (datiert: »Mainz 31. Juli 52«).

Jedesmal aufs Neue, aber, viel gefährlicher da.
Drum Mutig Ihr Brüder! frisch drann ans Werk.
Den aus der Nacht steicht schon auf der Morgen Stern
Und beleucht schon die Höhen, auf dehnen bald Wehen
Die Fahnen der *Rache!* in Blutiger Pracht.
O! Heiliger Tag laß dich doch beschleunigen
Damit wir könen löschen, den Brennenden Durst.
Die Menschheit zu einer Familie vereinen
Tiranen, vernichten, in Ihr Eigenes nichs.

Brüder mich langtweilt sehr hier, den mein Wirkungskreis ist zu klein, die par Bübchen sind sehr gut, u. stehe mit Ihnen alle im besten Einverstendniß aber zu etwas Organisiertem habe ich es noch nicht bringen können ich mögte gerne den, an welchen Du die Brife an mich adresierts[48]) an die Spitze schieben, welches er mir auch jetzt definnitif versprochen hat. und ich zweifle nicht, den er ist ein Man von Wort. ich habe den Vorschlag gemacht ein Quartet zu formiren indem er selbst den Untericht ertheilen kann, u. somit währe unser aushängeschild fertig. Der Vorschlag fand Beifal bei allen mit denen ich soweit gekomen bin. –

wen nichs besonderes forfällt so werde ich vieleicht diesen künftigen Sommer nach dem Südlichen Frankreich od[er] sonst nach einer Stadt im Mittäglichen gehen wen es die Mittel erlauben wo mehr Deutsche sind um kräftiger Wirken zu können. aber erst will ich diese Arbeit beendigen.

Der Pfleinerus Antressen von dem ich Euch meldete, hat hier immer den großen gespilt u. ist durch gegangen mit 4000 Fr. nach England, gröstentheils sind seine Gläubiger Prolitiere . . .[49]). Ich habe es den Endlich durch meine Einschränkung u. Abdarbung des nöthigsten soweit gebracht das ich mit Hülfe einiger Schulden die ich hier machen muß 25 fr übersende, doch so ebend giebt mir jemand den Rath das ich das Geld nicht schicken soll, sondern das Ihr Euch 25 fr. schreibe fünfundzwanzig fr. in Paris auf mein Koffer auszahlen lassen sollt welches ich den hier beim empfang des Koffers zurückzahle. den dadurch sparte man Postgeld und hätte keine Umstende mit dem Weckselen. Also auf ⟨Post Restant⟩ rembouhssement.

Bruder Grus u. Handschlag
Ispording
meine Adresse ist wie die letzte
Monsieur J. Koehler
Vacteur de Pianos
No 11 rue du Verger
a Valenciennes

---

[48]) Hermann Köhler, der spätestens in Valenciennes Mitglied der Fraktion Willich-Schapper wurde, hielt sich in den Pfingsttagen 1851 rund zwei Wochen in Chemnitz auf. S. Anm. 39.

[49]) S. auch den Brief von Gipperich an Cherval vom 20. 6. 1851.

[am Rand und am Ende des Briefes:]
Sag zum Übel[50]) er mögte mir doch die zwei Zeitungen welche er noch von mir hat, mit schicken, den Sie enthalten Wichtige Artikelen, u. da ichs doch voll habe, außer den zwei u. mögte ich Sie doch gerne dabei haben.
Bruder Schicke mir doch einen altes Worterbuch od[er] ein Neues, ich werde, wenn ich den Rest meiner Schuld bezahle, mitbezahlen den hier ist keins zu bekomen, vor allem aber die bemerkten Bücher, u. einige Schriften den ich brauche es hier.
Las Dir durch Düber[51]) die Lieder besorgen welche Könne[?][52]) von mir hat und warum schreibt Düber mir nicht?
theilt die Schulden ein und zalt die zuerst welche es am Nothwendichsten brauchen, sowie es nur irgendmöglich ist schicke ich die 10 fr. Rest nach. den ich will niemand betrügen. Schreib, u. schickt mir meine Sachen mit Umgehender Post wens möglich ist, den ich brauche schreibt mir doch etwas Pol[itisch] neues u. schickt mir Harmonie u. garantie der Freiheit u. das Evanigelium des armen Sünders von Weitling[53]), u. einige Nummern der Trierschen zeitung[54]) wen ich es gelesen habe u. meine Freunde hier schicke ich Euch alles zurück.
Lebt wohl! – Grüß mir Deine Frau vielmals. – ich bin 6 sous schuldig geblieben bei dem Wirt wo Reininger[55]) sein Kindtaufen feietert das zalt doch.
Meine Schulden sind folgende

	f.	Cen
Kostlöffel Franz –	4	50
Martens la chapell	2	„
Koss koss:	4	„
Düber	5	„
Reininger – Uebel Eckers[56]	20	„

Die Sachen od[er] koffer schickt unter folgender Atresse. Unter Rembousement 25 fr. Monsieur Mi. Frison Md. Epicier No. 17 rue de Mons
pour [Brief beschädigt] ciennes.
[auf der Umschlagseite:]
Monsieur Cherwald
od. Reininger N: 53 rue Momattre
Tailleur.

---

[50]) S. Anm. 18.
[51]) Mitglied des Kommunistenbundes in Paris. W.-St. 2. Bd. S. 42.
[52]) Der Name ist nicht mit Sicherheit zu entziffern.
[53]) Wilhelm Weitling, »Garantien der Harmonie und Freiheit«, »Das Evangelium eines armen Sünders«.
[54]) Die »Triersche Zeitung« vertrat seit 1842/43 entschieden demokratische Bestrebungen.
[55]) S. Anm. 26.

X.

Valenciennes d. 4ten. ⟨Januar⟩ Febr[uar] 1851

Bruder!
Endlich! Nach drei Wochen langer Unruhe komst Du doch mal mit einem Brif, u. dazu noch mit einem Tanze, nun, Bruder! u. besonders wir beide nähmen es nicht so genau u. dazu da wir beide unschuldig sind, u. unsre Schuldigkeit gethan haben, wir bleiben die Allten. Das ich an andre Mit: – geschrieben habe, war Privat. Der Br[uder] Rodt schreibt mir gar nicht u. läßt auch nichs von sich höhren, da ich Ihm doch Auskunft über seine Angelegenheit geben sollte, u. auch gegeben habe; Frage mal nach, warum er nicht schreibt. der Bruder [verwischt] In die Werkstell habe ich geschrieben, blos dumes Zeuch um bei der gelegenheit einen brif von einem Arbeiter Nahmens Düber[57]) welches mein Landsman ist herauszuloken, auch erfolgloß geblieben – Ich habe denk Dir doch mal, welchen Unsinn einen besuch von der Heiligen Polizei gehabt. aber ganz Unschuldig. Als ich mein Erstes Stück Confextion bekam, versprach mir der Jude mehr zubezahlen, der Preis war 6 fr als ich es ablieferte wollte er, mir nichs, Dir nichs, auch bloß 6 fr geben Es war ein schwarzer Frack, aber ein Freund jedes Exploadeurs, wie ich, war kurz Resollfiert nahm meinen Frak und ging wieder damit zu Hause, wie ich eben wechgehen wollte, packte mich der Jüd beim Arm als wen er mich aufhallten wöllte, ich lies Ihm aber die halb aufgesogene Faust unter die Nase fliegen, das er schrie auwai und liß mich gehen.
Ich aber ging auf die Jüstepé mit einem Dollmescher welcher gut für den Arbeiter sprach u. gewann das ich dem Jud 17 fr. geben sollte u. der Frak wehre mein od[er] ich müßte zufrieden sein mit den 6 fr. da der Frak 35 fr. wehrt ist habe ich denselben behalten u. habe denselben bis jetzt noch nicht verkauft welches mich ein wenig geniert, ich habe das Geld für den Jud geborgt bei meinen Wirt weil ich das Geld welches ich für Euch bestimt hatte nicht angreifen wollte.
Ich fusche hier ein bischen u. da ein bischen bin aber dabei nicht Pfenges Herr darum macht mir das Koffer frei wen Ihr es könnt, den die Arbeit geht sehr schlecht und ich habe schon Schulden genug. in zwei Monadt hoffe ich es besser zu können als wie jetzt dan schicke ich den Rest meiner Schuld.
Ich Schicke Euch allso hier 25 fr. schreibe fünfundzwanzig Franken. Diese Wünsche ich an folgende zuerst zu bezahlen.

Dem deutschen Wirt a la chapell	2 f.	cen
mein Kostlöffel Franz rü St honore	4 f.	50
Kos –	4 „	„
Düber –	5 –	„

die übrigen 10 fr. könt Ihr nun geben an welche Ihr wollt weil dieselben aus der

---

[56]) Mitglied des Kommunistenbundes in Paris. W.-St. 2. Bd. S. 43.
[57]) Desgl. W.-St. 2. Bd. S. 42.

Casse genommen sind ausgelegt hat Übel 10 fr. Reininger 5 fr u. Eckers 50 allso 10 fr. u. 5 centin bleibe ich schuldig. – und werde es hoffendlich in 6 od[er] 8 Wochen entrichten. Hier mus ich bemerken das der Düber einem Arbeiter 15 fr Schuldet wen er denselben bezahlen kann so wehre es Wünschenswehrt, den der Mann ist ein Tüchtiger Socialist u. ich betrachte denselben ⟨für⟩ als meinen Bruder den er ist es wehrt ich habe denselben examiniert und finde sein Prinziep ganz mit ganz mit dem Unserigen überein. Alles durch die Arbeit u. alles für die Arbeit, das ist genug wen Düber die 10 fr. übernähmen will welche ich noch Rest bleibe so will ich den Köehler hier bezahlen weil ich ⟨einiges⟩ für Ihn Arbeite da kann ich es verrechnen für die Übrigen 5 fr. kann er mir den Livereson schicken. Schicke also von 40 bis laufende z. b. 41 – 42 – da 40 habe ich. Ich habe mit dem Man gesprochen u. er ist sehr zufrieden, u. wünschte es bald inden es ist schon über's Jahr ⟨Er ist der Man wo⟩ ich werde Ihm den die Anweisung u. auch die Quittung schicken, ich bitte um baldige Antwort u. meine Sachen, den ich laufe bald Parfus ich erwarte mein Koffer hier bis höchstens Dinstag die Atresse für mein Koffer ist Monsieur Frison Md. Epissiere N. 17 rue de Mons pour remettre M. J. Joseph *Valenciens*

Brudergrus u. Handschlag J. d. g.

[Am Rand bzw. am Ende des Briefes:]
Ich schreibe vieleicht diese Woche noch eimal wo ich Dir einiges zu bemerken habe *Wichtiges*. Ich wünsche Euch viel Glück in Eurem Geschäft, halltet nur gute Wahren da wird es schon gehen.
Der besuch von der Polizei kam daher, weil mich der Jud angezeicht hatte das ich keine Papire hätte, meine Wirtin eine schöhne Frau von 17 Jahren mußte auch mit weil sie mich nicht angemeldet hatte. Der Comisair ein guter Man gab mir eine aufendhaltskarte, mit dem bemerken, das wen ich fortreiste ich ein Französischen Pass bekomen würde werri habi[?]
Die Sachen stehen gut, aber ich kan Dir jetzt keine Neuigkeiten Schreiben, weil ich nicht weis ob auf der Post in Paris der Brief eröffnet wirt damit sie doch kein dumm Zeuch läßen sondern lauter kluges wie dieses nicht wahr.
[auf der Rückseite:] Monsieur Cherwald

XI.

Valenciennes d. 10. Februar 1851

Bruder!
Ich kome meinem Versprechen nach u. werde Dir nun völlige Auskunft über mein Wirken geben, mit den wenigen Deutschen welche hier sind ist nichts anzufangen. Als ich die Leute zuerst kennen lernte glaubte ich wirklich (dem sprechen nach) das etwas mit denselben loß wehre, allein als ich mal der Pro-

paganda Casse gedenken wollte, u. die Egoisten in Ihre Tasche sollten (ich gab vor, das wir uns einige Politische Schriften wollten kommen lassen) da sahen sich die Leutchen einander an, u. meinten, das Geld könne man jetzt besser brauchen, 2ts. kam ein Flüchtling welchen ich kante von Paris aus welcher in der dürftisten lage war, Hunger, Durst, nichs am Leibe u. nichs im Leibe, und nicht sprechen u. kein centim Geld. Ich selbst ein armer Teufel mit einem Arschvoll Schulden u. wenig Arbeit, bad meine Wirtsleute, Ihm Essen zu geben, ich würde daselbe zahlen, welches sie auch taten; Ich lief herum bei die Deutschen, um etwas für Ihn zusamen zu bringen, auch keiner gab einen centi. obgleich sie alle hatten wovon ich überzeucht bin, sie wollen Freiheit, um damit sie Exploadiren können, aber nichts dafür thun[58]), doch einer an welchen Du die Briefe atressirst gab großartig, mit den Worten, mag ers verdient haben od[er] nicht. Er ist Mensch u. darum mus Ihm geholfen werden das ist nichts mehr, als unsre Pflicht so haben wir beide den so viel zusamen gelegt, das er wieder auf ein par Tage Leben konnte, und bekam der Mensch den andren Morgen Arbeit, da kam er zu mir und wollte das Geld wieder Abgeben. ich nahms nicht mit dem bemerken, wen ers besser könnt . . . dan kaufte er sich werkzeuch davor. Er ist Sattler.
Ich habe schon seit einigen Wochen Verbindungen mit einigen Franzosen angeknüpft, natürlich durch einen Dolmetscher, so das ich glaube das, das hiesige Loch bald bewuste Rewolutionäre sein werden, den Rewolutioner sind die Arbeiter im Durchschnit genomen alle, den wen einer Reacktioner ist damit zeucht man mit Fingern, der größte Theil der Bürger od[er] ansäsichen sind Repuplickaner den bei den Wahlen haben sie fast alle für uns gestimmt. Ein Fabrikand ist hier welche seine Arbeiter behandelt wie Ungefehr Hardi im

---

[58]) Cherval schrieb daraufhin am 18. Februar an Gipperich: »Du schreibst mir, daß Du nur Egoisten in Valenciennes findest, die nichts von der Propagandakasse wissen wollen. Verurtheile die Leute nicht so schnell, denn sie sind nichts anderes, als wozu die Lage sie gemacht hat. Eine auf egoistische Weise gebildete Gesellschaft muß nothwendig überall ihren Egoismus an den Tag legen. Du mußt Ausdauer haben, denn ich versichere Dich, wenn wir unser Princip nur auf den freien Willen gründen wollten, wäre unsere Sache auf schlimmem Wege, aber unsere Gesellschaft zwingt Jeden durch sein persönliches Interesse. Du mußt Dir eine besondere Pflicht daraus machen, die Propaganda auf das persönliche und ökonomische Interesse der Arbeiter zu stützen, und sobald Du dieses einmal geweckt hast, so mußt Du Vertrauen einzuflößen suchen. Du mußt nie Geld verlangen, wenn Du nicht von einem Theil der Gesellschaft unterstützt bist. Alle sind Arbeiter aus Interesse, und aus Interesse sind sie fähig, sich zu unseren Grundsätzen hinleiten zu lassen. Um dies zu erreichen, muß man systematisch handeln, Alles zu seiner Zeit thun, und nicht mit der Thüre ins Haus fallen. Leute wie Du und Köhler, die nicht nur die kalt überlegten Vortheile unserer Principien, sondern auch ihre ewige Gerechtigkeit im Herzen tragen, sollen sich nicht als Kämpfer der Parthei betrachten, nein, Ihr sollt auch die Offiziere der demnächstigen Bewegung sein, d. h. nicht bloß im militairischen, sondern auch in politischem Sinne . . .« W.-St. 1. Bd. S. 89 f.

Ewigen Jueden[59]). Er gieb einen guten lohn bei 10 Stunden Arbeit läßt seine Arbeiter unterrichten im Zeichnen Singen Musick Lesen Schreiben etc etc auch andre welche daran Theil nehmen wollen, wobei es auch nicht am Diskutieren u. geheimen v[er]b[in]d[ung]en[?] fehlt. Der arme Theufel ist bald Pankrot u. mußte sich mit einem Andern verassosirren. Er sagte was ich thue ist, damit ich die Arbeiter ans Denken bringe den die Zukunft gehört den Arbeiter. Auch sind 12 Jesuiten hier, welche gute fortschritte machen den sie habend schon 120 Kinder. bes. die zarte Jugend. Allso hier haben wir beim Prolitairiat nichts zu Fürchten, den es ist Blut Rodt, blos etwas unwissend. Nun mus ich Dir etwas schreiben wie weit ich mit einigen Tüchtigen Socialisten gekommen bin. Da mein Dollmetscher sehr schlecht Deutsch spricht (er ist von Luxembourg) u. auch schlecht Französisch u. darum nicht explizieren kann, wie es sich gehört, so wünschten diese Männer ich mögte mein Prinzip aufsetzen im Deutsch u. den übersetzen laßen, welches jetzt nun meine Arbeit ist, einen Übersetzer habe ich schon gefunden es ist auch wieder der Köeler. Ich habe schon einen Aufsatz gemacht, muß nur noch ausgearbeitet werden, ich erwarte vorher Deine Ansicht darüber.

Ich werde Dir die Haubt Punkte darüber mittheilen.

1) Alle Menschen sind Brüder!
2) Alle Menschen von der Natur gebohren, sind gleich, folglich ist der, welcher den Andern beherscht etc etc ein Tirann, und darum ist der Beherschte im größten Recht, sich mit allem Ihm zu Gebote stehenden Mitteln seines Tirannen zu Entlädigen.
3) Aufhebung aller Classen,
4) Herrschaft der Arbeit.
5) Unversöhnlichen Hass! gegen alle Reaxcionere etc etc etc
6) Aufhebung des Elends, u. einführung des Wohlstands, durch Vernichtung des Eigenthums, des Wuchers u. Müsiggang etc
7) Eigenthum ist Diebstahl, der nicht arbeitet soll auch nicht Essen u.s.w.

Einige Fragen Durch welche Mittel wirt das Prolitariat dieses erreichen

1) durch Unbeschrenkte Freie Presse

---

[59]) Gipperich denkt hierbei offensichtlich an den arbeiterfreundlichen Fabrikanten Hardy in dem Roman von Eugen Sue »Der ewige Jude«, den Gipperich vermutlich in der deutschen Übersetzung des Verlages Brockhaus kennengelernt hatte. Cherval bat ihn in seinem Antwortbrief vom 18. Februar: ». . . schreibe mir genau die Adresse des Fabrikanten, der in seinem Etablissement die Organisation von Hardy hat.« Wermuth-Stieber mißverstanden diese Stelle und vermuteten hinter der Romanfigur den Stifter einer geheimen kommunistischen Organisation. In dem Personenverzeichnis des 2. Bandes schreiben sie daher: »237. Hardy, in Frankreich, scheint laut Theil I. Seite 90 eine besondere communistische Organisation unter den französischen Fabrikarbeitern ins Leben geführt zu haben.«

2) Volksversammlungen.
3) Unbeschrenktes Stimm u. Wahl Recht
4) Volks Schuhlen, u. Kirche getrent von der Schuhle natu . . .[60])
5) Abschlachtung ohne Gnade die ganze Klerisey
6) Tödtung des Kapitals durch die Prokresief Steier, Associasionen etc etc etc
7) Alle Fabriken welche mehr als 30 Arbeiter bescheftigen als Nationalgut zu erklehren, alle Eisenbahnen, Schiffahrten, Posten etc etc desgleichen.
8) Recht auf Arbeit, u. Garantie durch National Werkstellen.
9) Alle offendliche Pauten vom Stad[?] Unternähmen u. dieselben durch die Asociacion Nationalwerkstelle verfertigen lassen etc. etc. u.s.w.

Fr[a]g[e]: Auf welchen Wege werden wir das Prolitariat zur bewusten Einigkeit bringen, damit es sich in diesen Forderungen gleich ist.

Ant[wort]: Durch Vereine in allen Formen, u. geheimen Clups um besser Propagadieren zu können. Aufklärung etc damit man die Arbeiter aus den Saufkneipen heraus, u. ans Denken bringen.

Fr[age]: Was ist Arbeitslon u. wie wird od[er] soll od[er] mus er bestehen (über diese Frage schreibe mir Deine Ansicht aber bündig, besonders, aber schnell schnell[61]).

Ant[wort]: Größere Freiheit etc. etc.

[Am Rande des Briefes]:
Nähstens mehr den ich habe keinen Platz mehr. Schreibe mir was Du versprochen hast – Völlige Aufklährung über die über die Eintheilung u. Sterke des B[undes]. Welche Männer sind im Kreis – u. wie viel gemeinden u. die Statuten damit ich auch weis, welche verenderungen vorgekommen sind. – Wen ich nicht bald einen bestimmungs[?] Ort bekome, werde ich mir selbst einen suchen, der besser ist wie hier. Den ich bin keiner von den Langsamen welche Krichen sondern ich laufe. baldige Antwort u. meine Sachen den ich habe keine Hemden, u. keine Stiefel u. laufe fast barfus.
Monsieur Cherwald, Julius
Adresier Koehler rue du Verge
[Auf der Rückseite von anderer Hand:] Scheint durch Gelegenheit hier angekommen

---

[60]) Der Brief ist an dieser Stelle beschädigt.
[61]) Cherval erklärte in seinem Antwortschreiben vom 18. Februar: »Der Arbeitslohn muß aufhören, denn im Arbeiterstaate bestimmt die auf die Arbeit verwendete Zeit den wahren Werth dieser Arbeit. Anstatt 4 Frk. wird man sagen: 1, 2 oder 3 Stunden Arbeit u.s.w. u.s.w.«. W.-St. Bd. 1 S. 91.

XII.

Valencien d. 15t. Feb. 1851

Bruder!
gleich nach dem Empfang Deines Brifes, beeile ich mich, Dir zu melden, das, wen Du mir Deine Ansicht über die Frage, Was ist Arb[eits]lon u. wie wird er best[immt] mittheilen willst Du nicht seumen darfst. zwei Bogen habe ich schon beim Übersetzer, u. der dritte ist auch bald voll. sonst ist zu spät, den es handelt sich hier um Geschäfte zu machen – es sind auch wieder drei Großhändeler aus Deutschland angekommen, wo ich auch gute Geschäfte mit mache, dieselben kennen sich auch schon etwas aus – Ich werde dieselben was ich übrigens für meine Pflicht hallte, bei meinen Landsleuten überall hinführen, u. Ihnen alles zeugen u. Sagen, was ich kann, weis u. darf – u. von der Regirung erlaubt ist. Du weist ja wohl das ich mich gern auf gesetzlichem Wege bewege – Aber auch hasse ich wie die Pest die allzustille Grabes-Ruhe. Ich habe hier viel zu Thun, u. doch ist es mir noch nicht genug. Ich habe hier viel Zeit zum Denken, u. denke auch – Ich wünschte ich wehre Soldat – dan könte ich drein Schlagen, wens Krig wehre u. könte doch meine Unersätliche Begirde an dem Blute der Feinde Stillen, bis auch ich stille wehre, nähmlich wenn ich nicht mehr sprechen könte.[62])
Bruder jetzt mögte ich Bitten beinahe, das Du dafür sorgen mögtes, das ich meine Sachen auch Endlich bekähme den nach einem 5 Wöchendlichen hin u. her Schreiben u[m] die Lumpichte Sachen kritzelt man das Papir vol u. könnte an dessen Stelle etwas anderes setzen. Glaube! Ich laufe fast Barfus, meine Hemden sind sosehr zerissen das ich dieselben gar nicht mehr Tragen, viel weniger Waschen lassen kann, ich darf meinen Rock gar nicht mehr ausziehen weil ich blos zwei mitgenommen habe, eins am Leibe, u. eins in der Tasche, u. dazu komt noch das mich meine Wirthsleute Tagtäglich Fragen wen den meine Sachen kähmen die guten Leute mögten doch eine Versicherung haben indem ich Schulde denselben schon 27 fr für Essen anschmiren will ich sie nicht, den es sind Leutchen für uns, u. nicht tristos[?] u. ich will auch keinen Menschen nichts Schuldig bleiben, u. besonders Arbeitern.
Daher bitte ich das Du mir bis Mitwoch doch mein Koffer per Eisenbahn schickst u. Dir einen halben Tag Zeit nähmen Thust.
Ich gebe Dir nochmals ein verzeichnis meiner Schulden

	fr	sous
Übel	10	»
Reininger	5	»
Eggers	5	»
Koos	4	»

---

[62]) Gipperich denkt an einen revolutionären Krieg. Die Betonung seiner »Gesetzlichkeit« ist offenkundig als Tarnung gedacht.

Franz Kostlöffel	4	10
Düber	5	»
Martins a la chapell	2	»
	35	10

Davon habe ich hier bezahlt Düber u. Martins macht 7 fr wovon ich Düber nächstens die Quitung schicken werde. Düber hat es selbst verlangt das ich dem Koehler die 7 fr auf abzahlung zahlen sollte er wolle dan ⟨nächstens⟩ Martens bezahlen od[er] hätte Ihn schon bezahlt. Also hätte ich bezahlt 25 f geschickt u. 7 hier macht 32 f allso blib ich noch Schuldig 3 fr u. 10 sous
Daselbe werde ich bei der Ersten Gelegenheit sowie ich in den Stand gesetzt werde das ich ein wenig Arbeit habe, auch bezahlen, ich werde suchen das ich mit den neuen Kaufleuten u. noch 2 andre auch unser Scherflein od. Beser gesacht unsre Schuldigkeit Thuen werden. Baldige Antwort

Brudergrus u. Handschlag

Hier hast Du zwei Adresen an mich
M. M. Köehler No. 11 rue du Verge u.
M. M. Frison marchand Epicier
pour remettre No 17 rue du Mons a Valenciens
M. J. Joseph

Achtung –

[darunter in Geheimschrift:]
Bruder! Laß wie versprochen
die Statuten zu schicken und die genaue Eintheilung und Stärke.
Und über alle die Kreise . . . meine Begierde zu befolgen[?] Meine Sachen Stehen hier auch nicht Übel u. hoffe das es bald gut Marschieren wird.
Nächstens mehr davon. Brudergruß und Handschlag.
[auf der Rückseite:] cherwald[63])

XIII.

Valenciennes d. 14t. März 1851

Bruder!
Dir wird mein langes Stillschweigen vieleicht aufgefallen sein, da Du nicht wissen konntest warum. hier ist die Ursache.
Ich wollte nähmlich nicht eher schreiben, bis ich Euch etwas Definnitives bringen konnte. hier unter den wenigen Deutschen ist allso die Gemeinde für unsern B[und] Definnitif gegründet, u. war so, das so lange, wie ein Bruder hier in Valencienes sich befindet, derselbe allso unaufhöhrlich für die Intressen des B[undes] Arbeiten mus, allso Unauflößlich, u. wenn einer od[er] der andre

[63]) Das Wort »Achtung« und der dahinter befindliche lange Strich sollen offenbar darauf hinweisen, daß weitere Ausführungen in Geheimschrift folgen. Leider ist der Text so schwer lesbar, daß für die Übertragung keine Gewähr übernommen werden kann.

fortreist, wo er nur immer hinkommt für diese Intressen nur Propaganda zu machen dieses Versprechen habe ich erhallten auf Männer-Wort u. Hand u. Meinung Trei. Unser sind jetzt bloß drei der vierte ist aber schon vorgeschlagen. Stattuten habe ich vorläufig Profesorisch gemacht. u. da erwarten wir allso mit Umgehender Post die – des B[undes]. Die halben Einkünfte fließen der Propagandacasse zu auch mit dem Bemerken, bei besonderen Fällen, nach ganzen Kräften zu Unterstützen. Auserdem haben wir näbenbei einen Sprach u. Gesang Unterricht, wo ebenfals bei 2 sous Auflage die hälfte der P[ro]p[a]ga[nda] zufließt. Wir lägen auch 2 sous wöchendlich auf. Mit dem Ersten Franzosen, wo ich habe mit verbindung angeknüpft, ist nicht viel loß, er ist ein Fantast u. hat sein Eigenes Prinzip. Wir wollen die Zeit nicht mit Ihm verschwenden.
Hingegen wird die verbindung mit den Franzosen eifrich betrieben. Unsre Neuen Brüder haben Muth u. guten u. festen Willen u. auch die Gabe des Wissens, u. Gelegenheit dazu, sind als Moralisch bei einer großen Masse Arbeiter bekant und ganz Populair, da werde ich Euch hoffendlich im nächsten Brife berichten können, von Organnisierung Französischer Unterhalltungsvereine, natürlich für Arbeiter. – – –
Sontag gehen wir wieder aufs Dorf, wo wir einen Tüchtigen Man besuchen einen Bierbrauer, wir hoffen auch da etwas Auszurichten, Im ganzen genomen, ist hier nichts zu befürchten, den Stadt u. Land ist mit der Farbe unserer Liebe geschmückt nähmlich Blutig Rodt. nur etwas unwissend. Die Atresse von dem Fabrikand wovon ich Dir im Letzten Brife geschrieben habe, werde ich Dir Nächstens schicken. Den Sontag über 8 Tage wollen wir Ihn erst Besuchen, dan werden wir euch alles berichten.
Meine Sachen habe ich erhalten, nur nichs Politisches.
Was macht Unser Bruder Köchel, der arme Teufel, ist der Kopf noch oben? Ich hoffe das er selbst diesen Brif lesen kan, die Zelle wird er wohl verlassen haben.
Dinstag 18.
Ich habe absichtlich gewarttet bis heite damit ich Euch Br[üder] das Resuldat vom Sontag gleich mitheilen kan. Der Brauer wovon ich vorn meldete haben wir unser vier B[rüder] besucht, u. er hat uns über alle Erwartung entsprochen, bald wird derselbe auch Organisieren es wird Ihm ein leichtes sein, da, das Dorf ganz Blutig ist u. Er Populair. –
Wir werden bald eine zusamenkunft haben die mündlich unter vier Augen bestellt wird auf einen Sontag aufs Dorf von gut gekanten wo es unsre Pflicht sein wird begeisternd zu sprechen, das es von uns ausgeht. u. hoffendlich gleich zur Organisation schreiten könen (bei den Francosen). Ich verspreche Euch beinem Muth u. Eifer Unserer Jungen Br[üder] hier das ich Euch bald berichten kan, das wier auch hier viel verschlossene Th[üren] haben. –
Bald wird doch wohl, die langersehnte Morgenröthe am Firmament erscheinen, u. die düstere Traueriche schwarze Nacht verscheuchen. Dan Bruder werde auch ich gewiss nicht fehlen sondern der Erste sein, welcher seine kräftige Brust dem

Schwarzen Feinde hinhallten wird. u. für sein Prinziep u. die Zukunft freudig u. Stoltz sich opferen wird. –
Bruder! Wen Du nun schreibst, so schreibe in der Mehrzahl an uns, hast Du od[er] Ihr aber etwas besonderes mir mitzutheilen, so schreibe folgende Atresse M. M. Frison m. d. Episier Nro 17 rue de Mons, im anderen Fall wie gewöhnlich an Koehler No 11 rue du Verge. Soepen wie ich beim schreiben noch bin bringt mir ein junges Medchen von 15 Jahren einen Blumen Straus schön verziert mit einer Rodten Fahne mit der Inschrift Trapeau du Christ Vive la Repuplike Comunisme. Es hat mich etwas angegriffen, es ist die Tochter eines Tüchtigen Socialisten welchen ich schon oft besuchte, die Ursache ist, weil morgen heiliger Joseph ist.[64])
Es sind hier Ohngefehr 10,000 Steinkohlbergleite im Durchschnit wie Behren Blut rodt Alles wartet mit Ungedult auf den Tag der Entscheidung nahmlich auf loßschlagen den das verstehe ich nur unter Entscheidung. Den 20 d. m. wird hier eine Bank du chance eröffnet, von einem reichen[?] Socialisten aber guter Farbe – sehr gut – am 1t. April eine Acociation Extabènai (nicht mit einverstanden) weil jeder, welcher 100 Schoppen getrunken hat, 20 als Bénéfise umsonst bekomt ich befürchte das es eine Sauferei wird den zu den Gerenten habe ich auch kein zutrauen, ich glaube das sich die Herschaften blos bereicheren wollen durch die große Masse welche zu Ihnen kommen werden. Ich, u. andre haben mit denselben gesprochen das Prinziep ist Spiesbürgerlich.
Nächstens mehr, baldige Antwort.

Brudergrus u. Handschlag
Ispording

[Am Rande:] Sollet Ihr das Geld für Bruder Ködel nicht gut zusammenbringen könen so schreibt uns da werden wir etwas schicken, sonst warten wir bis wir mehr zusamen haben.
Die Atresse von Düber nicht zu vergessen. –
besorge mir doch die Zeitungen vom Übel, u. die Lieder vom Könner u. einen Wo [Brief beschädigt] den Rest meiner Schuld werde ich bald entrichten.
[am anderen Rand:]
Bruder. schneide dieses herunter, u. nim mir nicht über [wohl: übel]. ein Bruder hat mir geschrieben das du das Geld noch nicht abgegeben hättest wen Du Irgend kanst, so mach doch, das den Leuten die Münder zugemacht werden od[er] gestopft, wier bleiben Ewig die Allten.
[auf der Rückseite:]
Cherwald schnell abzugeben sei so gut.

---

64) Gipperich, der offenbar einer katholischen Familie entstammte, scheint danach seinen Namenstag gefeiert zu haben.

XIV.

Valanciennes d. 20t. Juni 1851

Bruder!
Euren Brif mit dem Rundschreiben der C[en]t[ral]b[ehörde] inclosief der Fragen haben wir richtig erhalten. Aber die beantwortung bis zum 24. d. M. ist uns nicht möglich, indem Eugene 8 Tage zuvor Ehe Euer Brif ankam auf Besuch vortgereist ist nach Haus u. bleibt 4 bis 6 Wochen dort.
Die Auforderung welche Ihr an Ihn thatet, hatte ich auch schon gemacht, natührlich auch, als nichts definitifes bis er von dem Kreis Paris dazu bevolmächtig wurde. Ich glaube, das er es auch ohnehin thun wird, den er ist mit Leib u. Seele Comunist, u. arbeitet recht fleisig für Unser Prinziep.
Ich schreibe auch an Ihn, u. werde Ihn nochmals erinnern. Wenn Ihr auch an Ihn schreiben wollt, seine Atresse werde ich hinten beifühgen. Das rundschreiben werdet Ihr mir erlauben hierzu behalten, bis Eugene wieder komt, damit er daselbe auch lehsen kan, nach seiner Ankunft schicke ich es Euch gleich.
Ich werde Euch meine Ansicht über die Fragen vorläufig ebend so kurz beantwortn, wie sie gegeben sind bis später werden wir Euch unser Protocoll darüber schicken. Unsre Arbeiten werden mit großen Eifer betrieben (grüßt mir alle Eure Frauen u. den ganzen B[und]. Was macht der Gesangverein? – Denkt an die bestellten Bücher – u. Du! Übel die zwei Zeitungen, damit ich dieselben volstendig habe. Düber ist mir noch imer die Antwort Schuldig erinert Ihn mal aber nicht vergessen u. meine Lieder er weis es wohl noch, u. welche. Ich schreibe bald ausführlicher.
Aufträge an den Conkress[65]) u. C[en]t[ral]b[ehörde]
1. Wir wünschen das man in Erwägung bringen mögte das so viel als nur möglich tüchtige Mitglieder nach Deutschland auf eigene Kosten nach Deutschland zurükehren mögten, u. dort, die Warscheinlich in den Fragen meistentheils Einig ausgesprochenen Ansichten zu verwirklichen. Nathürlich nur solche die nicht zu sehr ⟨Cro⟩ Copromitiert sind. –
2. Mache ich unsre Brüder in London aufmerksam auf ein Soupjeckt Nahmens ⟨Antressen⟩ Antressen ein Sprachlährer wovon ich schon mal berichtet habe an Bruder Frank.
Derselbe ist jetzt in London u. will auch Flüchtling sein, er bescheist überall die Leute u. das trift gewöhnlich immer Leute von der Demokratischen Partei u. setzt die Demokratie überall in schlechten Ruf ein Prahler erster Klasse Verräther alles mögliche u. spielt grade wie à la Backhaus.
Er ist gebürdigt aus Düsseldorf a[m] r[hein] u. war Offizier bei der Landwehr u. hat den Eintrit seiner Ausage nach verweigert.

---

[65]) Der Kongreß der Fraktion Willich-Schapper in London.

Er lebt mit einem Schöhnen Jungen Frauenzimmer von ohngefehr 18 Jahre obs seine Frau ist weis ich nicht. Er ist ein Schöner schlanker Man von ungefehr 5 fus 8 bis 10 zoll gros etwas Adeler Nase welches ihn sehr gut kleit einen schöhnen Schnautzbart u. ein Aussehen wie ein Graf, kan gut u. schön sprechen aber pouren Plack u. Lüge.
Hier ist er mit 4000 Frank durchgegangen 3 bis 4 Schneider Schuster, Näherin, Wescherin Kostlöffel Lougir Wird u. Dinstmädchen.
Im Übrigen ist hier Stadt u. Land sehr gut, u. nichts zu befürchten. Wir Arbeiten unermüdet, u. auch nicht ohne Erfolg.
Schickt uns nun Verhaltungs-Regelen, den Ihr könt mehr denken wie wir wie wir uns verhalten sollen bei dem Organisieren, den wir werden die Vorbereitungs Sitzungen bald eröffnen können.
Da ist freilich unser Eugene der beste weil er sehr geleufig Französisch spricht u. auch die Gabe, das er es den Arbeiteren begreiflich machen kann.
Aber für mich Brüder, ist hier der Ort nicht geeignet, den ich habe schlechte Anlage Französisch zu lernen wen ich manches mal ein Zeitwort Dekleniren will da verkomme ich drin u. bin am Ende am Barikaden bauen od[er] gar am Schlagen, den ich habe es mir zur haubt Pflicht gemacht mein ganzes Leben für dieses Prinzieb zu Arbeiten, nicht Eher an meine Exestens zu Denken bis wir ein Recht auf Arbeit haben u. Garantie, wie wohl auch ich mich gern in der Mitte einer Familie glücklich fühlen mögte Aber ich will mir die Sorgen bei der jezigen schlechten Organisation nicht auf den Halz laden u. Frau u. Kinder mit ins Elend ziehn, ich will lieber mein Leben der Sache witmen. In Paris bin ich übrig, da seit Ihr genuch, ich mögte nach einer Stadt in Frankreich wo ich gut zu brauchen bin od[er] nach Deutschland. Ich will noch drei ⟨od[er] vier⟩ Monadt hierbleiben so lange wie die Arbeit geht und hier alles gesichert ist und in der schlechten Zeit fortmachen. Ich habe als ich hierher kam u. keine Arbeit fand gleich an meinen Comandeur geschrieben um Verlängerung weil es noch vor dem 15 Dezember war derselbe hat mir der ertheillt bis den 1t. May. Diese zeit ist freilich verstrichen, aber man kan mir den doch nur das anhaben vom 1t. May bis ich komme den die Amnestie findet anwendung bei mir weil ich nach der zeit vom Landwer Commandor Urlaub erhalten habe.
Ich weis wohl das ich mich sehr in Acht nähmen müßte, aber das versichere ich, das ich nach meiner Freilassung in wenigen Monadten hundertfältige Propanganda mehr als wie hier u. ginge die Revolution abermals verlohren dan müßte ich mich ja doch wieder nach Frankreich flüchten wen ich mit dem Leben davon käme aber ich wehr wenichstens zur Revolution drausen u. würde Handelen helfen. Überlägt das wohl u. schreibt mir darüber. Schickt uns den auch das rundschreiben der Ce[n]t[ral]b[e]h[örde]. Ich mögte gerne das Evanielium des armen Sünders u. Garantie Harmonie der Freiheit von Weitling haben. schreibt mir was es kostet dan werde ich Euch Nägstens das Geld schicken wen die Werke auch Alt sind, das macht nichs.

Eugene reist in drei od[er] vier Wochen nach Haus zum Besuch er geht über Colen Leibzig Dresten nach Cemnitz, wen Ihr Atressen habt in benante Städte an unsre Brüder so könt Ihr sie Ihm mitgeben[66]). Ihr könt Ihn auch mit etwas Autorisiren den er ist *Mann.* – schreibt uns wie viel Auflage wir diese drei Monadt zahlen müßen, es ist stäts besser wen es von Euch komt.
Der Mann mit unserm übrigen Schreiben wird Mitwoch den 21. bei Cherwald komen wo er arbeitet rue Pepigniere nägstens mehr.

Brudergrus u. Handschlag
Ispording

M: M: Trison Md Episier
pour remettre Mr. Joseph
17 rue de Mons Valenncienes

XV.

Bruder!
Ich habe den halben Brif an Dich in dem Brife welchen ich am Sontag auf die Post gegeben habe ich habe für diesen Augenblik keine Zeit mehr, Dir noch einiges hinzuzufügen bis nägstens

Grus an Deine Frau
baldige Antwort
ich habe alles erhallten.

Mache Dich gleich mit dem Überbringer bekant las Ihn nicht fort gehen bevor Du nicht seine Atresse verlangst ich glaube er wird uns sehr Nützlich sein können Er ist Tipograf u. hat sehr vielen Einflus

Aus der Korrespondenz der Braunschweiger »Gemeinde« mit dem »leitenden Kreis Paris«

In ihrem Schreiben an die Londoner Zentrale vom 15. Juli 1851 zählte die Pariser Kreisbehörde Braunschweig zu den wichtigen Stützpunkten des Bundes. Tatsächlich korrespondierten mehrere Mitglieder des ebenso starken wie aktiven Braunschweiger Arbeitervereins, des Vororts der »Arbeiterverbrüderung« in Nordwest-Deutschland, mit der Leitung der Fraktion Willich–Schapper in Paris[67]). Im Winter 1850/51 besuchte ein Emissär der Pariser Gemeinden, der

---

[66]) S. Anm. 39 und 48.

[67]) Georg Eckert, Die Braunschweiger Arbeitervereinsbewegung (1850–1855) in der Sicht der Polizei- und Verwaltungsakten. Braunschweigisches Jahrbuch Bd. 38. Braunschweig 1957 S. 116 ff. Ders.: 100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie. 1. Teil. Von den Anfängen bis zum Jahre 1890. Hannover 1965. W.-St. 1. Bd. S. 85 f.

Schneidergeselle Samuel Laube, die Hauptstadt des Herzogtums, wo er von einem der führenden Mitglieder der Arbeiterverbrüderung, dem Schneidergesellen Louis Heck, gastlich aufgenommen wurde[68]). Neben Heck stand auch der in Braunschweig lebende Schneidergeselle Johannes Stabler mit Pariser Bundesbrüdern in brieflicher Verbindung. Wie aus seinem Schreiben vom 22. März 1851 hervorgeht, bezog er nicht nur Werke von Weitling und anderen Sozialisten, sondern auch 50 Bundesstatuten, eine Zahl, die auf eine beträchtliche Resonanz des Bundes in Braunschweig schließen läßt.

Für die Zusammenarbeit dürfte es nicht ohne Bedeutung gewesen sein, daß Heinrich Andreas Schulz, ein Schneider aus der Braunschweiger Gemeinde Grasleben, am 9. Juni 1851 in den Vorstand des Kreises Paris gewählt wurde[69]). Ein weiterer Braunschweiger, der Schneidergeselle Thielemann aus Beuchte, der mit Stabler bei dem gleichen Braunschweiger Meister gearbeitet hatte, spielte offenbar in der Londoner Gemeinde der Fraktion Willich–Schapper eine aktive Rolle[70]).

---

[68]) Samuel Laube, ein Schneidergeselle aus Lissa (Provinz Posen), wurde im Dezember 1850 vom Kreis Paris nach Deutschland entsandt. Am 22. Dezember 1850 berichtete Majer darüber aus Paris nach London: Ein Bundesmitglied, offenbar Laube, gehe »heute Abend ... mit Instruktionen nach Brüssel«. »Derselbe«, heißt es weiter, »geht von Brüssel über Braunschweig nach Berlin, wird dort sich eine Zeit aufhalten und nach seiner Heimath in Posen zurückkehren«. W.-St. 1. Bd. S. 87. Laube wurde nach W.-St. Bd. 2 S. 71 im Sommer 1851 in Damlitsch verhaftet »und nach Berlin am 2. October 1851 abgeliefert«. Er wurde nach längerer Haft in seine Heimat entlassen.

Zur Person von Louis Heck s. Frolinde Balser, Sozial-Demokratie 1848/49–1963. Stuttgart 1962 S. 89, 164 ff., 233, 400, 656 f. Dokumentarisches Material über Heck jetzt auch in: 100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie a. a. O. S. 27 ff., S. 33 ff. und Abb. 5 b.

[69]) W.-St. 2. Bd. S. 118 (hier Schulze).

[70]) Stabler erklärte hierzu am 15. September 1851: »Im Frühjahr 1849 sei der Schneidergesell Tielemann aus Beuchte von Paris nach Braunschweig gekommen und habe mit ihm 3/4 Jahre lang bei dem Schneidermeister Schumann gearbeitet. Dieser sei dann nach London gegangen, habe ihm von da geschrieben und habe er dann dem Tielemann geantwortet. Damit sei aber diese Correspondenz abgebrochen ...«

In den Braunschweiger Prozeßakten befindet sich die nachstehende Abschrift eines Briefes von Tielemann an Reininger:

»London, d. 26ten Juli 1851

Lieber Reininger

Ich benutze hier die Gelegenheit, um Etwas von unseren Freund Schmidt mitzutheilen den 1ten Sonntag nahm ich, Ihn mit in unsern Verein, wo er sich gleich mit an der Discußion betheiligte, den zukünftigen Mitwochen war Schmidt wieder im Verein, wo er mit Lehmann zu Hause ging und bekommen Unterwegens Streit zusammen und sehr heftig, wo Lehmann zu Ihm sagte, Du bist ein leichtsinniger Mensch, Du hast Dich schon lange von B[und] zurückgezogen, in der letzten B[undes]Sitzung hatte ich Ihn vorgeschlagen, wo Lehmann das Tagesgespräch anfing und werden wahrscheinlich vor eine Kommission geladen werden, wir wußten noch nichts von diesen Streitigkeiten, und wir konnten Ihnen daher nicht vorschlagen doch gestern vor Generalversammlung, wo ich es vorbrachte. Das ich Ihnen nach

Fortsetzung S. 307

Nach der Verhaftung von Nothjung wurden auch in Braunschweig mehrere Haussuchungen durchgeführt. Louis Heck, der nach den Verhaftungen in Straßburg und Paris für seine Sicherheit fürchtete, gelang die Flucht nach Großbritannien. Zwei in Braunschweig tätige Schneidergesellen, Buchmann und Stabler, wurden wegen »hochverräterischer Tätigkeit« vor Gericht gestellt. Während Buchmann freigesprochen werden mußte, erhielt Stabler, das erste Opfer der Braunschweiger Arbeiterbewegung, ein Jahr Zwangsarbeit[71]).

Da die Erforschung der Braunschweiger Arbeiterverbrüderung noch in den Anfängen steckt, bleibt es vorerst ungewiß, ob der innere Kreis des Braunschweiger Arbeitervereins, der sog. »Bund der Einheit«, mit der Kommunistengemeinde identisch war[72]); es ist ebenso ungeklärt, ob Beziehungen zu der Gruppe um Karl Marx und zu der Bundesbehörde in Köln bestanden haben[73]). Es verdient in diesem Zusammenhang Beachtung, daß sich im Braunschweiger Stadtarchiv ein Original des sog. »Blanqui-Trinkspruchs« erhalten hat, eine Flugschrift, die Karl Marx und seine Anhänger in ihrem Kampf gegen die Fraktion Willich–Schapper verbreitet haben.

Fortsetzung von S. 306

48 in Paris gekannt hatte, daß er in B. gewesen sei und hatte hier den Wunsch geäußert hier aufgenommen zu werden, und sagte das ich von Schmidt gehört hatte, er sei bis jetzt in B. gewesen und weil er Paris seit 24 Stunden hatte verlaßen müßen, fällt es Ihnen ein heut sich bei dem Kreise zu melden, darauf sagte Redel Er sei schon lange ausgestoßen. Es wurde beschloßen nach Paris zu schreiben und darüber das Rechte zu erfahren, also ich schreibe Euch das zuvor, wie es hier zugegangen ist, es war auch kein Anderer als Redel, der Ihm schon zuvor verschwezt hatte. Noch einige Worte an Freund Metsken wegen meinen Hut, es werden nun schon den zukünftigen Dienstag 5 Wochen wo ich mein Hut erhalten solten und der Erste Besuch ist noch nicht hier, soltes Du nicht die Gelegenheit haben seit 8 oder 14 Tagen mir den Hut zu schicken, so wird es wohl das sein, daß ich hier Einen kaufe. Lieber Freund ich Erwarte hier auf Eine kleine Nachricht von Dir auf Dein Freunde Bauer und die Brüder wünschen Etwas von Dir zu hören, Du wirst also den Brief an Bauer Adressiren No.: 40 Treth Street Soho Squear, viele Grüße an Alle Freunde nochmals Gruß und Handschlag von

Thielemann.

Adreße: Monsieur Reininger No. 53 rue montmartre in Paris.«

71) S. hierzu: 100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie a. a. O. S. 33 ff und Abb. 5a.

72) Eckert, Die Braunschweiger Arbeitervereinsbewegung . . . a.a.O. S. 127. Der Polizeibericht vom 26. 11. 1852 erwähnt einen »engeren Bund« innerhalb des Arbeitervereins, »der Bund der Einheit genannt«. Der Bund, der »in den Jahren 1849 und 1850 etwa 60 bis 70 Mitglieder gezählt« habe, soll »jetzt nur noch 15 bis 20 Mann stark sein . . .« Der Verf. hofft demnächst eine ausführlichere Untersuchung über die Arbeiterverbrüderung in Braunschweig und den Prozeß Buchmann-Stabler vorlegen zu können.

73) W.-St. 1. Bd. S. 151 vermuten, daß führende Mitglieder des Braunschweiger Arbeiter- und Volksvereins mit London in Verbindung standen. »Und wird auf diesem Wege«, heißt es a. a. O. »der sogenannte Bund der Einheit im Arbeitervereine wahrscheinlich seine Instruktionen von der Centralbehörde zu London erhalten, d. h. in den Ausschüssen beider

Fortsetzung S. 308

XVI.

[Original in den Prozeßakten]

Herrn Louis *Heck*
Weberstraße
bei Herrn Schneidermeister Klaus
zu *Braunschweig*

Paris d. 9t. Febr. 1851

Geliebter Bruder!
Dein diesjähriger Neujahreswunsch machte mich ungemeine Freude! So wie auch Dein fernerer Bericht und offenherzige Ansicht Deines Prinzipes welche ich gänzlich theile, mich allso um so inniger verbunden sehe, und gezwungen fühle, die warme Bruderhand zum kräftigen gemeinschaftlichen Wirken, des einig anerkannten, allein zum Zwecke führenden Prinzips, zu reichen. Ja! Deine eigne Aussage, so wie der Bericht unseres Bruders Laube[74]) giebt mich die Versicherung, daß da Deine eigne Ueberzeugung bisheriger Ungerechtigkeiten, Eingang diesen, unsern Prinzip's verschaffte; zu dessen Verwirklichung wir

---

Fortsetzung von S. 307
Vereine werden als Leiter geheime Mitglieder des Kommunistenbundes stecken, und eines der Mitglieder des Volksvereins wird die Korrespondenz mit London besorgen.« Die Braunschweiger Polizeidirektion wandte sich entschieden gegen diese Behauptung: »Hiernach erlaube ich mir annoch zu bemerken, daß, wenn bei den gerichtlichen Verhandlungen des Beckerschen Processes in Cöln zur Sprache gekommen ist, daß der hiesige Arbeiter-Verein von Personen geleitet worden sei, welche als Hauptmitschuldige an den staatsgefährlichen Umtrieben erschienen, in dieser Angabe zum wenigsten eine arge Übertreibung enthalten ist.« In den Verzeichnissen stände nur ein wirklicher Braunschweiger, der Schneidergeselle Louis Heck, »welches günstige Resultat von mir auch den genannten Herren Collegen [aus Berlin, Dresden und Hannover], wenn sie über Braunschweig herfielen und sich bemüheten, diese Stadt als einen Hauptsitz der Communisten-Verbindungen darzustellen, zu meiner großen Freude stets mit gutem Erfolge entgegen gehalten ist . . .« Eckert, Die Braunschweiger Arbeitervereinsbewegung . . . a. a. O. S. 128. Von den Führern des demokratischen Volksvereins in Braunschweig scheint der Notar Dr. Lucius, ein späterer Nationalliberaler, im Frühjahr 1851 mit der Kölner Bundesbehörde in Verbindung gestanden zu haben. W.-St. 2. Bd. S. 76 behaupten darüber: Dr. Lucius, dessen Adresse man bei Nothjung fand, habe »am 3. April 1851 an Dulon nach Bremen geschrieben, welcher bei Letzterem im Mai 1851 saisirt war und beachtenswerthe Äußerungen des Lucius über die in Cöln befindlichen Communistenführer enthielt. Lucius, von den Assisen zu Cöln als Zeuge verhört, gab näheren Aufschluß über eine communistische Versammlung, welcher er in Cöln dicht vor Abfassung des obgedachten Briefes an Dulon beigewohnt hat, widerrief einige im Vorverfahren von ihm gemachte Aussagen und suchte überhaupt die in dem Briefe an Dulon enthaltenen Äußerungen in das günstigste Licht zu stellen . . .«

74) Am 10. Februar 1851 schrieb die Leitung des Kreises Paris an Laube nach Berlin: »Dein Schreiben, sowie eines unserer Brüder aus Braunschweig, haben richtig erhalten und haben daraus ersehen, daß Du richtig im Prinzip, Deiner Pflicht gemäß, gewirkt hast, und sprechen Dir unsere völlige Anerkennung und Dank aus . . .« W.-St. 1. Bd. S. 99.

alles aufbieten, und keine Mühe scheuen dürfen, Du auch Deine Hand, wobei Du Dein Männerwort einsetztest, nie wieder zurückziehen mögst!! – –
Suche sodann nach Kräften, Wissen und Ueberzeugung Deinen Brüdern Freunden und allen möglichst mit in Berührung zu tretenden Mitbürgern, die mit dem Prinziepe übereinstimmenden und verbundenen, ewig heiligen Menschenrechte, auseinanderzusetzen; Aufklärung, Licht und Wahrheit mit allem Eifer zu verbreiten und letztere später oder früher, der großen Kette der Eintracht, oder unserm B[und] einverleiben zu können.
Den Lauf der Sache, so wie die Ordnungsform wird Dich der B[ruder] Laube auseinandergesetzt haben, dessen nähere Kenntniß und Verfahren, Dich die mit den verlangten Sachen beikommenden St[atuten] kund thun. Die Zahl, der sich dort befindenden B[undes] M[itglieder] wirst Du mich gütigst in Deinem hoffentlich baldigen Wiederschreiben zur Kenntniß bringen; so wie auch wenn Du die Güte haben willst, welche Frage Du mit Deinen Freunden diskutirt, und welches Resultat Ihr da heraus gebracht habt?
Dann über die mir mitgetheilten Addressen möchte ich bitten nähere Auskunft zu ertheilen; erstens nochmals die Addressen nebst Hausnummern welche den letztern fehlten; zweitens die Eigenschaften dieser Leute, soweit es Dir nur möglich; und dann drittens, ob Du sie wirklich reif findest, ihnen unsre St[atuten] anzuvertrauen und sie einzuverleiben, oder ob sie vielleicht schon gar B[undes] Mitglieder sind. Die Addressen wünschte ich auf ein Blättchen extra beigelegt, indem es in mancher Beziehung nicht rathsam ist, solche einem ganzen Briefe zu überlassen.
Ferner möchte ich Dich auch noch aufmerksam machen auf's schreiben, d. h. daß ich immer mit Ende Monat ein Schreiben von Dich in Händen habe, damit, so es einmal nicht erscheint, ich schließen kann, daß etwas außergewöhnliches dort vorgegangen sein muß, und ich mich eiligst darum bemühen kann.
Von unserm Freunde und Bruder Laube endlich, wie auch von übrigen B[undes] B[rüdern], habe ich Dich herzlichen Dank abzustatten, für die so liebevolle und wahrhaft brüderliche Aufnahme; so wie dem Bemühen, alle schon eingeweiheten in größter Eile einzuberufen, und dann im trauten Kreise die große Lebensfrage zu diskutiren. In der Hoffnung, dem begonnenen Werke allen Eifer zu schenken, senden Gruß und Handschlag
Eure Freunde und Brüder:

Tietz[75])
A. Mett[76]) Reininger

[75]) Friedrich Wilhelm Tietz, ein Schneidergeselle aus Lippstadt, arbeitete zunächst in Hamburg und danach 5 Jahre in Paris, wo er dem Kommunistenbund angehörte. Im Sommer 1851 kehrte er nach Hamburg zurück, wo er vor der Eheschließung mit der Wäscherin Henriette Maaß verhaftet wurde. Am 13. September 1853 verurteilte ihn der Staatsgerichtshof in Berlin zu 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Polizeiaufsicht. W.-St. 2. Bd. S. 129.

[76]) Der Schneidergeselle August Mett aus Tarpupönen (Regierungsbezirk Gumbinnen) war ein eifriges Mitglied des Kommunistenbundes in Paris. W.-St. 2. Bd. S. 86.

Brüder Ihr werdet die Güte haben
und einliegenden Brief auf die Post geben.
NS. Nach Deinem Bruder, welcher in der Rue Sabin[?] logirte habe ich mich erkundigt; er ist nicht mehr dort, und man versicherte mich, er seye schon über 2 Jahre von Paris abgereißt, doch wo er sich gegenwärtig aufhalte, wüßte man nicht.
Die Blätter kannst Du zu einem Preise verkaufen welcher Dich gutdünkt. Noch bemerke ich, wie Du zwar wissen wirst, daß ich meistens persönlich schreibe, obschon es im Namen des B[undes] und an den B[und] ist, um, so einmal etwas aufgefangen, es nur auf eine Persohn bleibt. –
Sollte der B[ruder] Laube letztere Zeit an Dich oder Euch allso geschrieben haben, so bemerkt doch seine richtige Addresse.
[auf dem Rand der ersten Seite:]
N. S. Die Reise nach Icarien kostet 4 Franc, die Harmonie und Freiheit kostet 2½ fr. Die Republik der Arbeiter erwarten wir täglich werden so bald sie kommt, nachschicken[77]).
[der Brief wurde bei Reininger in Mainz beschlagnahmt]

XVII.

Braunschweig den 22/3 51.

Freunde, Brüder!
Auch noch diesmal war es nicht möglich, pünktlich nach Eurem Wunsch: zu Ende des Monats ein Schreiben Euch zukommen zu lassen; eine neue Krisis hat in dieser Zeit Ihr Ende erreicht, und zwar etwas bedauernswerthes für unsere heilige Sache, es betrifft nemlich: // unsern Bruder Heck. // Eine schwere Pflicht für mich Euch diese Hiobspost zu überbringen doch ich muß, warum? wißt Ihr. –
Genantes Mitglied wurde vor längerer Zeit verdächtigt[78]), // an der Kasse des Arbeitervereines 9 rth unterschlagen zu haben // die Ursache des Verdachts war: ein bei Durchsicht des Kassenbuches vorgefundenes Blatt welches allerseits als *gefälscht* anerkant wurde und zwar aus der Ursache gefälscht, um genannte Summe im Buche undeutlich zu machen; der zeitige Vorstand des Vereins übernahm die Untersuchung und brachte kein günstiges Resultat für das Betheiligte Mitglied; verfuhr noch obendrein so unpolitisch und publizirte nach außen nicht

---

77) Das Werk von Etienne Cabet, »Die Reise nach Ikarien« war von Dr. August Hermann Ewerbeck unter dem Pseudonym »Wendel-Hippler« übersetzt und veröffentlicht worden. Bei dem zweiten Buch handelt es sich um das Werk von Wilhelm Weitling »Garantien der Harmonie und Freiheit«. Die »Republik der Arbeiter, Centralblatt der Propaganda für die Verbrüderung der Arbeiter« wurde von Weitling in New York herausgegeben.

78) Für den in diesem Brief ausgesprochenen Verdacht ist mir bislang kein anderer Beleg bekannt.

allein den Betrug sondern auch den Namen des vermeintlichen Betheiligten, dies empörte uns (den engern Bund)[79]) und bei der ersten Versammlung donnerten wir dergestalt in die Reihen der Kämpfer für *Ehre* daß dieselben uns das vorliegende Feld räumen mußten; eine Untersuchungs Comission die augenblicklich gewählt wurde übernahm sogleich die Papiere der Casse und die der Protokolle. Ich selbst hatte das Glück Mitglied genanter Comission zu sein, und kann daher Euch sagen, daß mein dringenster Wunsch es war meinem Prinzips-Genossen seinen Standpunkt in der Gesellschaft wiederzugeben, doch umsonst der Verdacht lastet von Allen Seiten auf demselben; und Alles was mir gelungen ist, ist dasjenige: / / Dem Verein kein wörtliches Geständniß zu machen sondern nur den Wink: Mitglieder die ⟨es⟩ er verdächtigt ohne namhaft zu machen, indireckt fern zu halten, zu geben. / / Dies geschah dennoch nicht ohne Kampf, aber dennoch wurde man bald im allgemeinen überzeugt, das es nicht an der Zeit sei, jemand auf diese Weise moralisch zu tödten, trotz diesem Allen ist Heck nicht mehr thatkräftig zwischen den Arbeitern man hat Widerwillen Abneigung will denselben nicht mehr reden hören, und er ist aus allen Kreisen verbannt.
Hier Brüder bessert nichts aus, ich weiß was Ihr sagen werdet, doch ich sage Euch das Eine und Ihr werdet es glaubwürdig finden; / / dem Drang der rohen Masse und der eisernen Nothwendigkeit muß oft die Vernunft weichen! –. / / Eure letzte Lieferung habe ich empfangen 50 Ex[emplare] Bu[nde]s St[atuten] und 1 Ex[emplar] Reise n[ach] Ik[arien] 1 Ex[emplar] Gar[an]t[ien] v[on] W[eitling][80]).
Ich vermißte noch das versprochene Statut zu dem verabredeten Zweck. ich hoffe im nächsten Schreiben darauf. Die Gelder für die gemachte Lieferung bin ich in aller Kürze noch nicht im Stande zu übersenden, den die Verbreitung dieser Schriften liegt bis jetzt mir noch allein ob, und zwar auf eine höchst geheime Weise, es wird Euch einleuchtend sein wenn Ihr in Zeitungen deutsche Maßregeln gegen solche revolutionaire Werkzeuge leset, doch ich schreite unverzagt vorwärts ich werde mein gegebenes Wort nur mit Tode aufheben, mehrere tüchtige Mitglieder stehen mir hier zur Seite, und ein ziemlicher Wirkungskreis ist schon unsere Beute; bald werden wir im Stande sein noch mehr von Eurer Presse in Anspruch zu nehmen, denn eine große und vorherschende Sympathie zeigt sich überall für ⟨französische⟩ Schriften welche aus Frankreich geboren sind, ja aller Augen warten auf Euch –!
Von unserm kritischem Standpunkt auch etwas Euch zur Nachricht: Vor einiger Zeit erblickten wir hier in der Mitte des Volksvereins einen wahren Helden der

---

[79]) S. Anm. 72.

[80]) Heinrich Leonard, Zur Geschichte des Kommunistischen Manifestes (Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift. 26. Bd. Wien März/April 1933 S. 171–173) hat die recht undeutlich geschriebene Abkürzung irrigerweise »Komm. M. (Kommunistische Manifeste)« gelesen. Es handelt sich hierbei ohne Frage um einen Irrtum.

Demokratie Feuer und Flamme sprühte sein Mund gegen Fürsten und Regierung gegen alles uns entgegenstehende und fast entzog derselbe sämtliche Anhänglichkeit des Volkes den frühern bisher treuen Volksvertretern alle Sympathie schien auf seiner Seite schon zu sein, doch ein besonderer Umstand schoß eine Bresche in dieses feine Gewebe, des betreffenden Mannes Zudringlichkeit in alle engern Kreise und Clubs zog einiger Männer Augenmerk auf sich, und sie suchten nach Kräften ihn so viel als möglich von der Hauptkreise[?] fern zu halten, während dem von seinem letzten Aufenthaltsorte London nähere Kentniß zu ziehn und sich dessen zu überzeugen was von Anfang nur Verdacht war, wie ein Wetterstrahl durchzuckte das ⟨Allgemeine⟩ Volk die Nachricht: B[ackhaus] sei ein östreichischer Spion, habe in London sich schon bedeutende Dokumente zu verschaffen – gewußt, und der Regierung schon bedeutende Dienste geleistet, diesen Zwek verfolgte derselbe auch hier, doch dies mislang den nächstenTag war der Spitzel verschwunden, es stelte sich später noch heraus daß derselbe 1848 als Flüchtling hier durchreisend von der demokratischen Parthei oben[drein] ein Unterstützung erhalten habe, so muß es noch kommen reisende Jesuiten ja nicht verhungern lassen [Ende des Brieffragments] [80a])
[Der Brief, der nur als Fragment erhalten ist, liegt in einem eigenen Umschlag mit der Aufschrift: »Scripturen, im Koffer des Stapler gefunden«]

XVIII.

Abschrift eines Briefes von Stabler an Reininger durch die Polizeidirektion Mainz:

Braunschweig, d. 1./9. 51

Lieber Freund.
Angenehm überraschend war Deine Nachricht und ich ahne, daß Deine Funktion gegenwärtig auch für uns wichtig sein wird, deswegen erhältst Du mit umgehen-

[80a]) Es handelt sich offenbar um Wilhelm Backhaus aus Driburg in Westfalen, angeblich ein unehelicher Sohn des Freiherrn von Chiari. W.-St. Bd. 2 S. 21 schreiben über ihn u. a.: »Gegen Ende 1850 kam er, angeblich um Vorträge über die bevorstehende Londoner Industrie-Ausstellung zu halten und um Unterricht in der englischen Sprache zu ertheilen, nach Braunschweig, verkehrte dort hauptsächlich mit Demokraten und hielt bei mehreren Zusammenkünften sehr heftige Reden, worüber namentlich der unter Nr. 640 vorkommende Stabler in einem bei demselben gefundenen unvollendeten Berichte d. d. Braunschweig den 22. März 1851 an den Kreis des Communistenbundes zu Paris Mittheilung machte. Es war ihm nach Braunschweig das Gerücht gefolgt, er sei österreichischer Agent, und gab dies den Demokraten zu nähern Nachforschungen Anlaß, in deren Folge dieselben am 16. März 1851 in ihrem Organe, den ›Blättern der Zeit‹, eine Warnung gegen Backhaus erließen. Darauf entfernte er sich plötzlich von Braunschweig unter dem Vorgeben, von London das Material zu seiner Rechtfertigung zu holen, wandte sich aber nach Brüssel und, als man ihn dort nicht dulden wollte, am 18. April 1851 nach Frankreich und von da endlich nach London, wo er in stetem Verkehre mit den Männern des Umsturzes lebt.« S. auch Anm. 97.

der Post so gleich das Gewünschte[81]). Wir sind des von Dir versprochenen baldigst gewärtig, ausserdem kann ich Dir weiter nichts sagen als daß in unserem Felde der Weizen vortrefflich gedeiht, gestern suchte man hier in einem Hamsterneste –! Doch anstatt Vorrath zu finden, fand man wie gewöhnlich – Nichts. Dergleichen Dinge sind jetzt an der Tagesordnung.
Eile! aber mit Vorsicht uns bald mit neuem Stoffe zu versehen.

Dein Bruder gez. Stabler

Adresse A. Buchmann Oelschlägern Nr. 2335 Bronswick
Die Adresse des Briefes lautet an
Herrn Carl Reininger auf der hinteren Judengasse Nr. 370 zu Mainz und ist mit Poststempel ›Braunschweig vom 2. September‹ versehen.

Am 8. September 1851 übersandte der »Großherzogliche Polizei-Commissär Künstler« in Mainz der Polizeidirektion Braunschweig ein Memorandum über die Kommunistenverschwörung, in dem die auf Braunschweig bezüglichen Angaben zusammengestellt waren. Der Bericht enthält u. a. die Abschriften bzw. die Inhaltsangabe von drei Briefen, die bislang unbekannt waren oder in anderer Fassung vorlagen.

XIX.

»Dem Berichte des leitenden Kreises Paris an die Central-Behörde in London 7. April 1851 liegen 2 Adressen resp. aus Frankfurt u. Braunschweig bei; letztere lautet:

›Adresse Braunschweig
Louis Heck
Weberstraße bei Schneidermeister H. Claus‹

und über Beiden steht Folgendes:
›Wir erwarten jeden Tag Nachricht von Braunschweig, sobald wir von Ihnen (augenscheinlich den Braunschweigern)[82]) Antwort erhalten, so werden wir Euch in Kenntniß setzen. Denn aus beiden Orten (d. i. Frankfurt u. Braunschweig) sind noch nicht die neuen Statuten. Ihr könnt es Alles besorgen.

Gruß Reininger«

XX.

Der nachstehende Brief der Kreisbehörde Paris an die Londoner Zentrale wurde mit Auslassungen und Zufügungen von Wermuth-Stieber veröffentlicht[83]). Es

---

[81]) Reininger hatte Stabler offenbar über seine Mission in Deutschland informiert.
[82]) Die Zufügungen in den Klammern stammen von der Polizeibehörde Mainz.
[83]) W.-St. 1. Bd. S. 85 f. Der Brief ist ein Schreiben »des leitenden Kreises an die Centralbehörde zu London«.

muß zunächst offen bleiben, ob tatsächlich zwei Varianten dieses Briefes vorliegen oder ob Wermuth-Stieber Änderungen vorgenommen haben:
Abschrift.

Paris, d. 15t. Juli 1851

Brüder!
Wir finden uns veranlaßt, Euch noch benachrichtigen zu müssen[84]), ehe Ihr uns das Programm und Resultat des Congresses übersendet, über einen Brief, der uns zugekommen ist, von Braunschweig, während der Congreß beisammen war, welchen wir gerne dem Congreß übersendet hätten, wenn es nicht zu spät gewesen wäre[85]), weil wir in dem Schreiben ersehen hätten, daß die Nachlässigkeit der Centralbehörde allein Schuld daran war, daß die drei tüchtig energisch wirkenden Gemeinden nicht vertreten sind[86]), indem wir schon 2mal mit Uebersendung der Adressen die Centralbehörde aufgefordert, mit den besagten Gemeinden zu correspondiren und zum Congreß aufzufordern, welches unseren Ansichten nach von großer Wichtigkeit für uns und besonders für Deutschland hätte sein können; denn diese Leute hätte die Centralbehörde vielmehr an sich gefesselt durch den Act der Aufforderung zum Congreß; denn 3 Gemeinden und 120 Mann, die durch ihren Einfluß schlagfertig stehen, ist ein wichtiger Punkt für uns, den man nicht vernachlässigen darf[87]).
Wir verlangen daher, daß die Centralbehörde uns 3 Programme zu kommen läßt, nämlich für Paris, Valencienne und Braunschweig, damit sie uns ganz einverleibt werden, auch wünschen wir, daß es so schleunig als nur möglich geschehe, so daß wir bis zum nächsten Samstag spätestens es haben, denn die Leute dringen darauf, das Resultat zu sehen[88]).
Wir müssen Euch noch benachrichtigen, daß die verflossene Woche wieder Verhaftungen vorgekommen sind, 14 an der Zahl, worunter sich N . . .[89]), der Wirth unseres Gesangvereins befindet, bei welchem man alle Ecken und Winkel ausgestöbert hat[90]), auch selbst unsere Bibliothek hat man aufgebrochen, aber

---

[84]) Bei W.-St. fehlen die Worte »zu müssen«.
[85]) Bei W.-St. fehlt der Nebensatz: »welchen wir gerne dem Congreß übersendet hätten, wenn es nicht zu spät gewesen wäre«.
[86]) Der Satz wird bei W.-St. folgendermaßen zusammengefaßt: »daß durch Nachlässigkeit der Centralbehörde drei energisch wirkende Gemeinden gar nicht vertreten waren.« Die folgenden Nebensätze von »indem wir schon« bis »Aufforderung zum Congreß« fehlen.
[87]) Der Satz lautet bei W.-St.: »die jeden Augenblick schlagfertig stehen, sind wahrhaftig nicht zu verachten«. Die Variante: »jeden Augenblick schlagfertig« und »durch ihren Einfluß schlagfertig« verdient Beachtung.
[88]) Der ganze Absatz ist bei W.-St. folgendermaßen zusammengefaßt: »Wir fordern daher rasch 3 Programme für Valenciennes, Braunschweig und Paris.«
[89]) Bei W.-St. ausgeschrieben: Noguez.
[90]) Der Nebensatz von »bei welchem« bis »ausgestöbert hat« fehlt bei W.-St.

wahrscheinlich nichts gefunden, was den heiligen Engeln Carlier's[91]) anständig war, denn es fehlte nichts[92]).

y y y[93])

Gruß u. Handschlag
Eurer Brüder
gez. Tietz, Scherzer, Uebel, Reininger

XXI.

Lieber Willich, Du erhälst hierbei einen Brief unserer Brüder aus Paris, welcher an mich gerichtet ist[94]), in London ankam und von da aus heute Morgen um 11 Uhr in meine Hände kam; ich gebe denselben aber bis heute Abend auf die Post, so daß Du denselben Morgen früh (Montag) erhalten wirst. – Ich bleibe noch in Bath bis zum 2t. August, als am Tage des ersten Termins gegen meinen Juden. – –

Von dem hier weilenden Tapezierer Schwarz wurde mir mitgetheilt: Dr. Fraenkel[95]) sei im Jahre 1847 in Wien, wegen Diebstahls ins Zuchthaus gesteckt und wegen Diebstahls überhaupt 4–5 Male gesessen, sei in Dresden während des Kampfes gewesen, dann nach Berlin, von da nach dem Nassauischen und zuletzt nach London gegangen. Kommt oft zum Dr. L. Bauer[96]) u. Backhaus[97]) und alle drei beim Seiler[98]). Er ist Jude, wohnt im Haimarket, spricht Wiener Mundart. Der gewesene Bürgermeister Ziegler, welcher schon 7 Jahre in London ist und 46 King Str. Soho wohnt, weiß Auskunft darüber zu ertheilen. Schwarz sagte ferner: Dr. Bauer sei sehr oft bei Seiler gekommen – um Gelder zu haben und habe auch solche bekommen. – Nach meiner Meinung ist Schwarz ein ehrlicher

---

91) Der Polizeipräfekt von Paris.

92) Das Ende des Satzes »denn es fehlte nichts« wird von W.-St. nicht wiedergegeben. Dagegen folgen zwei Sätze, die in der Mainzer Abschrift fehlen: »Es handelte sich dabei um das 12. Bülletin der Residenz. Auch soll eine geheime Presse entdeckt sein.« Bei W.-St. fehlen schließlich die Namen in der Unterschrift.

93) Am Ende des Briefes befinden sich drei Zeichen, die einem »y« bzw. einem Strich ähneln. Vielleicht handelt es sich um die Beschwörungsformel: »Drei Kreuze.«

94) Der Brief der Pariser Kreisbehörde vom 15. Juli wurde offenbar an Stark in London gesandt, der ihn an Willich weitergab.

95) Der hier erwähnte Dr. Fraenkel dürfte mit dem bei W.-St. 2. Bd. S. 48 aufgeführten Fränkel nicht identisch sein.

96) Der Arzt Bauer stammte nach W.-St. 2. Bd. S. 22 aus Stolpe im Kreis Angermünde. Er war »im Jahre 1850 Hauptleiter des sogenannten demokratischen Vereins zu London, der in Greec-Street sein Versammlungs-Local hatte«.

97) Wilhelm Backhaus aus Driburg in Westfalen. S. Hierzu W.-St. 2. Bd. S. 21 u. Anm. 80 a.

98) Sebastian Seiler aus Lüben in Schlesien gehörte zu den aktivsten Mitgliedern des Bundes. W.-St. 2. Bd. S. 120 f.

Kerl, jedoch schließt das selbstverständlich die Vorsicht meinerseits nicht aus. Es wünscht bald wieder thätig mit Euch eingreifen zu können.

Der Freund und Bruder
gez. E. A. Stark[99])

Bath, d. 20. Juli 1851.
Abschrift.

Die »Forderungen des Volkes im Augenblicke der Revolution«

In den Braunschweiger und Leipziger Hochverratsprozessen der Jahre 1871/72 versuchten die Anklagevertreter, die beschuldigten Sozialdemokraten für eine Flugschrift verantwortlich zu machen, die offenbar bei Wilhelm Liebknecht beschlagnahmt worden war. Es handelt sich um die sogenannten »Forderungen des Volkes im Augenblicke der Revolution«. – »Endlich sei hier noch erwähnt«, heißt es in der Braunschweiger Anklageschrift, »daß sich der Ausschuß [der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei] schon (vielleicht im Geheimen) mit dem Gedanken beschäftigt haben muß, was im Augenblicke des Ausbruchs einer Revolution geschehen müsse, denn unter den beim Ausschusse beschlagnahmten Papieren hat sich ein gedrucktes Flugblatt vorgefunden mit der Ueberschrift: ›Forderungen des Volkes im Augenblicke der Revolution‹, welches den beabsichtigten allgemeinen Umsturz der bestehenden Ordnung vollständig charakterisirt«. Auf den Einspruch der Verteidigung, die sich weigerte das Flugblatt als »strafprocessuarisches Material« anzuerkennen, wurde es von der Staatsanwaltschaft zurückgezogen. Bracke berichtete darüber in seinem Prozeßbericht u. a.: ». . . unter den beim Ausschuß vorgefundenen Papieren ist das fragliche Flugblatt nicht gefunden worden. Wir haben es nie gekannt. – Das Flugblatt ist bei Liebknecht beschlagnahmt, welcher darauf erklärt hat, daß er noch mit einigen Centnern solcher Maculatur aus den Jahren 1848 ff dienen könne. In Leipzig hat man danach gar kein Gewicht darauf gelegt. Daß das Flugblatt jetzt in dieser Weise gegen uns verwerthet wurde, ist ein Beweis, oder eine Probe, mit welchem Maße gewissenhafter Selbstkritik Staatsanwälte in politischen Processen bisweilen zu Werke gehen. Man wird dabei unwillkürlich an das famose Stieber'sche Protokollbuch aus dem Kölner Communistenproceß erinnert[100]).«

Im Leipziger Hochverratsprozeß war die Staatsanwaltschaft nicht weniger erfolglos. Obwohl die Verteidigung Einspruch erhoben hatte, wurde die Flugschrift auf Anweisung des Präsidenten den Geschworenen zur Kenntnis gebracht und

---

[99]) Offenbar der Tapezierer Carl August Starke aus Stettin, ein aktives Mitglied der Londoner Gemeinde, der nach W.-St. 2. Bd. S. 123 f. den Bundesnamen »Florian Geyer« führte.

[100]) Wilhelm Bracke, Der Braunschweiger Ausschuß der socialdemokratischen Arbeiter-Partei in Lötzen und vor dem Gericht. Braunschweig 1872. S. 89 f. und S. 107 f.

Wilhelm Liebknecht, der sie ursprünglich als »Beiblatt zum ›Kommunistischen Manifest‹« bezeichnet hatte, zur Stellungnahme vorgelegt. Liebknecht erklärte, es sei denkbar, daß man das Flugblatt bei ihm beschlagnahmt habe. »Derartige Raritäten und Kuriositäten«, fuhr er fort, »können Sie bei mir einen ganzen Haufen sehen; sie gehören zu der Sammlung von Aktenstücken, die ich mir zum Zweck der Geschichtsschreibung – ich beabsichtige, eine Geschichte der französischen Revolution bis zur neuesten Zeit zu schreiben – angelegt habe. Das vorliegende Flugblatt stammt übrigens aus dem Jahre 1848[101]); nach der Revolution in Deutschland wurde es, zum Zweck der Verbreitung unter das Volk gedruckt; ich habe es, nebst anderen ähnlichen historischen Aktenstücken, aus London mit herübergebracht. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei aber geht das Flugblatt gar nichts an und ebensowenig steht es zu der gegenwärtigen Untersuchung in irgendwelcher Beziehung . . .[102])«.

In Wahrheit dürfte es sich bei der Flugschrift um eine Veröffentlichung der Londoner Konferenz der Fraktion Willich-Schapper vom Juli 1851 handeln. Ein Exemplar wurde im September 1851 bei Gipperich in Straßburg beschlagnahmt[103]) und von Wermuth-Stieber, mit kleinen Flüchtigkeitsfehlern, als Anlage XVIII ihres ersten Bandes wieder abgedruckt[104]). Das hiermit im Faksimile vorgelegte Original stammt aus den Akten des Braunschweiger Hochverratsprozesses von 1871[105]).

---

[101]) Wilhelm Liebknecht dachte bei seiner Aussage vermutlich an die »Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland«, ein 17-Punkte-Programm, das seit dem April 1848 in Deutschland verbreitet wurde.

[102]) Der Hochverraths-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Berlin 1894. S. 207 f. und S. 310 ff. Bebel und Hepner erklärten, das Flugblatt nie gesehen zu haben. Der Verteidiger Freytag I (Leipzig) beantragte daraufhin, »daß das Flugblatt den Herren Geschworenen zur Besichtigung vorgelegt werde, damit sich dieselben überzeugen, daß es ein stark vergilbtes Papier mit altmodischem Druck ist«. Nachdem diesem Antrag Folge geleistet worden war, forderte der Verteidiger Freytag I: »Die Herren Bebel und Hepner möchten das Flugblatt, von dem sie heute zum erstenmal hören, auch einmal sehen. (Große Heiterkeit.) (Das Flugblatt wird den genannten Angeklagten zur Besichtigung vorgelegt, die über die kostbare Reliquie in sehr heitere Stimmung gerathen.)«.

[103]) Wermuth-Stieber 1. Bd. S. 98.

[104]) Wermuth-Stieber 1. Bd. S. 291 f (hier als »Forderungen des Volkes« zitiert).

[105]) Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel L Neu Abt. 38 A Fb. 2 Nr. 36 Bd. 1.

Abb. 1. Die letzte Seite des Schreibens von Moses Heß an die Londoner Zentralbehörde vom 17. Februar 1851.

Abb. 2. Die erste Seite des ungezeichneten Berichts der Gemeinde Genf an die Zentralbehörde in London.

Abb. 3 und 4. Das Protokoll der Sitzung des »Kreises Paris« vom 2. August 1851.

Abb. 5 und 6. Aus den Briefen von Gipperich an Cherval.

Abb. 7. Die »Forderungen des Volkes im Augenblicke der Revolution«.

Abb. 8 bis 11. Der »Blanqui-Trinkspruch«.

Abb. 12. Der Braunschweiger Notar Eugen Lucius.

Auf der Rückseite der Daguerrotypie befindet sich die Aufschrift »Notar Lucius, Braunschweig, als Volksredner im Jahre 1848«. Auf einem Papierstreifen, der unter das Bild geklebt ist, steht der Satz: »Und zu Füßen der Tribüne Saß der Reformator Ronge«. Das Original befindet sich im Stadtarchiv Braunschweig H VIII A 3443. S. auch Anm. 73.

Jiří Kořalka

Tschechische Briefe aus Dresden und Braunschweig 1870–1871

Ein Beitrag zur internationalen Rolle der tschechischen Demokratie

In der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung spielte die nationale Problematik eine weitaus größere Rolle, als man gewöhnlich zuzugeben geneigt ist. Es ist allgemein bekannt, in welch hohem Maße die nationalen Gegensätze und Konflikte nicht nur die Politik, sondern das gesamte Gesellschaftsleben in Mitteleuropa, angefangen mit der Revolution von 1848/49, beeinflußt haben. In der politischen Arbeiterbewegung wurden nationale Tendenzen vorwiegend den *kleineren* Nationen und Nationalitäten des habsburgischen und russischen Reiches zugeschrieben, und zwar mit Berechtigung. Es wird jedoch weniger gesehen, daß auch die politischen Arbeiterbewegungen großer Nationen mit – meistens nicht offen ausgesprochenen – nationalen Problemen belastet waren[1]). In Mitteleuropa konnte die sozialistische Arbeiterbewegung, die unter dem Schlagwort des proletarischen Internationalismus groß geworden war, schon aus dem Grunde an nationaler Problematik nicht gleichgültig vorbeigehen, weil sie direkt den Traditionen einer demokratischen politischen Bewegung mit verschiedenen nationalen Einstellungen entstammte. Dies gilt in vollem Umfang für *Deutschland*, wo gerade die Arbeiter und die Sozialisten während der Revolution von 1848/49 und erneut in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu den entschiedensten Verfechtern einer demokratischen Lösung der deutschen Frage gehörten[2]).

---

[1]) Den französischen Proudhonisten warf Karl Marx vor, daß sie durch die Leugnung der Nationalitäten unterbewußt »ihre Absorption in die französische Musternation« bezweckten. Marx an Engels, vom 20. Juni 1866, abgedruckt in: Karl Marx – Friedrich Engels, *Briefwechsel*, Bd. III, Berlin 1950, S. 408.

[2]) Zusammenfassend Werner Conze – Dieter Groh, *Die nationale Bewegung und Arbeiterbewegung in Deutschland zwischen 1830 und 1871*, vorgelegt als Bericht für das VIII. Kolloquium der Internationalen Kommission für Geschichte der sozialen Bewegungen und sozialen Strukturen in Tunis 1964.

Komplikationen in der nationalen Problematik treten aber in der Regel erst in der Beziehung zu *anderen* Nationen und Nationalitäten auf. Die deutsche Revolution von 1848/49 vermochte trotz einiger Streitigkeiten einen grundsätzlich positiven Standpunkt gegenüber der italienischen, ungarischen und polnischen Nationalbewegung einzunehmen, gelangte jedoch in anderen Fällen, insbesondere der Nationalbewegung slawischer Völker – mit Ausnahme Polens – gegenüber, in einen Konflikt. Besonders interessant müßte eine Analyse dieses nationalen Konflikts in der Beziehung zu den *Tschechen*[3]) sein, die das sozial und politisch höchstentwickelte der – vom Standpunkt der deutschen Revolution aus gesehen – »geschichtslosen Völker« waren. Ein Spezifikum der tschechischen Nationalentwicklung bestand darin, daß die Tschechen in nationaler Hinsicht, was die Bildung einer modernen tschechischen Nation und die Umwandlung des Volkes in eine Nation betraf[4]), im wesentlichen zum östlichen Teil Europas gehörten. In ihrer sozialen Struktur und im Charakter ihrer politischen Aktivität wurden jedoch die Tschechen im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer mehr an das west- und mitteleuropäische Entwicklungsmodell gebunden. Die Nationalitätenpolitik von *Marx*[5]), *Engels* und von der *»Neuen Rheinischen Zeitung«* in der Revolution von 1848/49, in der die tschechische Frage eine bedeutende Rolle spielte, ist jüngst gründlich behandelt worden[6]). Es zeigt sich, daß ihre Einstellung gegenüber den »geschichtslosen Völkern« keinesfalls nur durch die momentane, schwierige Lage in der Schlußphase der Revolution zu erklären ist, sondern daß die theoretische Basis dieser Einstellung auf einer Übertragung des Internationalismus[7]) in seiner westeuropäischen Form auf

---

[3]) Alle bisherigen Arbeiten vermeiden eine gründliche historische Analyse dieses Problems und bleiben entweder dem deutschen oder dem tschechischen nationalen Standpunkt verhaftet.

[4]) Vgl. zur Fragestellung Jiří Kořalka, *Das Nationalitätenproblem in den böhmischen Ländern 1848–1918*, in: Österreichische Osthefte, Wien, V (1963), S. 3–4.

[5]) Es ist zwecklos, nachträglich einen Unterschied in der grundsätzlichen Einstellung von Marx und Engels feststellen zu wollen. Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Sozialdemokratie und Nationalstaat. Die deutsche Sozialdemokratie und die Nationalitätenfragen in Deutschland von Karl Marx bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, Würzburg 1962, S. 10, Anm. 8.

[6]) Roman Rosdolsky, *Friedrich Engels und das Problem der »Geschichtslosen Völker«. (Die Nationalitätenfrage in der Revolution 1848–1849 im Lichte der »Neuen Rheinischen Zeitung«)*, in: Archiv für Sozialgeschichte IV (1964), S. 87–282. Meiner Meinung nach handelt es sich um eine sehr verdienstvolle Analyse mit anregenden Gedanken; Rosdolskys Versuch, die gesamte Problematik nur im Rahmen des Marxismus zu erklären, muß jedoch erfolglos bleiben, da sich Engels' Ansichten in der Nationalitätenfrage von der deutschen Revolution von 1848/49, in der sie keinesfalls vereinzelt blieben, nicht isolieren lassen.

[7]) Rosdolskys kritische Bemerkung zu Gustav Mayer, a. a. O., S. 243, Anm. 6, scheint mir ganz unbegründet zu sein. Es besteht doch ein wesentlicher Unterschied zwischen dem westeuropäischen Typus des Internationalismus, der sich auf Grund bestehender Nationalstaaten oder wenigstens – wie in Deutschland und Italien – im Rahmen einer unangefochtenen Nationalkultur entwickelte, und dem osteuropäischen Typus, wo der Internationalis-

Fortsetzung S. 321

die völlig verschiedenen nationalpolitischen Verhältnisse im östlichen Teil Europas beruht. Es könnten Äußerungen von *Marx* aus dem Jahre 1860[8]) oder von *Engels* aus dem Jahre 1866[9]) und 1882[10]) angeführt werden, um zu zeigen, wie der theoretische Grundton in der Nationalitätenfrage durch Jahrzehnte konstant blieb, und dies nicht nur bei Marx und Engels. Gerade in der tschechischen Frage waren sich Ferdinand *Lassalle*[11]), Johann Baptist von *Schweitzer*[11a]),

---

Fortsetzung von S. 320

mus auch eine unvollendete Nationsbildung und ungelöste nationale Probleme innerhalb von multinationalen Staaten berücksichtigen mußte. Zu dieser Unterscheidung vgl. neulich Jiří Kořalka, *Zur internationalen Rolle der Entstehung der tschechischen Arbeiterbewegung im alten Österreich,* in Österreichische Osthefte, VII (1965), S. 275–285.

[8]) Mit geißelnder Ironie kommentierte Marx den Vorschlag Karl Vogts, Deutschland solle sich der »slawischen Provinzen« Böhmen und Mähren, »mitten in Deutschland«, entledigen. Karl Marx,*Herr Vogt,* abgedruckt in: Karl Marx – Friedrich Engels, *Werke,* Bd. 14, Berlin 1961, S. 507.

[9]) Friedrich Engels, *What have the Working Classes to do with Poland?,* abgedruckt in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, VI (1916), S. 210–219.

[10]) »Nun könnten Sie mich fragen, ob ich denn gar keine Sympathien habe für die kleinen slavischen Völker und Völkertrümmer, die von den drei ins Slaventum eingetriebenen Keilen: dem deutschen, magyarischen und türkischen auseinander gesprengt sind? In der Tat verdammt wenig . . . Die ganze czechische Nationalbewegung strebt dahin, daß der Czar ihnen spraviedlivost činiti [Gerechtigkeit tun] soll.« *Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky,* Wien 1955, S. 52–53; hier Engels' Brief an Kautsky vom 7./15. Februar 1882.

[11]) »An dem Tage, wo Österreich seine außerdeutschen Provinzen, Italien wie Ungarn, entrissen werden, an dem Tage, wo Österreich seine zum Bund gehörigen 12 900 000 Einwohner (und hierin ist schon Böhmen inbegriffen) reduziert, . . . an dem Tage, wo Österreich einfach in eine deutsche Provinz verwandelt wird, an diesem Tage sind nicht nur 12 900 000 Einwohner, die sich dann erst als Deutsche fühlen können, Deutschland wiedergegeben, an diesem Tage ist der Dualismus [d. h. zwischen Preußen und Österreich – J. K.] aufgehoben, und die deutsche Einheit erst . . . unvermeidlich geworden.« Ferdinand Lassalle, *Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens,* in: Gesammelte Reden und Schriften, Berlin 1919, S. 61.

[11a]) v. Schweitzer betonte an der Spitze des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nachdrücklich seine großdeutsch-demokratische Einstellung unter preußischer Führung, auch nach 1866. Auf die Anfrage der Vereinmitglieder in der westböhmischen Stadt Asch, ob und wie die Vorgänge von 1866 ihr Verhältnis zum Verein berührten, wurde Ende November 1867 offiziell geantwortet: »Die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erklärt den österreichischen Mitgliedern auf ihre Anfrage, daß in ihrem Verhältnis durch die politischen Vorgänge im vergangenen Jahre keine Änderung eingetreten ist, indem die deutsche Arbeiterpartei den »Norddeutschen Bund« als ein unerfreuliches Übergangsstadium ansieht und nach wie vor nur im ganzen Deutschland ihr Vaterland erkennt.« *Social-Demokrat,* Berlin, Jg. IV, Nr. 13 vom 29. Januar 1868. Eine gründlichere Analyse der Haltung Schweitzers in der nationalen Frage Anfang 1868 vgl. Jiří Kořalka, *Die deutsch-österreichische nationale Frage in den Anfängen der sozialdemokratischen Partei,* in: Historica, Prag, III (1961), S. 124–127.

Wilhelm *Liebknecht*[11b]) und Johann Philipp *Becker*[11c]), die alle aus der großdeutschen Demokratie herausgewachsen waren, in der Überzeugung einig, daß die böhmischen Länder nur einen Bestandteil des künftigen, geeinten Deutschlands bilden sollten[12]). Der der Eisenacher Sozialdemokratie nahestehende großdeutsche Demokrat Leopold *Sonnemann* protestierte noch im September 1869 auf dem Lausanner Kongreß der Friedens- und Freiheitsliga gegen den polnischen Vorschlag, man solle in die Tagesordnung auch die »tschechische Frage« einfügen, mit dem Argument, daß die tschechische Frage kein internationales

---

[11b]) Charakteristisch war ein Kommentar Liebknechts zur Verurteilung eines achtzehnjährigen Tschechen aus Čáslav wegen »Hochverrats« zu fünf Jahren Gefängnis: »Der Kaiserstaat Österreich vor einem 18jährigen Buben zitternd? Ist es nicht zum Erbarmen? Allerdings, hinter diesem 18jährigen Buben steht die tschechische Frage und hinter der tschechischen Frage steht der »Staat des deutschen Berufs« [d. h. Preußen – J. K.] samt seinem russischen Protektor – aber wer ist denn schuld daran, daß es eine tschechische Frage gibt, daß überhaupt die Nationalitätenfrage in Österreich eine so verderbliche Rolle spielen kann? Niemand anders als die Herren Bürgerminister, die in der Arbeiterbewegung ein unfehlbares Mittel zur Beseitigung der Nationalitätenfrage hatten und, statt die Arbeiterbewegung auf jede Weise zu begünstigen, alles aufbieten, um sie den Feinden Österreichs in die Hand zu spielen. Die Sozialdemokratie kennt keinen Unterschied der Nationalität. Wo die sozialdemokratischen Grundsätze unter den Arbeitern Österreichs Wurzel gefaßt haben, in Wien, Pest, Brünn, Reichenberg, Graz, um nur einige der bedeutendsten Punkte zu nennen, herrscht die vollständige Brüderlichkeit unter den Arbeitern der verschiedenen Nationalitäten, da fragt keiner den andern: Bist du Tscheche, bist du Deutscher, bist du Magyare? Sie sind alle Arbeiter, verbunden durch die gleichen Interessen, dem gleichen Ziele zustrebend. Eine ehrlich freisinnige Regierung fand hier den herrlichsten Stoff zur Bildung des »neuen Österreichs«. Allein das Bürgerministerium? Es stieß die Arbeiter brutal von sich, erklärte sie für außerhalb des Gesetzes, außerhalb der Verfassung stehend und – jetzt zittert es vor einem 18jährigen Buben! Die Österreichs Existenz bedrohende Nationalitätenfrage ist die wohlverdiente Strafe für die reaktionär-kurzsichtige Verfolgung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.« *Der Volksstaat,* Leipzig, Nr. 14 vom 17. November 1869, *»Österreichisch Neu-Äraisch«.*

[11c]) »Die Arbeiterbewegung in Wien hat nicht nur der freieren staatlichen Entwicklung Österreichs die alleinige sichere Grundlage geschaffen, sondern sie hat den Gedanken deutscher Nationaleinheit mit neuem Lebenshauche der Freiheit erfrischt; hat die Fahne des Kleindeutschtums als das Zeichen der Zerstümmelung, Entehrung und Knechtung deutscher Nation zerrissen; sie hat keine diplomatische Trennungslinie zwischen Österreich und Deutschland und zwischen Süd- und Norddeutschland, eine von fremden und landesväterlichem Despotismus hingemalte Scheidewand berücksichtigt . . .« *Der Vorbote,* Genf, Jg. III, Nr. 3 vom März 1868, S. 33.

[12]) In dieser Frage kann man von einem objektiven Gegensatz in den politischen Zielen und im geographischen Ausmaß zwischen der deutschen und der tschechischen Nationalbewegung sprechen.

[13]) Es war eine direkte Anspielung auf den Aufruf Bismarcks an die Tschechen während des preußisch-österreichischen Krieges von 1866.

Problem sei. »Behandeln wir die orientalische Frage, die polnische Frage, aber nicht die Bismarck-Frage[13])«, erklärte Sonnemann[14]).

Im Verlauf der fünfzehn bis zwanzig Jahre, die zwischen der Revolution von 1848/49 und einer neuen Welle der demokratischen Bewegung am Ende der sechziger Jahre verstrichen waren, erfuhr die tschechische Nationalentwicklung eine wesentliche Beschleunigung. Viele gegen die tschechischen Nationalbestrebungen im Jahre 1848 ins Treffen geführte Argumente, insbesondere der deutschsprachige Charakter vieler Binnenstädte Böhmens und Mährens sowie die ungenügende Entfaltung der tschechischen nationalen Kultur, erwiesen sich schon in den sechziger Jahren als offensichtlich unbegründet[15]). Den Höhepunkt der tschechischen demokratischen Nationalbewegung zu dieser Zeit bildete eine Serie von mehr als einhundert Volksversammlungen unter freiem Himmel in den Jahren 1868–1871. Hunderttausende von Teilnehmern dieser Volksversammlungen – »Meetings«[16]) nach irischem Vorbild, im Sinne der nationalrevolutionären Hussitentradition jedoch »tábory«[17]) genannt – entstammten

---

[14]) »*Sonnemann:* Rayez la question tchèque. Pour le moment la question tchèque est purement allemande – non point internationale. Avec le même droit qu'on pose ici une question tchèque, on pourrait nous demander à discuter une question alsacienne, une question des rives du Rhin, une question de Schleswig du Nord. Pour un pays qui a toujours pris place dans l'Allemagne, nous ne pouvons admettre d'étendre la question d'autonomie jusqu'au morcellement de tous les territoires. Savez-vous qui a soulevé cette question tout dernièrement? Ce ne sont pas les Tchèques qui les premiers y ont pensé, non, non, c'est la Russie et Mr. de Bismarck. Faisons les affaires de l'Orient, faisons les affaires de la Pologne, non pas celle de Mr. Bismarck.« Der polnische Demokrat und Aufstandsgeneral *Hauke-Bosak,* der diesen Antrag formulierte, erwiderte Sonnemann: »Il y a un droit ou il n'y en a pas; il y a un principe ou il n'y en a pas. La Ligue a pour principe la liberté de tous les peuples. Reste à savoir, si les Tchèques sont des Allemands ou des Tchèques; ceux qui n'admettent pas ce principe ne doivent pas faire partie de la Ligue.« Aus dem Kongreßprotokoll der Friedens- und Freiheitsliga 1869, S. 96–97, ausgeschrieben von Josef Václav *Frič,* Nachlaß im Literararchiv des Nationalmuseums Prag. Zitiert nach Václav Žáček, *Radikální a revoluční demokraté »mladé« polské emigrace let šedesátých a soudobé radikální tendence české politiky* [Radikale und revolutionäre Demokraten der »jungen« polnischen Emigration der sechziger Jahre und zeitgenössische radikale Tendenzen der tschechischen Politik], in: Sborník Národního muzea v Praze, Reihe C, VIII (1963), S. 216–217.

[15]) Die Stadtverwaltung aller Binnenstädte Böhmens – z. B. Prag im Jahre 1861 – ging schon in den sechziger Jahren in die tschechischen Hände über – mit der einzigen Ausnahme von Budweis.

[16]) Das Beispiel der irischen Nationalbewegung war unter den Tschechen hochgeschätzt und viele Benennungen wurden von daher übernommen: vgl. »repeal«, »meetings« u. a.

[17]) Für die Hussiten stellte der Name des biblischen Berges Tabor, der – sowohl im Alten als auch im Neuen Testament erwähnt wird – ein Symbol der göttlichen Rechtfertigung ihres Kampfes dar. Tábor hieß nicht nur das Hauptzentrum der hussitischen revolutionären Bewegung – später eine Stadt –, sondern auch ihr Militärlager. Eine gründliche Analyse der Bewegung bei Jaroslav Purš, *Tábory v českých zemích 1868–1871* (Volksversammlungen in den böhmischen Ländern 1868–1871), in: Československý časopis historický (Prag) VI (1958), S. 234–266, 446–470, 661–690.

in verschiedenen Gegenden Böhmens, Mährens und Schlesiens nicht nur den Reihen der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums, sondern auch der Arbeiterschaft. Man kann eine ununterbrochene Linie von der Teilnahme der tschechischen Arbeiter an der demokratischen Nationalbewegung bis zur Entstehung einer – im sozialen Sinne – selbständigen, *politischen* tschechischen Arbeiterbewegung wahrnehmen[18]).

Die im Verlauf der Revolution von 1848/49 entstandenen nationalpolitischen Gegensätze waren jedoch einer wirksamen Annäherung der deutschen und tschechischen Demokratie im Wege. Das Leipziger *»Demokratische Wochenblatt«*, das von Liebknecht als Organ der Sächsischen Volkspartei redigiert wurde, versuchte noch nach dem entscheidenden Sieg Preußens im Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland alle Gegner einer »Verpreußung« Deutschlands zu verbinden, wobei sich Liebknecht recht viele Illusionen über den Charakter der neuen Regierung der österreichischen Liberalen machte[19]). Die logische Konsequenz dieser einseitigen *Austrophilie* war auch ein einseitig negativer Standpunkt zu den Gegnern dieser Regierung, vor allem zu der tschechischen Nationalbewegung. In mehreren Kommentaren zur innenpolitischen Entwicklung Österreichs im Sommer und Herbst 1868, also zur Zeit der höchsten Radikalisierung der tschechischen demokratischen Bewegung[20]), äußerte das *»Demokratische Wochenblatt«* nicht nur sein Mißbehagen über die offizielle alttschechische Politik[21]), sondern bemühte sich auch nicht, einen demokratischen Flügel in der tschechischen Nationalbewegung zu unterscheiden, ja verdächtigte manchmal die Bewegung, mit dem russischen Zarismus in Verbindung zu stehen[22]). Erst seit den Verfolgungen der sozialdemokratischen Arbeiter in Wien wurde dem österreichischen »Bürgerministerium« gegenüber eine kritische Haltung eingenommen. Den Aufsätzen des deutschsprachigen Organs der Friedens- und Freiheitsliga über die tschechische und serbische Nationalbewegung[23]) begegnete Sigismund

---

[18]) Ausführlicher vgl. Jiří Kořalka, *Zur internationalen Rolle der Entstehung der tschechischen Arbeiterbewegung im alten Österreich*, in: Österreichische Osthefte, VII (1965), S. 277 ff.

[19]) Konkrete Belege vgl. Jiří Kořalka, *Die deutsch-österreichische nationale Frage in den Anfängen der sozialdemokratischen Partei*, in: Historica, Prag, III (1961), S. 127–129.

[20]) Im Herbst 1868 wurde allgemein ein Ausbruch einer tschechischen demokratischen Revolution in Böhmen erwartet. Vgl. Belege bei Jaroslav Purš, a. a. O., S. 671–672.

[21]) Als Hauptargument gegen die tschechische Nationalbewegung wurde die im Jahre 1867 als Protest gegen den österreichisch-ungarischen Ausgleich unternommene Pilgrimfahrt der führenden tschechischen Politiker nach Moskau angeführt.

[22]) *Demokratisches Wochenblatt*, Leipzig, Nr. 26 vom 27. Juni 1868; Nr. 33 vom 15. August 1868; *»Eine Mahnung«*.

[23]) *Die Vereinigten Staaten von Europa*, Bern, Nr. 28 vom 12. Juli 1868; *»Die Czechenwallfahrt zum Hussenstein bei Konstanz«*, wo es u. a. heißt:»Die freisinnigen Tschechen, welche man im Ausland fast nur aus den einseitigen Berichten der Wiener Zeitungen kennt, haben sich unter den Schweizern aufrichtige Sympathien erworben«, vgl. auch: *»Korrespondenz aus Serbien«* u. a.

L. Borkheim im *»Demokratischen Wochenblatt«* mit zwei polemischen Briefen, in welchen er jede Nationalbewegung der slawischen Völker – unter Ausnahme Polens – mit »russischen Intrigen« und »Panslawismus« gleichsetzte. »Wie man auch die von Prag bis Konstantinopel wühlenden Umtriebe des Slawentums nennen mag, Mongolismus, Kosakismus, Russizismus oder Panslawismus, es kommt auf den Namen wenig an, wenn man nur offen und beständig darauf hinweist, daß Rußlands Einmischung in europäische Angelegenheiten von der Ostsee bis ans Schwarze Meer von den Germanen, Polen, Ungarn, Skandinaven, Angelsachsen und Romanen vereint mit Gewalt zurückgewiesen werden muß[24])«, schrieb Borkheim mit einem krankhaften Russenhaß. Den Kampf gegen Rußland faßte er noch am Ende der sechziger Jahre als Hauptaufgabe der europäischen Arbeiterbewegung auf[25]); beim Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges wurde er in dieser Auffassung vom Braunschweiger Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unterstützt[26]). Eine ausgewogene Stellungnahme zur tschechischen Nationalbewegung, wie sie von den *»Vereinigten Staaten von Europa«* vertreten wurde[27]), findet man im Nachfolgeorgan des *»Demokratischen Wochenblatts«*, im Leipziger *»Volksstaat«*, zum ersten Male im Herbst 1869 aus der Feder des nordböhmischen, deutschsprachigen Sozialistenführers Josef *Krosch*[28]).

---

[24]) *Demokratisches Wochenblatt*, Nr. 36 vom 5. September 1868, Beilage, Borkheims Brief vom 22. Juli 1868.

[25]) *Demokratisches Wochenblatt*, Nr. 37 vom 12. September 1868; Nr. 38 vom 19. September 1868, Beilage.

[26]) Vgl. Georg Eckert, *Aus den Anfängen der Braunschweiger Arbeiterbewegung. Unveröffentlichte Bracke-Briefe*, Braunschweig 1955, S. 17–19.

[27]) »Selten genug findet man in den deutschen und deutschösterreichischen Zeitungen ein Wort der Sympathie für die mit allen Segnungen des modernen Verfassungsstaates, Ausnahmegesetzen, politischen Verfolgungen usw., beglückten Tschechen. Wir haben – auf die Gefahr hin, von dem grimmen Russentödter Borkheim mit in die Grube geworfen zu werden, in welcher er alles, was eine slawische Zunge spricht, erdrosselt – unsererseits nie in den Ton eingestimmt, welchen das österreichische Ministerium einblies und die offiziöse Wiener Presse in ganz Deutschland herumbot; so wenig wir dafür Sympathien empfinden, wenn tschechische Wortführer vom großen Czare an der Newa Hilfe erwarten, oder wenn sich an die Spitze der nationalen Bewegung Feudale und Ultramontane vordrängen, ebensowenig konnten wir es je billigen, wenn man den Tschechen, weil sie ein kleines Häuflein sind, das gleiche Recht, die gleiche Freiheit, die gleiche Anerkennung ihrer Nationalität verweigerte, wie sie die Deutschen, die Ungarn usw. zugestandenermaßen genießen.« *Die Vereinigten Staaten von Europa*, Bern, Nr. 50 vom 13. Dezember 1868.

[28]) »Seit Wochen erfüllt die Luft das Geheule der sogenannten Verfassungstreuen über die Halsstarrigkeit der Tschechen, und es erzeugt wirklichen Katzenjammer, diese Jeremiade anzuhören. Wie toll fällt diese Klique über alle her, welche nicht unbedingt an das Evangelium Beust-Giskra glauben und nicht darauf schwören wollen, daß wir im freiesten Staate der Welt leben. Natürlich ist es wunderbar, daß es so viele gibt, welche die Freiheit der

Fortsetzung S. 326

Von Anfang an mußte die Einstellung der österreichischen Sozialdemokraten in *Wien* zur tschechischen Frage und zur tschechischen Nationalbewegung viel deutlicher hervortreten. Schon die ersten Wiener Arbeitertage im Jahre 1868 zeichneten sich durch einen grundsätzlichen Internationalismus aus. Nach außen wurde eine enge Zusammenarbeit mit englischen, französischen und anderen Arbeitern im Rahmen der Internationalen Arbeiterassoziation angestrebt[29]). In der gleichen Gesinnung wollte man auch innerhalb des habsburgischen Vielvölkerstaats alle nationalen und sprachlichen Schranken und »Vorurteile« fallenlassen[30]). Die Versuche, einen Teil tschechischer Arbeiter in Wien[31]) in einem *»Tschechoslawischen Arbeiterverein«* (Československý dělnický spolek) zusammenzuschließen, wurden als nationaler Separatismus und als Ausdruck von »Nationalitäts- wie pfäffischer Streitigkeiten«[32]) abgewiesen, ohne Rücksicht darauf, daß der sozialdemokratische Arbeiterbildungsverein unter den tschechischen Arbeitern Wiens fast nur Anhänger fand, die der deutschen Sprache mächtig waren, während der tschechische Arbeiterverein seine Mitglieder in anderen Kreisen warb[33]).

Den Hauptgrund des ersten Nationalitätenkonflikts in der österreichischen Arbeiterbewegung nach dem Jahre 1867 muß man jedoch in den unterschiedlichen nationalpolitischen Haltungen der deutschsprachigen und tschechischen *demokratischen* Strömungen suchen, aus denen die politische Arbeiterbewegung hervorgegangen ist. Bezeichnenderweise betont die Resolution der Wiener Volksversammlung vom 4. Mai 1869, auf die Heinrich *Oberwinder*, ein durch

---

Fortsetzung von S. 325

neuen Ära nicht zu schätzen wissen, obgleich Seine Exzellenz Dr. Giskra selbst ausdrücklich gesagt: daß wir frei sind. Doch die wahre Größe wird erst nach dem Tode erkannt, dann windet man Lorbeerkränze und streut Weihrauch – das Gleiche wird wohl auch mit unserm Bürgerministerium der Fall sein, das wir recht bald in die österreichische Minister-Walhalla wünschen.« *Der Volksstaat,* Leipzig, Nr. 11 vom 6. November 1869, Brief aus Reichenberg vom 27. Oktober 1869.

[29]) Vgl. Herbert Steiner, *Die Internationale Arbeiterassociation und die österreichische Arbeiterbewegung,* in: Archiv für Sozialgeschichte IV (1964), S. 454 ff.

[30]) »Die Wiener Arbeiter stehen bereits als eine einige, kompakte und achtungsgebietende Masse da, welche die Vorurteile der Religions- und Nationalitätenverschiedenheit über Bord geworfen hat«, erklärte das »Manifest an das arbeitende Volk Österreichs« vom 5. Mai 1868. Auszüge bei Herbert Steiner, *Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867–1889,* Wien 1964, S. 9–10; die ungekürzte tschechische Fassung abgedruckt bei Zdeněk Šolle, *Ke vzniku první dělnické strany v naší zemi* (Zur Entstehung der ersten Arbeiterpartei in unserem Lande), Praha 1953, Beilage 5–6.

[31]) In Wien zählte man Ende der sechziger Jahre mehr als 100 000 Tschechen und Slowaken, in der überwiegenden Mehrheit Arbeiter und kleine Gewerbetreibende.

[32]) Herbert Steiner, *Die Arbeiterbewegung Österreichs,* a. a. O., S. 9.

[33]) In wenigen Monaten wurden die sozialdemokratischen Einflüsse in diesem Verein vorherrschend, und einer der Hauptfunktionäre des Vereins, Jan Baudiš (Baudisch), gehörte zu den Führern der Wiener Arbeiterdemonstration vom Dezember 1869.

deutschnationale Tendenzen beeinflußter Sozialdemokrat, starken Einfluß hatte, »daß den nationalen Bestrebungen der slawischen Völker wohl ein innerer Freiheitsdrang zugrunde liegt, derselbe jedoch von dem Klerus und dem Adel in falsche Bahnen gelenkt und dazu benützt werden soll, jenen bevorrechteten Ständen eine solche Selbständigkeit zu verleihen, die es ihnen möglich macht, das Volk desto besser zu unterdrücken«. Der Konflikt zwischen der tschechischen demokratischen Nationalbewegung und der österreichischen deutschliberalen Regierung war demnach »nichts weiter . . . als ein Kampf der Reaktion gegen den Fortschritt« [34]).

Führende Funktionäre der *Prager* Arbeiterschaft reagierten mit Unbehagen auf die Kritik, die die deutschen und vor allem die österreichischen Sozialdemokraten gegen ihren nationalen Standpunkt und ihre Mitarbeit im Rahmen der tschechischen Nationalbewegung äußerten. Sie wiesen darauf hin, daß auch die deutsche Arbeiterbewegung nationale Interessen vertrete und daß man in Wien eine Zusammenarbeit mit der deutschliberalen Regierung nicht ablehne. Die Einstellung zum »Bürgerministerium« [35]) war eines der brennendsten Probleme, das einen engeren Zusammenschluß der deutschen und tschechischen Arbeiter in Österreich verhinderte. Ohne Zweifel betrieb diese Regierung auf Grund der Dezemberverfassung von 1867 eine für österreichische Verhältnisse ungewöhnlich liberale Politik, z. B. im Schulwesen und in den Beziehungen zu den Kirchen. Sie verfolgte aber andererseits die tschechische demokratische Bewegung und verkündete über Prag und Umgebung den Ausnahmezustand [36]).

Der Typograph Jan *Bavorský*, der anerkannte Führer der Prager Arbeiterbewegung in den Jahren 1868–1870, erwiderte auf die einseitige Ablehnung der Nationalitätenfrage durch die Wiener Sozialdemokraten im Frühjahr 1868 in der Prager Zeitschrift *»Dělník«* (Der Arbeiter): »Warum habt Ihr die Rednertribüne mit deutschen Farben geschmückt, wenn Ihr von dieser aus verkündet, es gebe unter der Arbeiterschaft keinen Unterschied der Nationalität? Weshalb trankt Ihr auf das Wohl der Wiener Presse, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, im fremden Sold steht und käuflich ist, die tagtäglich in Beschimpfungen und Beleidigungen der gemeinsten Art gegen das tschechoslawische Volk ihr Gefallen findet? . . . Unsere Wege sind verschieden – wir erkennen die Brüderschaft der Arbeiter an, aber diese muß auf ganz anderen Grundlagen be-

---

[34]) Zitiert bei Hans Mommsen, *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat I*, Wien 1963, S. 54.

[35]) Man verstand unter »Bürgerministerium« eine Regierung, die in der Mehrzahl aus Bürgerlichen, weniger aus Adeligen zusammengesetzt war.

[36]) Es waren weder Konservative noch Klerikale, sondern aufrichtige tschechische Demokraten, die von dieser Persekution am meisten betroffen wurden. Vgl. eine Zusammenfassung bei Jakub Arbes, *Pláč koruny České* (Das Weinen der böhmischen Krone), Praha 1870, 2. Aufl. Praha 1894–1896.

ruhen, als auf einer Rednertribüne, die mit deutschen Draperien bezogen ist[37])!« Zur Zeit, da Jan *Bavorský* diesen Kommentar schrieb, war noch die Tendenz zu Selbsthilfevereinen im Sinne der Rochdaler Arbeiter und *Schulze-Delitzschs* in der Prager Arbeiterbewegung vorherrschend. Doch bereits in der Mitte des Jahres 1868 begann sich eine starke Opposition gegen František Ladislav *Chleborád*, den Hauptvertreter dieser Tendenz in Prag, und seine Verbindung mit der konservativen Politik der Alttschechen abzuzeichnen[38]). Diese Opposition war ursprünglich ein Bestandteil des sozial heterogenen, jungtschechischen Flügels der tschechischen Nationalpartei. Die Jungtschechen – und insbesondere deren extrem demokratische Gruppe – forderten eine aktive Beteiligung tschechischer Arbeiter am politischen Leben. Die von *Bavorský* geführte Strömung innerhalb der Prager Arbeiterbewegung gewann schon im Frühjahr 1869 die Führung und setzte vor allem die Gründung von Arbeiterfach- und -bildungsvereinen durch. Auf einer großen Volksversammlung unter freiem Himmel am 30. Mai 1869 forderten die Prager Arbeiter die Gründung von Arbeitervereinen, vor allem aber eine volle politische Gleichberechtigung der Arbeiter und ihre Vertretung in den Gemeinderäten und im Landtag[39]).

Dabei räumten die damaligen Prager Arbeiterführer ausdrücklich ein, »daß nur innerhalb einer freien Nation die Arbeiterschaft ihre Freiheit erringen kann« und daß, solange die ganze Nation in ihren politischen und materiellen Erfordernissen eingeengt wird, kein Teil davon, auch nicht die Arbeiterschaft, eine bessere Stellung erringen kann[40]). Noch im März 1870 hat die Prager Polizeidirektion in einer Meldung an das österreichische Innenministerium die engen Kontakte der Prager Arbeiterführer mit den jungtschechischen Politikern betont und gleichzeitig behauptet, »daß die tschechischen Arbeiter bis zur Lösung der tschechischen Frage ihren eigenen Weg gehen wollen«[41]). In diesen Formulierungen klingen ähnliche Töne, wie in der deutschen[42]) oder polnischen[43]) Ar-

---

[37]) *Dělník*, Prag, Nr. 11 vom 1. Mai 1868, *Vídeňští dělníci* (Die Wiener Arbeiter), abgedruckt in: *Dokumenty k počátkům dělnického hnutí v Čechách 1864–1874* (Dokumente zu den Anfängen der Arbeiterbewegung in Böhmen 1864–1874), Prag 1961, S. 60–61.

[38]) Zusammenfassend vgl. Zdeněk Šolle, *K počátkům dělnického hnutí v. Praze* (Zu den Anfängen der Arbeiterbewegung in Prag), in: Československý časopis historický V (1957), S. 674 ff.; Michal Reiman, *Z prvních dob našeho dělnického hnutí* (Aus der ersten Zeit unserer Arbeiterbewegung), Prag 1958, S. 52 ff.

[39]) Abgedruckt in: *Dokumenty* . . ., a. a. O., S. 94–95.

[40]) Ebenda, S. 95.

[41]) Zitiert bei Zdeněk Šolle, *K počátkům dělnického hnutí v Praze*, a. a. O., S. 680.

[42]) »Il faut corriger la fortune«, schrieb Wilhelm Liebknecht an Engels am 11. Dezember 1867. »Der historische Prozeß muß beschleunigt, Preußen in der Consolidation verhindert werden. Ich gehe von der Ansicht aus, daß der Fall Preußens der Sieg der deutschen Revolution ist.« Wilhelm Liebknecht, *Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels* (hrsg. Georg Eckert), s'-Gravenhage 1963, S. 82.

[43]) Friedrich Engels forderte noch in einem Brief an Kautsky vom 7. Februar 1882 für polnische

Fortsetzung S. 329

beiterbewegung: die erstrangige Stellung des nationalen Einigungs- oder Befreiungskampfes sollte vor anderen, namentlich sozialen Aufgaben »bis zur Lösung der nationalen Frage« anerkannt werden. Diese grundsätzliche Einstellung schloß allerdings schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1869 und Anfang 1870 mehrere gemeinsame Schritte und gegenseitige Sympathiekundgebungen deutschsprachiger und tschechischer Arbeiterführer nicht aus, wie sich beispielsweise in den Kommentaren der Prager Arbeiterzeitschrift *»Dělník«* zu Verfolgungsmaßnahmen gegen die österreichischen Sozialdemokraten[44]), in Briefen von Jan *Bavorský* in der Wiener *»Volksstimme«*[45]) oder andererseits im Bericht von Johann *Pabst* an Johann Philipp *Becker* vom Januar 1870[46]) zeigte.
Als der Deutsch-Französische Krieg im Sommer 1870 alle bestehenden politischen Tendenzen in Mitteleuropa verschärfte, wurde auch die allgemein demokratische Einstellung der tschechischen Arbeiterbewegung mit dem Zentrum in Prag außerordentlich gestärkt. Im Lager der tschechischen extremen Demokratie, in dem die Prager Arbeiterführer 1870 an bedeutender Stelle standen, verstärkten sich die Hoffnungen auf eine Erfüllung der grundlegenden Forderungen der tschechischen demokratischen Nationalbewegung im Zusammenhang mit dem Aufstieg der europäischen Demokratie. »Die Lunte brennt!«, freute sich die Zeitschrift *»Dělník«* in einem Leitartikel Mitte August 1870: »Der Funke des Sozialismus sprang auf die leichtentzündlichen Stoffe, mit denen das Gesellschaftsleben in Europa angefüllt ist, über und ließ eine furchtbare Flamme hochgehen, die vom nunmehrigen Krieg durch eigenartige göttliche Fügung selbst gefördert wird. Der Tag der Freiheit wird in schönem, heilbringendem und rosigem Schein aus der Kanonade und dem Gemetzel des Deutsch-Französischen Krieges hervorgehen, um die wirklichen Drahtzieher dieses mörderischen Krieges in den Abgrund der Hölle zu schleudern und ihre mit ewigem Kriegslorbeer bekränzten

---

Fortsetzung von S. 328
Sozialisten »nicht nur das Recht, sondern die Pflicht . . ., national zu sein, ehe sie international sind«, und zwar »solange die nationale Unabhängigkeit fehlt«. Abgedruckt in: *Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky*, a. a. O., S. 51.

44) *Dělník*, Jg. II, Nr. 3 vom 29. Oktober 1869, *Útok na jednoty politicko-sociální* (Ein Angriff auf die politisch-sozialen Vereine); Nr. 8 vom 14. Januar 1870, *Ve Vídni a v Praze* (In Wien und in Prag) u. a., abgedruckt in: *Dokumenty* . . ., a. a. O., S. 123–126, 144–150.

45) Vgl. Václav Peša, *Dělnické hnutí v Praze na přelomu 60. a 70. XIX. století a vídeňské dělnické časopisy »Volksstimme« a »Volkswille«* (Die Arbeiterbewegung in Prag auf der Wende der 60er und 70er Jahre des 19. Jahrhunderts und die Wiener Arbeiterzeitschriften »Volksstimme« und »Volkswille«), in: Sborník prací Filosofické fakulty brněnské university, C 8 (1961), S. 524–531.

46) »Bereits wurde mit den unzufriedenen politischen . . . Parteien angeknüpft und mit allen wollen wir in Verbindung treten, die von einem Bestande der Monarchie nichts zu hoffen haben . . . Den Jungtschechen wird wohl begreiflich zu machen sein, daß sie alle ihre nationalen Forderungen mit verlangen und erlangen, wenn sie Freiheit wollen und ein immer unter allen Formen des politischen Jochs, wie die Monarchie, abschütteln.« Herbert Steiner, *Die Internationale Arbeiterassociation* . . ., a. a. O., S. 495.

Throne zum traurigen Gedächtnis in die Antiquitätensammlung befördern. Unter dem Mantel und Schutz des Deutsch-Französischen Krieges, an dessen Spitze die beiden Tyrannen dieser Völker stehen, auf deren Befehl dieses Morden begann, entfalten sich die demokratischen Elemente zu blühender Stärke, um nach Beendigung des Krieges die Situation zu beherrschen, um als machtvolle und wilde Flut ganz Europa mit den Grundsätzen der Sozialität zu überschwemmen und das despotische Gehandel mit dem Volk auszurotten, um die Friedenspalme anstelle des mörderischen Schwertes aufzupflanzen!«

»Die Demokratie wartet einzig und allein auf den Kriegsausgang«, schrieb die Prager Zeitschrift mit beträchtlichen Illusionen. Hierbei schätzte sie allerdings hellseherisch die Zusammenhänge eines potentiellen Sieges der Demokratie mit der Kriegsniederlage eines der beiden Partner ab. Beinahe wie eine Prophezeiung liest man heute folgende Worte, die drei Wochen vor Sedan und vor dem Fall des zweiten französischen Kaiserreichs in Prag veröffentlicht wurden: »Sicherlich wird es niemanden geben, der glauben würde, daß beide Herrscher siegen werden, um so weniger wird jemand glauben, daß beide fallen werden. (Natürlich unter der Voraussetzung, daß der Krieg nur auf Deutschland und Frankreich beschränkt bleibt.) Es muß einer siegen und der andere fallen. Das Volk wird sich aber in der verlorenen Schlacht gedemütigt fühlen und sein Zorn wird sich gegen den Urheber dieses Krieges, gegen den Kaiser wenden . . . Das Volk wird zur Einsicht gelangen, daß es nur dann, wenn es Herr seines Geschickes und seiner Heimat wird, einen dauernden Frieden erringen kann!« In den folgenden Wochen und Monaten verfolgten die tschechischen Demokraten – und vor allem die Prager Arbeiterführer – mit großer Aufmerksamkeit die Ereignisse in Frankreich, die dann in der Pariser Kommune ihren Höhepunkt erreichten. Beständig hatten sie dabei die Möglichkeit einer Lösung der tschechischen nationalen Frage in demokratischem Geiste vor Augen. »Höre, tschechische Arbeiterschaft!« schloß der zitierte Artikel des Prager *»Dělník«:* »Dem Schoß des Kriegsbrandes wird noch ein neuer, noch ruhmreicherer, von der gesamten Menschheit mit Jubel begrüßter Schein, der Schein der Freiheit und Freisinnigkeit entspringen, wonach auch das tschechische Volk sich mehr als zweihundert Jahre sehnt[47]).«

Ich habe durchaus nicht die Absicht, auf Grund eines oder mehrerer ähnlicher Artikel dieser Prager Arbeiterzeitschrift das Niveau der tschechischen Arbeiterbewegung um das Jahr 1870 zu überschätzen. Ich möchte nur auf die Tatsache hinweisen, daß die *tschechische Demokratie* zu dieser Zeit – bei aller Konzentrierung auf ihre eigene »nationale Frage« – ein weitgehendes Interesse für allgemeinere Problematik der *europäischen* Demokratie und der *internationalen*

---

47) *Dělník*, Jg. III, Nr. 22 vom 15. August 1870, *»Koudel hoří!«* (Die Lunte brennt), abgedruckt in: *Dokumenty* . . ., a. a. O., S. 172–176.

Arbeiterbewegung zeigte[48]). Auf zwei Massenversammlungen der Prager Arbeiter im Januar und März 1870, stets unter Beteiligung von drei- bis viertausend Personen, versuchte man neben entschieden demokratischen, politischen Forderungen bereits ein ausgeprägtes Arbeiterprogramm durchzusetzen. Die zahlreichen Arbeitervereine in Prag und Umgebung sollten zu einer einheitlichen Organisation tschechischer Arbeiterschaft zusammengeschlossen werden[49]). Diese verhältnismäßig breite Basis der entstehenden, tschechischen politischen Arbeiterbewegung kam später der *sozialdemokratischen* Partei sehr zugute. Angesichts der starken Tradition in der demokratischen Nationalbewegung war es allerdings auch in der tschechoslawischen Sozialdemokratie unmöglich, grundlegende nationale Forderungen, wie die nach einer gleichberechtigten Stellung der Tschechen unter anderen europäischen Nationen, zu übergehen[50]) – sei es in der Form einer nationalen Unabhängigkeit oder einer autonomen Stellung innerhalb eines Nationalitätenstaates.

Es besteht die Frage, ob das Modell der entstehenden *deutschen* sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei einer historischen Analyse mit anschließender Würdigung auch für andere Nationalmilieus Mittel-, Ost- und Südosteuropas als verbindlich angesehen werden soll. Die sozial und politisch fortgeschrittenste, nationalbewußte Führungsgruppe der Prager Arbeiterschaft war jedenfalls noch um das Jahr 1870 weit mehr durch die *französische* Demokratie beeindruckt. »Nicht vom deutschen, vom französischen Sozialismus fand mein sozialistisches Gedankenleben seine ersten Anregungen[51])«, sagte Karl *Kautsky* rückblickend, der sich zu dieser Zeit als Mittelschüler von der Vorstellung einer »böhmischen demokratischen Republik« hatte hinreißen lassen[52]). Aber auch eine deutsche Demokratie, welche für die Völkerverständigung und für berechtigte nationale Forderungen anderer Völker Europas Interesse zeigte, war als Bundesgenosse sehr willkommen. Es war dies noch nicht der Standpunkt des

---

[48]) Schon über die ersten zwei Kongresse der Internationalen Arbeiterassoziation wurden ausführliche Berichte in der jungtschechischen Presse veröffentlicht. Vgl. Jaroslav Purš, *První ohlasy činnosti Mezinárodního dělnického sdružení v českých zemích* (Der erste Widerhall der Tätigkeit der Internationalen Arbeiterassoziation in den böhmischen Ländern), in: Československý časopis historický XII (1964), S. 4 ff.

[49]) Vgl. Pavla Vrbová, *K vzniku a charakteru takzvaných dělnických besed v šedesátých letech 19. století v Praze* (Zur Entstehung und zum Charakter der sog. Arbeiterressources in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts in Prag), in: Československý časopis historický V (1957), S. 131–132.

[50]) Ausführlicher vgl. Jiří Kořalka, *Zur internationalen Rolle der Entstehung der tschechischen Arbeiterbewegung im alten Österreich*, in: Österreichische Osthefte VII (1965), S. 281 f; für die Zweite Internationale vgl. Hans Mommsen, *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage* . . ., a. a. O., S. 423 ff.

[51]) Karl Kautsky, *Victor Adler. Erinnerungsblätter zu seinem 60. Geburtstag*, in: »Die Neue Zeit«, Jg. XXX/2 (1911/12), S. 418.

[52]) Vgl. auch Karl Kautsky, *Erinnerungen und Erörterungen*, s'-Gravenhage 1960, S. 161.

internationalen Sozialismus, aber dennoch ein *echter Demokratismus*, aus dem in wenigen Jahren schon eine sozialistische Arbeiterbewegung emporwuchs.

Diese verhältnismäßig breit angelegte Einleitung ist meiner Ansicht nach für das Verständnis der unten veröffentlichten *tschechischen Briefe aus Dresden und Braunschweig* in der Zeit vom Oktober 1870 bis April 1871 notwendig. Diese Briefe erlauben uns, bekannte Ereignisse aus der Sicht tschechischer Demokraten, die zeitweilig in Deutschland gearbeitet haben, zu verfolgen. Man muß ständig die hochgehende Welle der tschechischen demokratischen Bewegung in den Jahren 1868–1871 vor Augen haben, um besonders das hohe Selbstbewußtsein des Braunschweiger Korrespondenten zu verstehen. Er denkt an tschechische Volksversammlungen mit Tausenden von Anwesenden, wenn er schreibt, daß »der hiesige [d. h. der deutsche – J. K.] Arbeiter nicht so überzeugt« ist, »wie bei uns in Böhmen[53]«. Ein tiefer Abscheu vor dem österreichischen, reaktionären Bureaukratismus und dem preußischen Militarismus verbindet diese tschechischen Arbeiter in Deutschland mit den Sozialdemokraten.

Gerade in den Jahren 1870–1871 konnte die tschechische Demokratie, die noch keinesfalls die Stufe eines internationalen Sozialismus erreicht hatte, eine wichtige *internationale Rolle* in Deutschland erfüllen. Anders als in der Revolution von 1848/49 gab es zu dieser Zeit schon eine Fülle von Berührungspunkten zwischen einem tschechischen demokratischen Nationalstandpunkt und der deutschen Sozialdemokratie. Vielleicht am rührendsten wirkt das innige Verhältnis des tschechischen Braunschweiger Korrespondenten zum demokratisch-slawischen Auslandsverein »Slovanská lípa« (Slawische Linde) einerseits und zu den Braunschweiger Sozialdemokraten andererseits – er berichtet über seinen Einsatz für die Belange beider Vereine: »*Wir* legten gegen die Wahl Protest ein[54]) – »*Wir* [d. h. der Ausschuß des sozialdemokratischen Vereins – J. K.] beriefen eine Volksversammlung ein . . ..« – »*Wir* gewannen vier Polen für die ›Slovanská lípa‹[55]).«

Besonders im Frühjahr 1871, zu der Zeit, als Wilhelm Bracke und die übrigen Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei verhaftet waren, beteiligte sich der tschechische Braunschweiger Korrespondent, zusammen mit anderen tschechischen Arbeitern, die als österreichische Staatsbürger nicht so sehr von der preußischen Militärverwaltung betroffen wurden, an der sozialdemokratischen Wahlagitation in der Umgebung Braunschweigs[56]).

---

[53]) *Říp*, Jg. II, Nr. 7 vom 1. April 1871 (Beilage IV).

[54]) Ebenda.

[55]) *Říp*, Jg. II, Nr. 9 vom 1. Mai 1871 (Beilage VII).

[56]) ». . . Auch viele hiesige Tschechen halfen bei der Agitation der demokratischen Partei.« *Říp*, Jg. II, Nr. 7 vom 1. April 1871 (Beilage IV).

Waren die tschechischen Korrespondenten auch keine erklärten Sozialisten, so machten sie doch keinen Unterschied zwischen Demokratie und Sozialdemokratie; eine Erscheinung, die nicht nur auf tschechischer Seite zu beobachten ist[57]).

Schließlich verdient auch die Zeitschrift unsere Aufmerksamkeit, in der die tschechischen Briefe aus Dresden und Braunschweig veröffentlicht wurden. Es war dies keine der beiden in Prag erscheinenden Arbeiterzeitschriften[58]), sondern ein extrem demokratisches, jungtschechisches Blatt, *»Říp«* genannt, das in Raudnitz (Roudnice nad Labem) herauskam. Das fruchtbare Agrargebiet nördlich von Prag, in dem Raudnitz das Zentrum bildet, war eine der Hauptstützen der radikalen Gruppen unter den Jungtschechen. Auf dem sagenumwobenen Berg Říp in der Nähe von Raudnitz fand am 10. Mai 1868 die erste der mehr als einhundert Volksversammlungen unter freiem Himmel (Meetings, tábory) statt. Die dabei gefaßte Resolution gipfelte in der Forderung, »unser historisches Recht wiederherzustellen, das nichts anderes als Freiheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit des ruhmreichen Königreiches Böhmen bedeutet«[59]).
»Říp« erschien ab 1. Juli 1870 zweimal monatlich, abwechselnd mit *»Podřipan«*, einer Raudnitzer Zeitschrift ähnlicher Einstellung. Die politische Haltung der Zeitschriften spiegelt in typischer Weise den national-radikalen Demokratismus wider, in dem es bisher zu keiner sozialen Differenzierung gekommen war. Es ist nicht uninteressant, daß die Jungtschechen in der Redaktion des Raudnitzer *»Říp«*, allen voran *Ervín Špindler*, zehn Jahre später zu den entschiedensten Gegnern und Verleumdern der internationalistischen tschechischen Sozialdemokratie gehörten.
Das Postulat des historischen Staatsrechtes der Länder der böhmischen Krone, über das sich in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts alle politischen Richtungen der tschechischen Nationalbewegung, vom konservativen Adel und den Alttschechen bis zu den radikalsten Demokraten, einig waren, erläuterte die Zeitschrift *»Říp«* vielleicht am konsequentesten von allen tschechischen Blättern als »Anspruch auf ein selbständiges staatliches Leben[60])«. In den politischen

---

[57]) In der deutschen Sozialdemokratie war Anfang der siebziger Jahre der dreibändige Roman von August Otto-Walster: *»Am Webstuhl der Zeit«*, Braunschweig 1873, ziemlich verbreitet, in dem auch kein Unterschied zwischen Demokraten und Sozialdemokraten gemacht wird. Demokraten erscheinen darin als Verfechter der Rechte des werktätigen Volkes und als Vorkämpfer einer gerechten Gesellschaftsordnung. Zur Verbreitung dieses Romans in Nordböhmen vgl. Jiří Kořalka, *Severočeští socialisté v čele dělnického hnutí českých a rakouských zemí* (Die nordböhmischen Sozialisten an der Spitze der Arbeiterbewegung der böhmischen und österreichischen Länder), Liberec 1963, S. 88–89, Anm. 108.

[58]) Neben dem mehrmals zitierten *»Dělník«*, der bis Ende 1871 erschien, wurde seit Juli 1870 die mehr konservative Zeitschrift *»Dělnické noviny«* in Prag herausgegeben.

[59]) Zitiert bei Jaroslav Purš, *Tábory v českých zemích 1868–1871*, a. a. O., S. 241.

[60]) *Říp*, Jg. I, Nr. 1 vom 1. Juli 1870, *Na prahu nové doby* (Auf der Schwelle einer neuen Zeit).

Artikeln des »*Říp*« trat ständig die Kritik an der ungenügenden Aktivität der offiziellen Führung innerhalb der tschechischen Nationalpartei hervor, die sich allzusehr auf Verhandlungen mit der österreichischen Regierung verließ und sich nicht auf die Volksmassen stützen wollte.

»Ohne Rücksicht auf die Differenzen in den Regierungskreisen in Wien« – schrieb der »*Říp*« in den ersten Tagen des Deutsch-Französischen Krieges – »haben wir Tschechen genug andere Ursachen dafür, Tag und Nacht Wache zu stehen, in der Hand ständig Hut und Stock (oder noch besser eine Flinte) zu haben und nach allen Seiten hin Ausschau zu halten, wer zu uns kommt, von woher und von wieviel Seiten . . . Wo bleiben denn unsere Führer, unsere Vertrauensmänner, unsere Abgeordneten? Wer soll eine beratende Versammlung aller Politiker aus Böhmen und Mähren nach Prag einberufen? Wer soll den aus allen tschechischen Bezirken Böhmens und Mährens herbeigeströmten Vertrauensmännern die entscheidende Frage vorlegen: Wir haben keine Organisationen – wie sollen wir sie aufbringen; wir sind nicht gerüstet – wie sollen wir dies erzielen; wir haben kein klares und bestimmtes Programm – was soll unser Ziel sein? Was nun . . . Möge uns die künftige Generation nicht vorwerfen, die Stunde verschlafen zu haben, die unserem Volk die Befreiung und unserer Heimat Freiheit und Selbständigkeit hätte bringen können[61])!«

Dabei ist zu bemerken, daß – analog zu den Demokraten anderer europäischer Völker – die vom »*Říp*« repräsentierte, tschechische radikal-demokratische Richtung ihre nationalen Ziele nicht im Gegensatz zu, sondern in der Zusammenarbeit mit den anderen Nationen verwirklichen wollte. In zahlreichen Artikeln und Kommentaren des »*Říp*« kehrt die typische, naive Meinung der europäischen Demokraten des 19. Jahrhunderts wieder, es werde Friede und Freiheit unter den Nationen herrschen, sobald jede Nation unabhängig und geeint sei.

Der Leitartikel der ersten Nummer der Zeitschrift betonte daher gerade diese Einbeziehung der tschechischen Nationalbewegung in den europäischen Kontext mit den Worten: »Alle Nationen, die sich ihrer politischen Rolle bewußt sind, werden von einem geheimnisvollen Geist durchdrungen, der große Dinge verkündet. Von Mund zu Mund, von Herz zu Herz gehen Schlagwörter, die allen Nationen, allen Menschen gemeinsam sind. Es kommt der Tag, da der Streit über die nationale Zugehörigkeit kein Hindernis mehr für das wahre Ringen um die politischen Freiheiten der Menschheit bilden wird. Die Vorahnung der Brüderlichkeit, der Morgenschein der Völkersolidarität, dieses einzigartigen Sterns einer schöneren Zukunft, beginnt in Tausenden Herzen aufzuleuchten. Es gibt genug Menschen, die vor jenem Stern künftiger Tage bangen und zur Erhaltung der ihnen angeborenen tierischen Gewalttätigkeit dem internationalen Haß neue Nahrung geben, aber für wie lange Zeit kann diese gemeine und un-

---

[61]) *Říp*, Jg. I, Nr. 3 vom 1. August 1870, *Co teď?* (Was nun?)

sittliche Waffe auslangen? Oder werden die Nationen nicht einsehen, daß sie ein gemeinsames, ein gleiches Ziel haben; daß der mörderische Kampf der einen gegen die anderen weder Nutzen noch Sieg diesen, sondern der dritten Partei bringt, die mit der Dummheit der Enthusiasten rechnet und selbst Zwietracht säte, damit ihr unsere Eintracht nicht schaden kann[62])?«

In diesem Geiste sind alle Kommentare des »*Říp*« zum Deutsch-Französischen Krieg geschrieben, in dem man den Gegensatz zwischen den Despoten einerseits, den Nationen und Völkern andererseits offenbar werden sah. Das Programm der gekrönten Despoten beruht im gegenseitigen Berauben und in der Erweiterung der persönlichen Macht, aber »von nirgends her kommt Nachricht, ob die Völker, die die ganze Geschichte am meisten angeht, damit einverstanden sind, daß von neuem das systematische Morden der Bevölkerung beginnt[63])«. Die dynastischen Regierungen »verstehen es, dem Volk den Mund zu stopfen, damit es sich nicht zu Worte melden kann[64])«; soweit die Volksmassen gehorsam und sogar mit Begeisterung nach den Befehlen der Despoten handeln, sind daran einzig und allein der Mangel an Bildung und die Unwissenheit schuld. In diesen allgemeinen Fragen ist es also die übliche, kleinbürgerlich-demokratische Phraseologie, die vorher schon in Frankreich, Deutschland oder Italien geläufig war. Ebenso verhält es sich auch mit der nationalen Problematik, wo sich die tschechischen Demokraten zur gesamteuropäischen, allgemein demokratischen »Nationalitätenidee« bekannten: »Seit jenen Zeiten, da die Revolution von 1848 über Europa hinwegbrauste, um die Nationen daran zu erinnern, daß das sogenannte europäische Gleichgewicht eine bloße Fiktion ist, die den nationalen Bestrebungen keine Grenzen ziehen kann, bahnte sich die Nationalitätidee ihren Weg nicht nur zum Tisch der Diplomaten, sondern auch ins Lager der Soldaten . . . Die Sehnsucht nach einer politischen Einigung aller Staaten zur gleichen Sprache beherrschte die Völker Europas, und kaum war auf den Ruinen der kleinen Zwergstaaten und Staaten in Italien das geeinte Italien erstanden, zu dem sich bereits sein Herz – das alte Rom – bekennt, sind wir Zeugen, wie sich wiederum ein neues, großes Staatsgebilde entwickelt – das Deutsche Kaiserreich, zu dessen Schaffung sich das ehemals kleine Preußen entschlossen hatte[65]).« Selbstverständlich forderten die tschechischen Demokraten das gleiche Recht auf nationale Einigung und Unabhängigkeit auch für die »tschechische politische Nation«.

Zum Unterschied von einer anderen Strömung der tschechischen demokratischen Nationalbewegung in den Jahren 1870–1871 geriet die Zeitschrift »*Říp*« nicht in einseitig profranzösische und antideutsche Tendenzen, sondern warnte im

---

[62]) *Říp*, Jg. I, Nr. 1 vom 1. Juli 1870, *Na prahu nové doby*.

[63]) *Říp*, Jg. I, Nr. 2 vom 15. Juli 1870, *Hledá se král* (Ein König wird gesucht).

[64]) Ebenda.

[65]) *Říp*, Jg. I, Nr. 5 vom 1. September 1870, *At žije neutralita* (Es lebe die Neutralität).

Gegenteil allen Ernstes vor einer solchen Politik. Die Zeitschrift begrüßte herzlich die Einigung Deutschlands zum deutschen Nationalstaat *ohne* Eingliederung der böhmischen und österreichischen Länder, die größtenteils von slawischer Bevölkerung bewohnt waren. Diese zahlenmäßig schwächere Strömung der tschechischen Demokraten erinnerte an *Bismarcks* Liebäugeln mit dem Gedanken eines böhmischen Staates im Jahre 1866 und brachte ihre Überzeugung dahingehend zum Ausdruck, daß »Preußen vom nationalen, deutschen Standpunkt aus nicht den Anschluß eines fremden Staates wünschen könne, der nur an den Grenzen deutsch, in der überwiegenden Mehrheit aber tschechisch und traditionsgemäß den ausländischen Deutschen gegenüber ungünstig gesinnt sei. Man weiß ja ganz genau, daß der an den Grenzen sozusagen unzulängliche, von einem gebildeten und Preußen nicht günstig gesinnten Volk bewohnte böhmische Staat Deutschland als sein Bestandteil gefährlicher wäre als als Nachbar«. Die Gesamttendenz dieser Erwägung war für den deutschen Nationalstaat derart günstig, daß ihr Autor – wahrscheinlich Redakteur *Ervín Špindler* – die Gefahr einräumte, »man werde uns als Agenten *Bismarcks* oder als Idioten bezeichnen[66])«.

Auch gegenüber der deutschen Bevölkerung in Böhmen bezog die Zeitschrift *»Říp«* eine versönliche Stellungnahme, die in dem Vorschlag gipfelte, »die wirklich freiheitlichen Parteien in beiden Lagern sollten sich zur Gründung einer neuen, wirklich patriotischen Partei zusammenschließen, die beide Völker betreuen und auf die Freiheit des ganzen Landes hinarbeiten wird«. Voraussetzung einer solchen Völkerversöhnung war allerdings – nach der Auffassung des *»Říp«* – die Anerkennung des Postulats von der Selbständigkeit Böhmens, »da wir alle als größten Feind unseres Landes jenen betrachten, der zum Schaden des Landes und auf Kosten der alten Freiheiten irgendein Recht der böhmischen Krone an Wien oder Berlin verschachern möchte[67])«.

Nach der Ausrufung der Republik Frankreich trat eine deutliche Verschiebung der Sympathien zugunsten der französischen Republikaner und Demokraten ein. »Die nächste Generation wird uns darum beneiden, daß wir Zeugen des ungeheuren Ringens der französischen Nation um ihre Freiheit und Unabhängigkeit waren«, schrieb der *»Říp«* Mitte Oktober 1870. »Vom Kriege gequält, vom Kampf geschwächt und von der Übermacht des siegreichen Feindes gehetzt, pflanzte die Nation noch einmal dieses alte republikanische Banner auf, um entweder damit unterzugehen oder zu siegen. Das Motto: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, das darauf geschrieben stand, war sein Schild und sein Schutz. Es gibt kein ehrwürdigeres Bild, als jenes, das sich uns nun in Frankreich zeigt.

---

[66]) Ebenda.

[67]) *Říp*, Jg. I, Nr. 5 vom 1. September 1870, *Budiž mír mezi národy* (Es werde der Friede unter den Nationen).

Die ganze Nation steht in Waffen gegen den Fremden und will dem dreisten Eindringling ein Grab inmitten ihrer Heimat graben[68]).«
Aber auch in dieser Situation bestritten die tschechischen Demokraten nicht die Berechtigung des Vorgehens in der ersten Phase des Krieges: »Es gab eine Zeit, da Preußen bei seinen Rüstungen und Kriegen nationale Tendenzen vorgab, die ebenso bei den Slawen wie auch bei den Deutschen berechtigt sind . . . Aus Furcht vor der Republik daheim will es nicht die republikanische Regierung in Frankreich anerkennen und schmiedet Ränke zusammen mit Napoleon und Eugénie, die hier und da noch ergebene Diener im unglückseligen Frankreich haben. Es handelt sich nicht mehr nur um die Demütigung Frankreichs, sondern mehr um die Vernichtung der Republik, die in Deutschland unmittelbar ansteckend wirken könnte. Der Kampf Preußens hörte auf, ein Nationalkampf zu sein und wurde zu einem dynastischen Krieg für *Wilhelm* und *Napoleon*[69]).«
Im gleichen Geist sprach sich der *»Říp«* noch entschiedener zu Beginn des Jahres 1871 aus: »Wir räumen ein, daß die Regierung *Napoleons* dem deutschen Volk sehr großes Unrecht zufügte, indem sie ihm beim Einigungswerk hinderlich war, das ja Ziel eines jeden nationalbewußten Volkes ist; wir räumen ein, daß das deutsche Volk berechtigt war, den frechen Angriff auf deutschen Boden abzuschlagen und zu bestrafen – nicht weniger scharf aber müssen wir den ungerechten Raub verdammen, den Preußen im Namen Deutschlands und unter seinem Jubel an der Heimat der Franzosen verüben will, und unserer Verachtung gegenüber dem Verhalten der öffentlichen deutschen Presse Ausdruck geben, die nicht entschieden eine Einstellung des Kampfes verlangt, sondern sogar noch zur entscheidenden Steigerung dieses Kampfes gegen die französische Republik anfeuert[70]).«
Die Zeitschrift *»Říp«* war kein Organ der Arbeiterbewegung, keine Zeitschrift der Sozialisten – diese politische und ideologische Einstellung wuchs im tschechischen Nationalmilieu erst allmählich heran. Aber angesichts der Tatsache, daß die deutsche Demokratie, abgesehen von geringfügigen, ehrenvollen Ausnahmen, ins Lager Bismarcks überwechselte, mußte sie bei der Suche nach demokratischen und republikanischen Beispielen in Deutschland unausweichlich ins Lager der deutschen sozialdemokratischen Partei gelangen. Deshalb berichtete die Zeitschrift mit außerordentlichen Sympathien über das mehrmalige Auftreten August *Bebels* und Wilhelm *Liebknechts* im Reichstag. (Dabei machte es nichts aus, daß sie diese zum ersten Male für oppositionelle *polnische* Abgeordnete hielt.) In einem besonderen Artikel gelangten umfassende Auszüge aus den Reden beider Sozialisten gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen zum Abdruck: »Während der Rede beider Abgeordneten ertönten oftmals Pfuirufe aus

---

[68]) *Říp*, Jg. I, Nr. 8 vom 15. Oktober 1870, *Mučedlníci svobody* (Märtyrer der Freiheit).
[69]) Ebenda.
[70]) *Říp*, Jg. II, Nr. 1 vom 1. Januar 1871, *Novoroční přání* (Neujahrswünsche).

dem Munde der Großdeutschen, die die Freiheit gerade für Ruhm und Macht verkaufen, die gebildete Welt stimmt aber sicherlich mit den . . . tapfer und unerschrocken vorgebrachten Ansichten überein[71].«

Die Identifizierung der *deutschen Sozialdemokraten* mit der *allgemeinen Demokratie* zeigt sich am besten bei der Charakteristik Wilhelm Brackes im ersten Braunschweiger Brief[72]. Später ist aber bereits üblicherweise die Rede vom »Sozialdemokraten Bebel«, dessen Rede im Reichstag »in Deutschland Sensation hervorrief[73]«, es werden auch einige Materialien der deutschen Sozialdemokratie abgedruckt, z. B. die Solidaritätserklärung mit den Pariser Arbeitern im Mai 1871[74].

Am deutlichsten zeigte sich dieser zwiespältige Standpunkt der tschechischen Radikaldemokraten bei der Würdigung der *Pariser Kommune*. Mit unverhohlenem Schmerz sehen die Demokraten im *»Říp«* die Vision einer einheitlichen, allgemein-demokratischen Bewegung entschwinden. »Lange zögerten wir mit einer Erwägung hinsichtlich der Pariser Ereignisse, um nicht darüber ein vorzeitiges oder vielleicht verzerrtes Urteil zu fällen«, bekennt die Redaktion. In keinem Fall stand der *»Říp«* auf der Seite der Anhänger von Versailles, die er nicht für wirkliche Republikaner ansah. »Die Opposition gegen eine solche Nationalversammlung, deren Mehrheit der Republik nicht günstig gesinnt war und es auch jetzt nicht ist, war und ist bisher nicht nur berechtigt, sondern auch natürlich. Haben doch auch die Republikaner, die die furchtbaren Friedensbedingungen akzeptierten, diese Opfer nur deshalb gebracht, um wenigstens die republikanische Staatsform für Frankreich zu retten; freute sich doch jeder Freund der Freiheit nicht nur in Frankreich, sondern in der ganzen Welt, bei der Vorstellung, Frankreich werde, wenngleich jetzt besiegt, geschwächt und verkleinert, aber republikanisch, nach Vertreibung aller Diener und Überreste des Kaisertums zum Zufluchtsort und Stützpunkt der wahren Freiheit werden . . .« Die Ausrufung der Pariser Kommune wurde in erster Linie als berechtigter Ausdruck des »Zorns der Pariser Republikaner« aufgefaßt.

Die »negativen« Erscheinungen wälzte die Zeitschrift auf die »sozialistischen, kommunistischen Elemente einerseits und die Anhänger Bonapartes andererseits ab, die sich in den Aufstand einmischten«. Die Gesamtbewertung war aber bei weitem nicht so eindeutig, wie es im bürgerlichen Lager üblich war: ». . . Wenn

---

[71]) *Říp*, Jg. I, Nr. 11 vom 1. Dezember 1870, *Poláci na sněmu severoněmeckém* (Die Polen im Norddeutschen Reichstag).

[72]) »Bracke ist ein durch und durch radikaler Mann, ein energischer Philanthrop und Demokrat, ein treuer Anhänger der demokratischen Partei, deren Motto ›Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit der Völker‹ lautet.« Seine Partei, die deutsche Sozialdemokratie, wird als »die reindemokratische Partei der Bürger und Arbeiter (die Partei des sozialen Fortschritts)« charakterisiert. *Říp*, Jg. II, Nr. 6 vom 15. März 1871 (Beilage III).

[73]) *Říp*, Jg. II, Nr. 9 vom 1. Mai 1871, *Politický přehled* (Politische Übersicht).

[74]) Ebenda.

die jetzigen Unruhen vielleicht in einen Bürgerkrieg übergehen sollten, . . . mag die Schuld daran nicht nur auf die erbosten Pariser Elemente fallen, sondern auch auf die niederträchtige und feige Majorität der französischen Nationalversammlung, die im Zeitpunkt des größten nationalen Unglückes ihrer elenden Machtgier frönte und alles ablehnte, was ihrem Idol, dem neuorientierten *Thiers*, nicht recht war. Für die Lösung der sozialen Fragen ist allerdings in Frankreich noch nicht Zeit, insbesondere so lange nicht, als der feindliche Eindringling am Busen der Heimat nagt; aber um so weniger angebracht ist es, mehr den Interessen der Dynastie als der Heimat zu dienen; mit der Republik ein schändliches Spiel zu treiben, eine gemeine Gauklerei, und ihren Namen eitel zu nennen . . .[75]).«

Alle späteren Würdigungen fuhren im gleichen Geist fort: »Der Bürgerkrieg in Frankreich gehört zu den tragischsten Erscheinungen in der Geschichte unserer Zeit . . . Das Volk griff zu den Waffen und mordet sich gegenseitig[76]).« Und gerade in den Tagen der blutigen Unterdrückung der Pariser Kommune kam der *»Říp«* neuerlich auf die Pariser Kommune zu sprechen: ». . . Wo sind jene Scheußlichkeiten, Schlechtigkeiten und gaunerischen Absichten, die die verrückten Spießbürger der Kommune unterstellen? Ist es möglich, daß zwei Millionen Menschen einhellig einigen überspitzten Köpfen dienen und für sie ihr Leben einsetzen[77])?«

In dieser Zeitschrift wurden also vom September 1870 bis zum Mai 1871 Briefe tschechischer Berichterstatter aus Dresden und Braunschweig veröffentlicht. Gewiß bringen diese Briefe keine nennenswerte Erweiterung unserer Kenntnisse über entscheidende Probleme des internationalen Sozialismus oder auch über die

[75]) *Říp*, Jg. II, Nr. 7 vom 1. April 1871, *Revoluce v Paříži* (Die Revolution in Paris).

[76]) *Říp*, Jg. II, Nr. 8 vom 15. April 1871, *Občanská válka ve Francii* (Der Bürgerkrieg in Frankreich).

[77]) *Říp*, Jg. II, Nr. 11 vom 1. Juni 1871, *Porážka pařížské obce* (Die Niederlage der Pariser Kommune). Der ursprüngliche Kommentar des Prager *»Dělník«* sah noch scharfsinniger den sozialen Inhalt der Kommune: »So müssen wir zwar dieses bedauernswerte Land bemitleiden, müssen aber auch den französischen Aufständischen den Daumen halten. Dieser Aufstand brachte die Herren mit ihren vollgestopften Taschen, die Kapitalisten, Fabrikanten und freisinnigen Philanthropen in Bewegung. Man kann nicht nur im Ausland die Einschüchterung auf den schwarzen, fetten Gesichtern der genannten Philanthropen beobachten; auch in unserer Heimat sind die ähnlich denkenden Herren, mögen es Fabrikanten, Kapitalisten oder solche Herren, die über einige sehr verbreitete Blätter verfügen, aufgebracht. Es mag unter ihnen auch einige Demokraten geben, wenigstens bekennen sie sich zur Demokratie, aber vor einer Lösung der Arbeiterfrage zugunsten einer wahren Demokratie haben sie Angst und sind diesbezüglich Gegner. Und daß die Lösung dieser Frage kommen muß, ist gewiß, angesichts der jetzigen Lage kann es nicht lange dauern . . .« *Dělník*, Jg. IV, Nr. 13 vom 1. April 1871, *Povstání pařížské* (Der Pariser Aufstand), abgedruckt in: *Dokumenty* . . . , a. a. O., S. 188–189.

Entwicklung der Arbeiterbewegung in einzelnen Ländern. Vielmehr handelt es sich um einen »kleinen tschechischen« Blick von unten. Sie gestatten uns aber, den Prozeß der »Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie« in einem gemischtnationalen Milieu zu betrachten, wo die Nationalitätenfrage erst einige Jahrzehnte später zum Kernproblem des internationalen Sozialismus wurde.

I.[78])

V. P. Z *Drážďan*, dne 12. října. (Původní dopis).
(Naděje v mír ty tam. – Zprávy z bojiště. – Paříž. – Velmoci a mír!) Neustále ubývá naděje v mír před nastoupením opravdové zimy. Dle zpráv úplně zaručených objednáno již pro celou armádu německou kožichů, což dosvědčuje, že boj veden bude až do nejkrajnějších mezí. Zprávy z bojiště nezní nikterak příznivě Francouzům. [. . .]
Nečinnost velmocí evropských ve prospěch míru jest věru již strašná, ani nejmenším opravdovým pokusem nezakročuje se proti rozzuřené furii válečné a vše ponechává se stranám bojujícím, jichžto strašná vášeň nejvyššího již stupně dosáhla. Jest to výkaz politické demoralisace, jakéž bychom i ve starém i ve středověku mezi tehdejšími nevzdělanci marně hledali. Moderní Evropa to vydrží. Založí si ruce a bude se dívati, jak dokrvácí ten neb onen odpůrce. Bylo by to možné, kdyby místo dynastií rozhodovali národové?
(Říp, roč. I, č. 8, 15. října 1870).

II.

(V. P.) Z Drážďan, dne 21. února. (Původní dopis).
(Smýšlení. – Německá obětavost a další válka. – Přípravy k slavnosti. – Lid a páni. – Mír a nové »německé« země. – Česká beseda.) Po delší dobu zanedbal jsem dopisovatelských povinností svých, nikoliv ale z nedostatku látky, spíše pro nejasnost, v jakéž politická situace a smýšlení lidu německého se nalézala a kteráž by nejlépe ku řádné kocovině a nejisté naději přirovnati se dala. Největší zločin, jakýž kdy v dějinách lidstva spáchán byl a kterýž pod jménem zrada Sedanská na věčnou jest zachován paměť, přivedl do zmatku i národ francouzský i onu část Němcův, kteří svobodomyslné přesvědčení své zachovati chtěli, a vyvolal na jedné straně ochablost mysle a na druhé pitomost, kteráž ani ideálním nadšením, ani šikovně voleným slohem oficielních depeší změniti se nedala.

---

[78]) Anmerkungen des Herausgebers sind erst der deutschen Übersetzung dieser Briefe beigefügt.

Divně by to asi bylo dopadlo s obětavostí německou, kdyby do posledních sil svých národ francouzský byl bojoval, a zajisté by ani Drážďany ani Mnichov nečinily takových příprav ku oslavení nového císařství německého. Nám by snad mohlo býti lhostejné provedení toho sjednocení německého, kdyby idea svobody lidstva stejnou dobou tak kruté nebyla doznala porážky. Za tolik statků, za tolik krve lidské ani maličkého pokroku na dráze volnosti, a jen naděje nám zbývá, že nové zmatky v Evropě po přešlém neštěstí národy po takřka ukončené válce zkušenějšími býti naučí. Neb což by mohlo býti další vedení války ve Francii, nežli počátkem boje občanského, boje jihu se severem, jehož by voje nepřátelské jen ku svému prospěchu zužitkovati dovedly? O humanitě se nezmiňuji, an ti, kteříž osudy národů na nějakou tu dobu v rukou mají, buďto prodávají hole, jako Anglicko, aby sami něco vydělali, anebo se strachují slovíčkem pozlobiti někoho, aby ten snad svou nešikovností pokazil jim to pohodlné panování. Jaký pokrok učinilo lidstvo za staletí?

Viděl jsem dnes více saských hulánů, kteří na dovolenou z Francie se vraceli a na pikách svých bambitky zabitých Francouzů nesli, a nepoznal jsem věru rozdílu mezi tímto rafinovaným způsobem projevování radosti nad vítězstvím a mezi sprostým skalpováním u indiánův a zavěšováním uříznutých nosů neb uší okolo šíje u jiných tak zvaných »surových« národů.

Drážďany činí rozsáhlé přípravy ku »Sieges- und Friedensfeier«. Všude viděti nošení praporců a lampiček, transparentů a jiných věcí, aby potom najednou v několika hodinách ukázala se radost všeobecná, netroufám si ani rozhodnouti, zdaliž snad jen na oko dělaná. Věřil jsem po Sedanu, že je radost opravdová, nyní však všeliké chovám pochybnosti, kteréž teprve budoucnost vyjasní. Těší se národně liberální strana německá, že po zjednaném pokoji vyvede z říše německé stát čistě parlamentární, kde císař bude jen nástrojem zástupců lidem zvolených, avšak kdo ví. Nechci pochybovati naprosto o poctivosti a rozumu veškerého lidu německého, ale šikovnost pánů je také veliká.

Nejnovější zprávy mluví docela o brzkém ukončení vyjednávání míru. I bavorský ministr zahraničních záležitostí, hrabě Bray, povolán na rychlo do Versaillu, ačkoliv ujednáno bylo, že Bavorsko teprve ku posledním menším, více jen detailu se týkajícím záležitostem povoláno bude. Budou tedy Elsasy a část Lotarink německými zeměmi, a Štrasburk si volil za poslance Gambettu a francouzský prefekt Elsasu Keller ujišťuje v proklamaci, že lid zůstane francouzským. Nebezpečné to rozmnožení, byť by i chtěli z Elsasu a Lotarink Němci udělati provincii samostatnou, stojící pod ochranou a správou celé říše.

Ještě něco z čistě českého života zdejšího. Československá beseda zdejší odbývala dne 19. t. m. první svou zábavu a uvítala ve kruhu svém po prvé v Drážďanech Srby a Maďary zdejší. Zábava byla nad očekávání skvělá, koncertní část provedena tak, že málo který spolek německý zde by s námi závoditi mohl, a výsledek takový, že všichni hosté jakékoliv národnosti pojmy své o nás velmi zlepšili. Nadšení vzbudily přípitky; první (český) přednesený

předsedou Besedy na budoucnost vlasti naší, druhý (srbský) p. Gliboňským na svobodu a třetí (maďarský) na sbratření národů. Německý na krále Jana Saského a hosty německé, přednesený p. Hrubým, též velmi hlučného došel ohlasu. Co nejdříve uspořádati hodlá Beseda koncert, ku kterémuž více značných sil své spoluúčinkování přislíbilo. Na zdar!
(Říp, roč. II, č. 5, 1. března 1871.)

III.

Z Brunšviku, 2. března. (Původní dopis. – Obrázek volebního života zdejšího). Domnívám se, že Vás zajímati bude podrobnější zpráva o volebním ruchu zdejším, z kterého vyjde zanedlouho nový německý říšský sněm. Může Vám vysvětliti také poměr politických stran v Německu a postavení lidu k nim.

V pondělí, 27. února bylo k 8. hodině večerní svoláno shromáždění lidu (Volksversammlung) k poradě o volbě poslance do říšské rady. Dřívější poslanec okrsku Brunšvického, zemský sekretář Oesterreich, vzdal se mandátu i byla by na jeho místo strana starého copu ráda vrazila finančního radu Kuntzera do poslaneckého fraku. Strana nazvaná »liberální strana pokroku« byla by ráda prosadila továrníka Bodeho. Proti oběma kandidátům konečně postavila ryze demokratická strana občanův a dělníkův (strana sociálního pokroku) protikandidáta v osobě Wilhelma Brackeho ml., jenž právě meška v kriminále, odsouzen byv na 3 roky pro politické zločiny, spáchané na německém císařství, na hlavách královských úřadů atd. Bracke je muž naskrze radikální, rázný lidumil a demokrat, věrný přívrženec demokratické strany, jejímž heslem jest: svoboda, rovnost, bratrství národů.

O 8. hodině večerní byly místnosti zdejšího Odeonu naplněny asi 500 občanů, aby vyslechli rozličné programy volebních kandidátů. K poradě přijelo několik kosů z Hamburku, jmenovitě občané Schlegel a Natus z Halberstadtu co řečníci – ostří to hoši. Nikdy bych se nebyl nadál, že mohou v Německu existovati tak svobodomyslní republikáni. Byl jsem příliš zvyklý na ten rakousko-německý cop. Ti Vaši bureaukrati v Roudnici museli nejednou škytnouti, co jsem se na ně ten večer navzpomínal. Jaké to obrazy: tam bodáky na táboře, policejní komisař na tribuně, jenž chytá řečníkům slovo u samých úst, rozpouštění táborů – a zde odlehčil si každý řečník bez překážky.

Řečníci demokratické strany mluvili o zřízení politickém, jehož je Německu třeba, a vytknuli sobě za cíl svobodný národní stát. Schlegel poukázal na Švýcarsko co vzor politického zřízení a Natus bez obalu vyslovil své přesvědčení, že císařství v Německu brzy »pojde«, jako všechny tyranské monarchie.

Občané, pravil, nenechte se unésti slepou vášní podplacených časopisů našich, pohříchu jedem kypících a pozorujte s chladnou myslí, ze stanoviska čistě lidského, směr nelidské nynější války. Nechte mě nestranně a upřímně říci, že

válka německo-francouzská od Sedanu počínaje namířena jest ne proti vládě císařského molocha, ale proti lidu, proti národu francouzskému. Válku další mohla vésti jen vládychtivá hrdost jisté strany, která pod zástěrou obrany vlasti štve národ proti národu na jatky. Dosti na tom, že náš německý lid pokořil v prach tu pijavici Evropy a vyhladil jej z řady panujících tyranů; ale největší blbostí jest volati hossiana, ana pijavice druhá na vlastní vaz náš se sází. Přejme všem národům svobody a více cti i prospěchu nám z toho vzejde, než když potleskem schvalujeme hrozné vraždy spáchané Vysokou vládou na nevinném národu. Dobytí Paříže nebude historie nikdy za slávu počítati německému jménu. Považte nářek tisícův a tisícův, jimž odňat otec, manžel, syn; slyšte bolestné vzdechy mrzáků, vdov a sirotků; nevolá-liž ubohý oloupený národ francouzský kletbu na nás? A to vše má vláda berlínská na svědomí.
Občan Schulz, vrstevník strany, která se »liberální« zove, vystoupil na tribunu, musil však dolů, sotva byl trochu promluvil. Cancal tam něco, že tomu nebylo ani hlavu ani nohy viděti. Občan Müller, vrstevník demokratické strany, rozbíral program její odstavec za odstavcem. Když počal chváliti italského reka Garibaldiho, chloubu evropské demokracie, ozval se hlas ze středu: »Garibaldi ist ein Halsabschneider.« Jiný křičel, že jest »Räuberhauptmann«. I okřikl je Müller slovy: Pánové, lituji toho srdečně, že i ze středu občanstva tak ctihodného, jako jest toto, mohou se ozvati veřejně úsudky tak nectné a utrhačné. Táži se Vás, občané, jaký podnět zavdal Vám Garibaldi, muž povahy nejušlechtilejší a ryzí republikán, že se opovažujete špiniti jej hanou? (Ticho v shromáždění). Jsem přesvědčen, že mnohý z nás zná jako já oceniti zásluhy šlechetného hrdiny Caprerského o svobodu lidstva a že žádný z pravých milovníků svobody nedá se másti nafouknutými bublinami dnešní žurnalistiky. Naše žurnalistika to byla, která v letech právě minulých vynášela Garibaldiho co reka svobody duševní, která mu přála dlouhého života a německému národu za čest pokládala, když onomu velikánu z Německa zaslán byl skvostný věnec na znamení souhlasu a uznání; – a tatáž žurnalistika zvrhla se nyní v pravý opak. Dnes bez odporu a bez námitek nechávají zavírati muže, kteří pravdě slouží a pravdu zřejmě píší i hlásají. Dnes i ti, kteří pravdu znají, ale hlásati se bojí, kývají a mlčí. Dnes je nám poslouchati podplacené řváče, kteří jsou vlastenci tam, kde jim osobní prospěch kyne, ne však tam, kde blaho lidstva jednati káže. Občané! že Garibaldi v poli proti Prusku udatně stál, to šlechtí šediny jeho a žádný mu to za zlé nepokládej. Neboť vězte, občané, že kdyby dnes národ náš zatoužil po volnosti a okovy tyranův z těla setřásti chtěl, vězte, že Garibaldi nenechá nás čekati na svou pomoc. Tentýž Garibaldi pak přispěje nám ku pomoci, který proti nám co zabijákům svobody včera hrdinsky a čestně bojoval. Idea jeho musí nám býti posvátnou, neboť on bojuje pro svobodu veškerého lidstva!
Hlučná pochvala odměnila řečníka, sestupujícího z řečniště. Lid křičel: Chceme Brackeho a byť byl i zazděn! – Musejí nám ho vydati!

Zítra odbývána bude volba a neopomenu sděliti Vám výsledek její. (Zpráva slíbená po tu chvíli není v rukou našich, zdá se však, že kandidát demokratické strany podlehl Bodemu následkem šikovného manévru Bismarckova, který v den volby dal rozšířiti zprávu o uzavřeném míru, aby vyrval oposici hlavní zbraň z rukou. – Pozn. red.)
Právě došla prý depeše, zvěstující mír. Potvrdí–li se zpráva ta, nezůstane zajisté bez účinku na výsledek volby.
Namáhám se, abych svedl zdejší Čechy a ostatní bratry slovanské ve spolek. Snad se mi to příští měsíc podaří. Pro tu chvíli sotva 7 členů jsem sehnal. Je tu též několik Poláků. Několikrát jsem je sháněl, ale nejde mi to dohromady.
(Říp, roč. II, č. 6, 15. března 1871.)

IV.

Z Brunšviku, 6. března 1871 (Původní dopis).
(Výsledek volby do říšského sněmu.) Čeho jsem se obával, stalo se. Zpráva o konečném uzavření míru smířila část nespokojenců s vítězoslavným regimentem pruským a následkem toho byl výsledek volby do říšského sněmu pro každého přítele svobody velmi trudným.
Mimo tento zahraniční vliv politických událostí na voliče působil neméně nátlak vnitřní. Vzpomněl jsem si mimovolně na volby poslancův v Starém Městě pražském, neb na Smíchově a Malé Straně. Jako u nás továrníci à la Dotzauer a Ringhoffer atd. pohánějí dělníky a úředníky své k volbě »svých lidí«, vyhrožujíce při tom ztrátou chleba – tak i zde. Pohříchu není zdejší dělník tak uvědomělý jako u nás v Čechách, kdež co věrný vlasti syn raději živobytí vydává v šanc, jen když tím dobré věci přispěti může, než aby zájmům národa našeho ublížil a vlasti škodil. Není zde ústředního, velikého a tak zorganizovaného spolku dělnického jako pražský »Oul«, není zde národní žurnalistiky, která žije a cítí s lidem, s národem trpí a odpor činí a následkem toho na lid ohromný vliv má, a tak mnohého ještě tu není, co u nás v Čechách straně pokročilé k vítězství pomáhá.
Je tu sice strana ryze demokratická a značně silná, ale není v den činu ovládána společnou, jedinou, všemohoucí myšlenkou a schází jí česká houževnatost.
Dali jsme si všemožnou práci, i mnozí Čechové zdejší pomáhali v agitaci straně demokratické, chodíce v okolí od vesnice k vesnici – ale nadarmo.
Brzy před volbami přiklusal na tatáž místa jemnostpan »cigarrenfabrikant« z města, mluvil tu jako pravý Michl do větru a nabalamutil voličům, že když budou voliti do říšského sněmu Brackeho, za něj budou muset zaplatiti útraty za cestu a byt i živobytí v Berlíně, protože nebude míti diet a sám není zámožný. Naproti tomu Bode, bude-li zvolen, zaplatí si všechno sám. Pan fabrikant dovolil si při tom sprosté lži, protože Bracke patří k bohatší třídě města a ani

cestu ani což jiného od nikoho si platiti nedá. Ale na takový způsob se tu s výsledkem agituje.
Byla tedy volba a z kandidátův poslaneckých obdrželi Bode 3091 hlas, Bracke 1378 hlasů, Kuntze 2 a Weiss 1. Volba byla tajná, ale někteří vřelí ctitelé Brackeho, chtíce vysloviti mu svou nezvratnou přízeň, podepsali se na volební lístek, následkem čehož komise volební 86 hlasů prohlásila za neplatné. Konečně 500 občanů daň platících, kteří mají nepopiratelné právo volební, bylo ze seznamů prostě škrtnuto neb vynecháno, jen aby strana demokratická nezmohla se k vítězství. Následkem všech těchto nepravidelností podali jsme ohražení proti volbě – ale zdali bude míti výsledku, o tom pochybuji.
(Říp, roč. II., č. 7, 1. dubna 1871.)

V.

Z Brunšviku, 24. března. (Původní dopis.)
(Páni bratři z Pruska a zdejší německé srdce.) 15. března odebrala se 8 členná deputace z okršku brunšvického k vévodě, žádajíc jej jménem veškerého občanstva, aby pojede-li do Berlína k sjezdu potentátův s gratulací pro novopečeného císaře, vymohl přeložení pruského vojska z Brunšviku někam dál, protože se zdejším nemůže se nijak snésti. Pana vévodu žádost ta velice potěšila, i slíbil, že sice nepojede na žádný způsob do Berlína sám, že jest toliko *nucen* vyslati tam zástupce nějakého, že však tomuto svěří žádost obyvatelstva k uspokojivému vyřízení. V neděli pak poslal vévoda 1000 rýnských na uvítání brunšvických vojínů z Francie. Zdali opravdu již se vrátí, není dosud známo; proslýchá se, že sem určena jest jízda pruská, ačkoliv obyvatelstvo zdejší již má pruských bratří až po krk. Zvláště vestfálští žoldnéři jsou zde u všeobecné takměř nenávisti. Nikdo jim nijak neříká než »Grossmäuler«. Slyšte na důkaz rozčilenosti vzájemné následující případ:
14. března servali se zdejší nováčkové, husaři brunšvičtí, s pěchotou pruskou tak velice, že krev tekla a znásobená policejní hlídka rázně zakročiti musela, nežli zchladla poněkud bratrská láska zdejších a pruských Němců. Rvačka ta povstala »u Zenkra« následkem přílišné sebechvály Prušákův o válce s Franky, při čemž důstojnictvu brunšvického vojska chyby vytýkali. To dohřálo husary zdejší tak, že bičišťaty pruské bratry do krve ztloukli.
Ve středu na to, 22. března, odbývána na rozkaz z Berlína vojenská paráda na oslavu narozenin Vilémových. Vojsko defilovalo na prostoře před vojvodským zámkem a plukovník Dedekind klábosil před shromážděnými něco o velikém Německu a jeho novém vykupitelovi, o pokoření Franků atd., až pak ku konci provolal »Hoch« našemu »allergnädigste Kaiser«, což na komando vojáci třikrát opakovali. Poté předsevzal vojvoda osobně přehlídku vojska, až mezi řadami se procházeje, stanul u jakéhos zavalitého, ve Francii snad podruhé

vypaseného Prušáka, který měl hlavu přes oko šátkem obvázanou. Milý chlapík dostal při rvačce »u Zenkru« notnou ránu a nosil ji teď v šátku svázanou po městě. I počala rozkošná rozprávka mezi vojvodou, který se domníval, že má z války raněného před sebou, a naším hrdinou pruským. *Vojvoda:* Nu, chlapíku, což dělá tvá hlava? Jsi hluboko raněn? *Prušák:* Už je lépe. *Vojvoda:* V které bitvě jsi byl raněn? *Prušák:* »Ach, Herr, je, bei Zenker«, hekal náš rek, proklínaje v duchu svůj osud. Vojvoda vrtí hlavou, neboť se nepamatuje na žádnou bitvu u Zenkru proti Francouzům. Ale když mu byl praporečník vysvětlil, že se krčma na kamenné cestě jmenuje »u Zenkru«, obrátil se ještě jednou k raněnému s otázkou, kdo by byl. Když pak zaslechl »Altpreusse« (zdá se, že budou Prušáci jmenovati mimo Prusko žijící Němce na rozdíl od sebe »Neupreussen«, tak by všechno v pruském kabátě se octlo), řekl jen ironické »A so« a nechal zmoklého Prušáka státi se svázanou hlavou v řadě.

Pokud znám zdejší lid a smýšlení dvorních kruhů, shodují se oba v nenávisti k Prusku a císaři Vilémovi. Jakž také ne. Dosud je Brunšvik městem sídelním, střediskem vlády a vše ve větších rozměrech. Až jednou nebude vévody, bude z Brunšviku venkovské městečko. Bez všeho významu a důležitosti. A Brunšvičané by rádi zůstali samostatní.

(Říp, roč. II, č. 7, 1. dubna 1871)

VI.

Z *Brunšviku,* 4. dubna 1871. (Původní dopis).

(Němečtí socialisté v žaláři a jejich propuštění. – Spolek měšťanů a sociálních demokratů. – »Proletariát« a redaktor na cestách. – Host z Prahy). Nakreslil jsem Vám v předešlých dvou listech obraz volebního ruchu v této části Německa a živé účastenství dělnictva při něm. Dnes chci poněkud blíže dotknouti se zdejších socialistův a demokratův, jakož i vytknouti poměr jejich k Prusku a Francii.

Dne 30. března propuštěni byli z vyšetřovací vazby občané Spier, Ehlers, v. Bonhorst, Kühn a Gralle, členové výboru sociálně demokratického spolku. Byli vyšetřováni pro domnělé »rozšiřování velezrady a zemězrady« a toto vyšetřování, s ním pak i vazba vyšetřovaných – trvala 29 neděl. Jmenovaní občané byli v podezření, že strojili spiknutí ve spolku s francouzskými republikány. Konečně musila žaloba od vrchního státního návladního s nejmilostivějším svolením žalujícího senátu pro nedostatek důkazů vzata býti zpět. Že náhodou vazba trvala zrovna tak dlouho jako válka, tomu se podiví jen ten, kdo chytrost Bismarkovu nezná. Věrní přátelé pravého pokroku a svobody, kteří se uvězněných dočkati nemohli a s horoucím srdcem návratu jejich očekávali, chystali se k hlučnému a vřelému uvítání drahých mučenníků, ale nadarmo. Slavná policie (je to tak asi druhé vydání policie Vaší, pravá fotografie její) nejenom

že nedovolila osvětlení v městě a slavnostní průvod od žaláře, – ale zakázala přísně i veškeré projevování soustrasti a úcty k oněm mužům, kteří chovají vřelé a oddané srdce pro strasti lidu, začež jen příkoří zakoušeti musejí. To byla satisfakce za vězení, které po celých 29 neděl nevinně snášeli!
Výbor sociálně demokratického spolku oznámil členům zákaz plakáty na sloupech vyvěšenými a vyslovil žádost k občanstvu, aby v čas návratu uvězněných zdrželo se všeho zjevného projevování soucitu, protože nepřátelé pravé svobody jako hladoví vlci obcházejí, číhajíce na tučný lov a na každou příležitost, při kterém by kydáním hany mohli uškoditi vznešenému cíli strany sociálně demokratické. Když přišel konečně den vysvobození pro uvězněné, bylo žoldnéřstvo v kasárnách »kriegsfeldmarschmäßig« na nohou. Každý pěšák dostal 10, každý husar 5 ostrých patron, čekaje na vysoký rozkaz »H'raus!« Uvědomělé občanstvo ale nezavdalo ani té nejmenší příčiny krvelačným havranům k rasování. Noc chladnotemná v hlubokém klidu rozestřela perutě své nad lvím městem a z jitra pozdravila jen marně ponocující piklhaubnou korunovaná stráž vojenská – první April.

31. března odbýval schůzi zdejší spolek měšťanský (Bürgerverein), jehož předseda Grassau, až hrůza svobodomyslný pán, následující výrok k shromážděným pronesl: »Může nám – pravil doslovně – býti jen milo, že zatčení sociální demokraté jsou propuštěni z vazby. Ale dle událostí pařížských, které dokazují, že v Paříži nyní panuje strašidlo červené republiky, již od roku 1848 ve vzduchu se vznášející, a dle slov p. v. Schweitzera, které byl na rozloučenou pronesl, jakož i dle výroků sociálních demokratů, zdá se mi býti na čase upozorniti shromáždění na to, že rozšíří-li se toto hnutí – jakož se věru pravdě podobá – i do Německa, bude povinností každého občana postaviti se tomuto nakažlivému proudu na odpor a státi proti němu jako jeden muž; neboť nelze předvídati, *zdali nebudeme konečně sami nuceni chopiti se zbraní.*«
Na ta slova povstal veliký lomoz na více stranách. Občan Schack připomíná návrh profesorem Assmannem učiněný (o nutnosti organisace svobodomyslných stran), který vřele podporuje s přáním, aby organisace podobná co nejdříve skutkem se stala. Občan Lucius vyslovuje se však proti tomu, podotýkaje, že z měšťanského spolku nižádná organisace vojenská vyjíti nesmí, protože se tento spolek až dosud ke každé politické straně nestranně choval a jeho členové k politickým zásadám jediné strany se nepřiznávají. Nelze prý nižádným způsobem dovoliti, aby kdokoli jádro měšťanstva, v tomto spolku soustředěné, pro jakousi stranu určoval.
Rozumí se samo sebou, že jízlivá poznámka předsedy Grassaua urazila mysl svobodomilovného občanstva; i shromáždili se 3. dubna členové sociálně demokratického spolku a přijat návrh občana v. Bonhorsta, aby svolán byl za příčinou urážek, straně demokratické učiněných, tábor lidu, na kterém se spolu porokovati má o tom, jak se jest chovati německému lidu k národu francouz-

skému v nynější době atd. K předběžné poradě o tomto předmětu sejde se spolek ještě 8. dubna, o čemž, jakož i o táboře Vám později věrně sdělím.
Až do nedávna byl Brunšvik v stavu obležení a nesměly následkem toho do města zasílány býti žádné »sociálně demokratické listy«. Podobně zakázáno doručování lipského »Volksstaatu«. Na ten čas přijal sociální list »Proletariat«, který zdejší sociálně demokratický spolek vydává, směr politický a mluvil bez obalu pravdu. V tom udeřil do něj hrom »z milosti boží«. Nevím, za jakou právě příčinou honili se policejní zřízenci jako pominutí městem shánějíce se po redaktorovi Franzovi, aby jej shrábli a na zámek zavřeli. Leč ten jim poslal pěkné pozdravení ze svobodného Švýcarska, kamž jim ufoukl. S dlouhým nosem vrátili se špiclové a policajti domů.
Včera vystoupil zde co host p. Untner, člen pražského německého divadla (Marcel v Hugenotách). I na něm bylo patrno, že vzdělání svého uměleckého nabyl ve vlasti hudby, v drahé vlasti naší české, které z ciziny vřelý posílám pozdrav.
(Říp, roč. II, č. 8, 15. dubna 1871)

VII.

Z Brunšviku, 21. dubna. (V Německu se stmívá. – Shromáždění lidu. – Dlouhé prsty pruské. – Slovanská lípa.) Následkem hojného vzrůstání členstva v zdejším spolku sociálních demokratů vyhledal výbor prostrannější místnosti a svolal do nich (Böhm. Bierbrauerei am Hagenmarkt) schůzi k vůli poradě o táboru, který jsme svolati zamýšleli. Učinili jsme o tom poslušné oznámení s dodatkem, že schůze členův v této nové místnosti takřka pravidelně odbývány budou. I dostali jsme na to následující výměr: »Policejní ředitelství nepovolilo spolek, když stanovy jeho byly předloženy, ale rozhodlo, že nadále schůzím členův žádné překážky se nečiní. Proces s členy spolkového výboru ukázal však, že spolek sleduje »státoborné« snahy a že tedy již zákonem od 1. listopadu 1854 jest zakázán. Za tou příčinou nesmí již sejíti se a členové dosavadní činí se pozorna na to, že porušení toho rozkazu tresty v onom zákoně uvedenými se stíhá.«
Dotčený zákon z r. 1854 – jedna to z památek na nebožtíka »Bundestag« – zapovídá občanské spolky, které politické, sociální neb komunistické snahy sledují. I uznali jsme za dobré vzdáti se veškerých námitek a rozpustiti sociálně demokratický spolek bez dalšího odporu. Jen tomu se divíme, že slavná policie teprv teď se dostala snahám spolku na kloub, jako by jej nebyla již po 2 léta obezřele hlídala. Co asi znamená u zdejších policajtů »státoborné« snahy? Strana »státoborcův« padla prý při soudu proti výboru c. k. úřadům do oka. Kdo je ten stát? Je to zorganisovaný národ se vší správou jeho nebo rodina vévodská či dokonce snad J. Milost, král pruský?

Rozpuštění spolku oznámili jsme v pondělí večer v starých místnostech shromážděnému občanstvu, načež se všichni usnesli, že příští sobotu odbýváno býti má »národní shromáždění« s následujícím denním pořádkem: 1. Založení laciného národního listu pro Brunšvik (Volksblatt); 2. Založení národního spolku (Volksverein) a 3. porada o slavnosti narozenin ryzého demokrata Lassalla z Vratislavi. [...]
K »Slovanské lípě« získali jsme 4 Poláky. Redakce »Hudebních listů« první zaslala nám list svůj na vyzvání k redakcím učiněné, začež jí buďtež vřelé díky. Drážďanský československý spolek telegrafem zaslal nám blahopřání k rozkvětu »Slovanské lípy«. Doufáme, že i české deníky vzpomenou sobě na nás. Máme naději, že i ostatní Poláky zde žijící k spolku svému připoutáme.
(Říp. roč. II, č. 9, 1. května 1871)

Deutsche Übersetzung der Briefe

I.

V. P. *Aus Dresden*[79]) am 12. Oktober (Original-Brief).
Die Hoffnungen auf den Frieden sind dahin. – Berichte vom Kriegsschauplatz. – Paris. – Die Großmächte und der Friede!
Ständig sinkt die Hoffnung auf einen Frieden vor Eintritt des wirklichen Winters. Nach völlig zuverlässigen Nachrichten wurden für die deutsche Armee bereits Pelze bestellt, was beweist, daß der Kampf bis zum Äußersten geführt werden soll. Die Berichte vom Kriegsschauplatz lauten keineswegs günstig für die Franzosen [...][80]).
Die Untätigkeit der europäischen Großmächte zugunsten des Friedens ist wirklich schon furchtbar, man macht nicht im geringsten einen wirklichen Versuch, gegen die wütende Kriegsfurie einzuschreiten, und überläßt alles den kämpfenden Parteien, deren furchtbare Leidenschaft bereits den höchsten Grad erreicht hat. Es ist dies ein Zeichen politischer Demoralisierung, wie wir sie im Altertum und Mittelalter unter den damaligen Ungebildeten vergeblich suchen könnten.

---

[79]) Es wurden insgesamt vier Briefe aus Dresden in den ersten Jahrgängen des »*Říp*« veröffentlicht. Davon werden nur der zweite und vierte Brief in diesem Artikel aufgenommen. Der erste Brief, datiert in Dresden, den 30. August 1870, (*Říp*, Jg. I, Nr. 5 vom 1. September 1870) reproduziert im wesentlichen Zeitungsberichte vom Kriegsschauplatz ohne eigenen Kommentar. Der andere, nicht aufgenommene Brief behandelt im ähnlichen Sinne den Fall von Metz, die Belagerung von Paris und die Haltung der bayrischen und württembergischen Regierung zur deutschen Einheit (datiert in Dresden, den 28. Oktober 1870; *Říp*, Jg. I, Nr. 9 vom 1. November 1870).

[80]) Nun folgt eine Schilderung der militärischen Lage, insbesondere der vorgesehenen Belagerung von Paris.

Das moderne Europa wird es aushalten. Es legt die Hände in den Schoß und wird zusehen, wie dieser oder jener Gegner verblutet. Wäre dies möglich, wenn anstelle der Dynastien die Völker zu entscheiden hätten?
Říp, Jahrgang I, Nr. 8 vom 15. Oktober 1870.

II.

V. P. *Aus Dresden,* am 21. Februar (Original-Brief).
Gesinnung. – Die deutsche Opferbereitschaft und der weitere Krieg. – Vorbereitungen zur Feier. – Das Volk und die Herren. – Der Friede und die neuen »deutschen« Länder. – Ein tschechischer Verein.
Längere Zeit hindurch vernachlässigte ich meine Pflichten als Berichterstatter, aber keineswegs in Ermangelung von Stoff, sondern eher wegen der Unklarheit, in der sich die politische Situation und die Gesinnung des deutschen Volkes befand und die am besten mit einem ordentlichen Katzenjammer und einer unsicheren Hoffnung verglichen werden könnte. Das größte Verbrechen, das jemals in der Geschichte der Menschheit verübt wurde und das unter dem Namen Verrat von Sedan in ewiger Erinnerung bleibt, verwirrte sowohl das französische Volk als auch jenen Teil der Deutschen, die ihre freisinnige Überzeugung beibehalten wollten, und rief einerseits Mutlosigkeit und andererseits Dummheit hervor, die weder durch ideale Begeisterung noch durch den geschickt gewählten Stil der offiziellen Depeschen beschönigt werden konnte.
Sonderbar wäre es wahrscheinlich um die deutsche Opferbereitschaft bestellt, wenn das französische Volk bis auf den letzten Mann gekämpft hätte, und sicherlich würden Dresden und München keine solchen Vorkehrungen zur Feier des neuen deutschen Kaiserreiches treffen können. Uns könnte vielleicht die Durchführung dieser deutschen Einigung gleichgültig sein, wenn die Idee von der Freiheit der Menschheit zur gleichen Zeit nicht eine so grausame Niederlage erlitten hätte. Für so viele materielle Werte, für soviel Menschenblut gibt es nicht einmal ein wenig Fortschritt auf der Bahn der Freiheit, und uns verbleibt nur die Hoffnung, daß die neuen Verwirrungen in Europa nach dem früheren Unglück die Völker bei dem nahenden Kriegsende lehren, erfahrener zu sein. Oder was könnte die Weiterführung des Krieges in Frankreich anderes bringen als den Beginn eines Bürgerkrieges, eines Kampfes des Südens gegen den Norden, den die feindlichen Truppen nur zu ihrem eigenen Vorteil auszunützen verständen? Die Humanität will ich gar nicht erwähnen, denn jene, die die Geschicke der Völker für irgendeine Zeit noch in Händen halten, verkaufen entweder Stöcke, wie England, um selbst etwas zu verdienen, oder befürchten, auch nur mit einem Wörtchen jemanden zu ärgern, damit dieser vielleicht durch seine Ungeschicklichkeit ihnen nicht das bequeme Regieren verdirbt. Welchen Fortschritt machte die Menschheit während der Jahrhunderte?

Ich sah heute mehrere sächsische Ulanen, die aus Frankreich auf Urlaub zurückkamen und auf ihren Lanzen die Pistolen der getöteten Franzosen trugen; ich konnte wahrlich keinen Unterschied zwischen dieser raffinierten Art der Freudenbezeigung über den Sieg und zwischen dem gemeinen Skalpieren bei den Indianern und dem Umhängen der abgeschnittenen Nasen und Ohren um den Hals bei anderen sogenannten »wilden« Völkern wahrnehmen.

Dresden trifft umfassende Vorbereitungen zur »Sieges- und Friedensfeier«. Überall sieht man Fahnen und Lampen, Transparente und andere Dinge, damit dann auf einmal in einigen Stunden eine allgemeine Freude ausbricht – ich wage nicht zu entscheiden, ob sie nur zum Schein vorgetäuscht wird. Nach Sedan glaubte ich, die Freude sei aufrichtig, nun aber habe ich verschiedene Zweifel, die sich erst in Zukunft aufklären werden. Die nationalliberale deutsche Partei freut sich, nach Friedensschluß aus dem Deutschen Reich einen rein parlamentarischen Staat zu machen, wo der Kaiser nur ein Werkzeug der vom Volk gewählten Vertreter sein soll, aber wer weiß? Ich möchte überhaupt nicht die Ehrlichkeit und den Verstand des ganzen deutschen Volkes bezweifeln, aber die Wendigkeit der Herren ist auch groß.

Die neuesten Nachrichten sprechen vollends von einer baldigen Beendigung der Friedensverhandlungen. Auch der bayrische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Graf Bray, ist kurzfristig nach Versailles gerufen worden, obwohl vereinbart worden war, daß Bayern erst zu den letzten, kleineren, nurmehr Details betreffenden Angelegenheiten herbeigezogen werden sollte. Elsaß und ein Teil Lothringens werden also zu deutschen Ländern, aber Straßburg hat Gambetta zu seinem Abgeordneten gewählt, und der französische Prefekt des Elsaß, Keller, versichert in einer Proklamation, daß das Volk französisch bleibe. Die Erweiterung wäre gefährlich[81]), wenn auch die Deutschen aus Elsaß und Lothringen eine selbständige Provinz machen möchten, die unter dem Schutz und der Verwaltung des ganzen Reiches stehen soll.

Noch etwas aus dem hiesigen rein tschechischen Leben. Die hiesige »Československá beseda« (Tschechoslawischer Verein) hat am 19. d. M. ihren ersten Geselligkeitsabend veranstaltet und zum ersten Male in ihrem Kreise in Dresden hiesige Sorben und Ungarn begrüßt. Der Abend war über Erwarten glanzvoll, der Konzertteil wurde so durchgeführt, daß kaum ein deutscher Verein hier mit

---

[81]) Die Ablehnung der deutschen Annexion von Elsaß-Lothringen war bei den Tschechen sehr verbreitet und kam besonders in der feierlichen Erklärung tschechischer Abgeordneten vom 8. Dezember 1870 zum Ausdruck: »Die böhmische Nation ist davon überzeugt, daß der Versuch, einer Nation durch Gewalt Gebiete zu entreißen, bedeutet, daß man diese demütigen will, und daß die Demütigung einer Nation, die sich so sehr durch ihren legitimen Nationalstolz wie durch ihren kriegerischen Geist auszeichnet, notwendig zu einer unerschöpflichen Quelle neuer Kriege und neuer Katastrophen für die Interessen der Menschheit und der Zivilisation würde.« Ernst Birke, *Frankreich und Ostmitteleuropa im 19. Jahrhundert*, Köln–Graz 1960, S. 346.

uns wetteifern könnte, der Erfolg war ein derartiger, daß alle Gäste, welcher Nationalität auch immer, ihre Vorstellungen über uns sehr verbessert haben. Begeisterung riefen die Trinksprüche hervor; der erste (tschechische) wurde von dem Vorsitzenden des Vereins auf die Zukunft unseres Vaterlandes ausgebracht, der zweite (sorbische) von Herrn Gliboński auf die Freiheit und der dritte (ungarische) auf die Verbrüderung der Völker. Der deutsche, ausgebracht von Herrn Hrubý, auf den König Johann von Sachsen und die deutschen Gäste, hat ebenfalls lauten Widerhall hervorgerufen. Der Verein beabsichtigt, so bald wie möglich ein Konzert zu veranstalten, zu welchem mehrere bedeutende Kräfte ihre Mitwirkung zugesagt haben. Zum Heil!
Říp, Jahrgang II, Nr. 5 vom 1. März 1871.

III.

Aus Braunschweig[82]), 2. März (Original-Brief). – *Bild des hiesigen Wahlkampfes.* Meines Erachtens wird Euch ein eingehender Bericht vom hiesigen Wahlkampf interessieren, aus dem in Kürze der neue deutsche Reichstag hervorgehen soll. Er kann Euch auch das Verhältnis der politischen Parteien in Deutschland und die Einstellung des Volkes dazu erläutern.
Am Montag, dem 27. Februar, fand um 8 Uhr abends eine Volksversammlung zur Beratung über die Wahl eines Abgeordneten in den Reichsrat[83]) statt. Der frühere Abgeordnete des Wahlkreises Braunschweig, der Landessekretär Oesterreich, verzichtete auf sein Mandat, und an seine Stelle hätte die alte Zopfpartei gerne Finanzrat Kuntzen in den Abgeordnetenfrack gezwängt. Die sogenannte Liberale Fortschrittspartei hätte gerne den Fabrikanten Bode durchgedrückt. Gegen beide Kandidaten stellte schließlich die reindemokratische Partei der Bürger und Arbeiter (die Partei des sozialen Fortschritts) einen Gegenkandidaten in der Person Wilhelm Brackes Jr. auf, der gerade im Gefängnis sitzt, nachdem er zu drei Jahren wegen politischer Verbrechen verurteilt worden war, die er am deutschen Kaisertum, an den Häuptern der kgl. Ämter verübt haben sollte usw. Bracke ist ein durch und durch radikaler Mann, ein energischer Phil-

---

[82]) In den ersten zwei Jahrgängen des »*Říp*« befinden sich fünf Briefe eines Braunschweiger Korrespondenten, alle während der Monate März und April 1871 geschrieben. Insbesondere die ersten zwei Briefe sind – meiner Meinung nach – eine erstklassige Quelle auch für die Geschichte der Braunschweiger Arbeiterbewegung, da »*Der Volksstaat*« unter dem Belagerungszustand (bis in die zweite Märzhälfte) keine Originalberichte aus Braunschweig brachte.

[83]) Ein durch österreichische Verhältnisse verursachter Fehler: es muß »Reichstag« heißen.

anthrop und Demokrat, ein treuer Anhänger der demokratischen Partei, deren Motto »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit der Völker« lautet[84]).
Um 8 Uhr abends waren die Räume des hiesigen Odeon von ungefähr 500 Bürgern besetzt, die die verschiedenen Programme der Wahlkandidaten hören wollten. Zu dieser Versammlung kamen einige Prachtmenschen aus Hamburg, besonders die Bürger Schlegel und Natus aus Halberstadt als Redner – scharfe Burschen. Niemals hätte ich mir gedacht, daß in Deutschland so freisinnige Republikaner existieren können. Ich war allzu gewöhnt an den österreichisch-deutschen Zopf. Eure Bürokraten in Raudnitz mußten mehr als einmal den Schluckauf bekommen, so oft habe ich an sie an diesem Abend gedacht. Was für Bilder: dort Bajonette bei dem Meeting, ein Polizeikommissar auf der Tribüne, der den Rednern das Wort sozusagen vom Munde auffängt, Auflösung der Meetings – und hier konnte jeder Redner frei von der Leber weg reden.
Die Redner der demokratischen Partei sprachen von jener politischen Staatsordnung, die in Deutschland notwendig ist, und stellten sich einen freien Volksstaat zum Ziel. Schlegel verwies auf die Schweiz als Musterbild der politischen Staatsordnung, und Natus gab unverblümt seiner Überzeugung Ausdruck, dahingehend, das Kaisertum in Deutschland werde bald »eingehen«, wie alle tyrannischen Monarchien.
Er sagte: Bürger, laßt euch nicht von der blinden Leidenschaft unserer leider giftspeienden Zeitschriften mitreißen und beobachtet kaltblütig vom rein menschlichen Standpunkt die Richtung des jetzigen Krieges. Laßt mich unparteiisch und aufrichtig sagen, daß der Deutsch-Französische Krieg, angefangen von Sedan, nicht gegen die Regierung des kaiserlichen Molochs, sondern gegen das Volk, gegen die französische Nation gerichtet ist. Die Weiterführung des Krieges konnte nur der herrschsüchtige Stolz einer gewissen Partei betreiben, die unter dem Vorwand der Vaterlandsverteidigung eine Nation gegen die andere auf die Schlachtbank treibt. Genug daran, daß unser deutsches Volk diesen Blutegel Europas in den Staub trat und ihn aus der Reihe der herrschenden Tyrannen strich; es ist aber der größte Unsinn, Hosianna zu rufen, während sich ein zweiter Blutegel an unserem Halse ansetzt. Gönnen wir allen Völkern Freiheit, und mehr Ehre und Vorteil wird uns daraus entstehen, als wenn wir mit Beifall die

---

[84]) Die Agitation für die Wahl Brackes wurde in einem allgemein demokratischen Grundton geführt. »In einem furchtbaren Krieg hat Deutschland im wesentlichen seine nationale Einheit gefunden. Aber diese langersehnte Einheit ist wenig wert ohne die Freiheit«, erklärte der Aufruf für Bracke in der Lokalpresse. »Das Ziel, wonach das deutsche Volk sich sehnt, ist der eine freie deutsche Volksstaat. Das Ziel ist noch nicht erreicht durch die vorhandene nationale Einigung, denn die Furcht ist leider nur zu sehr berechtigt, daß das neue Deutschland nicht ein Hort der Freiheit und der Volksrechte, sondern ein Hort der Reaktion sein wird.« Mit zehn Forderungen des Eisenacher Programms von 1869 richtete sich der Aufruf nicht nur an die Arbeiter, »sondern an *alle* Wähler, an *jeden* freisinnigen, an jeden wirklich *liberalen* Mann«. *Braunschweiger Tageblatt*, Nr. 56 vom 26. Februar 1871, Zur Wahl.

von der Hohen Regierung an einem unschuldigen Volke begangenen furchtbaren Mordtaten billigen würden. Die Eroberung von Paris wird die Geschichte niemals dem deutschen Namen zur Ehre anrechnen. Stellt euch das Jammern Tausender und aber Tausender vor, die den Vater, den Gatten, den Sohn verloren haben; hört die leiderfüllten Seufzer der Krüppel, Witwen und Waisen; – wenn schon nicht das arme, beraubte französische Volk auf uns den Fluch heraufbeschwört? Und dies alles hat die Regierung in Berlin auf dem Gewissen.

Der Bürger Schulz, ein Anhänger der sogenannten »liberalen« Partei, trat auf die Tribüne, mußte aber abtreten, und zwar gleich bei den ersten Worten. Er schwätzte etwas, was weder Kopf noch Fuß hatte. Bürger Müller, ein Anhänger der demokratischen Partei, analysierte ihr Programm Absatz für Absatz. Als er den italienischen Helden Garibaldi, diesen Stolz der europäischen Demokratie, zu loben begann, ertönte aus der Mitte ein Zwischenruf: »Garibaldi ist ein Halsabschneider.« Ein anderer schrie, er sei ein »Räuberhauptmann«. Da schrie sie Müller mit den Worten an: Meine Herren, ich bedaure dies herzlich, daß inmitten einer so ehrenhaften Bürgerschaft, wie es diese ist, öffentlich so unehrenhafte und verleumderische Urteile laut werden können. Ich frage euch, Bürger, welchen Anlaß gab euch Garibaldi, dieser Mann von edelstem Charakter und reiner Republikaner, daß ihr euch erdreistet, ihn zu beschimpfen? (Stille in der Versammlung). Ich bin überzeugt, daß so mancher von uns die Verdienste des edlen Helden von Caprera um die Freiheit der Menschheit zu würdigen weiß und daß sich kein wahrer Freund der Freiheit von den künstlichen Seifenblasen der heutigen Journalistik irreführen läßt. Unsere Journalistik war es, die gerade in den vergangenen Jahren Garibaldi als Helden der geistigen Freiheit feierte, die ihm ein langes Leben wünschte und die es als Ehre für das deutsche Volk ansah, daß jenem Großen aus Deutschland ein prachtvoller Kranz zum Zeichen des Einverständnisses und der Anerkennung gesandt wurde, – und dieselbe Journalistik schlug nun ins gerade Gegenteil um. Heutzutage lassen sie ohne Widerstand und ohne Einwände Männer einsperren, die der Wahrheit dienen und die Wahrheit offensichtlich schriftlich und mündlich verkünden. Heutzutage nicken auch jene beifällig und schweigen, die die Wahrheit kennen, sich aber fürchten, sie zu verkünden. Heutzutage müssen wir bezahlte Schreier anhören, die dann Patrioten sind, wenn sie davon einen persönlichen Profit haben, nicht aber dann, wenn es ihnen das Wohl der Menschheit gebietet zu handeln. Bürger! Daß Garibaldi tapfer zu Preußen in Opposition stand, das ehrt seine grauen Haare, und niemand möge es ihm übelnehmen. Denn wisset, Bürger: wenn heute unser Volk sich nach Freiheit sehnen und die Fesseln der Tyrannen abstreifen möchte, würde uns Garibaldi nicht auf seine Hilfe warten lassen. Derselbe Garibaldi, der uns als Freiheitsunterdrücker gestern heldenhaft bekämpfte und wacker focht, wird uns dann zu Hilfe eilen. Seine Idee muß uns heilig sein, denn er kämpft für die Freiheit der gesamten Menschheit!

Tobender Beifall belohnte den Redner, als er von der Rednertribüne herunterstieg. Die Leute schrien: Wir wollen Bracke, und mag er auch eingemauert sein! Man muß ihn uns ausliefern![85])

Morgen wird die Wahl verlaufen, und ich werde nicht verabsäumen, Euch ihr Ergebnis mitzuteilen. (Der versprochene Bericht ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht in unseren Händen, es hat aber den Anschein, als wäre der Kandidat der demokratischen Partei dem Bode infolge eines geschickten Manövers Bismarcks unterlegen, der am Wahltag die Nachricht vom Friedensschluß verbreiten ließ, um der Opposition die wichtigste Waffe zu entreißen. – Anm. d. Red.)

Angeblich langte gerade die Depesche mit der Nachricht vom Friedensschluß ein. Sollte diese Nachricht bestätigt werden, wird sie sicherlich nicht ohne Einfluß auf das Wahlergebnis bleiben.

Ich bemühe mich, die hiesigen Tschechen und übrigen slawischen Brüder zu einem Verein zusammenzuschließen. Vielleicht wird mir dies im nächsten Monat gelingen. Vorderhand konnte ich kaum 7 Mitglieder auftreiben. Es gibt hier auch einige Polen. Einigemal wollte ich sie zusammenbringen, aber es gelingt mir nicht.

Říp, Jahrgang II, Nr. 6 vom 15. März 1871.

IV.

Aus Braunschweig, 6. März 1871 (Original-Brief). *Wahlergebnis in den Reichstag.*

Was ich befürchtete, ist eingetreten. Die Nachricht vom endgültigen Friedensschluß versöhnte einen Teil der Unzufriedenen mit dem siegreichen preußischen Regiment, und infolgedessen war das Ergebnis der Reichstagswahl für jeden Freund der Freiheit äußerst betrüblich.

Neben diesem äußeren Einfluß der politischen Ereignisse wirkte auf die Wähler nicht weniger der innere Druck. Ich erinnerte mich unwillkürlich an die Abgeordnetenwahlen in der Prager Altstadt oder in Smíchov und auf der Kleinseite. Wie bei uns die Fabrikanten à la Dotzauer und Ringhoffer usw. die Arbeiter und Beamten zur Wahl »ihrer Leute« unter der Androhung des Arbeitsplatzverlustes antreiben – so auch hier. Leider ist der hiesige Arbeiter nicht so überzeugt wie bei uns in Böhmen, wo er als treuer Sohn seiner Heimat lieber seinen Lebensunterhalt aufs Spiel setzt, wenn er damit nur der guten Sache einen Dienst erweisen kann, als daß er die Interessen unseres Volkes schädigen und

---

[85]) Das *Braunschweiger Tageblatt* brachte über diese Volksversammlung vom 27. Februar nur eine kleine Notiz und betonte den ruhigen Verlauf der Versammlung. »Die Erörterung des Eisenacher Programms und die Empfehlung des Herrn Bracke jun. als Wahlkandidaten war das Thema, welches die einzelnen Redner in bekannter Weise besprachen.« (Nr. 59 vom 1. März 1871, Braunschweig).

der Heimat einen Schaden zufügen würde. Es gibt hier keinen zentralen, großen und so organisierten Arbeiterverein wie es der Prager »Oul« [Der Bienenstock] ist; es gibt hier keine nationale Journalistik, die mit dem Volk lebt und fühlt, die mit dem Volk leidet und Widerstand leistet und infolgedessen auf das Volk einen ungeheuren Einfluß hat, und so gibt es hier vieles nicht, was bei uns in Böhmen der fortschrittlichen Partei zum Siege verhelfen kann.

Es existiert hier zwar eine rein demokratische und ziemlich starke Partei, sie wird aber am Tag der Tat nicht von einem gemeinsamen, einzigen, allmächtigen Gedanken beherrscht, und es fehlt ihr die tschechische Zähigkeit.

Wir gaben uns alle erdenkliche Mühe, auch viele hiesige Tschechen halfen bei der Agitation der demokratischen Partei, indem sie in der Umgebung von Dorf zu Dorf zogen – aber vergeblich.

Kurz vor den Wahlen besuchte dieselben Orte der edle Herr »Zigarrenfabrikant« aus der Stadt, sprach hier wie ein echter Michel in den Wind und redete den Wählern ein, sie müßten, wenn sie Bracke in den Reichstag wählen werden, für ihn die Reise-, Unterkunfts- und Unterhaltskosten in Berlin bezahlen, da er keine Diäten haben werde und selbst nicht vermögend sei. Demgegenüber wird Bode, sollte er gewählt werden, sich alles selbst zahlen. Der Herr Fabrikant erlaubte sich dabei gemeine Lügen, denn Bracke gehört zur reicheren Bürgerklasse und läßt sich weder die Reise noch sonst etwas von jemandem bezahlen. Aber in solcher Weise wird hier erfolgreich Agitation betrieben.

Es fand also die Wahl statt, und von den Kandidaten auf den Abgeordnetensitz erhielten Bode 3091 Stimmen, Bracke 1378 Stimmen, Kuntzen 2 und Weiß[86]) 1 Stimme[87]). Die Wahl war geheim, aber einige glühende Bewunderer Brackes wollten ihm ihre unerschütterliche Gunst aussprechen und unterschrieben sich auf dem Wahlzettel, weswegen die Wahlkommission 86 Stimmen für ungültig erklärte. Schließlich wurden 500 Bürger, die Steuer zahlen und ein unbestreitbares Wahlrecht haben, einfach in den Wählerlisten gestrichen oder ausgelassen, nur damit die demokratische Partei nicht den Sieg erringt. Infolge all dieser Unregelmäßigkeiten[88]) legten wir gegen die Wahl Protest ein – ich bezweifle aber, ob es Erfolg haben wird.

Říp, Jahrgang II, Nr. 7 vom 1. April 1871.

[86]) Es handelt sich um den Redakteur der Berliner bürgerlich-demokratischen Tageszeitung *»Die Zukunft«* Guido Weiß.

[87]) Genau dasselbe Wahlergebnis wurde für die Stadt Braunschweig auch im *Braunschweiger Tageblatt* (Nr. 62 vom 4. März 1871) angegeben. Im Landkreis Braunschweig und im Kreis Blankenburg war die Mehrheit für den Handelsgerichtsdirektor Wilhelm Bode noch größer (insgesamt 8202 Stimmen für Bode, 2022 für Bracke). Vgl. *Braunschweiger Tageblatt*, Nr. 66 vom 8. März 1871.

[88]) »Eine große Anzahl wahlfähiger Personen, darunter viele eine lange Reihe von Jahren hier schon ansässige Bürger, mußten indeß unverrichteter Sache wieder heimkehren, weil ihre Namen nicht in die Listen eingetragen waren . . . So tritt doch in Bezug auf die Aufstellung der Listen eine große Unzuverlässigkeit zu Tage«, schrieb auch das *Braunschweiger Tageblatt*, Nr. 62 vom 4. März 1871.

V.

Aus Braunschweig, 24. März (Original-Brief). – *Die Herren Brüder aus Preußen und das hiesige deutsche Herz.* Am 15. März begab sich eine aus 8 Mitgliedern bestehende Deputation aus dem Braunschweiger Wahlkreis zum Herzog, um ihn namens der gesamten Bevölkerung zu ersuchen, bei seiner Reise nach Berlin zum Kongreß der Potentaten mit der Gratulation für den neugebackenen Kaiser die Verlegung der preußischen Truppen in weitere Entfernung zu erwirken, da die hiesigen Einwohner sich mit ihnen nicht vertragen können. Dieses Ansuchen machte dem Herrn Herzog große Freude, und er versprach folgendes: er selbst werde auf keinen Fall nach Berlin fahren, er sei lediglich *gezwungen,* irgendeinen Vertreter dorthin zu entsenden, und werde diesem das Ansuchen der Bevölkerung zwecks befriedigender Erledigung übergeben. Am Sonntag sandte dann der Herzog 1000 rheinische Gulden zur Begrüßung der Braunschweiger Soldaten aus Frankreich. Bisher ist nicht bekannt, ob sie wirklich schon zurückkommen werden; es verlautet, hierher sei eine preußische Kavallerie bestimmt, obwohl die hiesige Bevölkerung die preußischen Brüder schon übersatt hat. Besonders die westfälischen Söldner sind hier sozusagen allgemein verhaßt. Niemand nennt sie hier anders als die »Großmäuler«. Lesen Sie zum Beweis der gegenseitigen Aversion folgenden Vorfall:

Am 14. März rauften sich hier die einheimischen Rekruten, Braunschweiger Husaren, so sehr mit der preußischen Infanterie, daß Blut floß und eine verstärkte Polizeistreife einschreiten mußte, um einigermaßen die Bruderliebe der hiesigen und preußischen Deutschen zu dämpfen. Diese Rauferei entstand »bei Zenker« infolge allzu großen Selbstlobes der Preußen bezüglich des Krieges mit den Franzosen, wobei sie dem Offizierskorps der Braunschweiger Truppen Fehler zuschrieben. Das erbitterte die hiesigen Husaren dermaßen, daß sie die preußischen Brüder mit ihren Reitpeitschen blutig schlugen.

Am Mittwoch darauf, am 22. März, fand auf Befehl aus Berlin eine Militärparade zur Feier des Geburtstages Wilhelms statt. Die Truppen defilierten auf den Versammelten etwas von einem großen Deutschland und seinem neuen Erlöser, von der Demütigung der Franzosen usw., bis er am Ende ein »Hoch« auf unseren »allergnädigsten Kaiser« ausbrachte, was die Soldaten auf Kommando dreimal wiederholten. Nachher nahm der Herzog persönlich die Truppenparade ab, bis er beim Durchschreiten der Reihen vor irgendeinem dicken, in Frankreich vielleicht zum zweitenmal gemästeten Preußen stehenblieb, der den Kopf über einem Auge mit einem Tuch verbunden hatte. Der liebe Kerl bekam bei der Rauferei »bei Zenker« eine ordentliche Wunde und trug sie jetzt verbunden in der Stadt. Da begann eine reizende Unterhaltung zwischen dem Herzog, der vermutete, einen Verwundeten aus dem Kriege vor sich zu haben, und unserem preußischen Helden. *Herzog:* Nun, Bursche, was macht dein Kopf? Bist du stark verletzt? *Preuße:* Es geht schon besser. *Herzog:* In welcher Schlacht wur-

dest du verwundet? *Preuße:* Ach, Herr, ja, bei Zenker, stotterte unser Held, der im Geist sein Schicksal verwünschte. Der Herzog schüttelt den Kopf, denn er kann sich an keine Schlacht bei Zenker gegen die Franzosen erinnern. Als ihm aber der Fähnrich erklärte, die Kneipe an der Steinstraße heiße »bei Zenker«, wandte er sich nochmals an den Verwundeten mit der Frage, wer er sei. Als er hörte »Altpreuße« (anscheinend werden die Preußen die außerhalb lebenden Deutschen zum Unterschied von sich selbst »Neupreußen« nennen, so würde alles in der preußischen Tasche stecken), sagte er nur ironisch »Ach so« und ließ den wie einen Pudel begossenen Preußen mit dem verbundenen Kopf in der Reihe stehen.

Soweit ich die hiesige Bevölkerung und die Gesinnung der Hofkreise kenne, sind sich beide im Haß gegen Preußen und gegen Kaiser Wilhelm einig. Wie auch nicht. Bisher ist Braunschweig eine Hauptstadt, der Sitz einer Regierung, und alles in größerem Ausmaß. Wenn es einmal keinen Herzog geben wird, wird Braunschweig zu einem Provinzstädtchen. Ohne alle Bedeutung und Wichtigkeit. Und die Braunschweiger würden gerne selbständig bleiben.

Říp, Jahrgang II, Nr. 7 vom 1. April 1871.

VI.

Aus Braunschweig, 4. April 1871 (Originalbrief). – *Die deutschen Sozialisten im Kerker und ihre Entlassung. – Der Bürgerverein und der Verein der Sozialdemokraten. – Das »Proletariat« und der Redakteur auf Reisen. – Ein Gast aus Prag).* In den letzten beiden Briefen gab ich Euch ein Bild des Wahlkampfes in diesem Teil Deutschlands und der regen Beteiligung der Arbeiterschaft daran. Heute möchte ich einigermaßen die hiesigen Sozialisten und Demokraten näher beleuchten sowie ihr Verhältnis zu Preußen und Frankreich umreißen.

Am 30. März wurden aus der Untersuchungshaft die Bürger Spier, Ehlers, v. Bonhorst, Kühn und Gralle, Mitglieder des Ausschusses des sozialdemokratischen Vereins, entlassen. Sie wurden wegen angeblicher »Vorbereitung von Hoch- und Landesverrat« untersucht, und diese Untersuchung und damit auch ihre Haft dauerte 29 Wochen. Die genannten Bürger waren verdächtig, eine Verschwörung im Verein mit französischen Republikanern angezettelt zu haben. Schließlich mußte die Anklage vom Oberstaatsanwalt mit allergnädigster Einwilligung des klageerhebenden Senates aus Mangel an Beweisen zurückgenommen werden. Daß zufällig die Haft genauso lange wie der Krieg dauerte, wird nur jenen verwundern, der die Verschlagenheit Bismarcks nicht kennt. Die treuen Freunde wahren Fortschritts und wahrer Freiheit, die die Eingekerkerten nicht erwarten konnten und mit brennendem Herzen auf ihre Rückkehr warteten, rüsteten sich zu einer lärmenden und herzlichen Begrüßung der teuren Märtyrer, aber umsonst. Die löbliche Polizei (es ist dies so ungefähr die zweite Auf-

lage Eurer Polizei, ihre richtige Photographie), erlaubte nicht nur nicht die Illumination in der Stadt und den Festumzug vom Kerker, sondern verbot streng jede Beileids- und Reverenzbezeugung gegenüber jenen Männern, die für die Leiden des Volkes ein empfindsames und hingebungsvolles Herz haben, wofür sie nur Demütigung erleiden müssen. Das war die Satisfaktion für die Einkerkerung, die sie volle 29 Wochen schuldlos ertragen mußten!

Der Ausschuß des sozialdemokratischen Vereins zeigte seinen Mitgliedern das Verbot durch Plakate an, die auf den Litfassäulen ausgehängt waren und ersuchte die Bevölkerung, im Zeitpunkt der Rückkehr der Eingekerkerten sich jeder Mitleidsbezeugung zu enthalten, da die Feinde wahrer Freiheit wie hungrige Wölfe herumstreichen und jeden fetten Fang und jede Gelegenheit wahrnehmen, um durch Beschimpfungen das erhabene Ziel der sozialdemokratischen Partei schädigen zu können. Endlich kam der Entlassungstag für die Eingekerkerten. Die Söldnertruppen waren »kriegsfeldmarschmäßig« auf den Beinen. Jeder Infanterist erhielt 10, jeder Husar 5 scharfe Patronen und wartete auf den hohen Befehl »Heraus!« Die disziplinierte Bevölkerung gab aber den bluthungrigen Raben nicht den geringsten Anlaß zur Schinderarbeit. Eine kühle, dunkle Nacht breitete in tiefer Stille ihre Fittiche über der Löwenstadt aus, und gegen Morgen begrüßte nur die mit der Pickelhaube gekrönte Militärwache nach vergeblicher Nachtwache – den ersten April.

Am 31. März fand eine Versammlung des hiesigen Bürgervereins statt[89]), dessen Vorsitzender Grassau, ein ganz furchtbar freisinniger Herr, folgenden Ausspruch vor den Versammelten tat: »Es kann uns – so sagte er wortwörtlich – nur lieb sein, daß die verhafteten Sozialdemokraten aus der Haft entlassen sind. Aber nach den Ereignissen in Paris, die beweisen, daß nun dort das bereits seit dem Jahre 1848 in der Luft geisternde Gespenst der roten Republik herrscht, nach den Worten des Herrn v. Schweitzer, die er zum Abschied gesagt hatte, sowie auch nach den Aussprüchen der Sozialdemokraten ist es meines Erachtens an der Zeit, die Versammlung darauf aufmerksam zu machen, daß es im Fall einer Verbreitung dieser Bewegung nach Deutschland – was wirklich wahrscheinlich ist – Pflicht eines jeden Bürgers ist, dieser ansteckenden Strömung Widerstand zu leisten und dagegen wie ein Mann aufzutreten; denn man kann nicht voraussehen, *ob wir nicht schließlich selbst gezwungen werden, zu den Waffen zu greifen.*«

Nach diesen Worten erhob sich an mehreren Punkten ein großer Lärm. Bürger Schack erinnert an den von Professor Aßmann gemachten Vorschlag (über die Notwendigkeit der Organisierung freisinniger Parteien), den er begeistert unterstützt und den Wunsch äußert, eine solche Organisation möge so bald als möglich Wirklichkeit werden. Bürger Lucius spricht sich aber dagegen aus mit dem

---

[89]) Ähnliche Korrespondenz über diese Versammlung und die Aussprüche von Grassau (datiert Braunschweig, den 3. April) brachte »*Der Volksstaat*«, Nr. 30 vom 12. April 1871.

Bemerken, aus dem Bürgerverein dürfe keine militärische Organisation hervorgehen, da sich dieser Verein bisher gegenüber jeder politischen Partei neutral verhalte und sich seine Mitglieder nicht zu den Grundsätzen einer einzigen Partei bekennen. Man dürfe angeblich in keiner Weise gestatten, daß jemand den in diesem Verein zusammengeschlossenen Kern der Bürgerschaft zu so etwas wie einer Partei mache.

Es versteht sich von selbst, daß die hämische Bemerkung des Vorsitzenden Grassau die freisinnige Bürgerschaft beleidigte; so versammelten sich am 3. April die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins und nahmen den Vorschlag des Bürgers v. Bonhorst an, wegen der der demokratischen Partei angetanen Beleidigungen eine Volksversammlung einzuberufen, bei der darüber beraten werden solle, wie sich das deutsche Volk gegenüber dem französischen Volk in der heutigen Zeit verhalten solle usw. Zur vorläufigen Beratung dieses Gegenstandes wird der Verein noch am 8. April zusammentreten; darüber und über die Volksversammlung werde ich später wahrheitsgetreu berichten.

Bis vor kurzer Zeit befand sich Braunschweig im Belagerungszustand, und infolgedessen durften in die Stadt keine »sozialdemokratischen Blätter« gelangen. Ein ähnliches Verbot galt bezüglich des Leipziger »Volksstaates«. Für diese Zeit übernahm das soziale Blatt »Proletariat[90]), das der hiesige sozialdemokratische Verein herausgibt, die politische Richtung und schrieb unverblümt die Wahrheit. Da traf es ein Blitz »von Gottes Gnaden«. Ich weiß nicht, warum gerade Polizeiangestellte wie verrückt durch die Stadt jagten und den Redakteur Franz suchten, um ihn zusammenzupacken und im Schloß einzusperren. Dieser aber sandte ihnen einen schönen Gruß aus der freien Schweiz, wohin er ihnen entkommen war. Mit langen Gesichtern kehrten die Spitzel und Büttel heim.

Gestern trat hier als Gast Herr Untner, Mitglied des Prager Deutschen Theaters, auf (als Marcel in den Hugenotten). Auch an ihm war zu erkennen, daß er seine künstlerische Ausbildung in der Heimat der Musik, in unserer teuren böhmischen Heimat, erworben hatte, der ich aus der Fremde herzliche Grüße entbiete.

Říp, Jahrgang II, Nr. 8 vom 15. April 1871.

[90]) Von dieser Zeitschrift konnten weder der beste Kenner der Geschichte der Braunschweiger Arbeiterbewegung, Professor Georg Eckert, noch ich bisher eine Spur ermitteln. Es ist jedoch bekannt, daß z. B. *»Der Volksstaat«* Nachrichten aus Braunschweig während des Krieges von 1870/71 aus dem Augsburger *»Proletarier«* übernahm (vgl. Nr. 7 vom 21. Januar 1871). Ebenso war der später genannte Redakteur Franz eigentlich Redakteur des »Proletarier« in Augsburg, wo er sich wegen mehrerer Preßvergehen vor dem Schwurgericht verantworten sollte. Vgl. *Der Volksstaat*, Nr. 19 vom 4. März 1871, Politische Übersicht.

VII.

Aus Braunschweig, 21. April[91]). – *In Deutschland dunkelt es. – Volksversammlungen. – Lange Finger der Preußen. – Die »Slawische Linde«.* Infolge der starken Mitgliederzunahme im hiesigen Verein der Sozialdemokraten suchte der Ausschuß geräumigere Säle und berief dorthin (Böhm. Bierbrauerei am Hagenmarkt) eine Versammlung zwecks Beratung über die geplante Volksversammlung ein. Wir brachten diesbezüglich eine untertänige Anzeige mit dem Zusatz ein, die Mitgliederversammlungen würden in diesem neuen Raum sozusagen regelmäßig stattfinden. Da erhielten wir darauf folgenden Bescheid[92]): »Die Polizeidirektion habe seinerzeit bei Einreichung der Statuten des Lokalvereins die Genehmigung desselben nicht erteilt, aber erklärt, bis auf weiteres den Versammlungen keine Hindernisse in den Weg legen zu wollen; der Prozeß gegen die Ausschußmitglieder habe aber ergeben, daß der Verein staatsgefährliche Tendenzen verfolge, also bereits durch das Gesetz vom 1. November 1854 verboten sei. Demnach dürfe auch keine Versammlung desselben mehr stattfinden, und mache man alle bisherigen Mitglieder darauf aufmerksam, daß Nichtbefolgung dieser Anordnung mit den in dem Gesetze vorgesehenen Strafen geahndet werden würde.«

Das betreffende Gesetz aus dem Jahre 1854 – ein Souvenir an den seligen »Bundestag« – verbietet Bürgervereine, die politische, soziale oder kommunistische Tendenzen verfolgen. Wir hielten es für besser, auf sämtliche Einwendungen zu verzichten und den sozialdemokratischen Verein widerstandslos aufzulösen. Wir wundern uns nur darüber, daß die löbliche Polizei erst jetzt den Tendenzen des Vereins auf die Spur kam, als hätte sie ihn nicht bereits 2 Jahre hindurch sorgfältig bespitzelt. Was bedeuten etwa bei den hiesigen Polizisten »staatsgefährliche« Tendenzen? Die Partei der »Staatszerstörer« fiel angeblich beim Prozeß gegen den Ausschuß den k. k. Behörden auf. Was ist der Staat? Ist dies das organisierte Volk mit all seiner Verwaltung oder die Familie des Herzogs oder sogar vielleicht Seine Gnaden, der König von Preußen?

Die Vereinsauflösung gaben wir am Montag abends in den alten Räumlichkeiten der versammelten Bürgerschaft bekannt, worauf alle beschlossen, am nächsten Samstag eine »Volksversammlung« mit folgender Tagesordnung zu veranstalten: 1. Gründung eines billigen Volksblattes für Braunschweig; 2. Grün-

---

[91]) Der Hauptteil dieses Briefes ist zum großen Teil identisch mit einer Korrespondenz aus Braunschweig (datiert am 11. April) für den *»Volksstaat«*, Nr. 31 vom 15. April 1871. Diese Korrespondenz wurde auch im *»Braunschweiger Tageblatt«*, Nr. 103 vom 17. April 1871, abgedruckt.

[92]) Da es sich um eine Übersetzung aus dem Deutschen ins Tschechische im *»Říp«* handelt, wurde von einer Rückübersetzung abgesehen, und statt dessen wurde das ursprüngliche Zitat aus dem *»Volksstaat«* übernommen.

dung eines Volksvereins und 3. Beratung über eine Geburtsfeier des echten Demokraten Lassalle aus Breslau [. . .] [93]).
Für den Verein »Slovanská lípa« (Slawische Linde) gewannen wir 4 Polen. Die Redaktion der »Hudební listy« (Musikalische Blätter) sandte uns als erste ihr Blatt über Aufforderung, wofür ihr herzlicher Dank gebührt. Der Dresdener tschechoslawische Verein sandte uns telegraphische Glückwünsche zum Aufstieg der »Slawischen Linde«. Hoffentlich werden sich auch die tschechischen Tageblätter an uns erinnern. Wir hoffen, auch die übrigen hier lebenden Polen an unseren Verein anschließen zu können.
Říp, Jahrgang II, Nr. 9 vom 1. Mai 1871.

[93]) An dieser Stelle folgt ein längerer Absatz über den zweifachen Diebstahl in der letzten Phase des Krieges von 1870/71 und in folgenden Wochen, nämlich, was alles von den Beutesendungen preußischer Truppen aus Frankreich auf der deutschen Eisenbahn gestohlen wurde.

Bert Andréas:

Marx über die SPD, Bismarck und das Sozialistengesetz

Das hier mitgeteilte bisher unbekannte Interview[1]) eines amerikanischen Korrespondenten mit Karl Marx hat der amerikanische Forscher Louis Lazarus in New York kürzlich wiederentdeckt[2]). Er hat mir den Text entgegenkommenderweise für diese Veröffentlichung zur Verfügung gestellt, mit mehreren Einzelauskünften, für die ihm besonders gedankt sei.

Äußerungen von Marx oder Engels zu dem Interview ließen sich nicht feststellen. Gerade aus der Jahreswende 1878/79 liegen nur ganz wenige Briefe von ihnen vor, und in keinem wird das Interview erwähnt[3]). Es hat möglicherweise Spuren hinterlassen in an Marx und Engels gerichteten Briefen oder in denen ihrer näheren Freunde untereinander. Nach solchen Spuren ist nicht gesucht worden, da bei dem Fehlen Marxscher oder Engelsscher Gegenäußerungen ihr Auffinden zur Sache wenig Neues beibringen dürfte und außerdem ihre eventuelle Beweiskraft für die Echtheit des Interviews nicht erforderlich schien.

An dieser Echtheit braucht nicht gezweifelt zu werden. Die Marx zugeschriebenen Äußerungen entsprechen fast alle durchaus dem, was er und Engels in von ihnen unterzeichneten Artikeln und Briefen gleichzeitig, und vor allem auch

---

[1]) Karl Obermann hat in seinem Artikel *Die Beziehungen von Marx und Engels zur amerikanischen Arbeiterbewegung in der Zeit zwischen der I. und II. Internationale* (S. 62–71 in der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Berlin 1964, Nr. 1) nur den einzigen ihm bekanntgewordenen Absatz zitiert (S. 66). Nach seiner Veröffentlichung ist dieser Absatz in die zweite russische Ausgabe der Werke Marx/Engels' aufgenommen worden (*Sočineniya* Bd. 34 S. 404).

[2]) Vgl. *Second supplement to »Marx and Engels: American manuscripts and imprints 1846 till 1898, prepared by Louis Lazarus«* (Nr. E 33 c der Liste) *im Library Bulletin* Nr. 40 vom Mai 1964, der Tamiment Institute Library in New York. Der Hauptteil dieser Bibliographie und eine erste Ergänzungsliste in den NN 35 und 39 *des Library Bulletin*, Januar und November 1963. Obermanns Hinweis war Lazarus unbekannt.

[3]) Aus der Zeit vom 28. November 1878 bis zum 10. April 1879 sind nur sechs Briefe von ihnen bekanntgeworden.

dem, was sie später gesagt haben. Der Berichterstatter hätte zur Not aus ihm bekannten gedruckten oder sogar handschriftlichen Texten ein angebliches »Interview mit Marx« zusammenstellen können. Dagegen kann man schwerlich annehmen, er habe spätere Äußerungen, welche die Echtheit seines Textes bestätigen, vorausahnen können. Marx' dem Berichterstatter so erstaunlich vorkommende Bewandertheit in amerikanischen amtlichen Berichten und Gesetzestexten erklärt sich u. a. aus seiner Arbeit am 2. Band des *Kapital*, für die er sich aus Amerika diese Texte besonders kommen ließ, wobei er die Hilfe Sorges und Harney's in Anspruch nahm[4]). Die im Interview hervorgehobene Besonderheit in der deutschen Entwicklung, nämlich das gleichzeitige geschichtliche Auftreten der Großindustrie und einer selbständigen Arbeiterpartei, hat Engels etwa zehn Jahre später nochmals unterstrichen[5]). Die Zulässigkeit des Tyrannenmordes vom sozialistischen Standpunkt hat Engels ungefähr gleichzeitig öffentlich vertreten[6]). Die Einschätzung von der objektiven Rolle der Bismarckschen Politik als unfreiwilliger Hilfestellung für die Arbeiterbewegung ist zur Genüge bekannt[7]). Auch die Bismarck abgesprochene Originalität und die Feststellung, er habe vor seiner eigentlichen politischen Aufgabe versagt, findet sich später bei Engels wieder[8]). Endlich die Bismarck im Interview unterstellte Provokationsabsicht hat Engels gleichzeitig mit fast den gleichen Worten festgestellt[9]).

Die *Chicago Tribune* stand der Republikanischen Partei nahe. Sie ist 1846 gegründet worden. Zur Zeit der Veröffentlichung des Interviews wurde sie von dem Chefredakteur Joseph Medill geleitet, der zu Abraham Lincolns Freunden gezählt hatte. Die *Tribune* hatte eine für damalige Verhältnisse recht bedeutende Verbreitung. Die tägliche Morgenausgabe (in der das Interview gedruckt wurde) erschien mit mehr als 25 000 Exemplaren, die dreimal wöchentlich erscheinende Abendausgabe in mehr als 1000 und die mittwochs erscheinende Wochenausgabe mit etwa 50 000. Nach einer freundlichen Mitteilung des Archivars der *Tribune* ist das Interview in diese Nebenausgaben nicht aufgenommen worden. Das Archiv bietet keine Anhaltspunkte für die Identität des Korrespondenten »H.«. Die Besuche des Berichterstatters bei Marx dürften in der ersten Dezemberwoche 1878 stattgefunden haben: Marx kommentiert die Ausweisungen auf Grund des kleinen Belagerungszustandes, die in Berlin am 30. November 1878 bekanntgemacht wurden[10]). Ob Marx das Interview gesucht hat, um den amerikanischen Arbeitern sofort die Lehren aus dem Kampfe ihrer deutschen Genossen zu ver-

[4]) Vgl. Anm. 20.
[5]) Vgl. Anm. 27.
[6]) Vgl. Anm. 31.
[7]) Vgl. Anm. 32.
[8]) Vgl. Anm. 33.
[9]) Vgl. Anm. 36.
[10]) Vgl. Anm. 35.

mitteln[11]), oder ob er eine ihm zufällig gebotene Gelegenheit benützt hat, sich vor einer größeren Öffentlichkeit über die verschärfte Lage in Deutschland auszusprechen, muß dahingestellt bleiben. Für die letztere Annahme würde die Veröffentlichung in einem Blatt sprechen, das der Arbeiterbewegung fernstand[12]), während gleichzeitig in Amerika die Arbeiterbewegung über mehrere eigene Organe verfügte, mit denen aber Marx und Engels zu diesem Zeitpunkt offenbar keine Verbindung hatten[13]). Drei dieser Blätter haben jedoch Teile aus dem Interview übernommen. Die *New Yorker Volkszeitung*[14]) und der Chicagoer *Vorbote*[15]) veröffentlichten beide dieselbe unvollständige deutsche Bearbeitung, bei der einige Umstellungen vorgenommen wurden und die im übrigen stark propagandistisch zurechtgestutzt wurde. Das in Chicago erscheinende englischsprachige Wochenblatt *The Socialist* endlich, das »Offizielle Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei«, brachte die letzte Antwort aus dem Interview[16]). Das dänische Parteiorgan, der *Social-Demokraten* in Kopenhagen, übersetzte den Text aus dem *Vorboten*[17]).

Die Anonymität des Berichterstatters, die journalistische Form des Textes und das Fehlen jeglicher Äußerung Marxens zu den ihm hier zugeschriebenen Aussagen verbieten von selbst ein näheres Eingehen auf einzelne Punkte von theore-

---

[11]) Dieser Meinung scheint Obermann zuzuneigen, der das Interview in Verbindung bringt mit den »anarchistischen Abweichungen, die sich damals in Chicago bemerkbar machten« (S. 67 des in Anm. 1 bezeichneten Artikels). Die ersten Keime der späteren anarchistischen Bewegung finden sich in der amerikanischen Sozialdemokratie im Sommer 1879 in Chicago, und erst auf dem 2. Nationalkongreß der Sozialistischen Arbeiterpartei in Allegheny, im Dezember 1879 machten sich die Anarchisten als kleine Gruppe bemerkbar. Most, ihr späterer Hauptwortführer, kam erst 1880 nach Amerika. Zur Zeit des Interviews verkehrte er noch bei Marx zu Haus, der sich ihm gegenüber »passiv« verhielt, wie er am 19. September 1879 an Sorge schrieb.

[12]) Die *Tribune* hatte noch wenige Jahre vorher eine historische Übersicht über die sozialistische Bewegung in Amerika veröffentlicht, in der sie über Marx und seine Anhänger schrieb: »Die Grundsätze und Forderungen dieser Leute sind umstürzlerisch und ungezügelt. Auf dem Lande wird es bei uns noch eine Zeitlang ruhig bleiben, aber in den Städten müssen wir uns darauf vorbereiten, den Gefahren des Internationalismus entgegenzutreten.« (Nach der Morgenausgabe vom 25. Dezember 1873 zitiert von Philip Kinsley in *The Chicago Tribune, Its First Hundred Years.* Chicago 1946, Bd. II, S. 190.)

[13]) Von den in den Krisen- und Kampfjahren 1876 bis 1878 sehr zahlreich gegründeten deutsch- und englischsprachigen Arbeiterblättern lebten Anfang 1879 noch u. a. das *Philadelphia Tageblatt, die New Yorker Volkszeitung* und der Chicagoer *Vorbote,* die täglich erschienen, sowie die englischen Wochenschriften *Labor Standard* in New York und *The Socialist* in Chicago.

[14]) Am 10. Januar 1879, Jahrg. II, No. 10, S. 2/IV–VI.

[15]) Am 11. Januar 1879, Jahrg. VI, No. 8, S. 8/II–VI.

[16]) Vgl. Anm. 34.

[17]) Der *Social-Demokraten* erschien täglich. Er brachte die Übersetzung unter dem Titel »Ein Gespräch Karl Marx' mit einem amerikanischen Korrespondenten« am 9. und 10. April 1879 (Jahrg. V, No. 84, S. 1/I–IV und No. 85, S. 1/IV–2/III).

tischem oder historischem Interesse, wie z. B. die Frage, in welchem Maße sich die spezifischen Interessen der einzelnen nationalen Arbeiterparteien voneinander unterschieden, oder jene andere nach Lassalles Briefen an Marx aus seinen zwei letzten Lebensjahren. Die wahrscheinlich geringe Vertrautheit des Berichterstatters mit dem Thema und mit der Marxschen Terminologie insbesondere kann zu einigen Ungenauigkeiten und Sinnentstellungen geführt haben. Nur mit diesem Vorbehalt kann der Text hier zur Vervollständigung der Marxkenntnis vorgelegt werden. Wegen dieser notwendigen Einschränkung und angesichts der Tatsache, daß der Text schon von seinem Interview-Charakter her nicht als vollauthentischer Marxtext gelten kann, darf auch wohl in einer deutschen Veröffentlichung auf die Wiedergabe des englischen Originaltextes verzichtet werden.
Die Marxschen Antworten sind so wortgetreu wie möglich nach dem Original übersetzt worden. Vom Redakteur stammende Unter- und Zwischentitel sind weggelassen und vom Fragenden eingestreute textverbindende Floskeln sind ersetzt worden mit den übersichtlicheren Angaben *Frage* und *MARX*.

Karl Marx

Interview mit dem Grundleger des modernen Sozialismus[18])

Besondere Korrespondenz der »Tribune«

London, den 18. Dezember [1878]
In einer kleinen Villa in Haverstôck Hill, im nordwestlichen Teil Londons, wohnt Karl Marx, der Grundleger des modernen Sozialismus. Er ist 1844 wegen Verbreitung revolutionärer Theorien aus seinem Heimatlande Deutschland verbannt worden. Im Jahre 1848 kehrte er zurück, wurde aber ein paar Monate später erneut ausgewiesen. Darauf ließ er sich in Paris nieder, wo er 1849 seiner politischen Theorien wegen ebenfalls ausgewiesen wurde. Seitdem ist London sein Hauptquartier. Seine Überzeugungen haben ihm von Anfang an Schwierigkeiten bereitet. Nach seinem Heim zu urteilen, haben sie ihm keinen großen Wohlstand eingebracht. In all diesen Jahren hat Marx hartnäckig seine Ansichten mit einem Nachdruck vertreten, der zweifelsohne in seiner festen Überzeugung von ihrer Richtigkeit begründet ist. Wie sehr man auch gegen die Verbreitung dieser Ideen sein mag, so muß man doch der Selbstverleugnung des jetzt ehrwürdigen Mannes eine gewisse Achtung zollen.
Ich habe Dr. Marx zwei- oder dreimal besucht und ihn jeweils in seiner Bibliothek angetroffen, wo er mit einem Buch in der einen Hand und einer Zigarette in der anderen saß. Er muß über siebzig sein[19]). Er ist gut gebaut, breitschultrig

---

[18]) *The Chicago Tribune*, Jahrg. XXXIX, 5. Januar 1879, S. 7/I–III.
[19]) Marx war in seinem einundsechzigsten Lebensjahr.

und von aufrechter Haltung. Er hat einen Intellektuellen-Kopf und das Äußere eines gebildeten Juden. Haar und Bart sind lang und eisengrau, die schwarzfunkelnden Augen werden von buschigen Brauen überschattet. Er ist Fremden gegenüber außerordentlich vorsichtig, doch Ausländer empfängt er im Allgemeinen. Aber die ehrwürdig aussehende Deutsche, welche die Besucher empfängt, ist angewiesen, solche aus dem Vaterland nur zuzulassen, wenn sie ein Empfehlungsschreiben vorzeigen können. Wenn man jedoch einmal in der Bibliothek ist und Marx sein Einglas eingeklemmt hat um einem sozusagen intellektuell Maß zu nehmen, dann gibt er die Zurückhaltung auf. Er entfaltet dann für den interessierten Besucher sein Wissen um Menschen und Dinge überall in der Welt. In der Konversation ist er nicht einseitig, sondern er berührt soviele Gebiete wie die Bände in seinen Bücherschränken. Man kann jemanden meistens nach den Büchern beurteilen, die er liest. Der Leser möge seine eigenen Schlußfolgerungen ziehen, wenn ich ihm sage, was mir ein flüchtiger Blick zeigte: Shakespeare, Dickens, Thackeray, Molière, Racine, Montaigne, Bacon, Goethe, Voltaire, Paine; englische, amerikanische und französische Blaubücher; politische und philosophische Werke in russischer, deutscher, spanischer, italienischer Sprache usw. usw.

Bei unseren Unterhaltungen hat mich Marx' eingehende Kenntnis der amerikanischen Probleme der letzten zwanzig Jahre sehr überrascht. Die erstaunliche Genauigkeit in seiner Kritik unserer National- und Staatsgesetzgebung machte mir den Eindruck, daß er seine Informationen aus vertraulichen Quellen bezieht[20]). Jedoch beschränkt sich diese Kenntnis nicht auf Amerika, sondern umfaßt sie ganz Europa.

Wenn er über sein Lieblingsthema, den Sozialismus, spricht, dann schwelgt er nicht in jenen melodramatischen Tiraden, die ihm allgemein zugeschrieben werden. Er verweilt dann bei seinen utopischen Plänen für »die Emanzipation der Menschheit« mit einem Ernst und einer Nachdrücklichkeit die darauf weisen daß er fest überzeugt ist von der Verwirklichung seiner Theorien, wenn nicht in diesem dann zumindest im nächsten Jahrhundert.

Dr. Karl Marx ist in Amerika vielleicht am besten bekannt geworden als Verfasser des »Kapital« und als Gründer der Internationale oder zumindest als ihr hauptsächlichster Träger. Das folgende Interview wird zeigen, was er über diese

---

[20]) In seinem Brief an Danielson vom 10. April 1879 erwähnt Marx »die Masse Material, die ich nicht nur aus Rußland, sondern auch aus den Ver. Staaten etc. erhalten habe.« Demselben Korrespondenten hatte er am 15. November 1878 eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten gestellt. Außer von dem ehemaligen Sekretär des Generalrats der Internationale, Sorge, wurden Marx die amtlichen Berichte tatsächlich »aus vertraulichen Quellen« zugesandt, nämlich von dem ehemaligen Chartistenführer Harney, der seit den sechziger Jahren Regierungsbeamter in Boston geworden war, und von dem Leiter des Arbeitsstatistischen Amtes in Boston (vgl. Marx an Sorge, 19. Oktober 1877 und 19. September 1879).

Gesellschaft in ihrer heutigen Form zu sagen hat. Hier folgen erst einige Auszüge aus den gedruckten Statuten, die 1871 im Auftrage des Generalrates veröffentlicht worden sind und aus denen man sich ein unparteiisches Urteil über Zweck und Ziel der Internationale bilden kann*).

Während meines Besuches wies ich Dr. Marx darauf hin, daß J. C. Bancroft Davis 1877 in seinem offiziellen Bericht ein Programm mitteilt, das mir die bis jetzt deutlichste knappe Darstellung der Ziele des Sozialismus zu sein schien[21]). Er antwortete, das Programm sei dem Bericht über den Gothaer Sozialisten-Kongreß vom Mai 1875 entnommen. Aber die Übersetzung sei fehlerhaft. Dr. Marx erbot sich sie zu verbessern und ich lasse sie hier nach seinem Diktat folgen[22]):

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht in allen Bildungsanstalten[23]).
7. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

---

[21]) John Chandler Bancroft Davis war von 1874 bis 1877 amerikanischer Gesandter in Berlin. Der Bericht über den Sozialismus in Deutschland ist ein Teil seines Amtsberichts vom 10. Februar 1877 an den amerikanischen Außenminister Hamilton Fish. Er ist gedruckt in *United States. State Department. Papers Relating to Foreign Relations of the United States.* Washington 1877, S. 175–180.

[22]) Hier wird der Text nach dem deutschen Protokoll von 1875 wiedergegeben, unter Beibehaltung der vom Original abweichenden Numerierung der Artikel im Interview (vgl. Anm. 24).

[23]) Marx hat hier die letzte Forderung des Artikels weggelassen: »Erklärung der Religion zur Privatsache.« Er hat 1875 in seinen *Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei* diese Forderung als »bürgerlich« abgelehnt und verlangt, die Arbeiterpartei solle in ihrem Programm aussprechen, daß »sie vielmehr die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien strebt«.

*) Auf den Abdruck dieser ausführlichen Auszüge kann hier verzichtet werden. Die Statuten sind sattsam bekannt und anläßlich der Hundertjahrfeier der Internationale mehrfach neu gedruckt worden.

8. Eine einzige progressive Einkommenssteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
9. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
10. Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
11. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
12. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
13. Regelung der Gefängnisarbeit[24]).

In Bancroft Davis' Bericht kommt noch ein zwölfter Artikel vor, der der wichtigste von allen ist und lautet:

»Die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes.«

Ich fragte den Doktor weshalb er diesen Artikel ausgelassen habe, und er antwortete:

MARX: »Zur Zeit der Gothaer Versammlung, 1875, gab es eine Spaltung in der Sozialdemokratie. Den einen Flügel bildeten die Anhänger Lassalles; den anderen jene welche im allgemeinen das Programm der Internationale anerkannt hatten und die Eisenacher Partei genannt wurden. Der angeführte zwölfte Artikel wurde nicht in das eigentliche Programm aufgenommen, sondern als Konzession gegenüber den Lassalleanern in der allgemeinen Einleitung untergebracht. Nachher wurde nie wieder davon gesprochen. Herr Davis sagt nichts darüber, daß dieser Artikel als Kompromiß ohne irgendeine besondere Wichtigkeit in das Programm hineingenommen wurde, sondern er hebt ihn in vollem Ernst als einen der Hauptgrundsätze des Programms hervor[25]).«

---

[24]) Nach einer zweigegliederten Präambel erhebt das Gothaer Programm sechs allgemeine sozialistische Forderungen, mit der Numerierung von 1 bis 6 (entsprechend den Artikeln 1–6 hier oben) und acht »innerhalb der heutigen Gesellschaft« zu verwirklichende mit einer neuen Numerierung von 1–8 (entsprechend den Artikeln 7 bis 13 hier oben). Die letzte dieser acht Forderungen fehlt hier oben. Sie verlangt »Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und -unterstützungskassen«.

[25]) Der in Anmerkung 21 angeführte Bericht gibt tatsächlich keine Übersetzung der Artikel des Gothaer Programms, sondern eine in 12 kurzgefaßte Punkte gegliederte Zusammenfassung des Programms. Dabei sind die Artikel 1 und 3 (entsprechend 7 und 9 der Numerierung im Interview) ausgelassen, und am Ende erscheint als Punkt 12 die obenzitierte Forderung aus der Präambel. Übrigens irrt Marx, wenn er Davis vorwirft, er sei es, der diesen Punkt besonders hervorhebe. In Davis' Bericht heißt es nämlich: »Innenminister

Fortsetzung S. 370

Frage: »Aber die Sozialisten betrachten doch ganz allgemein die Überführung der Arbeitsmittel in gesellschaftliches Gemeineigentum als das große Ziel der Bewegung?«
MARX: »Gewiß, wir sagen, daß dies das Ergebnis der Bewegung sein wird. Doch wird das eine Frage der Zeit, der Erziehung und der Ausbildung höherer Gesellschaftsformen sein.«
Frage: »Dieses Programm gilt wohl nur für Deutschland und ein oder zwei andere Länder?«
MARX: »Wenn Sie nur aus diesem einen Programm Schlüsse ziehen wollen, so verkennen Sie die Tätigkeit der Bewegung. Mehrere Punkte dieses Programmes sind außerhalb Deutschlands ohne Bedeutung. Spanien, Rußland, England und Amerika haben eigene Programme, die jeweils ihren besonderen Schwierigkeiten angepaßt sind. Ihre einzige Ähnlichkeit besteht in dem gemeinsamen Endziel.«
Frage: »Und das ist die Arbeiterherrschaft?«
MARX: »Das ist die Freimachung der Arbeit.«
Frage: »Wird die amerikanische Bewegung von den europäischen Sozialisten ernstgenommen?«
MARX: »Ja. Sie ist das natürliche Resultat der Entwicklung dieses Landes. Man hat gesagt, die Arbeiterbewegung sei von Ausländern importiert worden. Als vor fünfzig Jahren die Arbeiterbewegung in England ungemütlich wurde, hat man dasselbe gesagt. Und das war lange bevor von Sozialismus die Rede war! In Amerika hat die Arbeiterbewegung erst seit 1857 größere Bedeutung erlangt[26]). Damals nahmen die örtlichen Gewerkschaften ihren Aufschwung, dann wurden Zentralgewerkschaften für die verschiedenen Berufe gebildet, und nachdem kam die Nationale Arbeiter Union. Dieser chronologische Fortschritt zeigt, daß der Sozialismus in Amerika ohne ausländische Hilfe und lediglich durch die Kapitalskonzentration sowie durch die veränderten Beziehungen zwischen den Arbeitern und Unternehmern entstanden ist.«
Frage: »Was hat der Sozialismus bis jetzt erreicht?«
MARX: »Zwei Dinge: die Sozialisten haben bewiesen, daß der allgemeine Kampf zwischen Kapital und Arbeit überall stattfindet, kurz, sie haben seinen kosmopolitischen Charakter bewiesen. Sie haben daher versucht, eine Verständigung zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder zustande zu bringen.

Fortsetzung von S. 369
Graf Eulenburg hat in einer Reichstagsrede vom Februar 1876 diesen letzten Punkt nachdrücklichst hervorgehoben. Er sagte, die Sozialisten verlangen die Überführung der Produktionsmittel in Staatseigentum und die Verteilung und Verwendung der Produktionsergebnisse durch gemeinnützige Gesellschaften.«

[26]) Die Wirtschaftskrise von 1857 hatte in Amerika eine bis dahin unbekannte Massenarbeitslosigkeit zur Folge. Seit 1858 forderten die verschiedenen örtlichen Gewerkschaften in stets zunehmendem Maße, und meistens mit Erfolg, die Wiederherstellung der während der Krise abgebauten Löhne.

Dies wurde um so notwendiger, als die Kapitalisten stets kosmopolitischer wurden und nicht nur in Amerika, sondern auch in England, Frankreich und Deutschland ausländische Arbeitskräfte anheuerten und sie gegen die einheimischen Arbeiter benutzten. Sofort entstanden internationale Verbindungen zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder: es zeigte sich, daß der Sozialismus nicht nur ein örtliches, sondern ein internationales Problem war, das durch internationale Aktion der Arbeiter gelöst werden mußte. Die arbeitenden Klassen sind spontan in Bewegung gekommen, ohne zu wissen wohin die Bewegung sie führen werde. Die Sozialisten erfinden keine Bewegung, aber sie erklären den Arbeitern ihren Charakter und ihre Ziele.«
Frage: »Das heißt: Der Umsturz der herrschenden Gesellschaftsordnung?«

MARX: »In diesem System sind das Kapital und das Land im Besitze der Unternehmer, während die Arbeiter nur ihre bloße Arbeitskraft haben, die sie wie eine Ware verkaufen müssen. Wir behaupten, dieses System ist lediglich eine historische Phase, es wird verschwinden und einer höheren Gesellschaftsordnung Platz machen. Wir stellen überall eine Teilung der Gesellschaft [in Klassen] fest. Der Antagonismus dieser beiden Klassen geht Hand in Hand mit der Entwicklung der industriellen Hilfsquellen in den zivilisierten Ländern. Vom sozialistischen Standpunkte aus gesehen, sind bereits die Mittel vorhanden, um die gegenwärtige historische Phase revolutionär zu verändern. In vielen Ländern haben sich aus den Gewerkschaften politische Organisationen entwickelt. In Amerika ist deutlich geworden, daß man eine unabhängige Arbeiterpartei braucht. Die Arbeiter können den Politikern nicht mehr trauen. Spekulanten und Cliquen haben sich der gesetzgebenden Körperschaften bemächtigt, und die Politik ist ein Geschäft geworden. Darin steht Amerika nicht allein, aber dort ist das Volk entschlossener als in Europa. In Amerika reift alles schneller, man redet nicht um die Sache herum und nennt die Dinge beim rechten Namen.«

Frage: »Wie erklären Sie das rasche Anwachsen der sozialistischen Partei in Deutschland?«
MARX: »Die heutige sozialistische Partei ist spät entstanden. Die deutschen Sozialisten haben sich nicht mit den utopischen Systemen aufgehalten, die in Frankreich und in England einige Bedeutung erlangten. Die Deutschen neigen mehr als andere Völker zum Theoretisieren, und sie haben aus früheren Erfahrungen [anderer] praktische Schlüsse gezogen. Sie dürfen nicht vergessen, daß für Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern der moderne Kapitalismus etwas völlig Neues ist. Er stellte Fragen auf die Tagesordnung, welche in Frankreich und England schon fast vergessen waren. Die neuen politischen Kräfte, denen sich die Völker jener Länder gefügt hatten, sahen sich in Deutschland einer Arbeiterklasse gegenüber, die bereits von sozialistischen Theorien durchdrungen war. Daher konnten die Arbeiter schon fast bei der Einführung des

modernen Industrie-Systems eine unabhängige politische Partei bilden[27]). Sie hatten ihre eigenen Vertreter im Parlament. Es gab keine Oppositionspartei gegen die Regierungspolitik, und diese Rolle fiel der Arbeiterpartei zu. Es würde zu weit führen, hier die Geschichte der Partei schildern zu wollen. Aber ich darf dies sagen: die deutsche Bourgeoisie, wenn sie nicht, im Gegensatz zur amerikanischen und englischen, aus den größten Feiglingen bestünde, hätte schon längst diese Oppositionspolitik gegen die Regierung führen müssen.«

Frage: »Wieviel Lassalleaner gibt es in den Reihen der Internationalen?«

MARX: »Die Lassalleaner existieren nicht als Partei. Es gibt natürlich ein paar Gläubige bei uns, aber nur eine kleine Anzahl. Lassalle hat unsere allgemeinen Grundsätze schon vorher angewendet. Als er nach der Reaktion, die auf 1848 folgte, seine Bewegung begann, glaubte er die Arbeiterbewegung am besten wiederbeleben zu können, wenn er Arbeiter-Produktivgenossenschaften empfahl. Damit wollte er die Arbeiter zur Tätigkeit anstacheln. Er betrachtete dies als ein bloßes Mittel zum Erreichen des wirklichen Zieles der Bewegung. Ich habe Briefe in diesem Sinne von ihm[28]).«

Frage: »Dies war also gewissermaßen sein Heilsmittel[29])?«

MARX: »Genau das. Er suchte Bismarck auf und erzählte ihm, was er beabsichtige. Bismarck ermutigte damals Lassalles Bestrebungen auf alle denkbare Weise.«

Frage: »Welche Absicht hatte Bismarck dabei?«

MARX: »Er wollte die Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie ausspielen, von der die 1848er Revolution ausgegangen war.«

Frage: »Man sagt, Sie seien das Haupt und der Lenker der sozialistischen Bewegung, und in Ihrem Hause ziehen Sie alle Drähte, die zu den Organisationen, Revolutionen usw. führen. Ist das so?«

MARX: »Ich weiß. Es ist sehr abgeschmackt, hat aber eine komische Seite. Zwei Monate vor Hödels Attentat hat sich Bismarck in der *Norddeutschen Zeitung*

---

[27]) Vgl. Engels Anfang 1888 entstandene Arbeit über die »Rolle der Gewalt in der Geschichte«, in der es heißt: »Die große Industrie, und mit ihr Bourgeoisie und Proletariat, bildeten sich in Deutschland aus zu einer Zeit, wo fast gleichzeitig mit der Bourgeoisie das Proletariat die politische Bühne selbständig betreten konnte.« *(Werke* Band XXI S. 454).

[28]) Marx und Lassalle haben beide bezeugt, daß ihre brieflichen Beziehungen Ende 1862 eingeschlafen sind. In Lassalles Briefen an Marx ist von seiner oben beschriebenen taktischen Überlegung keine Rede: Lassalles Arbeiter-Agitation begann mit dem Vortrag vom 12. April 1862, der einige Monate später als »Arbeiterprogramm« zuerst gedruckt wurde, in dem aber noch keine Staatshilfe für Arbeiter-Produktivgenossenschaften gefordert wird. Diesen Programmpunkt brachte Lassalle erst in seinem vom 1. März 1863 datierten *Offnes Antwortschreiben* an die Öffentlichkeit. Er könnte die obige Erläuterung nach dem stillschweigenden Bruch mit Marx in einem Brief an einen Dritten abgegeben haben, von dem er dann zu Marx gelangt wäre.

[29]) Im englischen Text: *Nostrum.* In seiner Kritik des Gothaer Programms bezeichnet Marx die genannte Forderung als »das Heilsmittel des Propheten!«

darüber beklagt, ich stünde im Bunde mit dem Jesuitengeneral Beck, und wir seien verantwortlich dafür, daß Bismarck nichts mit der sozialistischen Bewegung anfangen könne.«

Frage: »Aber Ihre ›Internationale Gesellschaft‹ in London leitet doch die Bewegung?«

MARX: »Die Internationale hat ihren Nutzen gehabt, aber sie hat sich überlebt und es gibt sie nicht mehr. Es hat sie gegeben und sie hat die Bewegung geführt. Sie ist überflüssig geworden durch das Wachsen der sozialistischen Bewegung in den letzten Jahren. In den verschiedenen Ländern sind Zeitungen gegründet worden, die gegenseitig ausgetauscht werden. Das ist die einzige Verbindung, welche die Parteien der verschiedenen Länder miteinander unterhalten. Die Internationale war in erster Linie geschaffen worden, um die Arbeiter zusammenzubringen und ihnen zu zeigen, wie ratsam es ist, eine Organisation zwischen ihren verschiedenen Nationalitäten herzustellen. Die Interessen der einzelnen Parteien in den verschiedenen Ländern ähneln sich nicht. Jenes Gespenst der Internationale-Führer, die in London sitzen, ist reine Erfindung. Richtig ist, daß wir ausländischen Arbeiterorganisationen Vorschriften gemacht haben, als die Organisation der Internationalen fest gegründet war. So waren wir gezwungen, einige New Yorker Sektionen auszuschließen, unter anderen eine, in der Frau Woodhull sehr in den Vordergrund trat. Das war 1871. Es gibt mehrere amerikanische Politiker, die gerne ihr Geschäft mit der Bewegung machen würden. Ich will keine Namen nennen – die amerikanischen Sozialisten kennen sie sehr gut.«

Frage: »Ihren Anhängern und Ihnen, Herr Dr. Marx, werden allerhand Brandreden gegen die Religion zugeschrieben. Sie möchten natürlich gerne das ganze System mit Stumpf und Stiel ausgerottet sehen?«

MARX: Wir wissen, daß Gewaltmaßnahmen gegen die Religion unsinnig sind. Nach unserer Auffassung wird die Religion verschwinden in dem Maße wie der Sozialismus erstarkt. Die gesellschaftliche Entwicklung muß diesem Verschwinden Vorschub leisten, wobei der Erziehung eine wichtige Rolle zufällt.«

Frage: »Der Pfarrer Joseph Cook[30]) in Boston hat letztens in einer Vorlesung behauptet: Karl Marx soll gesagt haben, in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, vielleicht auch in Frankreich, sei eine Arbeits-Reform ohne blutige Revolution durchführbar, aber in Deutschland und in Rußland sowie in Italien und Österreich müßte dazu Blut vergossen werden.«

MARX: »Ich habe von Herrn Cook gehört. Er ist über den Sozialismus sehr schlecht unterrichtet. Man braucht kein Sozialist zu sein um vorauszusehen, daß

---

[30]) Der ehemalige Harvard-Schüler und Pfarrer Joseph Cook hielt seit 1873 populär-wissenschaftliche Vorlesungen in den Vereinigten Staaten, in denen er nachzuweisen suchte, daß sich die christliche Religion und die Bibel in völligem Einklange mit der Wissenschaft befinden. Er hat seine hier erwähnten Vorlesungen kurz darauf in Buchform veröffentlicht: *Labor* und *Socialismus* (Boston 1879 und 1880).

es in Rußland[31]), Deutschland, Österreich, und möglicherweise in Italien, wenn die Italiener auf dem bisherigen Wege fortschreiten, zu blutigen Revolutionen kommen wird. Die Ereignisse der Französischen Revolution könnten sich in diesen Ländern noch einmal abspielen. Das ist jedem Kenner der politischen Verhältnisse deutlich. Aber diese Revolutionen werden von der Mehrheit gemacht werden. Revolutionen werden nicht von einer Partei gemacht, sondern von der ganzen Nation.«

Frage: »Der erwähnte Geistliche hat einen Auszug aus einem Briefe zitiert, den Sie 1871 an die Pariser Kommunarden geschrieben haben sollen, und in dem es heißt: ›Jetzt sind wir höchstens 3 Millionen. Aber in zwanzig Jahren werden wir 50 oder vielleicht 100 Millionen sein. Dann wird uns die Welt gehören, denn werden sich nicht nur Paris, Lyon und Marseille gegen das verhaßte Kapital erheben, sondern auch Berlin, München, Dresden, London, Liverpool, Manchester, Brüssel, St. Petersburg und New York – kurz, die ganze Welt. Und vor diesem neuen, in der Geschichte noch nicht dagewesenen Aufstande wird die Vergangenheit wie ein abscheulicher Alpdruck verschwinden: der an hundert Stellen gleichzeitig ausbrechende Volksbrand wird sogar die Erinnerung an die Vergangenheit auslöschen.‹ Geben Sie zu, Herr Doktor, diesen Auszug geschrieben zu haben?«

MARX: »Nicht ein Wort. Ich schreibe niemals derart melodramatischen Unsinn. Ich überlege mir sehr was ich schreibe. Dies hat damals mit meiner Unterschrift im *Figaro* gestanden. Derartige Briefe wurden damals zu hunderten verbreitet. Ich habe der Londoner *Times* geschrieben und sie für Fälschungen erklärt. Wenn ich aber alles widerlegen wollte, was über mich gesagt und geschrieben worden ist, dann müßte ich zwanzig Sekretäre beschäftigen.«

Frage: »Aber Sie haben doch zugunsten der Pariser Kommune geschrieben?«

MARX: »Gewiß habe ich das getan, angesichts dessen, was in Leitartikeln über sie geschrieben wurde. Jedoch die Pariser Korrespondenzen in der englischen Presse widerlegen hinreichend die Behauptungen der Leitartikel über Plünderungen usw. Die Kommune hat nur ungefähr 60 Menschen getötet. Marschall Mac Mahon und seine Schlachterarmee haben mehr als 60 000 getötet. Niemals ist eine Bewegung derart verleumdet worden wie die Kommune.«

Frage: »Halten die Sozialisten Mord und Blutvergießen für notwendig zur Durchführung ihrer Grundsätze?«

MARX: »Keine einzige große Bewegung ist ohne Blutvergießen geboren worden. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika errangen ihre Unabhängigkeit

---

[31]) Vgl. Engels' Brief vom 21. März 1879 über das Ausnahmegesetz in Deutschland, der in der italienischen *Plebe* am 30. März 1879 gedruckt wurde: »In Rußland ist der politische Mord das einzige Mittel, das intelligente, anständige und charakterfeste Menschen haben, um sich gegen die Agenten eines unerhörten Despotismus zu verteidigen« *(Werke* Bd. XIX S. 149).

durch Blutvergießen, Napoleon hat Frankreich durch blutige Geschehen erobert, und er ist auf die gleiche Weise überwunden worden. Italien, England, Deutschland und jedes andere Land liefern weitere Beispiele derselben Art. Was den Meuchelmord betrifft, so ist er bekanntlich nichts Neues. Orsini hat versucht Napoleon umzubringen, aber die Könige haben mehr Menschen getötet als jemand anders. Die Jesuiten haben getötet, und die Puritaner unter Cromwell haben getötet. All dies geschah ehe man von Sozialisten gehört hatte. Heute macht man jedoch für jeden Attentatsversuch gegen Könige oder Staatsmänner die Sozialisten verantwortlich. Der Tod des deutschen Kaisers würde von den Sozialisten gerade jetzt besonders bedauert werden: er ist auf seinem Posten sehr nützlich, und Bismarck hat für unsere Bewegung mehr als irgendein anderer Staatsmann getan, weil er die Dinge auf die Spitze treibt[32]).«

Frage: »Was denken Sie von Bismarck?«

MARX: »Vor seinem Fall hielt man Napoleon für ein Genie – nachdem hat man ihn einen Narren gescholten. Bismarck wird es genauso ergehen. Unter dem Vorwande, Deutschland zu einigen, hat er angefangen eine Despotie zu errichten. Worauf er hinaus will, ist jedem klar. Seine neueste Handlung ist nur ein verkappter Staatsstreich – er wird aber mißlingen. Die deutschen und französischen Sozialisten haben gegen den Krieg von 1870 als einen rein dynastischen Krieg protestiert. In ihren Manifesten haben sie dem deutschen Volke vorausgesagt, wenn es die Umwandlung des angeblichen Verteidigungskrieges in einen Eroberungskrieg zuließe, werde es mit der Errichtung einer Militärdespotie und mit rücksichtsloser Unterdrückung der werktätigen Massen bestraft werden. Die Sozialdemokratische Partei in Deutschland hat damals Versammlungen abgehalten und Manifeste veröffentlicht, in denen sie für einen ehrenvollen Frieden mit Frankreich eintrat. Sie wurde sofort von der preußischen Regierung verfolgt, und viele ihrer Führer wurden eingekerkert. Trotzdem wagten ihre Abgeordneten es, und sie allein, sehr heftig im Deutschen Reichstage gegen die gewaltsame Annektierung französischer Provinzen zu protestieren. Bismarck setzte jedoch seine Politik mit Gewalt durch, und die Leute sprachen von dem Genie Bismarck. Der Krieg war zu Ende, und als er keine neuen Eroberungen mehr machen konnte sondern originelle Ideen hervorbringen sollte, hat Bismarck kläglich versagt[33]). Das Volk hat seinen Glauben an ihn verloren

---

[32]) Vgl. Engels über Bismarcks Blut- und Eisenpolitik in dem Artikel *Offiziöses Kriegsgeheul*, den der *Volksstaat* am 23. April 1875 veröffentlichte: »Nur zu, uns kann es ganz recht sein, daß das System bis auf die äußerste Spitze getrieben wird [...] nur von innen, durch seine eignen notwendigen Konsequenzen, kann das System endgültig gebrochen werden. Und je mehr es übertrieben wird, desto eher muß es zusammenbrechen« *(Werke* Bd. XVIII, S. 583).

[33]) In Engels' in Anm. 27 zitierter Arbeit aus 1888 heißt es über Bismarck ganz ähnlich, im Hinblick auf seine politische Aufgabe nach dem siegreichen Krieg von 1870/71: »Jetzt kam

Fortsetzung S. 376

und seine Popularität ist auf die Neige gegangen. Er braucht Geld, und der Staat braucht Geld. Mit einer Schein-Verfassung hat er dem Volk Steuern für seine Militär- und Einigungs-Pläne auferlegt bis es nicht mehr länger geht, und da versucht er es jetzt ohne jegliche Verfassung. Um weiterhin schröpfen zu können, wie er will, hat er das Gespenst des Sozialismus heraufbeschworen und tut[34]) er alles was in seiner Macht steht, um einen Volksaufstand hervorzurufen.«

Frage: »Erhalten Sie regelmäßig Berichte aus Berlin?«

MARX: »Ja, ich werde von meinen Freunden sehr gut unterrichtet. Berlin ist durchaus ruhig, und Bismarck ist enttäuscht. Er hat 48 führende Männer ausgewiesen, darunter die Abgeordneten Hasselmann und Fritzsche sowie Rackow, Baumann und Auer von der *Freien Presse*[35]). Diese Männer haben die Berliner Arbeiter zur Ruhe ermahnt, und Bismarck wußte das. Er wußte ebenfalls, daß in Berlin 75 000 Arbeiter dem Verhungern nahe sind. Er rechnete zuversichtlich darauf, daß es nach der Entfernung der Führer zu Krawallen kommen würde, die ihm das Zeichen zu einem Blutbad geben würden[36]). Dann hätte er dem ganzen Deutschen Kaiserreiche die Daumenschrauben ansetzen und seiner geliebten Blut- und Eisenpolitik freien Lauf lassen können, und der Steuereintreibung würden keine Grenzen mehr gesetzt sein. Bis jetzt sind noch keine Unruhen vorgekommen und Bismarck muß zu seiner Bestürzung feststellen, daß er sich vor allen Staatsmännern blamiert hat.« H.

Fortsetzung von S. 375

es darauf an, was er mit dieser Macht anzufangen wisse [. . .] so galt es jetzt eigne Pläne zu machen, zu zeigen, welche Ideen sein eigner Kopf zu produzieren fähig war.« Und weiter, nach einer eingehenden Analyse der Bismarckschen Innenpolitik: »Die Kleinlichkeit der Auffassung, die Niedrigkeit des Standpunktes [. . .] entspricht ganz dem Charakter des Mannes [. . .] Dennoch dürfen wir uns wundern, daß seine großen Erfolge ihn nicht wenigstens für einen Augenblick über ihn selbst hinauszuheben vermochten« *(Werke* Bd. XXI, S. 494 und 456).

34) Der von hier ab folgende Textteil ist in leicht abgeänderter Form im *Socialist*, Chicago, 11. Januar 1879, Jahrg. I, no. 18 abgedruckt worden unter der Überschrift *Karl Marx Well-Informed*. Diesen englischen Text hat Obermann mit einer deutschen Übersetzung neuveröffentlicht auf S. 66 seines in Anm. 1 genannten Artikels.

35) Es wurden nicht 48 sondern insgesamt »67 unserer bekanntesten Parteigenossen [. . .] ausgewiesen«, von denen »die meisten binnen [. . .] 48 Stunden die Stadt verlassen mußten« (Bebel *Aus meinem Leben.* Stuttg. 1914 Bd. III S. 24). Der Korrespondent, oder Marx, hat die beiden Zahlen verwechselt. Die Erwähnung der Ausweisungen erlaubt es, als Datum des letzten Gesprächs die erste Dezemberwoche 1878 anzunehmen: Die Postbeförderung von London nach Chicago dauerte damals etwa drei Wochen.

36) Vgl. den fast gleichzeitigen Brief von Engels an J. Ph. Becker, vom 12. Dezember 1878, in dem es heißt: »Anarchistische und Dühringsche Klüngelei, rechnet Bismarck, sollen den Zusammenhang unserer Leute lockern und das herbeiführen, wonach er sich vor allem sehnt – einen *Putschversuch,* damit er *schießen* kann.«

Hans Pelger

Zur sozialdemokratischen Bewegung in der Rheinprovinz vor dem Sozialistengesetz

Mit den folgenden Berichten über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung antworteten die Regierungspräsidenten zu Aachen, Köln, Trier, Koblenz und Düsseldorf auf einem Erlaß des Innenministers vom 1. Juni 1878. Die Berichte stammen aus dem Staatsarchiv Koblenz, Bestand 403, 6825; Bl. 142–144, 185; Bl. 152–154; Bl. 157–165; Bl. 176 bis 183; Bl. 201–214. Die ergänzenden Angaben über die christlichsoziale Bewegung befinden sich am gleichen Ort, Bl. 253–256 und Bl. 265.

Abschrift Aachen, den 10. Juli 1878

Kgl. Regierungspräsidium

Pr. Nr. 1163 1174

Betrifft die Maßnahme gegen die sozialdemokratische Bewegung.

Reskript vom 1. Juni d. J. II 4909

Ew. Exzellenz berichte ich ganz gehorsamst, daß die Sozialdemokratie im hiesigen Regierungsbezirk bisher nirgend Boden gewonnen hat und daß dies auch, wie die Verhältnisse hier liegen und solange dieselben sich nicht wesentlich ändern, für die Folge nicht zu erwarten ist.

Vor mehreren Jahren (im Jahre 1869 und den darauf folgenden Jahren) haben sozialdemokratische Agitatoren versucht, in Aachen-Burtscheid und in den Fabrik- und Bergwerksdistrikten von Eschweiler und Stolberg die Arbeiterbevölkerung für ihre Ideen zu gewinnen und Arbeiter-Gewerbsgenossenschaften zu gründen.

Diese Versuche sind aber gänzlich fehlgeschlagen, und schon seit Jahren ist von irgend einer Erneuerung derselben nichts bemerkt worden.

Die Arbeiterbevölkerung steht hier durchweg unter dem ausschließlichen Einfluß der katholischen Geistlichkeit, welche die sozialdemokratischen Bestrebungen stets bekämpft hat und dies, wie sicher angenommen werden kann, auch ferner tun wird. Auch von Geistlichen, welche in dem kirchlichen-politischen Kampfe der Staatsregierung in der schroffesten Weise gegenüberstehen, sind nach den Attentaten vom 11. Mai und 2. Juni Dankgottesdienste für die Erhaltung des

Lebens Seiner Majestät des Kaisers und Königs abgehalten worden. Ein anderes Moment, welches die Sozialdemokratie hier keinen geeigneten Boden finden läßt, ist der Umstand, daß in den ländlichen Fabrik- und Bergwerksdistrikten die Arbeiterstämme zum großen, vielfach zum weit überwiegenden Teil nicht aus losen Leuten, sondern aus kleinen ländlichen Besitzern bestehen, deren bäuerliche Besitzungen, bei der hier bestehenden großen Zersplitterung des Grundbesitzes zu klein sind, um eine Familie allein von dem landwirtschaftlichen Betriebe auskömmlich zu ernähren und die deshalb, vermöge der vorhandenen Eisenbahnverbindungen auf weite Entfernungen hin, die in den Fabriken und Bergwerken sich darbietende Gelegenheit zu lohnendem Arbeitsverdienst aufsuchen.
Gleichwohl sind alle Polizeibehörden und deren Organe im Sinne des hohen Erlasses vom 1. vorigen Monats mit Instruktion versehen und zu unausgesetzter Wachsamkeit auf alle etwaigen Versuche, Versammlungen abzuhalten oder Preßerzeugnisse sozialdemokratischer Tendenz zu verbreiten, sowie zu unverzüglichem Einschreiten gegen etwaige Ausschreitungen angewiesen worden.
Nicht minder habe ich die Landräte beauftragt, in persönlicher Kommunikation mit den industriellen Arbeitgebern denselben die Gefahren, welche ihnen von der sozialdemokratischen Bewegung drohen, zur Erkenntnis zu bringen und dieselben anzuregen, auch ihrerseits alles zu tun, um von ihren Arbeitern sozialdemokratische Elemente fernzuhalten resp. dieselben zu entfernen. Ich selbst nehme persönlich jede Gelegenheit wahr, um in gleichem Sinne anregend zu wirken. Ich bin überall neben dem tiefsten Abscheu gegen die neuesten schreckenerregenden Ausgeburten der sozialdemokratischen Lehren der vollen Bereitwilligkeit und dem festen Entschluß begegnet, die Bestrebungen der Sozialdemokratie im Verein mit der Staatsregierung zu bekämpfen, in dem Sinne, wie es in der Versammlung Industrieller und Gewerbetreibender Rheinlands und Westfalens am 24. vorigen Monats in Düsseldorf beschlossen worden ist. Ich nehme an, daß die Beschlüsse dieser Versammlung bereits anderweit zu Ew. Exzellenz Kenntnis gebracht worden sind.

Nicht unerwähnt will ich lassen, daß für Aachen und Burtscheid ein christlich-sozialer Arbeiterverein zum heiligen Paulus unter der Leitung von katholischen Geistlichen besteht. Derselbe hat mit den Sozialdemokraten gemein, daß er den Gegensatz der Arbeiter gegen die besitzenden Klassen predigt. Er unterscheidet sich von denselben dadurch, daß er durchaus auf dem Boden der katholischen Religion steht. Dieser Verein hat die in früheren Jahren gemachten Versuche sozialdemokratischer Agitatoren, hier Boden zu gewinnen, entschieden und erfolgreich bekämpft und desavouiert auch heute auf das entschiedenste die Sozialdemokratie. Bei den letzten Reichstagswahlen hat die in diesem Verein repräsentierte Partei den Versuch gemacht, einen eigenen Kandidaten in der Person eines Kaplans Laaf aus Essen durchzubringen.

Derselbe hat es bei der nötig gewordenen engeren Wahl auf 4114 Stimmen gebracht gegen 4192 Stimmen, mit welchen der Kandidat des Zentrums siegte.
Man nimmt aber hier allgemein an, daß der Kaplan Laaf, wenn er gewählt worden wäre, im Reichstage doch dem Zentrum beigetreten sein würde.
Für die bevorstehenden Wahlen glaubt man, daß diese Partei lediglich für den Kandidaten des Zentrums stimmen wird. Die Tendenz der Begründer und Leiter dieses Vereins geht wohl im wesentlichen dahin, durch diese Vereinsbildung die Arbeiter, namentlich für die Wahlen, unter dem unbedingten Einfluß der Geistlichkeit zu halten und dieselbe dem Einfluß der Fabrikherren zu entziehen, deren viele teils Akatholiken, teils Katholiken mehr liberaler Richtung sind.
Ein ähnlicher Verein besteht in Malmedy. Wenn auch diese Vereine dadurch, daß sie den Neid der besitzlosen gegen die besitzenden Klassen rege machen, eine Saat ausstreuen, die unter Umständen gefährlich werden kann, und wenn deshalb auch die Behörden auf das Tun und Treiben dieser Vereine unausgesetzt ein wachsames Auge haben werden, so halte ich doch dafür, daß zur Zeit keine Veranlassung vorliegt, gegen dieselben mit gleichen oder ähnlichen Maßregeln vorzugehen wie gegen die Sozialdemokraten.

Der Regierungspräsident
(gez.) Hoffmann

An den kgl. Staats- und Minister des Inneren,
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

Abschrift

Aachen, den 18. Juli 1878

Kgl. Regierungspräsidium
Pr. Nr. 1252
Betrifft den Stand der sozialdemokratischen Bewegung.
Ew. Exzellenz habe ich, in Erwägung meines Berichts vom 10. dieses Monats, ganz gehorsamst zu berichten, daß ich durch eine hier kürzlich abgehaltene Wahlversammlung Kenntnis davon erhalten habe, daß – was der Polizeipräsident in seinem bezüglich an mich erstatteten Berichte anzuführen unterlassen hatte – am hiesigen Orte doch eine sozialdemokratische Vereinigung noch besteht.
Ich habe über dieselbe nähere Erkundigungen eingezogen und gestatte mir auszugsweise Abschrift des Berichts, welchen der Polizeipräsident mir unter dem gestrigen Tage erstattet hat, zur hochgeneigten Kenntnisnahme ganz gehorsamst zu überreichen.
Irgendeine größere Bedeutung hat dieser Verein nicht, wie schon die geringe Mitgliederzahl ergibt, und es ist erfreulich, daß unter dem Eindruck der Erkenntnis von den schrecklichen Früchten, welche die sozialdemokratischen Lehren tragen, die Mitgliederzahl nahezu um die Hälfte zurückgegangen ist.

Der Regierungspräsident
(gez.) Hoffmann

An den kgl. Staats- und Minister des Inneren,
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

Abschrift Köln, den 12. Juli 1878

Kgl. Regierung Köln
Betrifft die sozialdemokratische Bewegung im hiesigen Regierungsbezirk.

ad rescr. vom 1. v. Mts. II 4909

Der Anordnung in Ew. Exzellenz hohem Erlasse vom 1. vorigen Monats entsprechend sind die Landräte des Bezirks und durch dieselben die Bürgermeister mit der erforderlichen Weisung versehen und zum Berichte über den gegenwärtigen Stand der sozialdemokratischen Bewegung aufgefordert worden. Diese Berichte sind jetzt sämtlich eingegangen und ergeben, daß in den Kreisen Bonn, Euskirchen, Gummersbach, Rheinbach, Sieg, Waldbröl und Wipperfürth bisher eine sozialdemokratische Bewegung oder Agitation nicht wahrnehmbar gewesen oder wo sie versucht worden, ohne jeden Erfolg geblieben ist. Die Zahl der in diesen Kreisen vorhandenen Sozialdemokraten ist eine ganz geringe, und die übrigen Kreisbewohner stehen der sozialdemokratischen Partei feindlich gegenüber. Die Angehörigen der letzteren sind meistens verkommene Subjekte, welche keinen Einfluß auf die übrigen Einwohner auszuüben vermögen.
Auch in dem fast nur Ackerbau treibenden Kreise Bergheim ist eine sozialdemokratische Bewegung oder Agitation bisher nicht hervorgetreten, doch existieren in dem Dorfe Fliesteden etwa 11 Personen, meistens sehr dürftige Tagelöhner, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen.
Sie halten in mehreren Exemplaren das hier erscheinende Wochenblatt: »Kölner Freie Presse« und kommen dann und wann bei dem einen oder anderen ihrer Parteigenossen zusammen. Der Bürgermeister ist durch den Kreislandrat angewiesen worden, diese Personen und ihre Zusammenkünfte genau zu beobachten; er hat auch bei den Hauptpersonen Haussuchungen vorgenommen, sozialdemokratische Druckschriften saisiert und dem Oberprokurator Anzeige gemacht.
Im Kreise Mülheim beläuft sich die Zahl der Sozialdemokraten auf etwa 600, welche mit Ausnahme von etwa 45 in verschiedenen Bürgermeistereien wohnenden, sämtlich der industriereichen Stadt Mülheim angehören. In derselben existierten bis vor kurzem drei sozialdemokratische Vereine mit etwa 150 Mitgliedern. Diese Vereine sind einer scharfen Kontrolle unterworfen worden, und es haben Haussuchungen bei den Vorständen stattgefunden, in deren Folge ein Verein gerichtlich geschlossen worden ist, gegen einen zweiten die gerichtliche Untersuchung schwebt und der dritte sich aufgelöst hat. Es hat sich inzwischen in Mülheim ein Verein von Arbeitgebern und Fabrikbesitzern gebildet, dessen Mitglieder sich verpflichtet haben, Arbeiter, welche sich zur sozialdemokratischen Partei halten und der Verbindung mit derselben auf Erfordern nicht entsagen, aus der Arbeit zu entlassen.
Im Landkreise Köln existieren in drei Bürgermeistereien gar keine Sozialdemo-

kraten, während in fünf anderen zwar Versuche gemacht worden sind, durch Abhalten von Versammlungen und dergleichen Anhänger zu werben, jedoch ohne Erfolge von irgendeiner Bedeutung zu erzielen.
In den Bürgermeistereien Efferen und Rondorf existieren Sozialdemokraten in größerer Zahl – bei der letzten Reichstagswahl wurden 72 resp. 54 Stimmen für Bebel abgegeben.
Doch ist auch in diesen Bürgermeistereien eine Agitation oder Bewegung nicht bemerkbar gewesen. Dagegen existieren in der Stadt Deutz und in den Vororten von Köln: Ehrenfeld, Nippes und Kalk verschiedene sozialdemokratische Vereine und Genossenschaften, deren Mitglieder häufig Versammlungen abhalten. Die letzteren werden streng überwacht, haben indessen zu erheblichen Ausstellungen resp. Einschreiten bisher keine Veranlassung gegeben. Die Agitation wird hauptsächlich durch geschickte Kolportage sozialistischer Broschüren und Zeitungen betrieben. Auch in den vorgenannten Orten haben sich Vereine von Arbeitgebern und Fabrikbesitzern zu dem Zwecke gebildet, sozialdemokratischen Arbeitern die Arbeit zu entziehen. Der Landrat klagt darüber, daß die Rheinische Eisenbahngesellschaft, deren Hauptwerkstätte in Nippes belegen ist und eine sehr große Anzahl von Arbeitern beschäftigt, bisher in keiner Weise gegen die Agitation der Sozialdemokratie eingeschritten sei; ich werde deshalb Veranlassung nehmen, die Direktion zu einem entsprechenden Vorgehen aufzufordern. Der Landrat ist übrigens angewiesen worden, gegen die Vereine und Genossenschaften, sobald sich dazu Gelegenheit bietet, mit Entschiedenheit vorzugehen.
In der Stadt Köln endlich ist der Hauptsitz der sozialdemokratischen Bewegung für den hiesigen Bezirk.
Der Polizeipräsident von König hat derselben die eingehendste Beaufsichtigung zuteil werden lassen. Von demselben ist mir eine Nachweisung über den Stand der Bewegung und der gegen dieselbe ergriffenen Maßregel vorgelegt worden, von welcher ich mir Abschrift hierbei zu überreichen erlaube. Die Übersicht ergibt, daß gegen sämtliche hier hervorgetretenen Vereine polizeilich und gerichtlich eingeschritten worden ist, mit Ausnahme der sub 10 und 11 aufgeführten, in Bezug auf welche indessen auch schon Verhandlungen eingeleitet worden sind.
Schließlich glaube ich die Überzeugung aussprechen zu können, daß im hiesigen Bezirke die Sozialdemokratie bisher noch keine verhältnismäßig bedeutende Verbreitung gefunden hat und daß die örtlichen Verhältnisse eine solche einstweilen auch nicht begünstigen.
Die bevorstehende Reichstagswahl wird dartun, ob die Anhänger der Sozialdemokratie an Zahl zu- oder abgenommen haben.

Der Regierungspräsident
(gez.) von Bernuth

An den kgl. Staats- und Minister des Inneren,
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

Abschrift Trier, den 15. Juli 1878

Regierungspräsidium
Betrifft die sozialdemokratische Bewegung.

Zum hohen Erlaß vom 1. Juni d. J. II 4909

In dem diesseitigen Regierungsbezirke hat die sozialdemokratische Bewegung bisher im allgemeinen keinen Boden gefunden. Nur in dem Industriebezirke der Saar zeigten sich vor den letzten Reichstagswahlen (Januar 1877) Spuren geheimer Agitation, die zur Folge hatten, daß 324 Stimmen für einen sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben wurden. Diese Agitation wuchs allmählich und kam im Juni und Juli vorigen Jahres im Kreise Saarbrücken zum offenen Ausbruch in einer Reihe von Volksversammlungen und in der Herausgabe eines sozialdemokratischen Blattes.
Ew. Exzellenz ist aus den Berichten der hiesigen königlichen Regierung vom 27. Juli vorigen Jahres, aus einem Berichte vom 29. Juli vorigen Jahres sowie aus meinen Zeitungsberichten vom 25. Juli und 24. Oktober vorigen Jahres bekannt, wie diese Bewegung durch das energische Einschreiten der Behörden und die vereinte Tätigkeit der größeren Arbeitgeber sowie durch die strengen Strafen der Gerichte in verhältnismäßig kurzer Zeit zum Stillstand gebracht worden ist, so daß Versammlungen und äußerlich wahrnehmbare Agitationen seitdem nicht mehr stattfanden.
Gleichwohl nahm ich Veranlassung, die Aufmerksamkeit aller Landräte durch die in einem Exemplare ganz gehorsamst beigeschlossenen Verfügung vom 3. August vorigen Jahres auf diesen Gegenstand zu lenken und ihnen eine sorgfältige Beobachtung aller Erscheinungen auf diesem Gebiete anzuempfehlen.
Anzeigen über besondere Vorkommnisse sind mir hierauf nicht zugegangen.
In Ausführung Ew. Exzellenz hohen Erlasses vom 1. Juni dieses Jahres habe ich die Landräte durch die gleichfalls ehrerbietigst beigefügte Verfügung vom 11. vorigen Monats wiederholt zu strenger Handhabung der Gesetze und zu anregender Tätigkeit behufs Bekämpfung der Sozialdemokratie aufgefordert.
Abgesehen von den nötigen polizeilichen Maßregeln, die noch durch eine Verfügung der Regierung zur Verschärfung der Kontrolle über die Landstreicher und sonstigen legitimationslos umherstreichenden Individuen erwägt worden sind, hielt ich besonders eine Einwirkung auf die Arbeitgeber zur Herbeiführung sorgfältiger Beobachtung und pfleglicher Behandlung der Arbeiter wie zur gemeinsamen Abwehr der drohenden Gefahr für geboten.
Im übrigen ließ die aus Anlaß des zweiten Attentats auf Seine Majestät eingetretene allgemeine Bewegung zur Abwehr der Folgen sozialdemokratischer Lehre und Agitation sehr bald erkennen, daß es zunächst kaum einer amtlichen Einwirkung bedürfe, um die bestehenden Gesetze zur strengen Anwendung zu

bringen und die bürgerlichen Elemente zur Selbsthilfe gegen den Feind anzutreiben.
Die von den Landräten neuerdings mir erstatteten Berichte, die auch mit meinen sonstigen Wahrnehmungen übereinstimmen, ergeben erfreulicherweise, daß auch jetzt in allen Kreisen, mit einziger Ausnahme des Kreises Saarbrücken, eine Verbreitung sozialdemokratischer Lehren oder eine Agitation in diesem Sinne in irgend erheblichem Umfange nicht zutage getreten ist.
Die wenigen Zigarrenarbeiter in Ottweiler, die sich den sozialdemokratischen Bestrebungen angeschlossen hatten, haben nach ernster Verwarnung aus freier Entscheidung die Erklärung abgegeben, sich künftig von jeder Gemeinschaft mit dieser Umsturzpartei fernhalten zu können.
Auch bei einem Teile der Zigarrenfabrikarbeiter in Bernkastel und selbst bei Weinbergarbeitern daselbst haben sozialdemokratische Lehren Eingang gefunden. Ohne Führer und Organisation sind dieselben aber bisher kaum als bewußte Anhänger der Partei zu betrachten.
Ebenso sind in den Kreisen Saarlouis und Merzig vereinzelte Anstrengungen von Arbeitern vorgekommen, die auf eine gewisse Infektion von dem sozialdemokratischen Gifte deuten, größere Dimensionen aber noch nicht angenommen haben.
In der Stadt Trier sind bisher irgendwelche Spuren sozialdemokratischer Bewegung nicht zutage getreten. Der einzige, der es bis jetzt hier nachweislich versucht hat, sozialdemokratische Tendenzen von außen her hier zu importieren, war der berüchtigte Klempnergeselle Hödel, der einige Wochen vor dem Attentat auf Seine Majestät am 31. März dieses Jahres hier durchreiste und in einem Wirtshause vor anwesenden Bürgern in sozialdemokratischem Sinne sich äußerte. Letztere haben sich hierbei sehr richtig und patriotisch benommen.
Von der weiten Verbreitung schlechter, unpatriotischer Gesinnung geben allerdings die vielfachen Untersuchungen Zeugnis, die in vielen Kreisen wegen Majestätsbeleidigung haben eingeleitet werden müssen. An dieser unpatriotischen Gesinnung trägt im hiesigen Bezirke in erster Linie der Kulturkampf und die geradezu nichtswürdige, jedes patriotische Gefühl planmäßig unterdrückende Haltung der meisten klerikalen Blätter bei. Abgesehen davon, daß diese letzteren die Autorität des Staates und der Behörden und die Liebe für König und Vaterland systematisch untergraben, fördern sie auch sozialdemokratische Zwecke dadurch, daß sie mit Vorliebe Artikel aus sozialdemokratischen Blättern abdrucken. Als ein Beispiel lege ich ein Exemplar der in Bernkastel erscheinenden, von dem Kaplan Eberhard geleiteten »Mosella« bei. Was nun den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in Saarbrücken anbetrifft, so ist auch hier jede offene Agitation seit dem Juli vorigen Jahres unterdrückt geblieben und eine Gefahr für die nächste Zeit nicht mehr vorhanden. Ich gestatte mir, aus dem bezüglichen Berichte des sehr umsichtigen Landrats von Geldern einige Stellen hier wörtlich einzuschalten.

»Es ist nicht anzunehmen, daß die in vorigem Jahre hier aufgetretene sozialdemokratische Bewegung inzwischen Fortschritte gemacht hat. Ein offenes Hervortreten dieser Partei ist nicht wieder vorgekommen und m. E. auch für jetzt nicht zu besorgen. Doch sind und bleiben die sozialdemokratischen Ideen soweit unter großen Gruppen der Arbeiter und der kleinen Handwerker verbreitet, haben dieselben in dem Maße ihren verführerischen Reiz für eine große Anzahl von Menschen behalten, daß bei einer allgemeinen Erhebung der Sozialdemokratie es auch hier nicht an offenen Anhängern derselben in großer Anzahl, und zwar nach meiner Schätzung zum mindesten bis zu dem zehnten Teil der betreffenden Arbeiterbevölkerung, fehlen würde. Von dem Vorhandensein solchen Zündstoffes geben auch die strafbaren Ausbrüche einzelner verbissener Parteigänger infolge der durch die Attentate auf Seine Majestät den König und Kaiser entstandenen allgemeinen Erregungen ein trauriges Zeugnis. Nicht weniger als zehn Personen sind im Laufe des vergangenen Monats wegen Majestätsbeleidigung und ähnlicher Vergehen zur Untersuchung gezogen worden.
Bei der Untersuchung gegen den Uhrmacher Metzger sind auch Korrespondenzen mit Beschlag gelegt worden, welche eine fortgesetzte Verbindung der hiesigen Agitatoren mit der Zentralleitung der Sozialdemokratie dartun.
Die Mittel, deren sich die Agitation zur Verbreitung beziehungsweise zur Erhaltung der sozialdemokratischen Ideen bediente, sind die Presse und Kolportagen.
In großen Mengen gelangen sozialdemokratische Zeitungen und Druckschriften fortgesetzt zur Verteilung unter die Arbeiter, weil es eine wirksame Abwehr gegen diese methodische Vergiftung des Volkes nach Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung nicht gibt. Die Verbreitung geschieht heimlich von Hand zu Hand; weder in Wirtshäusern noch in den der Revision zugänglichen Waren der Händler werden solche Schriften sich finden lassen. Und doch vollzieht sich der Umsatz, ohne daß der Agitator nur mit dem zu verführenden Arbeiter in Berührung käme. In dieser Beziehung sind daher auch für den hiesigen Kreis die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen durchaus unzureichend, soll der weiteren Ausdehnung der Sozialdemokratie mit Erfolg entgegengetreten werden.
Ein striktes Verbot der sozialdemokratischen Preßerzeugnisse ist erforderlich, wogegen bloße Beschränkungen, wie z. B. eine Entziehung des Postdebits und eine weitere Aufsicht über die Kolporteure, bei der ausgebildeten Organisation der Partei nur zu neuen Umgehungen des Gesetzes und auf neue heimliche Schleichwege führen würden, um die Demoralisation um so sicherer weiterzutragen. Während sonach auf diesem Gebiete sich die Polizei ziemlich ohnmächtig erweist, scheint es in anderen Beziehungen einer Verschärfung der vor einem Jahre angeordneten Repressivmaßregeln nicht zu bedürfen. Eine Verschärfung der Aufsicht ist nur insofern eingetreten, als nach der Verfügung der königlichen Regierung in Trier vom 13. Juni 1878 I. B 6899 fortan auch in Privatzirkeln stattfindende Sammlungen für sozialdemokratische Zwecke als strafbar zu ver-

folgen sein werden. Im übrigen haben die Polizeibehörden sich nicht auf das bloße Entgegentreten gegen Ausschreitungen beschränkt, sondern es sind gegen die Agitatoren und deren Organe alle diejenigen Maßregeln angewendet worden, welche gegenüber gemeingefährlichen und der öffentlichen Verachtung anheimfallenden Subjekten am Platze sind. Dieser Behandlungsweise ist es in Verbindung mit der Strenge der Richtersprüche zuzuschreiben, daß die Mehrzahl der Agitatoren hier bald wieder das Feld geräumt haben und daß erst wieder vor wenigen Tagen zwei sehr rührige Sozialdemokraten, der aus der gerichtlichen Untersuchungshaft entlassene Bäcker Pabst aus Saarbrücken und der Buchbinder Jacobs aus Saarbrücken, nach Belgien übergesiedelt sind. Von dem vor einem Jahre aufgehobenen, aus etwa zehn Mitgliedern bestehenden sozialdemokratischen Vereine, dem sogenannten Preßkomitee, sind daher zur Zeit nur noch drei Personen im Kreise, und auswärtige Agitatoren haben sich seit dem Herbste hier nicht wieder blicken lassen.

Ein solches Vorgehen der Behörden ist aber nur möglich gewesen, weil der gesunde und loyale Sinn der Bevölkerung in allen Schichten derselben in Übereinstimmung mit den Behörden die Sozialdemokratie von Anfang an als eine verbrecherische Genossenschaft behandelt wissen wollte und die Behörden zu diesem Zwecke unterstützte, während dieselbe in anderen Teilen des Staates von der öffentlichen Meinung noch als eine mehr oder weniger berechtigte politische Parteibildung betrachtet wurde.

Die Situation der hiesigen Behörden war hiernach im Saargebiete der Sozialdemokratie gegenüber von Beginn der Agitation an eine weit günstigere als anderwärts, wie solches bei Beurteilung der Erfolge nicht übersehen werden darf. Gegenwärtig, wo der Kampf mit der Sozialdemokratie allerwärts aufgenommen worden ist, haben die Polizeibeamten noch leichtes Spiel, so daß jetzt neues Anspornen derselben kaum nötig sein dürfte. Ohnehin sind dieselben nicht aus der Übung gekommen, da ja, wie bereits angeführt, der zu bekämpfende Feind nach wie vor vorhanden ist; obschon derselbe sich nicht offen zeigt, so nimmt dessen Rührigkeit im geheimen doch keinesfalls ab, so daß es noch nicht an der Zeit ist, sich in Sicherheit zu wiegen und in der Wachsamkeit nachzulassen. Aus diesem Grunde ist es auch anzuerkennen, daß die Arbeitgeber fortfahren, die gegen die Sozialdemokratie geschlossenen Vereinbarungen zu befestigen und weiter auszudehnen. Allerdings handelt es sich nunmehr erfreulicherweise nicht mehr um die Bekämpfung offener Agitationen, dagegen gibt es noch viel Arbeit, um die einmal eingedrungenen unklaren Vorstellungen von dem Beglückungssystem der Sozialdemokratie sowie die durch die schlechten Zeiten gesteigerten Mißstimmungen wieder zu beseitigen und deren Ausbreitung auf weitere Kreise vorzubeugen.

Die Mehrzahl der Arbeitgeber, insbesondere die königlichen Bergbeamten, sind in dieser Beziehung über die Stimmung ihrer Arbeiter sowie über die einzelnen verdächtigen Persönlichkeiten vollständig orientiert, so daß dieselben hierbei

der Unterstützung der Polizeiorgane nicht bedürfen. Dagegen gibt es immer noch einige, welche sich mit der Niederhaltung der offenen Agitation begnügen und sonst nichts Verdächtiges zu entdecken vermögen oder wünschen; hier bleibt es Aufgabe der Polizeiorgane, auch auf die Gefahr hin, sich unbeliebt zu machen, nicht zurückhaltend zu sein mit der Mitteilung ihrer Wahrnehmungen, wobei allerdings in der Form sich Vorsicht empfiehlt. Was die Vereinigung der Handwerksmeister und kleineren Gewerbetreibenden zur gemeinsamen Aktion gegen die Sozialdemokratie anbelangt, so waren derartige Organisationen bis jetzt nicht erforderlich, um die Ausstoßung der Sozialdemokraten aus diesen Kreisen herbeizuführen und solche abschreckend wirken zu lassen. Solches geschah ohne ausdrückliche Verabredungen, welche in dem gegenwärtigen Augenblicke der allgemeinen Erregung gegen die verbrecherische Partei noch weniger Bedürfnis sind.

Dagegen erscheint es im Hinblick auf die Unsicherheit und den Wankelmut in allen politischen Anschauungen bei der großen Menge einer- wie andererseits bei der Zähigkeit, mit welcher die Sozialdemokratie ihre Ziele verfolgt, allerdings wünschenswert, die Organisation der größeren Arbeitgeber auf weitere Kreise auszudehnen.

Die Sache wird meinerseits zu fördern versucht werden, sobald als die derzeitige Erregung, welche die bevorstehenden Wahlen im Gefolge haben, sich gelegt haben wird.

In betreff der Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter ist in der letzten Zeit kein Fortschritt wahrnehmbar gewesen. Die Ursache hiervon ist in der mißlichen Lage der Industrie und in dem Rückgang des Wohlstandes der Gewerbetreibenden zu sehen. Ebensowenig ist aus gleichem Grunde etwas zur besseren Regelung der Beziehungen der Arbeiter zu den Arbeitgebern durch Fabrikordnungen usw. geschehen. Der Erlaß solcher Vorschriften, welche Zucht und Disziplin unter den Arbeitern befestigen sollen, erregt bei schlechtem Verdienst und ohne Gewährung neuer materieller Vorteile an die Arbeiter leicht Mißvergnügen, welches von jedem vorsorglichen Arbeitgeber gern vermieden wird. Auch bei der königlichen Eisenbahnverwaltung ist bis jetzt alles auf dem alten Fuße geblieben mit Ausnahme des erfreulichen Umstandes, daß die Unterstützungsgesuche verunglückter Arbeiter zur Zeit eine wohlwollendere Berücksichtigung als früher finden. Es fehlt bei dieser Verwaltung offenbar in gleichem Maße an den Mitteln wie an dem richtigen Verständnis für Verbesserung zum Wohl der Arbeiter; denn die leitenden Beamten sehen gar nicht das Bedürfnis, sondern erachten die bestehenden Einrichtungen für vollständig ausreichend.«

Abschrift eines bei einem Sozialdemokraten in Burbach mit Beschlag belegten Briefes lege ich ganz gehorsamst bei. Es geht aus demselben hervor, wie gut die Verteilung der Druckschriften über den ganzen Kreis organisiert ist; daß man solchen Zuständen gegenüber mit Palliativmitteln nicht auskommt, darin dürfte dem Landrate zuzustimmen sein.

Immerhin ist es sehr erfreulich, daß es im großen und ganzen bisher gelungen ist, die sozialdemokratische Bewegung von dem weitaus größten Teil der sehr erheblichen Arbeiterbevölkerung des Saargebietes fernzuhalten. Ein Hauptverdienst hieran gebührt den größeren Arbeitgebern selbst.
Die alsbald nach dem ersten Ausbruch der offenen Agitation getroffenen Verabredungen der größeren Firmen, welche in dem hier wieder angeschlossenen Protokoll vom 6. Juli vorigen Jahres niedergelegt sind, haben sofort durchgreifend gewirkt und werden noch jetzt gehandhabt. Es sind seitdem noch weitere Arbeitgeber der Vereinigung beigetreten, so daß zur Zeit 37 Arbeitgeber mit circa 35 000 Arbeitern seinen Beschlüssen sich angeschlossen haben.
Einer Beratung des ausführenden Komitees habe ich kürzlich beigewohnt und aus derselben den Eindruck gewonnen, daß seitens der Arbeitgeber alles geschieht, um einer weiteren Verbreitung der sozialdemokratischen Lehren entgegenzutreten.
Zu erheblichen Arbeiterentlassungen und Streiks ist es bisher nicht gekommen. Die stillen Anhänger der Partei sind offenbar sehr eingeschüchtert und verhalten sich ruhig. Nach den allseitig bestätigten Erfahrungen hat sich als das wirksamste Mittel gegen die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen das Verbot derjenigen Wirtshäuser erwiesen, in denen sozialdemokratische Blätter ausliegen oder bekannte Sozialdemokraten verkehren oder welche zu sozialdemokratischen Versammlungen hergegeben wurden. Es ist sogar nicht einmal wahrscheinlich, daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl ein sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt wird.
Wenn nun auch aus Vorstehendem als Gesamtresultat für den Regierungsbezirk Trier sich ergibt, daß nirgends eine wahrnehmbare bedrohliche Ausbreitung des Sozialismus bisher stattgefunden hat, so läßt sich doch annehmen, daß hier wie überall die Elemente für eine schnelle Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung, wenn von außen das Zeichen dazu gegeben werden sollte, nicht fehlen und daß im geheimen mancher Keim vorhanden ist, der der amtlichen Beobachtung sich entzieht. Namentlich in den Kreisen der kleinen Handwerker, Tagelöhner und Dienstboten herrscht große Unzufriedenheit mit ihrer Lage, und der ernste Sinn für Arbeit und Gehorsam ist unter dem Drucke der Verhältnisse und den Verführungen einer frivolen Presse mehr und mehr abgeschwächt. Die Folgen der kirchlichen Kämpfe und der durch mancherlei Umstände geförderten Irreligiosität treten auch hierzu immer offener zutage.
Andererseits muß ich noch im allgemeinen auch für den hiesigen Bezirk bestätigen, was den Zeitungen nach überall hervortritt, daß die Beunruhigung der gesamten bürgerlichen Gesellschaft über die so plötzlich hervorgetretene weite Verbreitung und bodenlose Verworfenheit der Sozialdemokratie eine nicht geringe ist und daß man von allen Seiten, bis tief in die liberalen und fortschrittlichen Kreise hinein, weit mehr, als die berufsmäßigen Zeitungsschreiber und die Parlamentarier von Profession zugestehen wollen, nach kräftigen Repressiv-

maßregeln gegen die Sozialdemokratie und gegen alles, was sie direkt oder indirekt begünstigt oder gefördert hat, verlangt und in erster Linie gründliche Abänderungen des Vereins- und Preßgesetzes, des Strafgesetzbuches und des Wahlgesetzes das Wort redet. Nur die verbissendsten Ultramontanen stehen gewissermaßen händereibend triumphierend beiseite und freuen sich der bösen Saat, die sie zum Teil mit säen halfen.

Der Regierungspräsident
(gez.) von Wolff

An den kgl. Staats- und Minister des Inneren,
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

Koblenz, den 18. Juli 1878

Abschrift
Regierungspräsidium
J. No. 745
Betrifft das Auftreten der Sozialdemokratie
im Regierungsbezirk Koblenz
Zum Erlaß vom 1. Juni d. J. II 4909
Ew. Exzellenz verfehlen wir nicht zur Erledigung des verehrlichen Erlasses vom 1. Juni dieses Jahres II 4909 in der nebenbezeichneten Angelegenheit folgendes gehorsamst zu berichten:
Gleich nach Eingang dieses Erlasses haben wir im Sinne desselben die Landräte diesseitigen Bezirks sowie den kommissarischen Polizeidirektor hierselbst mit entsprechenden Weisungen bezüglich des Verhaltens der Polizeibehörden gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie versehen: insbesondere haben wir aber auch mit Rücksicht darauf, daß erfahrungsgemäß die Arbeiter in Fabriken und größeren gewerblichen Etablissements zu sozialdemokratischen Gesinnungen hinneigen resp. sozialdemokratischen Einflüssen zugänglich sind, bei den Landräten die Erwägung angeregt, ob es nach den örtlichen Verhältnissen nicht angezeigt sein sollte, die hierzu geeignet erscheinenden Arbeitgeber darauf hinzuweisen, die in ihrem Lohn und Brot stehenden Arbeiter, welche der Sozialdemokratie angehören resp. sich nunmehr von derselben nicht lossagen wollen, aus der Arbeit zu entlassen.
Was nun diese Maßnahme betrifft, so haben wir aus den von den Landräten über die Ausführung unserer betreffenden Verfügung erstatteten Berichten ersehen, daß dieselben in denjenigen Kreisen des diesseitigen Bezirks, in welchen sich Fabriken und sonstige Etablissements befinden, seitens der Fabrikherrn und Vorsteher gewerblicher Etablissements teils schon in der Ausführung begriffen war, teils nachträglich ein völliges Entgegenkommen gefunden hat. So haben sich besonders die Fabrikherren und Hüttenbesitzer in und bei Neuwied in einer Versammlung vom 17. Juni dieses Jahres verbindlich gemacht:

»1. jeden ihrer Arbeiter zu befragen:
   a) ob er einem Verein sozialdemokratischer Tendenz angehöre;
   b) ob er eine Zeitschrift dieser Tendenz halte;
   c) ob er irgendeinen Beitrag zu irgendeinem sozialdemokratischen Zwecke zahle;
2. im Falle der Bejahung der einen oder anderen Frage dem Arbeiter die sofortige Entlassung anzudrohen und auszuführen, falls der Arbeiter nicht den Abbruch aller dieser Beziehungen erklärt;
3. bei jedem neu eintretenden Arbeiter dieselben Fragen zur Beantwortung vorzulegen.«

In den industriellen Etablissements des Kreises Altenkirchen, die zum größten Teil unter Kruppscher Leitung stehen, werden sozialdemokratische Arbeiter fortan nicht mehr geduldet werden. Ein gleiches gilt von den Fabriken und Hüttenwerken in den Kreisen Koblenz und Kreuznach.
In der Stadt Simmern haben zwei Fabrikbesitzer auf Aufforderung des Landrats durch Anschlag in den Fabrikräumen die Arbeiter unter Androhung der Entlassung von dem Beitritt zu sozialdemokratischen Vereinen gewarnt.
Im Kreise Wetzlar haben die Hüttenbesitzer und Fabrikanten dem Landrat durchweg versichert, unter ihren Arbeitern Sozialdemokraten nicht zu haben, so daß sie es nicht für nötig erachteten, ihren Arbeitern gegenüber besondere Warnungen auszusprechen. Eine gleiche Maßnahme gegen die bei den Staatsbauten im Ressort der Regierung beschäftigten Arbeiter zur Anwendung zu bringen, ist keine Veranlassung gewesen, da sich dieselben für Agitationen der Sozialdemokratie bisher nicht zugängig gezeigt haben.
Ew. Exzellenz haben wir nunmehr noch über den gegenwärtigen Stand der sozialdemokratischen Bewegung im diesseitigen Bezirk zu berichten und in dieser Beziehung zunächst gehorsamst anzuführen, daß in der Mehrzahl der dreizehn Kreise des Bezirks, und zwar in den Kreisen Adenau, Ahrweiler, Kochem, Kreuznach, Mayen, Maisenheim, St. Goar und Wetzlar nach den darüber von den betreffenden Landräten erstatteten Berichten sozialdemokratische Bewegungen und Agitationen zur Zeit nicht bestehen, überhaupt Wesen und Tendenz der Sozialdemokratie bei der Masse der Bevölkerung nicht bekannt ist. Der Landrat des Kreises Mayen bemerkt zwar, wie es wohl nicht zu bezweifeln sei, daß einzelne zugewanderte Personen sich zu der sozialdemokratischen Partei zählen, daß von diesen jedoch eine nennenswerte Einwirkung nicht zu berichten sei, da sie bisher den Ortsbehörden in solcher Eigenschaft nicht, oder doch nur ganz vereinzelt, bekanntgeworden und ganz einflußlos geblieben sind. Der Landrat des Kreises Simmern berichtet, daß die Sozialdemokraten neuerdings unter den aus dem Kreise nach den Fabrikdistrikten am Niederrhein gezogenen Arbeitern eine Zahl von Anhängern gehabt habe, daß jedoch, nachdem infolge der Entlassung der Arbeiter aus den Fabriken der größte Teil jener

Arbeiter zu der landwirtschaftlichen Beschäftigung zurückgekehrt sei, bei denselben, namentlich wohl durch die konservative Richtung in der Gesinnung der Bevölkerung des Kreises, wieder vernünftigere Anschauungen Platz gegriffen haben, so daß zur Zeit von einer sozialdemokratischen Partei im Kreise nicht die Rede sein könne. Es sei jedoch verschiedentlich die Bemerkung gemacht, daß von den zur wirklichen Landplage gewordenen herumziehenden Handwerksburschen in Wirtshäusern sozialdemokratische Reden gehalten worden sind, welche ziemlich viel Anklang gefunden haben sollen. Der Landrat hat deshalb die Gendarmen des Kreises angewiesen, energisch gegen solche Personen vorzugehen, auch Nachtpatrouillen zu halten, um mittels derselben die Wirtshäuser und die Vorgänge darin zu kontrollieren.

Nach dem Bericht des Landrats des Kreises Zell sind in den Bürgermeistereien des Kreises, mit Ausnahme der Landbürgermeisterei Zell, Bestrebungen sozialdemokratischer Natur bisher in keiner Art vorgekommen. Nur in der Gemeinde Merl, Landbürgermeisterei Zell, hat der katholische Kaplan Föckler versucht, die ärmeren Leute für die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu erwärmen und namentlich auch gegen die wohlhabendere Bevölkerung aufzubringen. Gegen Föckler, zur Zeit auch Redakteur des ultramontanen Blattes »Der Reichsfreund«, über dessen Erscheinen und Tendenz sich der diesseitige Bericht an Ew. Exzellenz Herrn Amtsvorgänger vom 23. Mai vorigen Jahres Pr. 461 näher verbreitet, ist wegen einer am 1. Juni dieses Jahres in sozialdemokratischem Sinne gehaltenen Rede auf Grund des § 130 a des Strafgesetzbuches gerichtliche Untersuchung eingeleitet, die noch schwebt. Derselbe wird genau überwacht, und muß dem Landrat am 1. und 15. eines jeden Monats über sein Verhalten berichtet werden.

Nach den neuesten Nachrichten soll übrigens Föckler seit Einleitung jener Untersuchung und infolge seiner Überwachung sowie auf Veranlassung seiner geistlichen Amtsgenossen in Sprache und Haltung sich gemäßigt haben.

Der Landrat des Kreises Altenkirchen berichtet, daß in dem weitaus größten Teile des Kreises sozialdemokratische Einflüsse noch nicht tiefer eingedrungen sind und ein Anschluß organischer Art an sozialdemokratische Vereine nirgend im Kreise besteht; derselbe bemerkt aber nicht, daß, wenngleich im Kreise sozialdemokratische Einflüsse über das Stadium der ersten Anfänge jedenfalls nicht hinausgekommen sind, doch auf die Frage, ob es auch an den Elementen fehlt, welche der Sozialdemokratie innerlich verwandt und ihr verfallen sind, sobald ihre Fahne entfaltet wird, sich eine unbedingt günstige Antwort nicht geben lasse.

Im Kreise Neuwied sind nach dem Bericht des Landrats die Bürgermeistereien Neuwied und Heidesdorf, die aneinandergrenzen, die einzigen, welche Sozialdemokraten in sich bergen. Die sozialdemokratische Partei fing Ende des Jahres 1872 in diesem Kreise bekanntzuwerden an.

Ein Agitator namens Schäfer aus Offenbach hielt Versammlungen ab, welche hier und da stürmisch wurden und meist von Arbeitern, hauptsächlich von Zigarrenarbeitern, besucht wurden.
Auch jetzt noch liefern diese Zigarrenarbeiter fast ausschließlich die dortigen Anhänger der sozialdemokratischen Partei. Bei der in Neuwied am 31. März 1873 stattgefundenen Reichstagswahl trat jener Schäfer so frech gegen den Bürgermeister auf, daß eine gerichtliche Bestrafung desselben erfolgte. Bei der Wahl selbst erhielt der sozialdemokratische Kandidat circa 900 Stimmen. Seit dieser Zeit hat Schäfer in Neuwied nicht mehr agitiert und war auch seitdem bis jetzt von irgendeiner Bewegung unter den Zigarrenarbeitern nichts zu merken. Es hat aber unter denselben eine Vereinigung bestanden in Form einer Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Tabakarbeiter-Vereins, welchem etwa 40 Tabakarbeiter in und bei Neuwied angehörten, die auch bis jetzt Beiträge zu sozialdemokratischen Zwecken gezahlt haben. In den hin und wieder von dieser Vereinigung abgehaltenen Versammlungen ist nach den Berichten der kontrollierenden Polizeibeamten eine Agitation auf politischem Gebiet nicht betrieben worden; es sind in demselben vornehmlich die Kassenangelegenheiten des Vereins verhandelt worden. Übrigens hat sich infolge jener oben erwähnten, am 17. Juni dieses Jahres in Neuwied stattgefundenen Versammlung der dortigen Fabrikherren und Hüttenbesitzer der dortige deutsche Tabakverein aufgelöst. Dessen ungeachtet besteht auch jetzt noch im Kreise Neuwied eine, wenn auch nur geringe, sozialdemokratische Agitation, und zwar besonders seitens einiger weniger Zigarrenarbeiter.
Nach einer Mitteilung des kaiserlichen Postamtes in Neuwied an den Landrat sind im II. Quartal dieses Jahres daselbst an sozialdemokratischen Zeitungen 27 Exemplare des »Botschafters«, Verlagsort Berlin, und 1 Exemplar des »Vorwärts«, Verlagsort Leipzig, gehalten worden, wogegen für das III. Quartal dieses Jahres bis zum 4. dieses Monats nur 1 Exemplar des »Vorwärts« bestellt worden ist.
Im Kreise Koblenz kann Inhalts des betreffenden Berichts des Landrates von einer sozialdemokratischen Bewegung gegenwärtig nicht die Rede sein, da innerhalb der ackerbautreibenden Bevölkerung des linksrheinischen Kreisteils die Lehren und Tendenzen der Sozialdemokratie, ausgenommen bei einigen ganz wenigen Einwohnern, die zum Teil von außen zugezogen und ohne Einfluß sind, bis jetzt noch nicht Platz gegriffen haben und auch im rechtsrheinischen Teile, dem Sitz der Industrie, sozialdemokratische Bestrebungen sich nicht geltend machen, was wohl der besonderen Haltung der Fabrikherren und Hüttenbesitzer zu danken ist, da von denselben sozialdemokratische Arbeiter nicht mehr geduldet werden.
Von den Zigarrenarbeitern in Vallendar war zuvor eine Anzahl Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine; nachdem dieselben aber einmal den Versuch gemacht hatten, im Wege eines Streiks Lohnerhöhung zu erzwingen, wurden sie

sämtlich von dem betreffenden Fabrikbesitzer entlassen und vom letzteren nunmehr sozialdemokratische Arbeiter nicht mehr angenommen.
Der Landrat hebt aber, wie derjenige des Kreises Simmern, mit Recht hervor, daß infolge der Freizügigkeit und der Aufhebung des Paßzwanges das Vagabundentum sich in erschreckender Weise vermehrt habe und in ihm sich die Apostel des Sozialismus fänden, welche in den vielen, infolge der neuen Gewerbeordnung entstandenen Schankstätten ihre Kanzel leicht aufschlagen können.
In hiesiger Stadt hat die sozialdemokratische Bewegung bisher kein günstiges Feld gefunden, da es hier teils an begabten Führern fehlt, teils der gesunde Sinn der eingeborenen Bürgerschaft sich gegen die extravaganten Ansprüche und dünkelhaften Bestrebungen des Sozialismus sträubt. In der besitzenden und auch in der weniger bemittelten Klasse gibt es hier keine Anhänger der Sozialdemokratie, und unter den besitzlosen Arbeitern sind es vorzugsweise aus der Fremde anziehende Handwerksburschen, welche das sozialdemokratische Element repräsentieren. Als Wortführer der hiesigen wenigen Sozialdemokraten hat sich bisher der Zigarrenmacher Ellner geltend gemacht, dessen Einfluß jedoch nicht über das Lokal hinausreicht, in welchem er den versammelten Arbeitern seinen sozialdemokratischen Phrasenvorrat zum besten gibt; in letzter Zeit ist er jedoch sehr kleinlaut geworden, sein kleines Zigarrenverkaufsgeschäft ist verödet, und geht er der Verarmung entgegen.
Aus dem Vorgetragenen wollen Ew. Exzellenz hochgeneigtest entnehmen, daß im Regierungsbezirk Koblenz, wenn es auch hier und da an einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei nicht fehlt, gegenwärtig im ganzen eine sozialdemokratische Bewegung von einiger Erheblichkeit, insbesondere eine wirklich organisierte, nicht bemerkbar ist. Wir dürfen uns wohl der Erwartung hingeben, daß auch fernerhin der gesunde Sinn der festhaftenden und eingeborenen Bevölkerung einerseits sowie die kontrollierende Überwachung und nötigenfalls ein energisches Einschreiten seitens der Kreis- und Ortspolizeibehörden andererseits verhindern werden, daß die sozialdemokratische Bewegung im diesseitigen Bezirk die jetzigen beschränkten Grenzen überschreite.

Das Regierungspräsidium
i. V.
(gez.) v. Jaski

An den kgl. Staats- und Minister des Inneren,
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

Abschrift Düsseldorf, den 27. Juli 1878
Regierungspräsidium
201 P 1 Nr. 1366
Betrifft die Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung und den gegenwärtigen Stand derselben.

Ew. Exzellenz haben durch nebenbezeichneten hohen Erlaß die strengste Anwendung der Gesetze bis zur Grenze des Zulässigen gegenüber den Ausschreitungen der Sozialdemokratie und deren Agitatoren angeordnet. Gleichzeitig wurde die Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft als erforderlich bezeichnet, um dem gefährlichen Treiben jener revolutionären Partei Einhalt zu tun.

In Ausführung jener Anordnung hat die hiesige Regierung am 11. vorigen Monats die angeschlossene Zirkularverfügung erlassen, welche die Landräte und Bürgermeister mit spezieller Anweisung versieht und welche über die vorhandenen Vereine, die Führer und die Preßorgane der Sozialdemokraten genauen Aufschluß erfordert. Ein auch jetzt noch annähernd richtiges Bild von der Verbreitung der sozialdemokratischen Gesinnungen gibt die Statistik der Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874.

Danach sind die Zentren der Sozialdemokratie die beiden Städte Elberfeld und Barmen und der Kreis Solingen, gleichzeitig auch die beiden Wahlkreise, auf welche die Sozialdemokraten bei den jetzigen Wahlen ihre Tätigkeit beschränkt haben. Im Wahlkreise Essen überwiegt die den Sozialdemokraten nachstehende christlich-soziale Partei, deren Kandidat nach dem Vorgange der letzten Wahlen auch diesmal von den Sozialdemokraten unterstützt werden wird. Letztere sind außerdem noch nennenswert vertreten in der Stadt Duisburg, im Kreise Mülheim an der Ruhr und im Kreise Lennep. Im letzteren sind namentlich Remscheid, Ronsdorf und Wermelskirchen alte Brutstätten jener Umsturzpartei.

Im Wahlkreise Lennep-Mettmann erhielt bei der letzten Reichstagswahl der sozialdemokratische Kandidat 3657 Stimmen, von welchen bloß 584 Stimmen auf den Kreis Mettmann, die übrigen auf den Kreis Lennep fallen.

Noch geringer an Zahl wie im Kreise Mettmann sind die Sozialdemokraten im Landkreise Düsseldorf und in hiesiger Stadt vertreten. Ebenfalls unbedeutend ist ihre Zahl im Wahlkreise Krefeld und in den Kreisen Mönchengladbach und Kempen.

Ganz unberührt von jener Partei sind bisher die Kreise Rees, Kleve, Geldern, Moers, Neuß und Grevenbroich.

Die jüngsten Erhebungen über die Organisation und Tätigkeit der Sozialdemokratie haben zu folgenden Resultaten geführt.

Die Stadt Barmen war und ist das Hauptquartier der Partei für das Bergische Land, und erscheint auch dort ihr wichtigstes Organ, die »Bergische Volksstimme«, welche seit Juli 1876 unter Leitung des bisherigen Reichstagsabgeordneten Hasselmann steht. Dieses Blatt wird in 1500–2000 Exemplaren gedruckt und von den Arbeitern in Barmen und Elberfeld vielfach gelesen, hat dagegen auswärts nur wenige Abonnenten.

Die Druckerei ist eine Filiale der Genossenschaftsdruckerei in Hamburg. Das Blatt hat fast keine Inserate und erfordert anscheinend Zuschüsse. Der Ton des Blattes ist ein höchst aufreizender und gehässiger. Die Ortspolizeibehörde übt

eine sehr scharfe und energische Kontrolle. Die »Bergische Volksstimme« ist in den letzten acht Wochen häufig mit Beschlag belegt, ihr Redakteur Hasselmann und sechs weitere Redakteure, die nacheinander auf ihn folgten, sind verhaftet und sehen ihrer gerichtlichen Bestrafung entgegen. Diese sieben Redakteure waren die geistigen Leiter der Bewegung im Wuppertale. Sie beeinflußten namentlich auch die Vereine, welche sich dort gebildet hatten.

Der wichtigste der sozialdemokratischen Vereine in Barmen war der Arbeiter-Wahlverein. Derselbe wurde nach der gerichtlichen Schließung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ins Leben gerufen und war tatsächlich eine Fortsetzung desselben, da die Leiter und Mitglieder sowie auch das Vereinslokal dieselben waren. Die Zahl der Mitglieder betrug etwa 100, während die vom Verein veranstaltenden Volksversammlungen oft von mehreren tausend besucht waren. Am 24. vorigen Monats löste sich dieser Verein auf, und zwar wahrscheinlich deshalb, weil die Polizeibehörde eine nähere Feststellung des Mitgliederverzeichnisses vorgenommen hatte.

Der Verein befürchtete, daß diese Feststellung bezweckte, die Mitglieder den Arbeitgebern namhaft zu machen, und daß die Mitglieder alsdann Entlassung aus ihrem Arbeitsverhältnisse zu gewärtigen hätten. Nach Auflösung des Wahlvereins meldete dessen früherer Vorsitzender eine Wählerversammlung an. Diese wurde polizeilich aufgelöst, weil zu derselben auch Personen zugelassen wurden, welche nicht wahlberechtigt waren.

Seitdem sind weitere Versammlungen seitens der Sozialdemokraten nicht angemeldet worden.

Außerdem bestehen in Barmen noch der »Oberbarmer Leseklub« mit 100, der »Bendahler-Unterbarmer Leseklub« mit 150, der »Dramatische Verein« mit 20 und der Gesangverein »Bruderkette« mit 20–30 Mitgliedern.

Alle diese sozialistischen Vereine stehen untereinander in engerer Verbindung; die beiden letztgenannten wirken bei den sozialdemokratischen Festen mit; die Mitglieder der beiden Leseklubs versammeln sich wöchentlich einmal, wobei auch Vorträge gehalten werden.

Die öffentliche politische Tätigkeit konzentrierte sich in dem Arbeiterwahlverein, dessen Zweck die Erwirkung sozialistischer Wahlen war. Seit Anfang dieses Jahres fanden 10 Volksversammlungen statt. Zu einigen derselben wurden sozialistische Größen wie Geib, Motteler, Liebknecht und Most berufen, durch welche auch viele neugierige Nichtsozialisten angezogen wurden.

In solch großen Volksversammlungen erzielte man durch Tellersammlungen erhebliche Einnahmen, und bildeten diese und die monatlichen Beiträge die Geldquellen der Partei. Dieselbe kämpft jedoch fortwährend mit finanziellen Schwierigkeiten, da sie keine anderen festen Einnahmebezüge und namentlich auch keine vermögenden Mitglieder hat.

Als ein vortreffliches Mittel, um Ausschreitungen in den Volksversammlungen vorzubeugen, hat sich die stenographische Aufnahme der Reden erwiesen.

Die Polizeibehörde Barmens hat zu dem Zwecke einen besonderen Stenographen engagiert, welcher als Abgeordneter der Behörde, durch besonderes Abzeichen erkennbar, die während der Versammlung gehaltenen Reden in extenso aufnimmt. Dieselben werden sodann vollständig übertragen und dem Oberprokurator sofort unter Bezeichnung der inkriminierten Stellen zur strafrechtlichen Verfolgung des betreffenden Redners übersandt.
Dies Verfahren hat zur Folge gehabt, daß mehrere der Hauptagitatoren verhaftet und zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt wurden.
Auch der Redakteur Hasselmann ist auf Grund einer solchen stenographischen Aufnahme verhaftet worden.
Die energische Bekämpfung der Sozialdemokratie in Barmen, welche namentlich ein Verdienst des dortigen Oberbürgermeisters ist, hat bewirkt, daß die jetzige Wahlagitation nur von Haus zu Haus, von Fabrik zu Fabrik betrieben wird. Dies geschieht zwar sehr eifrig, ist aber äußerst mühevoll und nicht so erfolgreich wie die Agitation in großen öffentlichen Versammlungen. Auch ist die Agitation in der »Bergischen Volksstimme« eine zahmere geworden, nachdem sieben Redakteure derselben verhaftet sind.
In Elberfeld erscheint kein Preßorgan der Sozialdemokratie. Die »Bergische Volksstimme« ist dort zahlreich verbreitet, deren Redakteure auch in Elberfeld großen Einfluß ausübten. Außerdem sind dort viele eifrige Agitatoren und Führer ansässig. Manche derselben wie Friedrich Harm, Johann Schumacher, Johann Wimmers und H. J. Wüsthoff treten auch auswärts als Redner auf.
Früher konzentrierte sich die agitatorische Tätigkeit der Partei in dem »Elberfelder Arbeiter-Verein«. Nachdem derselbe durch gerichtliches Urteil vom 7. Februar 1877 geschlossen worden, wurde der »Volksverein« ins Leben gerufen.
Letzterer zählt zwar nur 35 Mitglieder, ist aber gegenwärtig die Seele der ganzen Agitation. In engerem geistigen Zusammenhang mit ihm bestehen ferner der »Verein für Volksbildung« mit 15, der »Distelbecker Leseverein« mit 31, der »Allgemeine Tischler-Verein« mit 10 und der »Allgemeine Deutsche Schneiderverein« mit 20 Mitgliedern.

Die Tätigkeit dieser sozialistischen Vereine besteht weniger in dem Halten öffentlicher Vorträge als in der geheimen Agitation. Alle genannten Vereine werden von der Ortsbehörde aufs strengste überwacht, verschiedene der Agitatoren sind bereits wegen Majestätsbeleidigung oder wegen Vergehen gegen die §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuches verhaftet und zur Bestrafung gezogen worden. Bei den Volksversammlungen, welche früher öfter abgehalten wurden, fand ebenso wie in Barmen eine stenographische Aufnahme der Reden statt.
In letzter Zeit wurden jedoch keine öffentlichen Versammlungen mehr abgehalten, dagegen hat sich, um die Wahlbewegung unter den Arbeitern zu leiten, vor mehreren Wochen ein Wahlkomitee gebildet, welches sich wöchentlich einmal versammelt und polizeilich überwacht wird.

Im Kreise Solingen fungiert als Hauptagitator der frühere Fabrikarbeiter Luchtenberg. Derselbe redigiert die »Solinger Freie Presse«, ein Abklatsch der »Bergischen Volksstimme« in Barmen. Sie ist das einzige sozialdemokratische Organ, das im Kreise erscheint und hatte bis vor kurzem etwa 1300 Abonnenten. Der Redakteur Luchtenberg und sein Nachfolger in der Redaktion sowie der Schriftsetzer Wüsthoff sind neuerdings wegen Ausschreitungen verhaftet, und ist ersterer bereits zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Seitdem hat das Blatt bedeutend an Abonnenten verloren. Eigentlich sozialistische Vereine bestehen nicht im Kreise Solingen. Der »Allgemeine Deutsche Schneiderverein« in Gießen zählt sechs bis zehn Mitglieder im Kreise, die sich aber ruhig verhalten. Der Bildungsverein in Solingen hat unter 30 bis 40 Mitgliedern mehrere Sozialdemokraten. Eine Agitation desselben ist aber bisher nicht hervorgetreten.
Sozialdemokratische Versammlungen haben seit längerer Zeit nicht mehr stattgefunden. Dieselben würden auch auf große Schwierigkeiten stoßen, da die Wirte ihnen keine Lokale mehr einräumen. Auch sonstige Agitationen sind mit Bezug auf die jetzt schwebende Reichstagswahl nicht bemerkt worden.
Im Kreise Lennep ist Ronsdorf der älteste Herd der sozialistischen Agitation. Lassalle hielt dort selbst eine seiner glühendsten Reden, und schon seit jener Zeit bestand dort eine Filiale des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, welche sich auflöste, nachdem letzterer gerichtlich geschlossen worden.
Als tatsächliche Fortsetzung ist der Leseverein mit etwa 100 Mitgliedern anzusehen. Vorsitzender desselben ist der Bandwirker Wilke, welcher kürzlich wegen unbefugten Vertriebs von Losen für die Deportierten in Neu-Kaledonien zur Untersuchung gezogen ist. Der Hauptsitz der Partei ist gegenwärtig aber Remscheid. Dort besteht seit 1½ Jahren ein Wahlverein mit etwa 100 Mitgliedern, welche als Vertrauensmänner der Partei anzusehen sind und die Stadt ortschaftsweise unter sich verteilt haben.
Dieser Verein hält alle vier Wochen regelmäßige Versammlungen ab. Außer ihm besteht zu Remscheid noch ein Verein der Schmiede, welcher nur wenige Mitglieder hat und erst kürzlich ins Leben gerufen ist.
Als einziges Organ der Partei erschien bisher das »Neue Remscheider Volksblatt« mit 800 Abonnenten. Redigiert wurde es mit großer Gewandtheit von einem Schneidergesellen; in Gehässigkeit und Aufreizung stand es den übrigen Parteiblättern nicht nach.
Die Polizeibehörde in Remscheid hat die Mitglieder des Wahlvereins den Arbeitgebern namhaft gemacht und daher die Entlassung mancher derselben bewirkt. Als sich die Polizeibehörde nun auch in den Besitz der Abonnentenliste der »Neuen Remscheider Volkszeitung« setzte, entstand die Befürchtung, daß auch diese Liste zur Kenntnis der Arbeitgeber gelangen würde. Bei dem schlechten Gang der Geschäfte wiegt die Besorgnis der Brotlosigkeit doppelt schwer. Die Zahl der Abonnenten sank plötzlich auf 300, und vor kurzem ist das Blatt ganz eingegangen.

Die zahlreichen Agitatoren in Ronsdorf, Remscheid und Wermelskirchen sind Handwerker, Wirte und Arbeiter.
Von auswärts erscheinenden sozialistischen Blättern wurden etwa 150 Exemplare im Kreise gehalten. In letzter Zeit haben Volksversammlungen daselbst nicht stattgefunden. Im Kreise Mettmann bestehen seit Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins keine sozialdemokratischen Vereine. Volksversammlungen sind von jener Partei nur gelegentlich der letzten Reichstagswahlen im Januar 1877 abgehalten worden; seitdem nicht mehr. Einheimische Agitatoren und Führer sind nicht vorhanden. Die sozialistische Presse ist nur durch einzelne Exemplare auswärts erscheinender Zeitungen vertreten.
Auch die Stadt Essen hat keine sozialdemokratischen Vereine aufzuweisen. Im Oktober 1876 wurde dort ein sozialistisches Blatt unter dem Namen »Essener Freie Zeitung, Organ des arbeitenden Volkes« zum Zweck der Wahlagitation gegründet. Dasselbe war ein Abklatsch der damaligen »Rheinischen Freien Zeitung« und ging im Februar dieses Jahres ein, nachdem der Redakteur Schumacher wegen Majestätsbeleidigung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Den früheren Hauptagitator Raspe, welcher zur Zeit allen Einfluß verloren hat, sucht jetzt ein junger Schneidergeselle namens Seelig zu ersetzen. Derselbe beruft von Zeit zu Zeit Volksversammlungen, die aber selten sehr stark besucht werden. Die letzten Versammlungen haben am ersten und zweiten Osterfeiertage stattgefunden. Von sozialistischen Zeitungen wird namentlich der in Leipzig erscheinende »Vorwärts« gehalten.
Auch im Landkreise Essen bestehen keine sozialdemokratischen Vereine, nachdem der Versuch des letzten Winters, einen allgemeinen Bergarbeiterbund zu stiften, an dem Hader der Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen gescheitert ist. Bei den früheren Volksversammlungen traten meist fremde Agitatoren aus Barmen und Essen als Redner auf. Im laufenden Jahre sind noch keine Volksversammlungen von den Sozialdemokraten abgehalten worden. Letztere beziehen als Parteiblätter die »Berliner Freie Presse« und den »Vorwärts«. Im Wahlkreise Essen stehen die Sozialdemokraten in enger Beziehung zu den Christlich-Sozialen. Letztere Partei wurde im Jahre 1870 von katholischen Kaplänen ins Leben gerufen. Nach ihren Statuten bezweckt sie nur eine religiös-sittliche Hebung des Arbeiterstandes. Sie will die soziale Frage auf friedlichem Wege durch das Christentum lösen. Nach ihrem ganzen bisherigen Treiben und Verhalten hat sie aber in gleich gehässiger und frivoler Weise wie die Sozialdemokratie die Hetzereien gegen die Besitzenden und den Klassenkampf geschürt, auch die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen überhaupt aufs schroffste angegriffen. Bei dem großen Bergmanns-Streik des Jahres 1872 und bei den aus Anlaß der Ausweisung der Jesuiten damals stattgehabten schweren Exzessen wirkte jene Partei hauptsächlich mit. Der Oberbürgermeister der Stadt Essen und der Landrat des Landkreises Essen bezeichnen übereinstimmend die christlich-soziale Arbeiterpartei als ebenso gefährlich wie die Sozialdemokraten, und sind viele Arbeit-

geber derselben Ansicht. Ich habe die genannten beiden Beamten aufgefordert, für ihre Ansicht, daß die jetzt geplanten Maßregeln gegen die Sozialdemokraten auch auf die Christlich-Sozialen auszudehnen sind, durch nähere urkundliche Beweisstücke über das bisherige Treiben der Partei die erforderlichen Unterlagen beizubringen. Nach Beschaffung derselben werde ich mir gestatten, über die Behandlung der Christlich-Sozialen einen Separatbericht zu erstatten.

Bei der letzten Reichstagswahl fielen im ersten Wahlgang auf den sozialdemokratischen Kandidaten 3062, auf den christlich-sozialen 6689 Stimmen. Bei der engeren Wahl vereinigten sich die sozialdemokratischen und christlich-sozialen Stimmen und verhalfen dem Kandidaten der letzteren, Stötzel, gegenüber dem klerikalen Kandidaten zum Siege.

Auch bei der bevorstehenden Wahl werden die Sozialdemokraten voraussichtlich für den Christlich-Sozialen stimmen. Hauptführer der Christlich-Sozialen sind die Kapläne Laaf und Hengstebeck in Essen, welche auch das dort erscheinende Parteiorgan, den »Rheinisch-Westfälischen Volksfreund«, redigieren. Der Reichstagsabgeordnete Stötzel ist bloßer Sitz-Redakteur. Sonstige Agitatoren und Parteiführer sind noch der Kaplan Lassaulx in Altenessen, der Kaplan Bongarts in Recklinghausen und der Bergmann Rosenkranz in Essen.

Nach dem Stimmenverhältnis bei dem ersten Wahlgang der letzten Reichstagswahl fielen in der Stadt Essen 1540 Stimmen auf den Sozialdemokraten und 2413 auf den Christlich-Sozialen; im Landkreise Essen 1524 auf ersteren und 4276 auf letzteren.

Da manche Arbeitgeber, darunter auch die Firma Friedrich Krupp, dem Vernehmen nach ihren Arbeitern die Beteiligung an der christlich-sozialen Partei versagt haben, so sind in Altendorf fast alle Arbeiter aus dem dortigen christlich-sozialen Verein ausgetreten.

Bezeichnend ist, daß mit Bezug hierauf das Preßorgan der Christlich-Sozialen den Ausdruck der sozialdemokratischen Presse verwendet, »daß ein durch die Hungerfolter erzwungenes Ehrenwort null und nichtig ist«.

In der Stadt Duisburg bestand bis vor kurzem der »Wahlverein für die Kreise Duisburg und Mülheim« mit sozialdemokratischen Tendenzen. Derselbe hatte anfangs 200 Teilnehmer, sank allmählich auf 20 bis 30 herab und hat sich nach dem zweiten Attentate ganz aufgelöst. Derselbe hielt alle 14 Tage regelmäßig Zusammenkünfte und veranstaltete von acht zu acht Wochen Wahlversammlungen, die aber nie stark besucht wurden. Als Preßorgan diente den Sozialdemokraten früher die »Duisburger Freie Zeitung« unter Redaktion von Kuhl und nach deren Eingehen im Oktober vorigen Jahres die von Strumpen redigierte »Rheinische Freie Zeitung«. Auch diese ging im Frühjahr ein, nachdem der Redakteur wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden. Die Parteigenossen beziehen jetzt in wenigen Exemplaren die »Westfälische Freie Presse«; Volksversammlungen haben die Sozialisten nach dem zweiten Attentate nicht mehr veranstaltet.

Auch der Kreis Mülheim an der Ruhr hat zur Zeit keine sozialdemokratischen Vereine oder Preßorgane. Im Herbst 1876 hatten sich in Mülheim und in Oberhausen Wahlvereine gebildet, die aber bald wieder eingegangen sind. Von Duisburg aus wurden zur selben Zeit Volksversammlungen in Oberhausen, Ruhrort, Meiderich und anderen Orten veranstaltet. Auch fanden im vorigen Herbst anläßlich der bezweckten Gründung eines deutschen Bergarbeiterverbandes größere Volksversammlungen statt, die im laufenden Jahre jedoch unterblieben sind. Unter den Arbeitern der kürzlich in Oberhausen errichteten Glashütte hatte ein Agent Lennartz eine Filiale des in Dresden domizilierten Glasarbeiterbundes gegründet. Dieser Bund ist ein sozialdemokratischer Gewerkverein, dem eine große Anzahl der deutschen Hohlglas-Arbeiter angehört und der im letzten Frühjahr auch in Gerresheim im Landkreise Düsseldorf Boden zu fassen suchte. Als der Besitzer der Glashütte zu Gerresheim den Arbeitern die Wahl zwischen Austritt aus der Fabrik oder aus dem Glasarbeiterbunde stellte und eine große Anzahl der widerspenstigen Arbeiter entließ, wurden die Arbeiter auch in Oberhausen vor dieselbe Alternative gestellt. Die Folge war, daß alle Arbeiter aus dem Bunde traten und der Agent Lennartz entlassen wurde.
Verschiedene Persönlichkeiten in Oberhausen und Dümpten, welche als sozialdemokratische Agitatoren hervorgetreten sind, wurden in den letzten Monaten teils wegen Majestätsbeleidigung, teils wegen anderer Vergehen und Verbrechen verurteilt. Von den sozialistischen Blättern wurden der »Vorwärts« und die »Westfälische Freie Presse« vorzugsweise gehalten. Im Wahlkreis Mülheim-Duisburg erhielt der sozialdemokratische Kandidat bei der letzten Reichstagswahl 3474 Stimmen.
In hiesiger Stadt bestehen einige kleine Filialen sozialdemokratischer Gewerbevereine, von denen die größte 28 Mitglieder zählt. Dieselben bezwecken weniger eine agitatorische Tätigkeit als die Unterstützung zugereister Handwerksgesellen, welche Anhänger der Sozialdemokratie sind. Außerdem bestehen hier am Ort zwei kleine Wahlvereine, welche von Zeit zu Zeit Volksversammlungen berufen. Seit dem 2. Juni haben jedoch weder Vereins- noch öffentliche Versammlungen stattgefunden. Eigene Preßorgane hat die sozialistische Partei nicht; der »Vorwärts« findet in 30 Exemplaren hier Eingang.
Im Landkreise Düsseldorf sind keinerlei sozialistische Vereine oder Preßorgane vorhanden. Daß viele Arbeiter der Glashütte in Gerresheim dem Glasarbeiter-Bunde angehörten und deshalb im Frühjahr entlassen wurden, habe ich bereits vorstehend erwähnt. Es wird angenommen, daß noch jetzt das Organ jenes Bundes, »Die Glashütte«, von manchen Arbeitern in Gerresheim gelesen wird. Wie gering die Sozialdemokratie im Stadt- und Landkreise vertreten ist, ergibt sich schon daraus, daß bei der letzten Reichstagswahl der Kandidat jener Partei nur 604 Stimmen im hiesigen Wahlkreis erhielt.
Im Kreise Rees gibt es gar keine Sozialdemokraten. Auf der linken Rheinseite kommen nur der Stadt- und Landkreis Krefeld und die Kreise Kempen und

Mönchengladbach in Betracht, aber auch in diesen ist die Sozialdemokratie nur schwach vertreten. Im Wahlkreis Krefeld fielen bei der letzten Reichstagswahl 102, im Wahlkreise Kempen 572 Stimmen auf sozialdemokratische Kandidaten. In den übrigen Wahlkreisen und selbst in Mönchengladbach hatte die Partei gar keine Kandidaten aufgestellt.
In der Stadt Krefeld gibt es drei sozialistische Vereine: der »Verband der Metallarbeiter«, der »Niederrheinische Weberbund« und der »Verband zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Krefelds«. Die Zahl der Mitglieder ist gering, dieselben rekrutieren sich meist aus dem wandernden Arbeiter- und Gesellenstande. Zuweilen finden allerdings Versammlungen statt; im allgemeinen entfalten die Sozialdemokraten aber nur eine schwache agitatorische Tätigkeit. Als Parteiorgan erscheint die »Niederrheinische Volksstimme« in etwa 300 Exemplaren. Von letzteren kommen 120 auf die Stadt, der Rest auf die Nachbarorte im Landkreise Krefeld und im Kreise Kempen.
Im Landkreise Krefeld besteht nur ein sozialistischer Verein, und zwar zu Anrath der Ortsgewerbeverein des »Niederrheinischen Weberbundes« mit 28 Mitgliedern.

Eine sozialistische Agitation ist in den letzten Monaten nicht bemerkt worden. Im Kreise Kempen bestehen keine sozialistischen Vereine und Preßorgane. Vor der letzten Reichstagswahl bereisten verschiedene fremde Agitatoren die Orte Lobberich, Oedt, Dülken, Süchteln und Grefrath, hielten dort Volksversammlungen ab und bewirkten dadurch, daß 572 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Eine feste Organisation hat sich aber nicht gebildet. Es mögen einzelne Weber dem »Niederrheinischen Weberbund« angehören oder ein sozialdemokratisches Blatt lesen. Agitationen sind in letzter Zeit nicht vorgekommen, und die bevorstehenden Wahlen werden voraussichtlich zeigen, daß die sozialistische Partei dort allen Boden verloren hat.
Im Kreise Mönchengladbach hat bei den Reichstagswahlen im Jahre 1871 eine lebhafte Agitation stattgefunden. Der bekannte Fritz Mende kandidierte dort, fiel zwar durch, erhielt aber immerhin mehr als 2000 Stimmen. Seitdem hat es dort keine sozialdemokratischen Wahlumtriebe mehr gegeben. Es bildete sich der klerikale Bürgerverein »Concordia«, welcher großen Einfluß auf die Arbeiter gewann und die Sozialdemokratie verdrängte. Unterstützt wurde die »Concordia« durch den gemäßigten und angesehenen katholischen Oberpfarrer, welcher die sozialen Irrlehren mit großem Eifer und Erfolg bekämpft. Die wenigen etwa noch vorhandenen evangelischen Sozialdemokraten verhalten sich notgedrungen ruhig.
Von sozialdemokratischen Vereinen besteht nur der »Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen« mit 10 Mitgliedern. Eine Agitation wird von demselben nicht entfaltet. Bei der letzten Reichstagswahl wurden für Bebel 11 Stimmen abgegeben.

Wenn ich vorstehend Ew. Exzellenz eine Übersicht der jetzigen Organisation der sozialdemokratischen Partei im hiesigen Bezirk gegeben habe, so bleibt mir jetzt noch übrig zu erörtern, welchen Einfluß die beiden Attentate und die dadurch wachgerufene Volksbewegung auf jene Partei geübt haben.
Aus der gleichgültigen und frivolen Art, mit welcher die sozialistischen Preßorgane die Nachricht jener Freveltaten aufgenommen und besprochen haben, darf man mit Fug und Recht schließen, daß die Führer und der Kern der Partei die Attentate nicht mit jenen Gefühlen der Entrüstung und des Abscheues betrachten, wie solche in der Brust jedes Unbefangenen sich regten. Die betreffenden Artikel waren kühl bis ins Herz hinein und erwogen nur die politischen Folgen und die Nachteile, welche ihre Partei zu gegenwärtigen hatte. Ein großer Teil der losen Anhänger und Mitläufer der Sozialdemokratie, welche deren Kandidaten bei den letzten Reichstagswahlen unterstützt hatten, war indessen tief bestürzt und ergriffen. Viele werden durch den Abgrund, welche jene Attentate offenbarten, abgeschreckt sein und sich von der Partei endgültig losgesagt haben. Es wird dies namentlich von den Sozialdemokraten der Kreise Solingen, Mülheim an der Ruhr und in hiesiger Stadt berichtet; jedenfalls wird sich die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei den bevorstehenden Wahlen erheblich vermindern.

Von größter Bedeutung ist die patriotische Erbitterung, welche fast alle Volksklassen ergriffen hat und welche namentlich in dem Vorgehen der Arbeitgeber Ausdruck gefunden hat. Bereits am 12. Juni traten hier am Orte Vorsteher verschiedener wirtschaftlicher Kongregationen der Provinzen Rheinland und Westfalen zusammen, um ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen. Es wurden vier Resolutionen entworfen, welche die Bekämpfung der Sozialdemokratie als eine Pflicht jedes Bürgers und besonders auch jedes Industriellen erklären, welche ferner alle Arbeitgeber auffordern, ihren Arbeitern die Beteiligung an der Sozialdemokratischen Partei und deren Agitationen zu verbieten und welche schließlich die Unterstützung der Regierung und der gesetzgebenden Faktoren beanspruchen, um die bestehenden und wenn nötig auch neue gesetzliche Bestimmungen gegen die zunehmende Verwilderung und Demoralisierung der arbeitenden Klassen zur Anwendung zu bringen.
Diese Resolutionen wurden in einer großen Versammlung, welche hier am 24. Juni stattfand und von 600 Vertretern der größten industriellen Werke beider Provinzen besucht war, mit großer Mehrheit angenommen.
Die Verwaltungen der drei großen Eisenbahngesellschaften haben sich diesem Vorgehen angeschlossen wie auch fast alle größeren Industriellen unseres Bezirks. Die Wirkung dieses Vorgehens war um so wuchtiger, als bei den jetzigen traurigen gewerbslosen Verhältnissen viele Arbeiter ohne Beschäftigung sind und die entlassenen Arbeiter nur schwer wieder Beschäftigung finden können.
Die Wirkung zeigte sich in der Auflösung mancher Vereine, in der abnehmenden

Mitgliederzahl der übrigen Vereine, in der Verminderung der Preßorgane und in der Sistierung jeder größeren Agitation.
Die Partei ist zur Zeit offenbar eingeschüchtert, sie wagt nicht mehr, ihre bisherigen Agitationsmittel, die Presse und die Volksversammlungen, in früherer Weise zu gebrauchen. Viele ihrer Führer sind verhaftet und hängen die bevorstehenden gesetzlichen Maßnahmen wie ein Damoklesschwert über ihrem Haupte. Ungeachtet der jetzt so kräftig hervorgetretenen Selbsthilfe der besitzenden Klassen glaube ich jedoch nicht, daß letztere sich allein auf die Dauer stark genug erweisen wird, um die Umsturzpartei einzudämmen.
Wenn die jetzige Aufregung erloschen ist und günstigere Zeiten die Nachfrage nach Arbeitskräften wieder steigern, werden namentlich die kleineren Industriellen gar nicht in der Lage sein, sozialdemokratische Elemente auszuschließen. Der lockende Geschäftsgewinn wird sie veranlassen, ein Auge zuzudrücken und die Arbeiter zu nehmen, wo sie sie finden.
Eine Verschärfung der Gesetzgebung ist daher unvermeidlich. Der Oberbürgermeister von Elberfeld schlägt mit Recht eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes sowie des Preßgesetzes gegenüber den Sozialdemokraten vor. Außer einem solchen Ausnahmegesetz regt derselbe die Ausschreibung einer kurz gefaßten populären Preisschrift an über die Ziele der Sozialdemokratie und die Unmöglichkeit, dieselben zu erreichen.
Der Landrat von Solingen erblickt dagegen in dem allgemeinen Wahlrecht vorwiegend den Boden, auf welchem die Sozialdemokratie sich so bedrohlich entwickelt hat, und befürwortet eine Beschränkung dieses Rechts.
Meines gehorsamsten Dafürhaltens müßte neben einer repressiven Ausnahmegesetzgebung eine positive Fürsorge des Staates für die Förderung der materiellen und geistigen Interessen des Arbeiterstandes eintreten. Dazu ist vor allem erforderlich eine gesunde Handelspolitik, welche die nationale Industrie genügend schützt und sie befähigt, ausreichende Löhne zu geben.
Sodann dürfte auch Fürsorge zu treffen sein, daß die Arbeiter gegen Unfälle und im Alter sichergestellt würden.

Der Regierungspräsident
(gez.) v. Hagemeister

An den Kgl. Staats- und Minister des Inneren,
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

Abschrift Düsseldorf, den 12. September 1878
I. S. II. A. 4472
Betrifft das Verhalten der Christlich-Sozialen.
Bereits in den Berichten vom 24. Juli und 20. August cr. hatte ich ehrerbietigst darauf hingewiesen, daß die christlich-soziale Arbeiterpartei im Wahlkreise

Essen von den dortigen Behörden für ebenso staatsgefährlich erachtet wurde wie die Sozialdemokratie.
Der Landrat des Landkreises Essen sowohl wie der Oberbürgermeister der Stadt Essen hatten wiederholt die Notwendigkeit hervorgehoben, sowohl die durch den hohen Erlaß vom 1. Juni cr. verfügten Verwaltungsmaßregeln als auch die gegen die Sozialdemokraten in Aussicht genommenen Ausnahmegesetze unterschiedslos und nachdrücklichst auch den Christlich-Sozialen gegenüber zur Anwendung zu bringen.
Beide Beamten habe ich zunächst aufgefordert, ihre Auffassung durch Beibringung urkundlicher Beweisstücke und sonstiger tatsächlicher Unterlagen näher zu begründen.
Infolgedessen hat der Landrat von Essen unterm 26. Juli und der Oberbürgermeister am 2. August cr. Berichte eingesandt, welche ich mir anbei originaliter mit sämtlichen Anlagen vorzulegen gestatte.
Der christlich-soziale Arbeiterverein zu Essen wurde im Anfang des Jahres 1870 durch den Kaplan Hausmann ins Leben gerufen. Nach den mir vorgelegten Statuten bezweckt derselbe eine religiös-sittliche und eine materielle Hebung des Arbeiterstandes. Der Verein will diese Zwecke erreichen
a) durch nützliche Unterhaltung, öffentliche Vorträge, Lesen passender Schriften, Gesang und Genuß christlich froher Geselligkeit,
b) durch gegenseitigen hilfreichen Verkehr im bürgerlichen Leben und Gründung einer Sparkasse.
An der Spitze des Vereins steht ein Präses, der statutsmäßig katholischer Geistlicher sein muß und weitreichende Befugnisse hat.
Wollte man den Verein nur nach seinem Statut beurteilen, so müßte man denselben nicht nur für harmlos und ungefährlich, sondern geradezu für äußerst nützlich und unterstützungswert halten. Anders stellt sich aber das Urteil, wenn man an der Hand der von den Lokalbehörden beigebrachten Nachweise das Gebahren der Partei, deren Mittelpunkt der Verein ist, seit dem Jahre 1870 bis auf die Gegenwart verfolgt. Dann gewinnt man die Überzeugung, daß jenes Vereinsstatut nur die Hülle ist, welche eine äußerst gehässige, aus religiösen Fanatismus quellende Tätigkeit verdecken soll. Die christlich-soziale Arbeiterpartei in Essen hat sich die Schlagworte und die Agitationsweise der beiden gefährlichsten Parteien, der ultramontanen und der sozialdemokratischen, angeeignet, sie hat den religiösen Fanatismus der unteren Volksschichten mit dem Klassenhaß der Besitzlosen gegen die Besitzenden verschmolzen und hat so mit verdoppelter Leidenschaft gegen die bestehende Staatsgewalt angekämpft.
In gleicher Weise wie die Sozialdemokratie hat sie die Unzufriedenheit der Arbeiter geschürt, den Erwerb der Besitzenden als eine Ausbeutung der Arbeiter bezeichnet und Neid und Haß gegen die großen Arbeitgeber erregt. In gehässiger tendenziöser Weise wurde stets auf das Elend in den Arbeiterkreisen, auf das Wohlleben unter den Werksbesitzern verwiesen. Die Mängel der bestehenden

Gesetzgebung wurden aufs schärfste gegeißelt, alles Elend wurde dem Staate und seiner Gesetzgebung zugeschrieben, der preußische Staat und seine Leiter in den letzten zwölf Jahren wurden als die Verkörperung alles Bösen aufs heftigste bekämpft. Systematisch waren die Leiter der Partei bestrebt, den Patriotismus lächerlich zu machen, die Taten unseres ruhmreichen Heeres zu verkleinern und zu schmähen. Kurz, die Partei unterschied sich von der sozialdemokratischen in ihrer Agitation nur dadurch, daß die Autorität der Religion und der katholischen Kirche unangetastet blieb, während es auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiete an einem klaren Programm überhaupt zu mangeln scheint. Sicherlich erstreben die Leiter der Partei weder einen Umsturz der Monarchie als solchen noch auch eine radikale Umwälzung der Eigentumsordnung. Die preußische Monarchie, wie sie auf den Taten von 1866 bis 1870 sich gehoben und unabhängig von Rom sich gestellt hat, kann indessen keine erbitterteren Feinde haben als die Christlich-Sozialen in Essen.
Ein festes wirtschaftliches Reformprogramm fehlt der Partei. Sie ist sich augenscheinlich nicht klar über ihre positiven Ziele. Sie verfährt daher meist nur negierend und zerstörend. Das Bestehende unterwirft sie einer ätzenden Kritik, sie zeigt den Arbeitern nur, was schlecht und mangelhaft ist, und begnügt sich mit dem Haß und der Unzufriedenheit, die sie unter den Arbeitern erzeugt, ohne dieselben auf den praktischen Weg erreichbarer Reformen zu leiten.

Kurzum, die Hetzkapläne, welche die christlich-soziale Arbeiterpartei geleitet haben und noch leiten, beuteten die sozialen Mißstände nur aus, um durch Schürung des Klassenhasses sich der Arbeiter ganz und voll zu bemächtigen und sie im kirchenpolitischen Kampfe gegen den Staat zu verwerten. Daß die höhere Geistlichkeit ihr Treiben völlig billigt, ist nicht anzunehmen. Sie weiß sehr wohl, daß die entfesselten niederen Leidenschaften nur schwer zu bannen sind und befürchtet, daß bei Beendigung des Kulturkampfes die Sozialdemokratie die Früchte jenes Treibens ernten wird. Bei der Reichstagswahl vom 10. Januar 1877 kam der Konflikt zwischen den Klerikalen und den Christlich-Sozialen offen zum Ausbruch. Letztere siegten in der engeren Wahl durch die Unterstützung der Sozialdemokraten. Seitdem haben die Christlich-Sozialen weitere Fortschritte gemacht auf Kosten der Klerikalen. Letztere haben bei den jüngsten Wahlen zum Reichstag eine Erneuerung des Konfliktes gescheut, weil sie ihre Niederlage voraussahen. Sie vertuschten daher die vorhandenen Differenzen und stimmten mit für den Kandidaten der Christlich-Sozialen. Das demagogische Element überwiegt, und die gemäßigten klerikalen Elemente wurden von denselben mit fortgerissen.
Die Staatsregierung hat daher volle Veranlassung, das Vereins- und Preßgesetz gegen die christlich-soziale Arbeiterpartei im Wahlkreise Essen mit aller Schärfe bis zur äußersten Grenze des Zulässigen anzuwenden.
Soweit stimme ich mit den Anschauungen der Lokalbehörde überein.

Anders dürfte indessen die Frage zu beantworten sein, ob die Bestimmungen des jetzt dem Reichstage vorgelegten Sozialistengesetzes auch auf die Christlich-Sozialen auszudehnen ist. Daß die Bestrebungen derselben die bestehende Gesellschaftsordnung untergraben, läßt sich nicht behaupten. Die Grundlagen der Eigentumsordnung wollen die Christlich-Sozialen nicht umstürzen. Die preußische Staatsordnung wird von ihnen in ähnlicher Weise bekämpft wie von den Klerikalen. Im übrigen sind sie keine theoretischen Gegner der monarchischen Staatsordnung. Die Agitationen der Christlich-Sozialen gefährden den inneren Frieden und erwecken den Klassenhaß. Auf einen radikalen Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung sind sie dagegen nicht gerichtet.

Meines gehorsamen Dafürhaltens findet daher der vorgelegte Gesetzentwurf an sich keine Anwendung auf die Christlich-Sozialen. Eine besondere Ausdehnung seiner Bestimmungen auf letztere könnte ich nur dann befürworten, wenn sich die große Mehrheit der Christlich-Sozialen im übrigen Deutschland eines gleichen gehässigen und gefährlichen Treibens schuldig gemacht hätte wie im Wahlkreise Essen. Dies ist aber meines Wissens nicht der Fall. In den übrigen Kreisen des hiesigen Bezirks ist die christlich-soziale Partei nicht so bemerkenswert und gemeinschädlich hervorgetreten, daß ihrethalben ein besonderes Einschreiten der Staatsgewalt erforderlich erscheint. Vielfach hat der katholische Klerus, z. B. in Mönchengladbach und Krefeld, durch Gründung von Arbeitervereinen wohltätig auf die soziale Stellung der Arbeiter eingewirkt, die Sozialdemokraten verdrängt oder ferngehalten und den Frieden zwischen den meisten Gesellschaftsklassen gefördert. Auch die katholischen Gesellenvereine sind zwar Hauptherde und Stützpunkte der ulramontanen Partei, daneben aber von heilsamem Einfluß für die Sittlichkeit und Wohlfahrt der Gesellen. Es kann sicher nicht in der Absicht der Staatsregierung liegen, alle diese Vereine um der Sünden der Christlich-Sozialen in Essen willen in gleicher Weise zu unterdrücken wie die sozialdemokratischen Vereine.

Noch formloser und weit bedeutungsloser ist die von dem Hofprediger Stöcker ins Leben gerufene Partei der Staatssozialisten im hiesigen Bezirk. Sie hat unter evangelischen Geistlichen manche Förderer und Anhänger gefunden, ist aber in die eigentlichen Arbeiterkreise kaum eingedrungen.

Ew. Exzellenz bitte ich hiernach um geneigte Entscheidung, wie gegen die Christlich-Sozialen im Wahlkreise Essen vorzugehen ist.

Der Regierungspräsident
i. A. (gez.) Fiebig

An den Kgl. Geheimen Staats- und Minister des Inneren,
Herrn Grafen zu Eulenburg, Exzellenz zu Berlin.

Abschrift Berlin, den 11. Oktober 1878

Ministerium des Innern

Auf den gefälligen Bericht vom 12. September dieses Jahres erkläre ich mich damit einverstanden, daß das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, wie es in der jetzt bekannten Form in Kraft tritt, auf die christlich-soziale Partei in Essen zur Zeit nicht würde zur Anwendung gebracht werden können.

Der von dem Oberbürgermeister zu Essen erstattete, von Ew. Hochwohlgeboren bestätigte Bericht vom 2. August dieses Jahres ergibt allerdings, daß die christlich-soziale Partei sich die Agitationsweise der Sozialdemokratie angeeignet hat, indem sie in gleich aufreizender Weise den Klassenhaß schürt, Unzufriedenheit in den ärmeren Klassen der Bevölkerung verbreitet, die Gesetzgebung und die Anordnungen der Staatsbehörden in hämischer Weise kritisiert usw. sowie, daß die Partei bei der letzten Reichstagswahl mit den Sozialdemokraten gemeinsam agitiert habe. Nun könne zwar diese Tatsache wohl zu dem Urteil berechtigen, daß das Verhalten der christlich-sozialen Partei den öffentlichen Frieden gefährde und daß diese Partei, wenn sie an Ausdehnung gewönne, in ähnlichem Maße staatsgefährlich werden könne wie die Sozialdemokratie. Aus dem Verhalten der christlich-sozialen Partei bzw. aus ihrem Programm oder ihren zutage tretenden Bestrebungen ist aber, wie in den vorliegenden Berichten ausdrücklich anerkannt wird, bisher nichts zu entnehmen, daß die Partei auf den Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Ziele verfolge. Vielmehr scheint der vornehmliche Zweck der Leiter in der Schürung des religiösen Fanatismus und der auf dieser Grundlage zu gewinnenden Beherrschung der Massen unter energischer Bekämpfung der Staatsregierung zu bestehen. Die Christlich-Sozialen stehen daher zur Zeit im wesentlichen mit der ultramontanen Partei auf einem Boden.

Daß aber die von letzterer Partei bei den Reichstagswahlen geübte Taktik, welche sie mit der Sozialdemokratie in Berührung brachte, keine hinreichenden Motive abgeben kann, um dieselbe den gegen die sozialdemokratische Agitation gerichteten Gesetze zu unterwerfen, bedarf keiner näheren Ausführung.

Wenn aber auch nach jetziger Lage der Verhältnisse ein Einschreiten gegen die Vereine und Preßerzeugnisse der christlich-sozialen Partei sich nicht werde rechtfertigen lassen, so muß doch das Verhalten dieser Partei einer aufmerksamen und stetigen Überwachung unterworfen bleiben, da die Annahme naheliegt, daß die fortgesetzt in die Arbeitermassen getragene Agitation den Boden für die Aufnahme sozialdemokratischer Tendenzen derart vorbereitet, daß letztere früher oder später, auch gegen die Absicht der ursprünglichen Leiter der Agitation, in erkennbarer Weise zutage treten werden und die Anwendung des erwähnten Gesetzes notwendig machen können.

Der Minister des Innern
(gez.) G. v. Eulenburg

Karl-Alexander Hellfaier

Ein Bericht über die sozialistische Bewegung in Frankreich, England und Belgien aus dem Jahre 1884

Im Jahre 1884 veröffentlichte der Regierungsassessor Dr. Georg Zacher, Dezernent im Berliner Polizeipräsidium, eine Schrift mit dem vielversprechenden Titel »Die Rothe Internationale«[1]). Mit ihr wollte der Autor einem »dringenden Zeitbedürfnis Rechnung tragen«, da die sozialistische Bewegung in allen modernen Kulturstaaten immer mehr in den Vordergrund trete und die soziale Frage in ganz Europa zum »Brennpunkt der politischen Tagesordnung« mache. Die Bedeutung dieser Bewegung sei aber in weiten Kreisen der Gesellschaft so gut wie unbekannt oder werde aus »Mangel an genügender Orientierung« unterschätzt.

Mit dieser Schrift scheint sich der junge Beamte seiner Behörde gegenüber als Kenner der sozialistischen Bewegung ausgewiesen zu haben, denn im selben Jahr verbrachte er »längere Zeit« in Paris, London und Brüssel, um sich über den Stand der sozialistischen Bewegung in Frankreich, England und Belgien zu informieren[2]). Das Ergebnis der Beobachtungen fand in einer vom 2. Dezember 1884 datierten Denkschrift seinen Niederschlag, die unveröffentlicht blieb.

Das Berliner Polizeipräsidium verfolgte mit Zachers Auslandsreise mehrere Absichten. Der Dezernent sollte die Presse- und Agentenberichte, aus denen die politische Polizei in Berlin ihre Kenntnis über die sozialistische Bewegung des Auslandes schöpfte, an Ort und Stelle auf ihre Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit hin überprüfen und aus eigener Anschauung die sozialistische Agitation

---

[1]) Berlin: Hertz 1884. IV, 191 S. 8°.

[2]) Diesen Sachverhalt entnehmen wir einem vom Berliner Polizeipräsidenten an den Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Fürsten von Bismarck, am 29. 10. 1884 datierten Bericht, der sich im Deutschen Zentralarchiv Merseburg (= DZAM ehemals Preußisches Geheimes Staatsarchiv) befindet: »Acta betr. die systematische Überwachung der revolutionären Parteien aller Staaten durch Organe des Nachrichtenwesens vom 11. Jan. 1879 bis 16. Jan. 1885«: Rep. 77 (Ministerium des Innern) Tit. 500. Nr. 47, Vol. 1, Fol. 204.

kennenlernen. Zu diesem Zweck besuchte der deutsche Beamte die in der sozialistischen Presse angekündigten Versammlungen und Meetings. Es ging ihm aber vor allen Dingen auch darum, die »herrschende Auffassung« über die sozialistische Bewegung in den einzelnen Ländern in Erfahrung zu bringen. Bei den einheimischen Polizeibehörden fand er »dankenswerte Unterstützung«, die ihm auch »Material« zur Verfügung stellten. Dieses scheint dem Originalbericht beigefügt worden zu sein[3]). Dem Bearbeiter liegt eine Abschrift vor, die auf dem linken Blattrand mit den Großbuchstaben A–Z die Stellen markiert, für die das »Material« herangezogen wurde. Es wird mit den Wahrnehmungen des Beobachters konfrontiert und einer kurzen Besprechung unterzogen; die Denkschrift bleibt daher auch ohne dieses »Material« in jeder Partie voll verständlich.

Der Bericht über die sozialistische Bewegung in Frankreich ist der umfangreichste. Für diesen standen dem Verfasser der Denkschrift zahlreiche »Unterlagen« zur Verfügung, auf die er sich insgesamt 57mal beruft.

Aus dem Text und Inhalt des Berichtes über die Verhältnisse in Frankreich wird deutlich, daß Zacher Vereinsstatute, Vorstandsverzeichnisse, sozialistische Presseerzeugnisse, Verzeichnisse von verschiedenen Unterstützungskassen, Polizeiberichte und Gesetzestexte heranziehen konnte. Der deutsche Polizeibeamte, der aber auch auszog, um die herrschende Meinung seiner ausländischen Kollegen über die sozialistische Bewegung zu erkunden, macht kein Hehl daraus, daß er sich mit der liberalen Haltung, die die französischen Behörden gegenüber der sozialistischen Bewegung einnehmen, gar nicht befreunden kann. Er weist wiederholt darauf hin, daß die Schwäche der sozialistischen Organisationen und Parteien in Frankreich nichts über die Gefährlichkeit der sozialistischen Ideen aussage. Die »herrschende Meinung« in Paris erhoffe jedoch gerade von der »Gewährung möglichster Freiheit die wirksamste und passendste Schutzwehr« gegen die sozialistische Bewegung. Eine solche Einstellung ließ sich mit den Grundsätzen eines deutschen Polizeibeamten natürlich nicht vereinbaren. Für ihn war alles, was sich als sozialistisch deklarierte, gemeingefährlich. Was aber den jungen deutschen Polizeibeamten vor anderen Berufskollegen auszeichnete, ist die Tatsache, daß er die »Gefährlichkeit« sozialistischer Ideen erkannte und auf diese auch wiederholt in seinem Bericht mit Nachdruck hinwies.

Auch über die Tätigkeit der nach Frankreich emigrierten deutschen Sozialisten erfährt man manch bemerkenswerte Tatsachen. So heißt es in einem Exposé, das Zacher zur Verfügung stand, die »öffentliche Meinung« Frankreichs halte die deutschen Sozialisten für weit gefährlicher als die französischen, weil gerade von den deutschen »die fortdauernde Agitation für eine internationale Verbindung aller Revolutionäre ausgehe und gerade ihnen das zweifelhafte Verdienst gebühre, die anarchistische Lehre entwickelt und nach Frankreich importiert zu

---

[3]) Ob sich der Bericht im Original in den Akten der Reichskanzlei oder bei denen des Auswärtigen Amtes befindet, konnte nicht nachgeprüft werden.

haben«. Der Vertreter der Berliner Polizei weist diese Unterstellung entschieden zurück und erklärt, daß sich ein »nennenswerter« deutscher Einfluß auf die sozialistische Bewegung Frankreichs nicht nachweisen lasse; man schiene im übrigen ganz zu vergessen, daß Frankreich der »klassische Boden« aller revolutionären Bewegungen sei und daß der Anarchismus, wie Zacher meint, nur die »letztgezogene Konsequenz« des Sozialismus darstelle, der sich ursprünglich in Frankreich entwickelt habe.

Ob der »sozialistische Leseclub« deutscher Sozialisten, der dem Kongreß von St. Gallen (1887) eine Grußadresse sandte[4]), schon im Jahre 1884 existierte, geht aus dem Bericht nicht hervor. Zwischen deutschen und französischen Sozialisten scheint kein besonders gutes Einvernehmen bestanden zu haben.

Auf den Bericht über die sozialistische Bewegung in Frankreich folgt der über die in England. Auch hier waren Zacher einheimische Berufskollegen behilflich, wenn auch, wie es scheint, nicht in dem Maße wie in Frankreich. Die optimistische Auffassung des Direktors des Criminal Investigation Departement, daß die englischen Arbeiter zu »praktische Naturen« wären, als daß sie sich von der sozialistischen Agitation »dupieren« lassen würden, teilt der deutsche Regierungsassessor nicht. Er führt die »etwas optimistische Auffassung« der Londoner Behörde auf unzulängliche Informationen zurück, die wiederum aus einer ungenügenden Organisation der Polizeibehörde resultierten, die nur mit einem einzigen Agenten arbeite. So bestand das gesamte einschlägige Aktenmaterial, das man dem deutschen Beamten »bereitwilligst zur Durchsicht« übergab, nur aus einer Liste der hauptsächlichsten, auch in Berlin (!) bekannt gewesenen Agitatoren und einem Bündel vertraulicher Berichte jenes einzigen Agenten. Es ist daher wohl verständlich, wenn sich Zacher bei der Schilderung der sozialistischen Bewegung in England nur neunmal auf »Anlagen« berufen kann, unter denen sich der Züricher »Sozialdemokrat« und die »Freiheit« Mosts befinden.

Interessant ist das Argument, mit dem Zacher die Unterstellung durch die englische Presse zurückweist, die englischen Arbeiter würden mit sozialistischen Ideen von den Deutschen infiziert. Er verweist auf die Angaben der Londoner Polizeibehörde, nach denen sich in den noch bestehenden drei deutschen Clubs nicht ein einziger deutscher Sozialist befände, der der englischen Sprache so weit mächtig wäre, um in englischen Agitationsversammlungen mit Erfolg auftreten zu können; auch gehöre kein Deutscher der englischen Parteipresse an.

Was schließlich über die Reste des einstigen Kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins, der immerhin noch etwa 600 Mitglieder zählen soll, berichtet wird, liest man hier wohl zum ersten Male.

---

[4]) Abgedruckt bei Hellfaier: Die deutsche Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes 1878–1890. Berlin 1958, S. 242–243. Der Leseklub bestand noch im Jahre 1889. Die deutschen Delegierten zum Internationalen Sozialisten-Kongreß in Paris (1889) nahmen an einer Begrüßungsfeier im Vereinslokal des »deutschen (sozialdemokratischen) Leseklubs« teil, vgl. Julius Bruhns: Es klingt im Sturm ein altes Lied. Stuttgart, Berlin 1921, S. 96.

Mit Gewinn nimmt man zur Kenntnis, was Zacher einleitend über das soziale Milieu Londons mit seinen Scharen zerlumpter, verwahrloster Kinder, seinen schmutzigen Höfen und Gassen niederschreibt. Resümierend stellt er fest:

»Alle diese Verhältnisse zeugen von keinen gesunden Zuständen und werden von der sozialistischen Agitation nach Kräften ausgebeutet, um der Masse ihre elende Lage zum Bewußtsein zu bringen und alle Schuld dafür lediglich auf die Eigensucht der herrschenden Klasse abzuwälzen.« Daß ein Beamter der politischen Polizei soziale Aspekte mit einer solchen Tendenz entwickelt, versteht sich von selbst.
Der Bericht über die sozialistische Bewegung in Belgien ist auffallend knapp. Er beginnt mit einem Hinweis, daß der Aufenthalt recht kurz war und daher nur »flüchtige Informationen« eingezogen werden konnten. Doch wollte der Direktor der »Administration des Prisons et de la Sûreté Publique« dem preußischen Premier ein »Exposé« zustellen, in dem die von Zacher angeregten Fragen eine eingehendere Besprechung finden sollten. Bei diesem Versprechen scheint es geblieben zu sein, denn ein entsprechendes »Exposé« ließ sich nicht ermitteln. Da aber Zacher für den vorliegenden Bericht immerhin zehn »Anlagen« verwenden kann, ist das, was er über die sozialistische Bewegung in Belgien schreibt, recht instruktiv. Über die deutschen Sozialisten in Brüssel erfährt man die bemerkenswerte Tatsache, daß von den noch im Jahre 1881 sehr regen »deutschen Gruppen« keine einzige mehr bestehe.

Insgesamt gesehen, gibt dieser Teil des Berichtes aber doch mehr Aufschluß über die Praktiken der belgischen Behörden gegenüber der zozialistischen Bewegung als über letztere selbst.
Zum Schluß macht der Verfasser der Denkschrift einige Bemerkungen über die Zusammenarbeit der Pariser, Londoner und Brüsseler Polizeibehörden. So bestehe zwischen der Pariser und der Brüsseler ein »reger Verkehr, der auf gegenseitigen fortlaufenden Dienstleistungen basiere und bei dem beiderseits häufigen Übergreifen der Agitation über die Grenze wohl auch geboten« sei. Der Kontakt zwischen der Pariser und der Londoner Behörde sei weniger intensiv, beschränke sich lediglich auf die Entsendung eigener Detektive nach Paris, um fenische Spuren zu verfolgen und aufzudecken. Zwischen London und Brüssel wiederum scheinen wechselseitige Dienstleistungen nur von Fall zu Fall auf besonderes Ersuchen stattgefunden zu haben. Für eine Zusammenarbeit mit dem Berliner Polizeipräsidium aber schien dem Vertreter Berlins die Brüsseler Polizei am geeignetsten zu sein; er rechnet mit einer »rückhaltlosen und nachhaltigen Unterstützung« deshalb, weil die Brüsseler Behörde mit der Berliner »Gesamtauffassung im wesentlichen« übereinstimme. Die Bereitwilligkeit der Londoner Behörde wird keineswegs in Zweifel gezogen, doch ihr Informationsmaterial als zu »oberflächlich« bezeichnet; »verwertbare Informationen« würden daher von

London kaum zu erwarten sein. Paris scheide nach Lage der Dinge aus; und wenn er auch dort »jede erbetene Auskunft mit der größten Bereitwilligkeit und Höflichkeit« erhalten habe, so führe er dies doch auf die dankenswerte Empfehlung seitens der deutschen Botschaft zurück.

Für den Historiker ist die Feststellung wichtig, daß das von der Berliner Polizei gesammelte Material »im großen und ganzen als zuverlässig und erschöpfend gelten« könne. Diese Angabe wiegt um so schwerer, als sie von einem Beamten stammt, der Agentenberichte und sonstige Eingaben ex officio auf ihre Glaubwürdigkeit zu prüfen hatte. Es handelt sich vornehmlich um das heute im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam aufbewahrte Schriftgut, wo man in den Akten des Berliner Polizeipräsidiums (Repositur 30), insbesondere in der »Geheimen Präsidial-Registratur« (Titel 94) und der »Politischen Abteilung« (Titel 95) zahlreichen Berichten, meist abschriftlich und anonymer Herkunft begegnet. Ungeachtet der von Zacher bescheinigten grundsätzlichen Zuverlässigkeit bleibt es Aufgabe der Quellenkritik, jeden einzelnen Agentenbericht auf seine Glaubwürdigkeit zu überprüfen.

Für die neuere Geschichte spielt die Trennung von Literatur und Quellen nur eine geringe Rolle. Aber überall dort, wo Tatsachen in der zeitlich bedingten Färbung der Gegenwart ausgedrückt werden, hat es der Historiker nicht mit Literatur, sondern mit Quellen zu tun. Zachers Produkte sind in der zeitlich und polizeilich bedingten Färbung der damaligen Gegenwart abgefaßte Darstellungen der sozialistischen Bewegung und somit in die Kategorie der Quellen einzuordnen.

Die eingangs genannte Schrift, »Die Rothe Internationale«, trägt alle Merkmale einer historiographischen Quelle: sie entstand, wie ihr Autor einleitend sagt, mit der Absicht, geschichtliche Tatsachen aus der sozialistischen Bewegung festzuhalten und zu überliefern. Die aus demselben Jahr stammende Denkschrift verfolgt dieses Ziel nicht. Sie unterscheidet sich von der Druckschrift grundsätzlich durch die Art ihrer Entstehung: sie ist Gegenstand eines Verwaltungsaktes und resultiert somit aus dem Rechtsleben. Sie erfüllt daher alle Kriterien einer nicht historiographischen Quelle und gehört in die Gruppe der Relikte, die unmittelbar durch ihre Existenz als Beweismomente gelten dürfen. Das Vorhandensein der Denkschrift beweist die tatsächlich erfolgte Auslandsreise ihres Verfassers und dessen Zusammenarbeit mit französischen, englischen und belgischen Polizeibehörden. Hierin besteht der eigentliche Quellenwert des Berichtes. Da die Denkschrift aber auch historiographische Partien enthält, ein Beweis, daß die Quellengattungen nicht streng voneinander geschieden werden können, gehört sie beiden Bereichen der Quellenkunde an.

Druckschrift und Denkschrift sind gleichzeitige primäre Quellen, die sich durch die angedeuteten Nuancen unterscheiden.

Die Denkschrift hat folgenden Wortlaut:

»Bericht über die sozialistische Bewegung in Paris, London und Brüssel beziehungsweise den zugehörigen Ländern[5]).«

Berlin, den 2. September 1884

Da der hiesigen politischen Polizei zu ihrer Orientierung über die sozialistische Bewegung im Auslande für gewöhnlich nur 2 Quellen zu Gebote stehen — die Presse und die Agentenberichte —, welche beide naturgemäß weder als durchweg zuverlässig und lückenlos gelten können, noch die Vorteile eigener Wahrnehmung zu ersetzen vermögen, so suchte ich mein Hauptaugenmerk darauf zu richten, einerseits das hier gesammelte Material im allgemeinen auf seine Richtigkeit hin zu prüfen und, soweit tunlich, zu ergänzen, andrerseits eine lebendige Anschauung davon zu gewinnen, in welcher Weise sich die sozialistische Agitation an den in Rede stehenden Orten äußert und welche Auffassung über diese Bewegung dort herrschend ist. Zu dem Zweck besuchte ich, soweit Zeit und Gelegenheit sich dazu boten, Versammlungen und Meetings, welche in der sozialistischen Presse angekündigt oder mir sonst bekannt wurden und setzte mich gleichzeitig mit den einheimischen Polizeibehörden in Verbindung, nachdem ich zuvor durch entsprechende Anfrage bei unseren auswärtigen Behörden mir die Gewißheit verschaffte, daß Bedenken dieserhalb nicht vorlägen und dabei jedesmal die dankenswerte Unterstützung gefunden hatte.

[Die sozialistische Bewegung in Frankreich]

So erhielt ich in Paris, wo ich zuerst eintraf und etwa 4 Wochen verblieb, zufolge einer solchen Einführung bei der dortigen Polizeipräfektur von derselben über alle meinerseits gestellten Fragen bereitwilligst Auskunft, auch das in den Anlagen A., B., E. enthaltene Material zur Verfügung gestellt. Da die erstere derselben (A.) die Beantwortung der hauptsächlichsten von mir gestellten Fragen enthält und insofern von besonderem Interesse sein dürfte, als sich daraus die Stellungnahme der dortigen Behörde zu der sozialistischen Bewegung entnehmen läßt, so mag es mir gestattet sein, dieses Exposé unter gleichzeitiger Berücksichtigung des weiter angeschlossenen Materials und meiner sonstigen Wahrnehmungen einer näheren Besprechung zu unterziehen.

Die ersten 3 Abschnitte beziehen sich auf die Organisation der Arbeiterschaft, der 4. auf die einschlägige Gesetzgebung und der letzte auf die bisherige und mutmaßliche weitere Entwicklung der sozialistischen Bewegung. —

---

[5]) DZAM: Rep. 77, Tit. 500. Nr. 47. Vol. 1, Fol. 210–263 (Abschr.). Der Wortlaut des Berichtes wird vollständig abgedruckt. Schreibweise und Zeichensetzung wurden modernisiert und Abkürzungen ausgeschrieben. Ergänzungen stehen in eckigen Klammern. Die zahlreichen Verweisungen auf die »Anlagen« (A–Z), die dem Verfasser der Denkschrift zur Verfügung standen, blieben unberücksichtigt.

Die Organisation der Arbeiterschaft vollzieht sich, wie in fast allen modernen Kulturstaaten, im wesentlichen unter zwei Formen, der gewerkschaftlichen auf mehr wirtschaftlicher Basis und der sozialistischen mit vorwiegend politischem Charakter, welche auch hier mehrfach ineinander übergehen. Die erstere findet ihren Ausdruck in den chambres syndicates oder syndicats professionnels, das heißt berufsgenossenschaftlichen Bildungen, die letztere in den cercles d'etudes sociales, das heißt lokalen Mitgliedschaften von Gesinnungsgenossen. Prüft man diese Gruppierungen auf ihren festen numerischen Bestand hin, so wird man dem Pariser Polizeipräfekten nur beistimmen können, wenn derselbe in seinem Bericht an die bekannte »Vierundvierziger Kommission« die gegenwärtige Arbeiterorganisation als eine völlig rudimentäre bezeichnet. Von den 250 000 bis 300 000 Pariser Arbeitern gehören zum Beispiel nur 75 der gewerkschaftlichen Organisation an, während etwa 1/10 den sozialistischen Heerbann abgibt. Wenn aber in Paris, wo Anregung und Agitation noch am lebhaftesten sind, schon solche Verhältnisse herrschen, wird man kaum fehlgehen, wenn man für die Provinzen noch ungünstigere Prozentsätze annimmt. Trotzdem hiernach die sozialistische Partei als solche besondere numerische Bedeutung kaum erlangt hat, so läßt sich andrerseits nicht verkennen, daß die sozialistischen Ideen seit Ausgang der siebziger Jahre eine überraschend schnelle, stets zunehmende Ausbreitung gefunden haben. Man scheint daher an maßgebender Stelle durch eine entsprechende Neubelebung und Leitung der gewerkschaftlichen Organisation ein Gegengewicht schaffen zu wollen, indem man die Erklärung für die bisherige geringe Entwicklung derselben einmal in dem generellen Rückschlag der Ereignisse von 1870/71, auf die Arbeiterbewegung überhaupt, sodann in der mangelhaften Gesetzgebung suchte, welche keinen genügenden Spielraum gewährte. Es ist deshalb im Ministerium des Innern eine besondere Abteilung — bureau des societés professionnels — geschaffen, welche unter Leitung eines Fachmannes, Mr. Barberet, sich speziell mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen hat, und unter dem 21. März dieses Jahres ein Gesetz erlassen, welches den Gewerkschaften und allen sonstigen Vereinsbildungen gegenüber eine exeptionelle Stellung einräumt. Danach sind dieselben von dem sonst vorgeschriebenen Zwange der behördlichen Genehmigung befreit und nur an die Einreichung der Statuten und Vorstandsverzeichnisse gebunden, erlangen gewisse Korporationsrechte und dürfen innerhalb des ihnen gestellten Wirkungskreises, das heißt behufs Studiums und Verteidigung ihrer ökonomischen, industriellen, kommerziellen und agrikolen Interessen, sogar miteinander in Verbindung treten. Insbesondere scheint man sich von der weiteren Verwirklichung des Prinzips der cooperation und participation, das heißt Produktivgenossenschaft und Gewinnbeteiligung, viel zu versprechen und in dieser Richtung durch Überweisung öffentlicher Arbeiten an derartige Koalitionen fördernd einwirken zu wollen. Ob aber diese Bewegung den gehofften Aufschwung nehmen und den beabsichtigten Zweck erreichen wird, dürfte nach dem bisherigen Gange der Sache einst-

weilen in Frage kommen. Abgesehen davon, daß die an sich brauchbaren Ideen der Produktivassoziation und Gewinnbeteiligung weder eine Panacee gegen den Sozialismus bieten, noch unter allen Verhältnissen anwendbar sind, erscheint die gedeihliche Fortentwicklung auf jener Basis wesentlich dadurch gefährdet, daß gegen diese sogenannte gouvernementale, das heißt unpolitische, Richtung der Gewerkschaften, welche in dem Parteiorgan Le Moniteur des syndicats ouvriers ihre Vertretung findet, einerseits von den Radikalen und andrerseits von den Sozialisten Sturm gelaufen wird, um diese Verbände ihren eigenen Parteizwecken dienstbar zu machen. Daß diese Werbungen nicht ohne Erfolg geblieben sind, dürfte aus der Existenz der sogenannten Allianée socialiste republicaine hervorgehen, welche bekanntlich im Verein mit radikalen Elementen einen großen Teil der Syndikatskammern umfaßt, während ein anderer, geringerer Teil sich der »Sozialistischen Arbeiterpartei« angeschlossen hat, so daß also nur ein kleiner Rest seine Integrität bewahrt haben dürfte. Unter diesen Umständen erscheint es erklärlich, daß zum Beispiel im ganzen Seine-Departement nur 241 Syndikatskammern mit 54 685 und in allen übrigen Departements zusammen nur 600 solcher Verbände bestehen und daß ihre finanzielle Bedeutung gleich Null ist, was bekanntlich auf der letzten Pariser Internationalen Konferenz (29. Oktober 1883) von den Vertretern der englischen Gewerkschaften mit besonderem Erstaunen und Mißbehagen konstatiert wurde. Auch die Pariser Cooperativ-Verbände haben es bisher trotz jener Protektion nur auf etwa 70 mit 2000 Mitgliedern gebracht.

Betrachten wir nun die sozialistische Organisation, so stehen wir vor der befremdlichen Tatsache, daß trotz der stark progressiven Ausbreitung der sozialistischen Ideen die feste Gefolgschaft doch nur eine relativ geringe bleibt. So zählt die Partei in Paris, wo sich die sozialistische Stimmzahl seit den letzten Gemeindewahlen (1881) mehr als verdreifacht, in einzelnen Stadtteilen sogar verzehnfacht hat, doch kaum 20 000 feste, zahlende Mitglieder, und ähnlich wird der gesamte Anhang in den Provinzen auf kaum mehr als 100 000 bis 150 000 geschätzt, obwohl auch da, so besonders in Limoges, Brest, Rennes, Tours, Roanne, Alois, Marseille und anderen Orten, ein erhebliches Wachstum der sozialistischen Wahlstimmen konstatiert worden ist. Die Ursache für diese Erscheinung dürfte in spezifisch französischen Verhältnissen zu suchen sein.

Die ganze Bewegung und namentlich Paris als geistiges Zentrum derselben ist mit einer Masse von Literaten und sogenannten deklassierten Bourgeois überschwemmt, welche nicht bloß der alltägliche Broterwerb, sondern oft auch brennender Ehrgeiz auf dieses Terrain geführt haben, und die sich nun dort untereinander auf das heftigste bekämpfen, um sich in ihrer Existenz zu behaupten und ihre vermeintlichen Lorbeeren möglichst unbeschnitten einzuernten.

Da aber der sogenannte Personenkultus bereits stark anrüchig geworden ist, so suchen diese Führer ihre persönlichen Streitigkeiten durch Vorschützung theoretischer Differenzen, das heißt durch Aufstellung eines in diesem oder jenem

Punkt abweichenden Programms, zu maskieren und um dieses Fähnlein dann ihre getreue Gefolgschaft zu sammeln. Um sich eine Vorstellung von der rücksichtslosen Heftigkeit zu machen, mit der diese Scharmützel geführt werden, braucht man zum Beispiel nur den Zeitungskrieg zu verfolgen, der seinerzeit aus Anlaß der Wahl Joffrins zum Gemeinderat in Paris zwischen den sogenannten Possilibisten und Marxisten oder, besser gesagt, zwischen Brousse und Guesde (im Prolétaire einerseits und der Égalité andrerseits) ausgefochten wurde und späterhin die bekannte Spaltung der »Sozialistischen Arbeiterpartei« im Gefolge hatte, oder einige der gegnerischen Versammlungen zu besuchen, wo der verhaßte Bourgeois vor dem angegriffenen Fraktionsgegner oft gänzlich in den Hintergrund tritt. Hierauf dürften im wesentlichen alle die Schwächen zurückzuführen sein, an denen die französische Sozialistenpartei krankt. Der Gesamtanhang wird durch jene Eifersüchteleien in lauter Fraktionen und Fraktiönchen zerrieben, die einer einheitlichen Leitung nur widerwillig oder gar nicht Folge leisten und überall nur Angriffe auf ihre Selbständigkeit wittern; keine Gruppe hat eine dauernd feste Mitgliedschaft, indem man sich heute bei dieser, morgen bei jener Gruppe, bald bei mehreren zugleich einschreibt, bald wieder ganz austritt, je nachdem dieser oder jener Redner besonders gefallen oder mißfallen hat. Dabei kann die geistige Durchbildung der Mitglieder natürlich nur eine höchst oberflächliche und unvollkommene bleiben, so daß sich die meisten zwar Sozialisten nennen, oft aber nicht einmal über die Grundideen des Sozialismus im klaren sind, woraus sich andrerseits wieder die große Indifferenz gegen ein geordnetes, strammes Parteiwesen und die Scheu vor regelmäßigen Beiträgen erklären läßt. Bedurfte es doch schon mehrfach exzeptioneller Maßnahmen, um nur das Hauptparteiblatt Prolétaire (jetzt Proletariat) am Leben zu erhalten! Besonders bezeichnend sind diese Verhältnisse für die Qualität der sogenannten Führer, welche jene Mißstände sehr wohl einsehen, aber gleichwohl das eigene Interesse über das der Partei stellen, für die sie sich angeblich opfern. Dennoch scheinen die infolge dieser Zersplitterung gehabten Mißerfolge bei den letzten Pariser Gemeindewahlen (Mai dieses Jahres), wo unter anderen Joffrin deshalb zu Fall kam, die Veranlassung gegeben zu haben, es mit einer auf breitester Basis durchzuführenden Vereinigung aller bestehenden Fraktionen zu versuchen, um sich nicht zur Schadenfreude der Bourgeois noch vor dem erwarteten Abrechnungstage in nutzlosem Bruderkampfe gegenseitig aufzureiben; wenigstens sind zahlreiche Meetings zu diesem Zweck abgehalten worden, ohne indes, wie ähnliche frühere Versuche der Art, zu einem sichtbaren Erfolge geführt zu haben. Aus den nämlichen Gründen kann auch die internationale Organisation auf französischem Boden zu keiner besonderen Bedeutung gelangen und am allerwenigsten dem wenig beliebten deutschen Elemente gegenüber, vielmehr beschränkt sich dieselbe, abgesehen von den wenig zahlreichen Anarchisten, welche noch am ehesten Fühlung mit den Gesinnungsgenossen der verschiedenen Nationalitäten unterhalten, im wesentlichen auf die platonischen Liebeswerbungen

der beiderseitigen Führerschaft, welche sich in dem Austausch von Adressen und Korrespondenzen, gelegentlichen Konferenzen und dergleichen mehr zu erkennen geben. Dagegen verhält sich das Gros der französischen Sozialisten dem Deutschen gegenüber durchaus antipathisch, wenn nicht gar feindselig, wofür ja die sogenannte Arbeiterenquete hinreichende Belege geboten hat. Der Grund hierfür dürfte hauptsächlich in dem durch die starke deutsche Konkurrenz hervorgerufenen Brotneid zu finden sein, den die chauvinistische Agitation unter dem Deckmantel, für den Schutz der nationalen Industrie einzutreten, geschickt auszubeuten versteht. So habe ich in den Versammlungen französischer Sozialisten niemals deutsche Arbeiter und umgekehrt in der deutschen Sozialistenkolonie – außer einzelnen Rapportern und Führern – keine französischen Sozialisten bemerkt, und ebensowenig glückte es Liebknecht bei seiner letzten Anwesenheit in Paris (Mai dieses Jahres), die dort herrschende Antipathie gegen ein Bündnis mit der deutschen Sozialistenpartei zu beseitigen.

Wenn trotz der vorstehend geschilderten Verhältnisse in jenem Exposé die Existenz einer sozialistischen Parteiorganisation in Frankreich und besonders eine solche im Sinne des seinerzeit gegen die »Internationale« erlassenen Gesetzes geleugnet wird, so wird man, um mit den tatsächlichen Verhältnissen im Einklang zu bleiben, dies nur dahin auffassen können, daß es eine das Gros der französischen Arbeiterschaft repräsentierende und eine von einem Mittelpunkt aus geleitete Organisation wie die frühere Internationale allerdings nicht gibt. Dagegen wird man das Bestehen einer sozialistischen Partei an sich, die immerhin ihre 100 000 bis 200 000 Mitglieder zählt, Statut und Programm besitzt, seit Jahren in Wort und Schrift eine umfangreiche Agitation unterhält, regelmäßige Landeskongresse abhält und zu internationalen Kongressen ihre Vertreter entsendet, nicht mehr ableugnen und ebensowenig daran zweifeln können, daß auf eine solche Organisation die Bestimmungen des gedachten Gesetzes sehr wohl anwendbar sind. Zwar wird sie in dieser Beziehung als sogenannte friedliche Reformpartei bezeichnet; indessen hat es damit ganz dieselbe Bewandtnis, als wenn zum Beispiel die deutsche Sozialistenpartei sich eine solche Bezeichnung beilegt.

Da die Lage und Handhabung der jeweiligen Gesetzgebung jedenfalls interessante Rückschlüsse auf die herrschende Meinung in den maßgebenden Kreisen zulassen, so mag zunächst ein flüchtiger Blick auf die einschlägige Gesetzgebung gestattet sein, bevor auf jenen Punkt des näheren eingegangen wird.

Gegen die alltäglichen Notstände infolge von Krankheit, Unfällen, Altersschwäche und Todesfällen können sich die Arbeiter durch Beitritt zu den aus den Anlagen G. H. J. ersichtlichen Kassen sichern, welche auf dem Prinzip der gegenseitigen Versicherung ohne Beitrittszwang basiert sind und deren es zwei verschiedene Arten gibt: die lokalen Gemeindekassen, welche die vorübergehenden und kleineren, aber augenblicklichen Zahlungen zu leisten haben, und die unter staatlicher Garantie mit teilweiser Subvention errichteten Zentralkassen,

denen die Renten- und Kapitalzahlungen obliegen. Im allgemeinen scheint man sich mit diesen Einrichtungen, welche den dringendsten Anforderungen Rechnung tragen sollen, begnügen zu wollen, zumal die Arbeiterschaft bei ihrer Zersplitterung keinerlei Pression zu üben imstande ist, und wenn in den letzten Jahren Projekte und Vorlagen sozialpolitischer Natur auch in Mengen aufgetaucht und debattiert worden sind, so sind dieselben schließlich doch fast immer wieder verschwunden oder abermals durch neue Pläne verdrängt worden, ohne daß etwas Greifbares zustande gekommen wäre. Es mag hier nur an das seinerzeit viel besprochene und jetzt wohl ad calendas graecas vertagte Projekt einer »Arbeiterbörse« erinnert werden, welche als eine Art Arbeiterkammer eine Zentralinstanz für die gesamten Interessen der französischen Arbeiterschaft, besonders in statistischer Beziehung, abgeben sollte. Danach erscheint es erklärlich, wenn aus Kreisen der französischen Arbeiterschaft heraus, trotz der sonst herrschenden Antipathie gegen alles Deutsche, nicht selten auf die deutsche Regierung exempliziert wird, welche den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft einen starken Rückhalt gewähre, während sie ihrerseits sich im ganzen lediglich auf das manchesterliche Prinzip der Selbsthilfe verwiesen sehe.

Die französische Arbeiterschaft mag aber damit sich um so weniger befriedigt fühlen, als gerade sie mehr als eine andere die Regelung der sozialen Verhältnisse und die Besserung ihrer Lage von einem tätigen Eingreifen des Staates erwartet, wie dies die Verhandlungen vor der sogenannten Vierundvierzigerkommission zur Genüge ergeben haben.

Die repressive Gesetzgebung, insoweit sie hier in Betracht kommt, basiert im wesentlichen auf denselben Grundsätzen wie die diesseitige; so unterliegen öffentliche Versammlungen der Anzeige und Überwachung, Vereine der Genehmigung, geheime wie auch jedwede international-sozialistische Verbindungen dem Verbot, die Presse mannigfachen Kontroll- und Strafvorschriften, Ausländer der Ausweisung und so weiter. Trotzdem diese Gesetze, welche in ihren Strafsatzungen vielfach über das deutsche Strafmaß hinausgehen, bei strenger Handhabung einen nicht geringen Schutz gegen die Gefahr der sozialrevolutionären Agitation bieten würden, so scheint man solches gleichwohl nicht für opportun zu halten und noch viel weniger zu irgendwelchen Präventivmaßregeln geneigt zu sein, vielmehr in der Gewährung größtmöglicher Freiheit das beste Mittel zu erblicken, jene perversen Ideen durch sich selbst schließlich ad absurdum zu führen und die Gefahr in ihrer wahren Bedeutung zu erkennen.

In alledem dürfte sich bereits die in Paris herrschende Auffassung widerspiegeln, bezüglich deren ich mich auf Grund des vorliegenden Materials und meiner sonstigen Wahrnehmungen dahin resümieren möchte, daß man der sozialistischen Bewegung eine ernste Bedeutung weder für jetzt noch für später beizumessen geneigt ist. Hauptsächlich stützt man sich dabei auf die bereits geschilderte Zerfahrenheit der Führerschaft und Indifferenz der Massen. Wenn nun diese beiden Momente, für die Gegenwart wenigstens, nicht abzuleugnen sind, so dürften

dabei doch zwei andere zu wenig berücksichtigt sein, welche einstweilen zwar noch in den Hintergrund treten, aber schon für die nächste Zukunft eine gefährliche Bedeutung erlangen möchten; das ist die systematische Ausbildung eines unversöhnlichen Klassenhasses und die fortgesetzte Vermehrung fanatisch-anarchistischer Elemente. Erwägt man nämlich, daß die sozialistische Agitation in Frankreich seit Jahren gegen Staat und Gesellschaft in einer Weise wütete – wohl dem leidenschaftlichen Volkscharakter entsprechend –, die die in Deutschland vor dem Sozialistengesetz geübte bei weitem in den Schatten stellt und daß derselben wesentliche Hindernisse nicht in den Weg gestellt werden, so wird man sich der Besorgnis kaum erwehren können, daß nicht nur das allgemeine Rechtsbewußtsein im Volk darunter aufs schwerste leiden muß, sondern auch ein Haß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern erzeugt wird, der ein gedeihliches Zusammenwirken dieser beiden aufeinander angewiesenen Klassen geradezu unmöglich zu machen droht. Jedenfalls kann dieser Entwicklungsgang dadurch nicht gehemmt werden, daß hier und da einmal ein Redner oder Redakteur gefaßt und mitunter auch zu mehrjähriger Freiheitsstrafe verurteilt wird, und mag auch dem lebhaften Volkscharakter Rechnung getragen werden, so dürften immerhin flagrante, oft unter den Augen behördlicher Organe begangene Rechtsverletzungen, die in ihrer Einzelerscheinung nicht besonders gefährlich, in ihrer Gesamtverkettung aber in wesentlich anderem Lichte erscheinen, nicht ungeahndet hingehen, falls dies nicht auf eine förmliche Begünstigung der anarchistischen Pflanzschule hinauslaufen soll.

In dieser Beziehung kommen neben der aufhetzenden Presse besonders die Parteiversammlungen und Massenmeetings in Betracht. Die ersteren finden in regelmäßigen, meist 8- oder 14tägigen Zwischenräumen in den Klublokalen der einzelnen Gruppen statt und suchen ihre Aufgabe in der Förderung des Verständnisses für die sozialistischen Ideen und deren Weiterverbreitung; sie weisen, ihrem lokalen Charakter und Wirkungskreis entsprechend, meist dieselben Redner und Zuhörer auf, sind selten von mehr als einigen 20 bis 50 Personen besucht und, sofern nicht gerade Vereinsangelegenheiten auf der Tagesordnung stehen, gegen ein beliebiges Entree jedermann zugänglich. Die Meetings dagegen haben einen weniger instruktiven als vielmehr demonstrativen Charakter. Sie finden nur bei besonderen Gelegenheiten statt, insbesondere wo es gilt, behördliche Maßnahmen, wie seinerzeit die Verurteilung der Louise Michel, in schamlosester Weise herunterzureißen, werden in den großen Vorstadtsälen oder – wenn es sich, wie bei der Communefeier auf dem Père-Lachaise um eine einheitliche Aktion handelt – auch unter freiem Himmel abgehalten und zeigen meist eine Teilnehmerschaft von mehreren hundert Personen, welche in den letztgedachten Fällen unter dem Zulauf von Neugierigen, Berichterstattern und Weibern (die übrigens auch bei den oben geschilderten Lokalversammlungen keineswegs fehlen!) sogar auf etliche tausend anschwillt; sie dienen dann gleichzeitig zur Abhaltung einer allgemeinen Heerschau, zur Kundgebung der Solidarität des

Proletariats, zur Auslassung von Gift und Galle gegen Autorität und Besitz, und werden als willkommene Gelegenheit benutzt, um etwas Lärm zu schlagen und eine Zeitlang von sich reden zu machen, was der Franzose besonders nötig zu haben scheint. Eine ungefähre Vorstellung davon, wie es bei solchen Gelegenheiten zugeht, mag die in der Anlage D enthaltene Schilderung der diesjährigen Communefeier und einer im Anschluß daran stattgehabten Anarchistenversammlung geben. Besonders charakteristisch war auch die Antrittsrede, mit welcher der neugewählte Munizipalrat Vaillant am Himmelfahrtstage seine Wählerschaft erfreute, um dieselbe mit seinem sozialpolitischen Programm bekannt zu machen. Als ganz selbstverständlich wurde darin vorausgesagt, daß nur die gewaltsame Revolution die Lösung der sozialen Frage bringen könne; zu dem Zweck sollten überall lokale Agitationskomitees eingerichtet werden, welche einerseits die Wählerschaft entsprechend zu bearbeiten und deren Wünsche entgegenzunehmen, andrerseits mit dem Zentralkomitee Fühlung zu unterhalten hätten, durch dessen Vermittlung jene Postulate den Parteivertretern in den verschiedenen Wahlkörpern zugehen und dort zur Herbeiführung von Obstruktionen und so weiter benutzt werden sollten; bis man schließlich in der Lage sein würde, die soziale Revolution endgültig zu proklamieren und durchzuführen. Eine solche Vertröstung auf die wenn auch nahe Zukunft schien aber einzelne, besonders ungeduldige Elemente nicht sonderlich zu befriedigen, denn sie verlangten, man solle statt mit Blumen mit Flintenkugeln Protest einlegen, sobald der beabsichtigten Demonstration auf dem Père-Lachaise irgendwelche Hindernisse in den Weg gelegt werden sollten; und konnten von Vaillant nur mit Mühe davon überzeugt werden, daß ein derartiges unzeitiges Vorgehen nur zu einem für die Partei unglücklichen Putsch führen würde.

Man braucht derartige Persönlichkeiten nur einmal gesehen zu haben, um zu der Überzeugung zu gelangen, daß man es hier mit Fanatikern vom reinsten Wasser zu tun hat. Vorzugsweise den geistig zurückgebliebenen Elementen angehörig, mögen diese Leute aus den ersten Versammlungsbesuchen nur die dunkle Vorstellung von einer ungerechten sozialen Ungleichheit mit sich nehmen, welche bei fortgesetztem Besuch der Parteiversammlungen sich allmählich zur überzeugungsvollen Gewißheit entwicktelt und schließlich zu jenem tödlichen Haß gegen jede staatliche und gesellschaftliche Ordnung führt. Leider kann man derartige Individuen bereits in allen größeren Versammlungen bemerken, und wenn dieselben gegenwärtig wohl noch zu den vereinzelten Gesinnungen gehören und mit ihren steten Zwischenrufen Vive la Commune! Vive la Revolution! Mort à la Bourgeoisie! und so weiter von ihrer Umgebung meist noch von der komischen Seite genommen werden, so läßt sich doch kaum denken, daß die oben geschilderte Agitation, besonders bei geschickter Ausnutzung der unter der Arbeitermasse mehrfach herrschenden Unzufriedenheit, nicht noch weitere derartige Elemente zutage fördern und dieselben schließlich im Gefühl ihrer Zu-

sammengehörigkeit und Stärke auch zu Taten anreizen sollte, von denen die letzten Jahre ja schon mehrfach einen Vorgeschmack gegeben haben.
Wird nun auch an maßgebender Stelle der revolutionären Bewegung eine stete Aufmerksamkeit zugewendet und das numerische Wachstum derartiger Verbindungen anscheinend nicht unbeachtet gelassen, so scheint man gerade die qualitative Bedeutung jener Elemente durch den Hinweis abschwächen zu wollen, daß der gesamte revolutionäre Anhang, wenigstens in Paris, sich lediglich aus dem Pöbel rekrutiere. Erwägt man aber, daß gerade dieses Element in unruhigen Zeiten noch allemal für Paris das gefährlichste gewesen ist, so muß das als ein schlechter Trost gelten und fast unbegreiflich erscheinen, daß die jüngste Erfahrung von 1871 so schnell vergessen ist.
Scheint nach alledem die herrschende Meinung in Paris, welche gerade in der Gewährung möglichster Freiheit die wirksamste und passendste Schutzwehr gegen die sozialistische Bewegung erblickt, die Bedeutung der letzteren in mehrfacher Hinsicht zu unterschätzen, so wird man doch kaum annehmen können, daß der wohlinformierten Behörde die Bedenken, welche sich gegen jene Auffassung aufdrängen, entgangen sein sollten, und wenn sie sich trotzdem mit der öffentlichen Meinung in Einklang zu setzen sucht, so werden eben anderweitige Gründe dafür bestimmend sein, wie sie wohl seinerzeit zu der wenn auch nur formellen Auflösung der politischen Geheimpolizei (jetzigen Direktion de la Sûreté générale) geführt haben. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es wenigstens erklärlich, wenn das Gesetz vom 10. April 1834 eine so liberale Auslegung erhält, daß seine Bestimmungen auf die nur losen Gruppen der Sozialistischen Arbeiterpartei keine Anwendung zuließen und das im übrigen für unentbehrlich erachtete Gesetz vom 14. März 1872 nur gegen die Anarchisten zur Anwendung kommt, die infolge ihres wahnsinnigen Gebarens wie überall so auch in Paris sich eben unmöglich gemacht haben.
Im übrigen machen sich auch in Paris schon einzelne Stimmen geltend, die gegen das bisherige ›laisser aller‹ scharf herziehen und ein energisches Vorgehen auf der ganzen Linie verlangen, wie auch vor kurzem bekanntlich ein Gesetzentwurf eingebracht ist, wonach zunächst wenigstens jede vorrevolutionäre Kundgebung auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten werden soll. Vielleicht sind es die Anzeichen eines sich vorbereitenden Umschwunges in der bisherigen herrschenden Auffassung, wobei die steigenden Erfolge und die zunehmende Zuversichtlichkeit der internationalen Revolutionäre nicht ohne beschleunigende Einwirkung bleiben dürften.
Um schließlich noch in einigen Worten auf die Stellung des deutschen Elements innerhalb der sozialistischen Bewegung zurückzukommen, so macht sich in dem Exposé wie in der öffentlichen Meinung die Auffassung geltend, daß die deutschen Sozialisten weit gefährlicher seien als die französischen, weil gerade von ihrer Seite die fortdauernde Agitation für eine internationale Verbindung aller Revolutionäre ausgehe und gerade ihnen das zweifelhafte Verdienst gebühre,

die anarchistische Lehre entwickelt und nach Frankreich importiert zu haben. Abgesehen davon, daß, wie schon gezeigt, ein nennenswerter Einfluß von deutscher Seite sich gar nicht nachweisen läßt, scheint man dabei ganz zu vergessen, daß der klassische Boden revolutionärer Bewegungen Frankreich ist, daß dort der Sozialismus seine historische Vergangenheit hat und daß der Anarchismus nur die letztgezogene Konsequenz davon ist. Allerdings muß eine solche Auffassung der chauvinistischen Strömung besonders willkommen sein, und wird dieselbe jedenfalls nicht erschüttert werden, wenn die bezüglichen Ausweisungen sich vornehmlich gegen Deutsche richten.

Von dem beigegebenen Material, insoweit dasselbe nicht bereits oben in Bezug genommen ist, dürfte von besonderem Interesse der Bericht des Pariser Polizeipräfekten an die sogenannte Vierundvierzigerkommission sein, welcher unter interessanten Streifblicken auf die Pariser Fremdenstatistik, Prostitutionsverhältnisse, Streiks, Arbeiterorganisation und so weiter an Hand statistischen Materials über die Zahl beschäftigungsloser Arbeiter, des Konsums, der Fallite, der Luxusausgaben und der Verbrechen den Nachweis zu führen sucht, daß die seit September vorigen Jahres herrschende wirtschaftliche Kalamität keine Krisis, sondern nur eine Geschäftsstockung in einzelnen Pariser Industrien, besonders in der Möbel- und Baubranche, bedeute, die vornehmlich durch die zunehmende und durch die häufigen Streiks noch begünstigte ausländische Konkurrenz hervorgerufen sei; dabei wird unter anderem auf die starke deutsche Konkurrenz in sogenannten Pariser Artikeln, besonders in Kinderspielzeug, exemplifiziert, welche nur wegen Verwendung gefährlicher Farben so billig arbeiten soll und deshalb einer Repression im Wege der Gesetzgebung empfohlen wird.

Des weiteren dürfte der vom Pariser Munizipalrat Paul Strauss verfaßte Aufsatz über die sozialistischen Parteien interessieren, sowohl wegen der ausführlichen Darstellung der Spaltung innerhalb der alten Internationale, welche ihrem Ursprunge nach auf die grundverschiedenen Charaktere der beiderseitigen Leiter Marx und Bakunin zurückgeführt wird, als wegen der Darlegung, daß die bekannten Dokumente des Generalrats der Internationale, welche stets als Beweise für deren aktive Beteiligung an den Ereignissen von 1871 angeführt werden, lediglich als Manöver von Marx anzusehen seien, der damit die französischen Flüchtlinge in dem Kampfe gegen Bakunin auf seine Seite habe bringen wollen. Endlich findet sich in der Anlage D ein Spezialbericht über das Frühlingsfest der deutschen Sozialistenkolonie in Paris, welches am 17. Mai dieses Jahres in Anwesenheit des Reichstagsabgeordneten Liebknecht stattgefunden hat. –

[Die sozialistische Bewegung in England]

Von Paris begab ich mich zu einem dreiwöchigen Aufenthalt nach London, wo ich im wesentlichen folgende Beobachtungen gemacht habe:

Innerhalb der englischen Arbeiterwelt liegen gegenwärtig zwei entgegengesetzte Prinzipien miteinander in Streit, deren eines die jüngste Vergangenheit beherrscht hat, während das andere sich in Zukunft zu erobern gedenkt; es sind dies die Prinzipien der manchesterlichen Selbsthilfe und des Sozialismus.

Dem ersteren huldigen die vornehmsten der englischen Arbeiterorganisationen, die bekannten Trades Unions, welche schon seit Ende der sechziger Jahre ihre jährlichen Landeskongresse abhalten, das ganze Land mit ihren Verbänden überzogen haben, etwa 2 Millionen Mitglieder zählen und in dem Londoner Wochenblatt The Labour Standard ihr eigenes Parteiorgan besitzen. Sie suchen vornehmlich durch regelrecht organisierte Arbeitseinstellungen Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit, andererseits durch Verbindung mit den Liberalen, deren politischer Führung sie sich überlassen haben, den Erlaß arbeiterfreundlicher Gesetze zu erwirken. In nahen Beziehungen zu ihnen stehen die sogenannten Cooperatisten, welche mehr den lokalen Interessen der Arbeiterschaft im Sinne Schulze-Delitzsch'scher Ideen förderlich zu sein suchen; dieselben halten in gleicher Weise ihre regelmäßigen Kongresse ab und zählen etwa eine halbe Million Mitglieder.

Das sozialistische Prinzip dagegen findet seine Verkörperung in der Sozialdemokratie Federation of England, welche vor ein paar Jahren auf Betreiben der Radikalen ins Leben gerufen wurde. Dieser Verband entwickelt in der schon durch seinen Namen angedeuteten Richtung eine überaus eifrige Agitation, soll bereits in allen größeren Städten Zweigvereine besitzen und verfügt über zwei Parteiorgane, das für die Agitation berechnete Wochenblatt The Justice und die mehr wissenschaftlich gehaltene Monatsschrift To-day. Sozialisten und Radikale haben sich hier zu gemeinsamen Angriffen gegen den heutigen Staat zusammengefunden, den sie mittels des allgemeinen, unbeschränkten Stimmrechts aus den Angeln zu heben gedenken, um demnächst die demokratisch-föderalistische Republik, beziehungsweise den sozialistischen Zukunftsstaat, zu etablieren.

Zwischen diesen beiden Extremen suchen die »Christlich-Sozialen« eine vermittelnde Richtung einzuschlagen, welche in den beiden Monatsblättern The Church Reformer und The Christian Socialist ihre Vertretung findet; indessen sollen sie sich vorwiegend auf theoretischem Boden bewegen und noch keinerlei praktische Erfolge aufzuweisen haben.

Fragt man nun, welche Richtung für die nächste Zukunft voraussichtlich die Arbeiterschaft beherrschen wird, so scheint die sozialistische allerdings besonders günstige Aussichten dazu zu haben. Zunächst würde die anscheinend abwärtsführende Tendenz der Trades Unions dafür sprechen. Es sind nämlich die in dieser Richtung erzielten Erfolge im Laufe der letzten Jahre hinter den gehegten Erwartungen weit zurückgeblieben, indem bei den immer häufiger aufeinanderfolgenden Absatzstockungen die Streikkassen den stets steigenden Ansprüchen gegenüber bereits zu versagen beginnen und die Durchsetzung legislativer Maßnahmen zugunsten der Arbeiterklasse immer schwieriger wird, zumal die Trades Unions

bei dem Mangel eines einheitlich organisierten Verbandes und der geringen Zahl ihrer eigenen Vertreter im Parlament (4!) keine wesentliche Pression üben können. Desgleichen hat sich in der Cooperativ-Bewegung ein ähnlicher Stillstand, wenn nicht Rückgang, bemerkbar gemacht; denn trotz des engen Anschlusses an die Trades Unions ist bei einem Gesamtbestande von 1053 Verbänden die Begründung von nur 36 Produktivgenossenschaften zu ermöglichen gewesen, obwohl gerade auf solche Assoziationen das Hauptgewicht gelegt wird, und noch viel weniger hat das Prinzip des sogenannten profit sharing (Gewinnbeteiligung) reüssiert, dessen ökonomische wie soziale Vorteile (Erzielung qualitativ und quantitativ besserer Arbeit, Unkostenersparnis an Inventar, Materialien, Aufsicht und so weiter, Verschmelzung des Klassengegensatzes) vergebens in den verlockendsten Farben geschildert werden. Bezeichnenderweise sucht man die Mißerfolge der letzten Art vornehmlich auf den bereits stark entwickelten Klassengegensatz und das beiderseits herrschende Mißtrauen zurückzuführen. Es hat sich deshalb auf den letzten Arbeiterkongressen bereits mehrfach die Auffassung geltend gemacht, daß man auf dem bisherigen Wege nicht weiterkommen könne, vielmehr eine eigene politische Arbeiterpartei bilden müsse, sei es durch Zusammenschließung aller bestehenden Arbeitervereine zu einem einheitlichen Verbande oder durch Schaffung einer besonderen politischen Organisation, um die Klasseninteressen selbständig zur Geltung zu bringen; besonders charakteristisch ist aber, daß bei solchen Debatten sozialistische Auffassungen bereits mehrfach zum Durchbruch gekommen sind.

Es ist begreiflich, daß die sozialistische Agitation sich solche Verhältnisse nicht entgehen läßt und ihrerseits alle Hebel in Bewegung setzt, um den bisherigen Anhängern des Tradesunionismens die Überzeugung beizubringen, daß derselbe den modernen Produktionsverhältnissen gegenüber um so mehr zur Ohnmacht verdammt sei, als dem englischen Handelsmonopol durch die zunehmende Konkurrenz der anderen Industriestaaten fortdauernd steigende Schwierigkeiten erwachsen müßten und von den selbstsüchtigen herrschenden Klassen für die Zukunft überhaupt nichts mehr zu erwarten sei.

Wie es scheint, bleiben diese Liebeswerbungen nicht ohne Erfolg, wenigstens sollen sich eine Anzahl von Vereinen der Trades Unions der Sozialdemokratie Federation bereits angeschlossen und zum Beispiel bei einem Massenmeeting, vor welchem der Vorsitzende dieses Verbandes, Mr. Hyndman, mit dem bekannten Führer der Freidenker, Mr. Bradlaugh, über die Berechtigung des Sozialismus in England disputierte, sich ganz merklich Sympathien zugunsten desselben bemerkbar gemacht haben. Allerdings sind die in London und, wie man mir versicherte, im allgemeinen auch in den übrigen englischen Industriestädten herrschenden sozialen Zustände ganz dazu angetan, um der sozialistischen Agitation wesentlichen Vorschub zu leisten.

Wohl in keiner anderen europäischen Großstadt treten die sozialen Gegensätze so schroff und nackt zutage wie in London; wenigstens erinnere ich mich meiner-

seits, nur in Messina seinerzeit Ähnliches bemerkt zu haben, wo die Niederlassungen der Kaufherren sich im eleganten Halbzirkel um den Hafen ziehen, während gleich dahinter förmliche Barackenquartiere des elendesten Proletariats sich ausdehnten. Mögen unter einem südlichen Himmel solche Zustände noch allenfalls erträglich erscheinen, so braucht man in London nicht erst den vorzugsweise vom Arbeiterelement okkupierten Osten aufzusuchen, um auf ähnliche Bilder zu stoßen. Schon wenige Schritte abseits von den großen Verkehrsstraßen kann man ganze Scharen zerlumpter, verwahrloster Kinder sehen, welche in engen, von Schmutz starrenden Höfen und Gassen fast den ganzen Tag über sich selbst überlassen bleiben; die Wohnungen, insoweit sie eine solche Bezeichnung überhaupt verdienen, lassen durchweg die Hand der sorgsamen Hausfrau vermissen, zeigen meist eine unbeschreibliche Unsauberkeit und gewähren oft in ein und demselben Raum Personen beiderlei Geschlechts von den verschiedensten Altersstufen, Verheirateten wie Unverheirateten ein gemeinsames Asyl, wo Inzeste und sonstige Laster ihre natürliche Brutstätte finden. Dabei kann es denn nicht wundernehmen, wenn nach vollbrachtem Tagewerk Männer wie Frauen, Verheiratete wie Ledige lieber die Publichouses, das heißt Schänken, aufsuchen, wo in gegenseitiger Gesellschaft und beim Genuß geistiger Getränke die häusliche Misere vergessen wird. Allerdings versicherte man mir, daß solche Verhältnisse nur in den Vierteln der irischen Arbeiter herrschten, welche in allen Industriezentren das überwiegende Kontingent stellen und sehr unwirtschaftlich sind; indessen habe ich in den Quartieren, die mir als spezifisch englische bezeichnet waren, kaum einen wesentlichen Unterschied gefunden, wie die Londoner Arbeiterschaft überhaupt den äußeren Wahrnehmungen nach einen nichts weniger als vorteilhaften Eindruck macht. Zudem bedecken sich die Hauptstraßen bei eintretender Dunkelheit mit ganzen Scharen von Prostituierten, unter denen gerade die jugendlichen Altersstufen, selbst bis zu 15, 14 und noch weniger Jahren herab, sich bemerkbar machen, und wenn auch der geschlechtliche Verkehr mit solchen Personen nach englischem Recht unter Strafe gestellt ist, so tritt eine Verfolgung doch nur auf den Antrag der Angehörigen ein, welchen diese niemals stellen, weil sie eben selbst die Anstifter sind. Außerdem kann man in fast allen Stadtteilen, bei Tage wie bei Nacht, zahlreiche vagabundenartige Gestalten bemerken, welche nur von Bettelei, Diebstahl, Raub und so weiter leben und nach zuständiger Mitteilung die enorme Ziffer von einigen hunderttausend erreichen – ein Beweis dafür, daß die zahlreichen Workhouses, das heißt Arbeitshäuser, wo Obdachlose gegen Arbeitszwang unentgeltliche Aufnahmen finden, und die allerdings großartige Privatwohltätigkeit allein hier kaum Wandel schaffen können.

Alle diese Verhältnisse zeugen von keinen gesunden Zuständen und werden von der sozialistischen Agitation nach Kräften ausgebeutet, um der Masse ihre elende Lage zum Bewußtsein zu bringen und alle Schuld dafür lediglich auf die Eigensucht der herrschenden Klasse abzuwälzen. Dabei scheint freilich noch ein ande-

rer Faktor fördernd mitzuwirken, von dem man im ersten Augenblick gerade das Gegenteil erwarten sollte; ich meine damit den »englischen Sonntag«. Eine Vergleichung mit der bei uns üblichen Art der Sonntagsfeier wird dies ins beste Licht setzen. Bei uns gilt der Sonntag der breiten Masse des Volkes neben der kirchlichen Erbauung als ein Tag der geistigen und körperlichen Erholung, den man in der laufenden Woche schon freudig erwartet, um noch in der folgenden davon zu zehren. Während der guten Jahreszeit wird durch dankenswerte Vermehrung der billigen Verkehrsmittel auch dem gewöhnlichen Mann die Möglichkeit gegeben, hin und wieder mit den Seinen sich in Gottes freier Natur zu ergehen, und wer einmal die heitere und harmlose Fröhlichkeit solcher sonntäglichen Scharen gesehen hat, wird die ethische Bedeutung einer solchen Sonntagsfeier gewiß nicht unterschätzen. In der rauhen Jahreszeit dagegen bieten die unentgeltlich geöffneten Museen und ähnliche Sammlungen reiche Gelegenheit, um Herz und Sinn für Kunst und Schönheit, vaterländische Geschichte und so weiter zu erwärmen, während billige Theater, Konzerte und Schaustellungen eine immerhin belehrende oder anregende Zerstreuung gewähren. Erscheint somit der Sonntag in unserem Volksleben als ein freundlicher Lichtpunkt, so ist in London gerade das Umgekehrte der Fall.

Der Betrieb der gewöhnlichen Verkehrsmittel, die in dieser Riesenstadt von doppelter Bedeutung sind, und gerade der billigsten, wie Omnibus, Pferdebahn, Flußdampfer und so weiter, wird auf das allernotwendigste beschränkt oder ganz eingestellt, und alle öffentlichen Gebäude, wie Museen, Galerien, Sammlungen, Theater, Konzertsäle, selbst Restaurants und Cafés, bleiben geschlossen, so daß der Londoner Arbeiter, der eben nur den Sonntag zu seiner freien Verfügung hat, von allen jenen Geist und Körper erhebenden Genüssen sich völlig abgeschnitten sieht. Augenscheinlich soll durch diese Strenge der Sonntagsfeier in der im Gegensatz zu den katholischen Iren durchweg atheistisch gesinnten englischen Arbeiterwelt der religiöse Sinn geweckt werden und sucht dazu die protestantische Geistlichkeit, welche mit der breiten Volksmasse angeblich jede Fühlung verloren hat, alle Hebel in Bewegung zu setzen, so daß selbst Ausgeburten wie die Salvation Army sich einer teilweisen Sympathie, wenn nicht Unterstützung erfreuen. Aus begreiflichen Gründen haben diese einseitigen Bemühungen keinerlei wesentliche Erfolge und können zum Beispiel solche verzweifelte Mittel wie die Agitation der Salvation Army, von deren widerlichem Treiben ich in einem Spezialbericht eine ungefähre Vorstellung zu geben versucht habe, eher in das Gegenteil umschlagen.

Sieht sich somit der Londoner Arbeiter von den Tempeln der Natur und Kunst durch äußeren Zwang, von den Kirchen durch unüberwindliche Abneigung, ausgeschlossen, so sucht er die aufgezwungene Muße eben anderweitig zu verbringen, das heißt in Schänken, Meetings und »Klubs«. Merkwürdigerweise sind die Schänken, mit Ausnahme der Gottesdienststunden, fast den ganzen Tag geöffnet und bieten daher der müßigen Menge einen willkommenen Sammelplatz. Man

kann sich kaum einen grelleren Kontrast denken, als zum Beispiel zwischen dem sonntäglichen Fest eines Berliner Arbeitervereins und einer Londoner Sonntagsschänke; hier jung und alt, festlich geputzt, bei frohem Spiel in Gottes freier Natur, dort zerlumptes und trunkenes Volk beiderlei Geschlechts in dumpfer und schmutziger Schankstube, welche oft genug noch den Sammelpunkt von allerlei verbrecherischem Gesindel bildet! Daß unter solchen Umständen gegen die zunehmende Trunksucht vergeblich angekämpft wird, dürfte eben nicht wundernehmen.

Zu dieser physischen und moralischen Vergiftung kommt dann noch die geistige Infizierung mit dem sozialistischen Gift, welches ebenfalls am Sonntage in seinen Hauptdosen verabreicht wird. So werden sämtliche sozialistische Blätter zum Sonntag ausgegeben, sonntags die meisten Agitationsversammlungen einberufen und am Sonntage die sogenannten Open-air meetings, das heißt Massenversammlungen unter freiem Himmel, abgehalten.

Allerdings findet sich gegenwärtig das Publikum zu diesen Versammlungen wohl noch mehr aus Neugierde und Zeitvertreib als wirklichem Interesse ein, indessen dürfte bei den geschilderten Verhältnissen hierin bald eine Änderung eintreten. Vornehmlich befürchtet man in dieser Beziehung in anscheinend gutunterrichteten Kreisen die zukünftige Wirksamkeit der »Klubs«. Dieselben sind eine Eigentümlichkeit des englischen Lebens, die wohl ebenfalls in der Strenge des dortigen Sonntags ihre Erklärung findet. Wo eben jede öffentliche Zerstreuung verboten ist, sucht man sich dieselbe in privaten Zirkeln zu verschaffen. So sind in den letzten Jahren auf Betreiben der radikalsozialistischen Agitation in allen Arbeitervierteln derartige Klubs entstanden, welche zunächst nur geselligen Zwecken dienen, in Zukunft aber die eigentlichen Agitationsherde abgeben sollen, zumal sie als Privatgesellschaften jedweder Kontrolle entzogen sind. Dabei werden ganz besondere Hoffnungen auf die heranwachsende Generation gesetzt, welche bei den zu erwartenden Resultaten des Anfangs der siebziger Jahre eingeführten obligatorischen Volksunterrichts den sozialistischen Ideen ein besseres Verständnis entgegenbringen sollen als die gegenwärtige, welche für doktrinäre Auseinandersetzungen noch wenig empfänglich sei.

Wenn trotz alledem der bisherige Direktor des Criminal Investigation Departement, das heißt der Kriminal- und Geheimpolizei, Mr. Howard Vincent, mir seine Meinung dahin aussprach, daß er der sozialistischen Bewegung in England weder für jetzt noch später eine ernste Bedeutung beimessen könne, weil diese Bewegung, insoweit sie sich zur Zeit bemerkbar mache, im wesentlichen durch die aus eigenen Parteiinteressen geleiteten Radikalen inszeniert werde, die englischen Arbeiter aber zu praktische Naturen wären, um sich auf die Dauer in solcher Weise düpieren zu lassen, so scheint dies freilich eine etwas optimistische Auffassung, die sich vielleicht auf unzulängliche Information zurückführen läßt. Trotzdem London bekanntlich lange Zeit der Hauptsammelplatz der internationalen Sozialrevolutionäre gewesen ist, sind die einschlägigen Geschäfte

doch immer nur von einem Beamten der genannten Abteilung anscheinend ganz beiläufig und unter Benutzung nur eines Agenten bearbeitet worden, was bei den geschilderten spezifisch Londoner Verhältnissen und den seinerzeit zahlreich vertreten gewesenen Klubs offenbar nur unzureichende Resultate hat ergeben können. So bestand das gesamte einschlägige Aktenmaterial, welches man mir bereitwilligst zur Durchsicht unterbreitete, lediglich aus einer Liste der hauptsächlichsten (auch hier bekannt gewesenen) Agitatoren und einem Bündel vertraulicher Berichte jenes Agenten, und man hat sich im allgemeinen anscheinend darauf beschränkt, die Hauptpersonen einigermaßen im Auge zu behalten, im übrigen aber nur in einzelnen, anderweitig in Anregung gebrachten Fällen nähere Recherchen anzuordnen. Allerdings dürften bei der wenig erfreulichen Gestaltung dieser Verhältnisse weniger die freien Entschließungen der durch die bestehende absolute Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit ohnehin sehr gebundenen Behörde, als vielmehr gewisse Pressionen von liberaler Seite maßgebend gewesen sein, und hat es ja bekanntlich erst des Dynamitattentats vom 15. März vorigen Jahres bedurft, um hier in einen gewissen Umschwung zu bewirken, der zunächst freilich nur gegen den zur Zeit nächsten und gefährlichsten Feind, die Fenico, zur Äußerung gelangt ist. Dazu kommt noch, daß die City einer besonderen Polizeibehörde unter Leitung des Lordmajors der »City-Polizei« untersteht, welche mit der vom Ministerium des Innern ressortierenden »Metropolitan Police« (Chef Mr. Anderson) keineswegs im besten Einvernehmen steht. Bei solchen Verhältnissen wird das oft eigentümliche Verhalten der Londoner Polizei allerdings erklärlich und kann von einer geeigneten Handhabung der bestehenden »Zwangsbill«, geschweige denn von der Ergreifung sonstiger Präventivmaßregeln selbstverständlich keine Rede sein. Wenn trotzdem eine gewisse Ruhe in den revolutionären Kreisen eingetreten ist, so möchte dies der Hauptsache nach darauf zurückzuführen sein, daß sie mit Mosts Abgang ihre Zusammengehörigkeit und einheitliche Leitung verloren haben, und daß seitdem London aus dem früheren Hauptsammelplatz der revolutionären Internationale eine bloße Durchgangsstation beziehungsweise ein Vorort für New York geworden ist.

Ganz unzutreffend ist es aber, wenn die Londoner Presse die Infizierung der englischen Arbeiter mit sozialistischen Ideen vielfach den Deutschen zur Last legt; denn nach eigener Angabe der Londoner Polizeibehörde befindet sich in noch bestehenden drei deutschen Klubs nicht ein einziger, der der englischen Sprache so weit gewachsen wäre, um in englischen Agitationsversammlungen mit Erfolg auftreten zu können, und ebensowenig gehört irgendeiner derselben der Redaktion der englischen Parteipresse an. Augenscheinlich beschäftigt sich aber die Londoner Presse lieber mit den sozialen Mißständen in fremden Ländern als mit denen im eigenen Land, denn sonst hätten ihr zum Beispiel die scheußlichen Zustände, die zu Anfang dieses Jahres als sogenannte Wohnungs-

frage so viel Staub aufwirbelten und schon seit Jahren mitten in London vor jedermann Augen offen bestanden hatten, nicht so lange verborgen bleiben können.

Die vorerwähnten drei deutschen Klubs repräsentieren die ehemaligen Sektionen des bekannten Kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Vereins oder »Socialdemocratie Workingmens Club«, sollen etwa 600 Mitglieder zählen und nach wie vor mit Berlin, Zürich, Genf, Wien, New York, Baltimore und anderen Orten in Korrespondenz stehen. Die erste und dritte Sektion (in Stephens News 7 und Featherstone Street 23), in den Stenzleit und Trunk beziehungsweise Mendel und Daubenspeck das Wort führen, gehören der Mostschen Richtung an, während die zweite Sektion unter Rackors Leitung die Züricher Richtung vertritt. In allen diesen Klubs, welche meist über ein Versammlungszimmer mit anstoßendem Billardzimmer und einigen Nebenräumen verfügen, wird bei dem schon gegenseitig herrschenden Mißtrauen über die Ein- und Ausgehenden strengste Kontrolle geübt, so daß der Eintritt für einen Uneingeführten nahezu unmöglich ist und die zunehmende Schwierigkeit, dort ausgebreitete Pläne zu erfahren, um so mehr erhellt, als selbst behördliche Organe nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen in solche Privatvereine eindringen dürfen. Von der Presse, welche in diesen Klubs neben der Mostschen »Freiheit« und dem Züricher »Sozialdemokrat« besonders gelesen wird, ist in den Anlagen je 1 Exemplar beigefügt. Schließlich wäre noch bezüglich der fenischen Umtriebe, welche zur Zeit meines Londoner Aufenthaltes wegen des gegen das Hauptpolizeigebäude in Scotland Yard gerichteten Dynamitattentats wieder eine lebhafte Erörterung fanden, zu bemerken, daß die Londoner Behörde der Überzeugung ist, daß die Fenier auch jetzt noch über eine weit ausgebreitete vorzügliche Organisation verfügen, welche ihre Hauptmacht und geistige Leitung in Amerika habe, während ihre Exekutive in Paris und ihr Organisationsfeld in London und anderen englischen Städten zu suchen sei. Die steten Mißerfolge der Londoner Geheimpolizei wurden von der Presse mehrfach der Unfähigkeit derselben zur Last gelegt, zumal ihre Absichten den Gegnern meist schon kund würden, bevor sie überhaupt zur Ausführung kämen. Wie bekannt, ist eine Reorganisation bereits in Angriff genommen, und zwar ist der bisherige Leiter der Dubliner Geheimpolizei, Mr. Jenkinson, welcher sich zur Zeit bei Aufdeckung der geheimen revolutionären Umtriebe der sogenannten Thugs in Indien besondere Verdienste erworben haben soll, mit der Bildung einer besonderen Abteilung beauftragt worden, von deren Wirksamkeit man sich für die Zukunft viel zu versprechen scheint. Bisher dagegen wurden auch die Geschäfte der politischen Geheimpolizei von der Kriminalabteilung erledigt, welche anfangs der siebziger Jahre durch ihren letzten Leiter, Mr. Howard Vincent, gründlich reformiert worden sein soll, so daß die damalige Zahl von 36 Detektivbeamten mittlerweile auf 240 gewachsen ist.

Die Anlage Q gibt einen kurzen Abriß von dem im großen und ganzen auch heute noch gültigen strafprozessualischen Verfahren, schließt aber mit einem für die englische Rechtspflege nicht gerade schmeichelhaften Résumé.

[Die sozialistische Bewegung in Belgien]

In Brüssel habe ich bei dem kurzen Aufenthalt von wenigen Tagen nur flüchtige Informationen einziehen können, jedoch von dem Direktor der »Administration des Prisons et de la Sûreté Publique«, Mr. Gautier, die Zusicherung erhalten, Euer Hochwohlgeboren ein Exposé zustellen zu wollen, in welchem die von mir angeregten Fragen eine eingehendere Besprechung finden sollen.
Im großen und ganzen ist man dort der Ansicht, daß die sozialistische Bewegung in Belgien gegenwärtig zu einem gewissen Stillstand gekommen ist, der sich im Vergleich zu der Lebhaftigkeit derselben in früheren Jahren allerdings nicht verkennen und auf verschiedene Ursachen zurückführen läßt.
Was zunächst die sogenannten Gemäßigten oder Sozialdemokraten betrifft, welche sich zum größten Teil aus dem flämischen Elemente rekrutieren und in Gent ihre Hauptstärke haben, so leiden dieselben ähnlich wie ihre französischen Genossen an einer derartigen Uneinigkeit der verschiedenen Führer und Fraktionen, daß die Durchführung einer einheitlichen straffen Organisation ganz unmöglich wird und die letzten Parteikongresse ziemlich bedeutungslos verlaufen sind. Auch zeigen die einzelnen Versammlungen fast immer dieselben wenigen Redner und Zuhörer, und die Beitragszahlungen fallen so spärlich aus, daß die beiden Parteiblätter La Sentinelle in Verviers und De Toekomst in Gent nur mit Mühe erhalten werden und die verschiedenen Versuche, auch in Brüssel ein solches ins Leben zu rufen, stets gescheitert sind. Selbst die fortgesetzten Bemühungen verschiedener Brüsseler Führer, insbesondere des bekannten Dr. Caesar de Paepe (der seit einiger Zeit der Redaktion des mit französischem Gelde subventionierten deutschfeindlichen »National belge« angehört) mit Hilfe der fortschrittlichen Liberalen, das heißt der sogenannten Progressisten, unter dem Deckmantel der Verfassungsrevision durch Einführung des allgemeinen unbeschränkten Wahlrechts sämtliche radikale Elemente zu einer »demokratisch-sozialistischen Arbeiterliga« zusammenzufassen, haben hieran nichts zu ändern vermocht. So hatten sich zum Beispiel bei den letzten Wahlen nur die Brüsseler Sozialisten beteiligt, welche etwa 1500 Stimmen auf C. de Paepe vereinigten.
Nicht viel besser steht es mit den Anarchisten, welche vorzugsweise unter den Wallonen und namentlich in den großen Kohlenrevieren des Maasgebiets zu finden sind. Abgesehen davon, daß bei ihnen von einem festen Zusammenhang noch viel weniger die Rede sein kann, hat in ihren Reihen vielfach ein tiefes Mißtrauen gegen die Sendlinge der internationalen Revolutionsliga Platz gegriffen, da es mehrfach vorgekommen ist, daß dieselben umfangreiche Streiks

angezettelt haben, um dann mit den für die Streikenden gesammelten Geldern zu verschwinden. Anscheinend haben aber die wiederholten Ausweisungen während der letzten Jahre das Land von solchen Emissären und Agitatoren gegenwärtig ziemlich gereinigt, so daß in Brüssel zum Beispiel von den früheren deutschen Gruppen, welche sich seinerzeit durch ihre lebhafte Beteiligung an dem Londoner Kongreß (Juli 1881) besonders bemerkbar machten, jetzt keine einzige mehr besteht und diese Stadt ähnlich wie London aus dem früheren Sammelplatz der internationalen Revolutionäre eine bloße Durchgangsstation geworden ist, die als solche immerhin eine fortgesetzte Aufmerksamkeit erheischen wird.

Läßt hiernach der jetzige Stand der Bewegung, insoweit dieselbe sich nach außen hin bemerkbar macht, die frühere Lebhaftigkeit derselben vermissen und sich im ganzen wohl als eine befriedigende bezeichnen, so verschließt sich die dortige Behörde doch keineswegs der Erkenntnis, daß bei der bereits stark vorgeschrittenen Durchsetzung der industriellen Arbeitermassen mit sozialistischen und anarchistischen Ideen schon eine vorübergehende, von geschickter Agitation ausgebeutete wirtschaftliche Stockung hinreichen würde, um einen wesentlichen Umschlag zu bewirken. In ihrem anerkennenswerten Bestreben, dem weiteren Umsichgreifen der Umsturzideen nach Möglichkeit vorzubeugen, findet sie sich aber durch die bestehende Gesetzgebung wie durch anderweitige Verhältnisse vielfach gehemmt. Nach der ersteren gilt im Prinzip eine unbedingte Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit, so daß selbst öffentliche Versammlungen der förmlichen Überwachung durch behördliche Organe nicht unterliegen, und die einzige Präventivmaßregel gewährt das Gesetz vom 1. Juli 1880, wonach unbequeme Ausländer ausgewiesen werden können. Indessen gilt dieses Gesetz auch nur als ein Ausnahmegesetz, welches der terminweisen Verlängerung bedarf (so wieder zum 17. Januar kommenden Jahres) und fortgesetzte Berichterstattung über die bezüglichen Anordnungen an das Parlament vorschreibt. Die von der bisherigen liberalen Majorität beziehungsweise der öffentlichen Meinung in dieser Beziehung geübte Pression hat aber nicht gerade förderlich gewirkt, während andrerseits die Polizeibehörde in allen exekutivischen Maßnahmen auf die Organe der Kommunalbehörde verwiesen ist, welche – ganz im Gegensatz zu den Pariser Verhältnissen – mit nahezu erdrückenden Kompetenzen ausgestattet ist und sich jenen Requisitionen gegenüber nicht sonderlich willfährig zeigt. Ob der inzwischen eingetretene Ministerwechsel hierin Wandel schaffen wird und insbesondere imstande sein wird, das Parlament mehr für positive Reformen zu interessieren, bleibt zunächst abzuwarten.

Wie die Anlage Y ergibt, wird eine ganz besondere Aufmerksamkeit der Fremdenpolizei zugewendet, welche bei der eigentümlichen Lage des Landes und namentlich in bezug auf die hier behandelte Frage, eine solche allerdings erheischt. Danach konzentriert sich die gesamte Fremdenpolizei in der direkt vom Justizministerium ressortierenden Administration des Prisons et de la

Sûreté Publique, welche durch die städtischen wie ländlichen Lokalbehörden über Ankunft, Aufenthalt, Abreise und Verhalten eines jeden Fremden nach genau vorgeschriebenen Bestimmungen stets auf dem laufenden erhalten wird. Auf Grund dieses Materials beschließt dann die Zentrale über etwaige Aufenthaltsbeschränkungen und Ausweisungen, während bezüglich der bloßen Abschiebung existenz- oder legitimationsloser Personen zur Vermeidung unnötiger Kosten und Weitläufigkeiten den Lokalbehörden, jedoch unter der Bedingung sofortiger Berichterstattung, eine gewisse Initiative gelassen ist. Hierbei durfte mit Bezug auf die in der Presse von Zeit zu Zeit auftauchenden Gerüchte, daß in Brüssel der sogenannte Mädchenhandel besonders floriere, von Interesse sein, darauf hinzuweisen, daß für die ausländischen Prostitutierten jene Kontrollvorschriften nicht nur in gleicher Weise gelten, sondern noch besondere Kautelen dafür getroffen sind, daß dieselben jederzeit und ohne Angaben von Gründen das Haus, wohin sie sich eingeschrieben haben, verlassen und die Landesgrenze passieren können, um in ihre Heimat zurückzukehren. Wie man mir versicherte, sind diejenigen Fälle, in denen es in dieser Beziehung zu gerechten Beschwerden gekommen ist, auf Unzuverlässigkeit der bezüglichen Beamten zurückzuführen gewesen, welche daher sofort kassiert worden sind, so daß danach der Vorwurf mangelnder Energie nicht begründet erscheint.

Die Anlage Z, eine nachträgliche Dedikation des Verfassers, möchte – ganz abgesehen von der interessanten Statistik – wegen der Ausführungen über Einzelhaft, Beschäftigungsart der Gefangenen, Vagabundenfrage, Durchschnittshöhe der Alimentationskosten (1 Fr. per Kopf und Tag), Etatsverhältnisse und so weiter vielleicht auch für den Herrn Justizminister von Interesse sein. –

Was die Stellung der Pariser, Londoner und Brüsseler Polizeibehörden zueinander in der schwebenden Frage betrifft, so besteht zwischen der erst- und letztgenannten ein reger Verkehr, der auf gegenseitigen fortlaufenden Dienstleistungen basiert und bei dem beiderseits häufigen Übergreifen der Agitation über die Grenze wohl auch geboten ist. Dagegen scheint zwischen der Pariser und Londoner Behörde trotz beiderseits beliebten Laisser aller eine gewisse gegenseitige Geringschätzung zu herrschen, die auf englischer Seite vielleicht weniger motiviert ist, aber mehrfach zur Entsendung eigener Detektive nach Paris behufs Verfolgung und Aufdeckung fenischer Spuren geführt hat.

Zwischen London und Brüssel haben wechselseitige Dienstleistungen anscheinend nur von Fall zu Fall und auf besonderes Ersuchen stattgefunden.

Obwohl ein solcher direkter Verkehr zwischen den Zentralpolizeibehörden der einzelnen europäischen Staaten bei der stetig zunehmenden, durch die Leichtigkeit der modernen Verkehrsmittel wesentlich geförderten Internationalität der revolutionären Propaganda durchaus erwünscht und zur wirksamen Verhütung von Attentaten sogar notwendig erscheint, so dürfte in dieser Beziehung für diesseitige Verhältnisse doch lediglich von Brüssel auf eine rückhaltlose und nachhaltige Unterstützung zu rechnen sein, zumal die dortige Behörde mit der

diesseitigen Gesamtauffassung im wesentlichen übereinstimmt. Dagegen möchten von seiten der Londoner Behörde, ohne ihre Bereitwilligkeit irgendwie in Zweifel ziehen zu wollen, diesseits verwertbare Informationen kaum zu erwarten sein, da sie über die Details der Bewegung und die einzelnen leitenden Persönlichkeiten augenscheinlich nur ganz oberflächlich orientiert ist. Von Paris kann den obwaltenden Umständen nach wohl abgesehen werden, und wenn ich meinerseits auch einräumen muß, jede erbetene Auskunft mit der größten Bereitwilligkeit und Höflichkeit erhalten zu haben, so glaube ich dies doch vornehmlich der dankenswerten Empfehlung seitens unserer Botschaft zuschreiben zu sollen. –

Zum Schluß möchte ich mich dahin resümieren, daß das durch die Politische Polizei hierselbst gesammelte Material im großen und ganzen als zuverlässig und erschöpfend gelten kann, daß die Auffassung beziehungsweise Stellungnahme der gedachten ausländischen Behörden hinsichtlich der schwebenden Frage, insoweit sie von der diesseitigen abweicht, auf anderweitige nicht der Sache selbst entnommene Gründe zurückzuführen ist, und daß allein die deutsche Behörde der sozialistischen Bewegung diejenige Aufmerksamkeit und Bedeutung zuweist, welche dieselbe ihrem Wesen nach zu verlangen scheint.

gez. Dr. Zacher
Regierungs-Assessor

Julien Kuypers

Hendrik de Man an Karl Kautsky

Ein unveröffentlichter Brief aus dem Jahre 1917

An dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit ist es wohl nicht nötig, die vielfältigen Aspekte der Tätigkeit des wissenschaftlichen Theoretikers der Arbeiterbewegung und des praktischen belgischen Politikers Hendrik de Man (1885 bis 1953) im einzelnen darzulegen. Überhaupt ist es in Belgien 1965 noch nicht möglich, *sine ira et studio*, diese Tätigkeit einer Säule der belgischen Politik der Jahre 1933–1940 und insbesondere sein Auftreten während des zweiten Weltkrieges zu besprechen.

Hier handelt es sich übrigens um einen vom zweiunddreißigjährigen de Man verfaßten Brief, zu dem eine kurze Einführung genügt. Der spätere, vom deutschen Jungsozialismus begeisterte Redakteur der »Neuen Blätter für den Sozialismus«, der Professor für Sozialpsychologie zu Frankfurt a. M., der Autor des »Au-de là du Marxisme« (wir ziehen den französischen Titel dem ursprünglich deutschen vor: Zur Psychologie des Sozialismus, 1926), und der »Sozialistischen Idee« usw. war damals wie schon während seiner Studienzeit an den Universitäten Gent und Leipzig, ein linksorientierter Marxist, der in der belgischen und internationalen Jugendbewegung eine hervorragende Rolle spielte, an der Leipziger Volkszeitung mitarbeitete und die belgische Erziehungszentrale der Arbeiter leitete.

Die Stockholmer Konferenz (1917) für einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kontributionen war der letzte dramatische Höhepunkt in der Geschichte der zweiten Internationale. Missionen von französischen, englischen, belgischen Sozialisten reisten im April-Mai 1917 über Skandinavien nach St. Petersburg, um die neue russische Regierung nach der Februarrevolution herzlich zu grüßen und sie insbesondere vom Abschluß eines Sonderfriedens zurückzuhalten. Unter dem Druck der Alliierten begann anfangs Juli eine – gescheiterte – russische Offensive in Galizien.

In der deutschen Sozialdemokratie gingen, seit der verhängnisvollen Entscheidung beim Kriegsausbruch am 3. August 1914, die Meinungsverschiedenheiten und Strömungen so tief, daß die Spaltung sich anfangs April 1917 auf der

Gothaer Konferenz vollzog: die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) wurde gegründet.

In der Ausstellung »100 Jahre Internationale Arbeiter-Assoziation« vom 5. bis 21. September 1964 zu Brüssel im Palais des Beaux-Arts, haben mehrere Photographien und Dokumente aus verschiedenen Instituten, Bibliotheken und Archivsammlungen diese Ereignisse illustriert[1]). Unser Brief, von de Mans Hand geschrieben, gehörte dazu (Nummer 340). Dieser Brief stammt aber nicht aus dem Stockholmer Arbetarrölsens Arkiv, wie der Katalog irrtümlicherweise verzeichnet, sondern aus der noch nicht inventarisierten Huysmans-Stiftung im städtischen Archiv und Museum für flämische Kultur zu Antwerpen.

Wie kam dieser an Karl Kautsky gerichtete Brief nun in den Besitz Camille Huysmans?

Aufschluß über diese Frage gibt ein im Nachlaß Kautskys[2]) befindlicher Brief Hendrik de Mans an Kautsky, aus Toronto, vom 22. Oktober 1919:

> *»Lieber Genosse Kautsky!*
> *Ein voriger Versuch, Ihnen zu schreiben, ist mißlungen. Im Sommer 1918 (7? [K.])[3]) schrieb ich Ihnen von Kristiania aus (auf der Rückreise von Rußland nach England) und sandte den Brief an Huysmans in Stockholm in der Erwartung, daß Sie noch da sein würden. Ein paar Monate später sagte Huysmans mir, er hätte den Brief nicht bestellen können; denn Sie hätten Stockholm schon verlassen. Da der briefliche Verkehr jetzt wieder offengestellt ist, hoffe ich diesmal glücklicher zu sein. In meinem Brief aus Kristiania (ich hatte in Stockholm keine Zeit, ausführlich zu schreiben) versuchte ich, Ihnen einen Einblick zu geben in meinen Gemütszustand . . .«*

Es handelt sich hier um einen doppelten Schreibfehler de Mans: die Reise Vanderveldes, de Brouckères und de Mans fand natürlich im Frühsommer 1917 statt, und der Brief war nicht aus Kristiania (Oslo), sondern aus Bergen datiert. Die Mitglieder der belgischen Mission, Präsident Vandervelde – der die zweite

---

[1]) Dieser viersprachige, illustrierte Katalog, XXIV + 397 Seiten, der Ausstellung »100 Jahre Sozialistische Internationale« ist noch zu erhalten in der Librairie Universelle, 7, rue du Luxembourg, Brüssel. Preis 200 B. Fr.

[2]) Der Nachlaß Karl Kautskys befindet sich im Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis zu Amsterdam. Es sind dort elf meist lange Briefe von de Man an Kautsky vorhanden, und zwar aus den Jahren 1910–12 und 1919–25. Alle diese Briefe sind von einer sehr großen Zuneigung getragen, die der Absender dem Empfänger als seinem verehrten Lehrer entgegenbrachte.

[3]) Der Zusatz in eckigen Klammern ist von Kautskys Hand. Wir verdanken diese Auskünfte der freundlichen Mitteilung des bekannten Mitarbeiters des Internationaal Institut voor Sociale Geschiedenis, Werner Blumenberg, der eine Kautsky-Bibliographie verfaßte.

Internationale für die ganze Dauer des Krieges unter Verschluß gestellt hatte[4]) und H. de Man – ein marxistischer Leutnant, der dem gefangenen Kamerad Liebknecht ausdrücklich huldigte – waren Gegner der gefährlichen Stockholmer Konferenz. Sie hatten in der schwedischen Hauptstadt ihren Landsmann, Generalsekretär Camille Huysmans, kühl begrüßt und waren mehreren schwedischen und anderen neutralen Sozialisten begegnet, nur keinen deutschen[5]). Vandervelde erzählte später, wie er sich geweigert habe, seinen alten Freund Victor Adler, der krank zu Bett lag, zu besuchen[6])! Kautsky und de Man waren zum letztenmal am 29./30. Juli 1914 in Brüssel, im Bureau der Sozialistischen Internationale, zusammengetroffen, wo de Man Dolmetscher war[7]). Am 1. August begleitete de Man Hermann Müller und Camille Huysmans nach Paris.

Der letzte Teil des auf der Rückreise geschriebenen Briefes, worin de Man seine persönlichen Lebensverhältnisse und intimen Gefühle dem Papier anvertraut, hat einen besonderen Reiz. Der politische Inhalt ist charakteristisch für die Stellungnahme der belgischen Sozialdemokratie im allgemeinen und de Mans insbesondere. Er plädiert, wie er es zuvor in Rußland getan hatte und wie er es nach dem Krieg in *»La Leçon de la Guerre«* (Die Lehre des Krieges) und *»The remaking of a mind«* tat. Der Krieg müsse bis zur Vernichtung des hohenzollerischen Militarismus weitergeführt werden. Emile Vandervelde, seit 1905 Präsident der Internationale und seit 1914 Mitglied einer Kriegsregierung und Louis de Brouckère, das Gewissen der belgischen sozialistischen Partei, waren damit einverstanden[8]). Während mehreren Jahren, bis zum Genfer Kongreß vom 31. Juli 1920, ist der Wiederaufbau der Sozialistischen Internationale gescheitert an der Weigerung, die Verletzung der Neutralit Belgiens als ein Verbrechen gegen das Völkerrecht anzuerkennen.

---

[4]) Alfred Rosmer: Le mouvement ouvrier pendant la guerre. Paris 1936.

[5]) Auch die vier Unabhängigen Sozialisten nicht? (Kautsky, Bernstein, Haase, Ledebour.)

[6]) Emile Vandervelde: Souvenirs d'un militant socialiste. Paris 1939.

[7]) G. Haupt. Le Congrès manqué. Paris 1965 (S. 251). – H. de Man: Souvenirs (Herinneringen) Antwerpen, Arnhem, 1941 (S. 88).

[8]) Emile Vandervelde (L. de Brouckère, H. de Man): Trois aspects de la Révolution russe. 7 mai – 25 juin 1917. Paris-Nancy 1918. Der dritte Teil, über die Revolution im russischen Heer, wurde von H. de Man geschrieben.

PATTERSONS HOTEL NORGE

Albert Patterson

Bergen, den 4. Juli 1917

Lieber Genosse Kautsky!

Es hat mir *sehr* leid getan, daß ich Stockholm habe verlassen müssen, ohne Sie zu treffen. Einen Trost finde ich darin, daß Sie selber, wie aus Ihrem Briefe an de Brouckère hervorgeht, die Gründe würdigen, die uns veranlaßten, einer Zusammenkunft mit deutschen Sozialisten unter den jetzigen Umständen aus dem Wege zu gehen. Eine Mißstimmung darüber ist also glücklicherweise ausgeschlossen.

Ich möchte für meinen Teil noch betonen, daß diese Gründe, für was Sie und die anderen Vertreter der *unabhängigen* Sozialdemokratie betrifft, ganz *anderer* Art sind als die, die uns von den Vertretern der Majoritätspartei fernhalten. Um Scheidemann und seinen Gesinnungsbrüdern auszuweichen, brauchen wir nur unserem Gefühl zu gehorchen; um an Ihnen vorüberzugehen, ohne Ihnen die Hand zu drücken, müssen wir unserem Gefühl Gewalt antun. Es sind in Ihrem Falle, wie Ihnen de Brouckère schon auseinandergesetzt hat, lediglich Zweckmäßigkeitsrücksichten, die uns veranlaßten, von jeder Begegnung, die keinen durchaus öffentlichen Charakter trüge, abzusehen.

Unser prinzipieller Standpunkt in dieser Frage wird Ihnen übrigens wohl schon bekannt sein. Wenn wir jede Begegnung mit den sogenannten Mehrheitssozialisten ablehnen, so ist das nicht, weil sie Deutsche oder Österreicher sind, sondern einfach, weil wir sie nicht als Sozialisten anerkennen. Das geht schon daraus hervor, daß wir nichts sehnlicheres wünschen, als mit *den* deutschen Sozialisten zusammen zu kommen, die dem Sozialismus und der Internationale treugeblieben sind, sobald die Umstände eine solche Zusammenkunft als für unsere gemeinsame Sache förderlich erscheinen lassen werden.

Sie werden es im besonderen *mir* wohl glauben, lieber Genosse Kautsky, wenn ich betone, daß ich vom ersten Tage des Krieges ab keinen Augenblick aufgehört habe, die Lage ausschließlich vom Gesichtspunkt des internationalen Sozialismus zu betrachten. Sie kennen ja meinen internationalen Bildungsgang, Sie wissen ja, wieviel ich Deutschland – dem Deutschland des Marxismus, der Dichter, Denker und Musiker – schuldig bin, und Sie wissen auch, daß ich von allen Belgiern am allerwenigsten Gefahr lief, mich vom chauvinistischen Schwindel ergreifen zu lassen. Im übrigen füge ich diesem Briefe eine Abschrift einer in Rußland gehaltenen Rede zu, worin ich die Stellen blau angestrichen habe, die, wenn auch in summarischer Weise, die Gründe wiedergeben, weshalb ich am ersten Tage der Überrumpelung Belgiens als Freiwilliger die Waffen aufgenommen habe. Ich habe diesen Schritt noch keinen Augenblick bedauert. Meine Überzeugung, daß es für mich ein Ehrengebot war, so zu handeln, ist vielmehr mit jedem Tage stärker geworden, besonders nachdem die Befreiung Rußlands vom Tsarismus diesen Krieg in deutlichster Weise in seiner wahren Gestalt hat erscheinen lassen, nämlich als einen Bürgerkrieg der demokratischen Nationen gegen die letzten Länder politischer Unfreiheit und Unmündigkeit.

Meine Zuversicht, daß die Demokratisierung Deutschlands und damit die Herstellung eines dauerhaften Friedens als Mindestresultat aus diesen entsetzlichen Massenmorden hervorgehen wird, ist unerschütterlich. Sie wird mit jedem Tage stärker. Ich hoffe nur, daß der Anteil des deutschen Volkes an seiner Selbstbefreiung frühzeitig genug entscheidend wirken möge, um der Welt das weitere Vernichten von Menschenleben und Kulturwerten zu ersparen, das sonst unerläßlich wäre, um die Macht des deutschen Militarismus zu brechen. Ich hoffe das auch als Marxist, weil sonst die Ohnmacht des marxistischen Sozialismus, um in seinem eigenen klassischen Lande bei seinen Anhängern und bei der Masse den revolutionären Willen zu erzeugen, der dazu notwendig ist, um wenigstens die Ehre des Sozialismus zu retten, das Ansehen unserer Anschauungen in den anderen Ländern auf Jahre hinaus schwer schädigen und somit die theoretische Verwirrung dort noch vermehren würde.

Zugleich aber bin ich überzeugt, daß die Ernüchterung des vom militaristischen Rausche erfaßten deutschen Volkes durch eine militärische Niederlage eine unerläßliche Vorbedingung der deutschen Revolution ist. Ich fürchte, daß die Tatsachen einen anderen Schluß leider nicht zulassen. Deswegen kehre ich in kampfesfroher und optimistischer Stimmung zu den Schützengräben zurück, um dort weiter für die Freiheit aller Völker, auch und nicht zuletzt des deutschen Volkes, meine Schuldigkeit zu tun. Wenn das Glück mir wie bisher treu bleibt, so hoffe ich, Sie in glücklicheren Umständen in guter Gesundheit und alter revolutionärer Kampfesfrische wiederzusehen.

Ich bitte Sie, Ihre liebe Frau von mir grüßen zu wollen!

Meine Frau ist seit Ende Januar 1915 in Frankreich und lebt auf dem Lande, bei Paris. Nachdem wir fast fünf Monate lang ohne Nachricht von einander

geblieben waren, gelang es ihr, aus Belgien herauszukommen, mit dem Buben, der jetzt vier Jahre alt ist. So können wir wenigstens korrespondieren, und alle drei oder vier Monate kann ich einige Tage Urlaub mit ihr verbringen. Trotz der schweren Prüfungen geht es ihr gut, auch sie ist in der gleichen Stimmung wie ich. Der Junge ist ein strammes Kerlchen geworden und ist seiner Mutter Stolz und Freude. Am 18. Mai erhielt ich in Petrograd ein Telegramm, das mir die Geburt von Nummer zwei, einem Mädel, ankündigte. Ich hoffe in etwa acht Tagen Gelegenheit zu haben, meiner Fräulein Tochter Bekanntschaft zu machen. Ich verbleibe in alter freundschaftlicher Verehrung

Ihr ergebener

Hendrik de Man

P.S. – Falls Sie mir irgend etwas zukommen lassen wollen, so könnte es Huysmans auf diplomatischem Wege an Vanderveldes Adresse befördern.

PATTERSONS HOTEL NORGE
ALBERT· PATTERSON

Bergen den 4. Juli 1917

Lieber Genosse Kautsky!

Es hat mir sehr leid getan, dass ich Stockholm habe verlassen müssen, ohne Sie zu treffen. Einen Trost finde ich darin, dass Sie selber, wie aus Ihrem Briefe an de Brouckère hervorgeht, die Gründe würdigen, die uns veranlassten, einer Zusammenkunft mit deutschen Sozialisten unter den jetzigen Umständen aus dem Wege zu gehen. Eine Misstimmung darüber ist also glücklicherweise ausgeschlossen.

Ich möchte für meinen Teil noch betonen, dass diese Gründe, für was Sie und die anderen Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie betrifft, ganz anderer Art sind als die, die uns von den Vertretern der Majoritätspartei fernhalten. Um Scheidemann und seinen Gesinnungsbrüdern auszuweichen, brauchen wir nur unserem Gefühl zu gehorchen, um an Ihnen vorüberzugehen, ohne Ihnen die Hand zu drücken, müssen wir unserem Gefühl

6/

schweren Prüfungen geht es ihr gut, auch sie ist in der gleichen Stimmung, wie ich. Der Junge ist ein strammes Kerlchen geworden und ist seiner Mutter Stolz und Freude. Am 18. Mai erhielt ich in Petrograd ein Telegramm, das mir die Geburt von Nummer zwei, einem Mädel, ankündigte. Ich hoffe in etwa acht Tagen Gelegenheit zu haben, meiner Fräulein Tochter Bekanntschaft zu machen.

Ich verbleibe in alter freundschaftlicher Verehrung

Ihr ergebener

Hendrik de Man

P. S. Falls Sie mir irgend etwas zukommen lassen wollen, so könnte es Huysmans auf diplomatischem Wege an Vandervelde's Adresse befördern.

Episoden der Russischen Revolution

Aus den Erinnerungen von Peter Garwy

I. Vorbemerkung

Die folgenden Auszüge aus dem unveröffentlichten Teil der Erinnerungen des russischen Sozialdemokraten Peter Garwy beschreiben den Besuch führender Sozialisten in den ersten Monaten der Februarrevolution[1]).

Peter Garwy (geb. 1881 in Odessa, gest. 1944 in New York) schloß sich bereits als Student der illegalen Sozialdemokratischen Partei Rußlands an – ein Jahr nach ihrer Gründung. Er beteiligte sich an der ersten südrussischen Parteikonferenz, betrieb illegale Arbeit, wurde verhaftet und nach Sibirien verbannt; von dort gelang ihm die Flucht ins Ausland. In die Heimat zurückgekehrt, nahm er als Berufsrevolutionär an der illegalen politischen Arbeit in verschiedenen Städten Südrußlands teil.

Als Parteiorganisator und Leiter der menschewistischen Militärorganisation im Moskauer Stadtteil Presnja-Chamovniki wurde Peter Garwy der Sekretär des Bezirkssowjets und einer der drei Führer des bewaffneten Dezember-Aufstandes in diesem Stadtteil, dem letzten Aufflackern der gescheiterten Revolution von 1905. In der Periode zwischen den beiden Revolutionen war Garwy führendes Mitglied der »liquidatorischen« Richtung der Menschewiki, ein enger Gesinnungsgenosse von P. B. Axelrod[2]) und seit 1912 Mitglied der menschewistischen Parteiführung, des sog. Organisationskomitees. Nach dem Sieg der Februar-Revolution aus der Verbannung zurückgekehrt, nahm er an den Arbeiten des ersten Allrussischen Arbeiter- und Soldatenrats aktiv teil. Garwy gehörte ferner

---

[1]) Das Manuskript befindet sich in Händen von Georg Garvy, New York. Die vorgelegten Auszüge sind Übersetzungen aus dem Russischen von Georg Garvy, der auch die Vorbemerkung und den Hinweis für Abschnitt III verfaßt hat.

[2]) P. B. Axelrod war einer der Gründer der Russischen Sozialdemokratie.

zu den Organisatoren der ersten Allrussischen Gewerkschaftskonferenz und wurde zum Mitglied des ersten Zentralkomitees der neugegründeten Landeszentrale gewählt. Nach dem bolschewistischen Umsturz war Garwy der Herausgeber der menschewistischen Parteizeitung in seiner Heimatstadt Odessa, wo er von den bolschewistischen Behörden verhaftet wurde. Obwohl ihn ein Revolutionstribunal freisprach, wurde er in das Uralgebiet verbannt.
In der Emigration (1923–1933 in Berlin, 1933–1940 in Paris, danach New York) zählte Garwy, ein enger Freund von Karl Kautsky, zu den Führern des rechten Flügels der Menschewiki. In dieser Eigenschaft nahm er an mehreren Kongressen der Sozialistischen Internationale als Delegierter teil. Garwy wurde ein regelmäßiger Mitarbeiter der Zeitschrift der Menschewiki in der Emigration, »Der Sozialistische Bote«, und der deutschen sozialdemokratischen Parteipresse, in der er über die russischen Ereignisse schrieb. Seine Artikel erschienen u. a. im »Vorwärts«, in der »Leipziger Volkszeitung« und im »Hamburger Echo«. Er schrieb auch für die »Sozialistische Bildung«, die »Bücherwarte« und die »Sozialdemokratische Parteikorrespondenz« und für Parteiorgane anderer Länder. Nach seinem Tode wurde der erste Teil seiner Lebenserinnerungen[3]) sowie eine Geschichte der russischen Gewerkschaftsbewegung in den ersten Jahren nach der Revolution von 1917[4]) in New York in russischer Sprache veröffentlicht.

II. Der Besuch von Hjalmar Branting

Ich wohnte in der Nähe des Taurischen Palastes, wo der Arbeiter- und Soldatenrat vor seiner Übersiedlung nach dem Smolny tagte. Ich traf daher gewöhnlich früher ein als meine Kollegen. Eines Morgens kam ich sehr früh, noch ehe die Büros geöffnet waren. Dies geschah in einer verhältnismäßig ruhigen Periode; denn im allgemeinen wurde die Arbeit des Sowjets auch die Nacht hindurch nicht unterbrochen, vor allem während der ersten Tage der Revolution und in Krisenzeiten.
Als mich einer der Angestellten des Arbeiter- und Soldatenrates erblickte, rief er voller Freude: »Wenigstens einer! Sonst ist niemand von den Führern hier! Gehen Sie bitte in die Abteilung für Internationale Beziehungen. Irgendein wichtiger Ausländer wartet dort; er versteht uns nicht, und wir verstehen ihn nicht.« In der Tat saß dort ein »wichtig« aussehender Ausländer, ein skandinavischer Typ mit einem ungewöhnlich ernsten und ausdrucksvollen Gesicht, mit grauem Haar und Bart. Ich redete ihn auf Deutsch an. Er stellte sich als Branting

---

[3]) Vgl. Peter Garwy: Vospominanija Socialdemokrata, New York 1946. Dieser Teil der Erinnerungen reicht bis zum Zusammenbruch der Revolution von 1905 und enthält auch mehrere Artikel über Garwys Parteitätigkeit.
[4]) Vgl. Peter Garwy: Profesional'nye Sojuzy v Rossii, New York 1958.

vor[5]). Dieser Name war mir wie jedem europäischen Sozialisten wohl vertraut. Er war der Gründer und Führer einer der besten Parteien der Sozialistischen Internationale, der schwedischen Partei. Er war eine der hervorragenden Persönlichkeiten des internationalen Sozialismus, vom gleichen Rang wie Bebel, Adler, Jaurès und Plechanov. In jenen Tagen war Petrograd das Mekka des internationalen Sozialismus. Branting war der erste Besucher aus einem neutralen Land. Alle Fäden des Kampfes für den Frieden und für die Wiedergeburt der im Kriege zerbrochenen Internationale führten zu den sozialistischen Parteien der neutralen Staaten. Ich beschloß, nicht auf die Ankunft von W. N. Rozanov und der anderen Mitarbeiter der Abteilung für Internationale Beziehungen zu warten, sondern begleitete Branting sofort in das Büro des Exekutivkomitees des Arbeiter- und Soldatenrates, wo man mit dem frühzeitigen Eintreffen einer der führenden Persönlichkeiten rechnen durfte.

Trotz der frühen Stunde glich der Jekaterinensaal, den wir durchqueren mußten, einem Ameisenhaufen. Dieser Saal war wie ein Spiegel der Revolution, ein volkstümliches »Antichambre« des Exekutivkomitees, eine revolutionäre Promenade inmitten des Palastes, der zum Hauptquartier der revolutionären Kräfte geworden war. In der Mitte dieses gewaltigen und trotz der Überfüllung eindrucksvollen Saales tagte eine Soldatenversammlung. Irgend jemand aus der »Soldatensektion« des Sowjets versuchte den Lärm zu überschreien. Mein erster instinktiver Gedanke war, den Redner zu unterbrechen, mich zu einer »Erklärung« außerhalb der Tagesordnung zum Wort zu melden und den Soldaten der Revolution den Führer einer der sozialistischen Bruderparteien vorzustellen: sie sollten ihn begrüßen und er – im Angesicht dieser Soldatenmasse – die Revolution! Ich gab dann jedoch diesen Gedanken auf; irgend etwas hielt mich zurück. Den wenigen Worten des Redners, die ich gehört hatte, entnahm ich, daß es sich nicht um eine Propagandaversammlung handelte, sondern um eine Sitzung, auf der die Soldaten ihre eigenen Probleme diskutierten. Vor allem aber war das Gesicht von Branting so außerordentlich ernst, daß ich das Gefühl hatte, es passe nicht zu einer sentimentalen revolutionären Szene. Zudem waren die Soldaten nicht so gut informiert wie die Arbeiter, und man hätte ihnen erst lange erklären müssen, wer Branting sei und warum es nötig sei, ihre Geschäftssitzung zu unterbrechen, um ihn zu begrüßen . . . Branting führte mit den Leitern des Exekutivkomitees eine Reihe von Besprechungen. Ich erinnere mich jedoch nicht an irgendeinen feierlichen Empfang durch den Sowjet. Die Menschewiki maßen dem Besuch Brantings eine große Bedeutung bei. Das Organisationskomitee[6]) unserer Partei versammelte sich daher in der Wohnung von W. N. Krochmal zu einer besonderen Sitzung. Ein Mitglied des O. K., Panin-

---

[5]) Hjalmar Branting (1860–1925) wurde später Premierminister der ersten sozialdemokratischen Regierung in Schweden.

[6]) Das Organisationskomitee – O.K. – war das Zentralkomitee der Menschewiki.

Makodziub, begab sich in das Hotel, in dem Branting abgestiegen war, um ihn abzuholen. Er kam jedoch zu spät. Panin erklärte voller Verdruß den Grund: Iu. Larin und A. Kollontai[7]) waren mit ihm fortgegangen, um ihn unter dem Vorwand der Information zu »bearbeiten«.

Auf der Sitzung des O. K. kam es zu einer offenen Aussprache. Wir beschrieben Branting die kritische Situation, in der sich unsere Revolution befand. Die Friedensfrage mußte gelöst werden in einem Augenblick, in dem die Revolution von innen her durch die spontane Welle des Maximalismus untergraben wurde, die der Konterrevolution den Weg ebnete. Branting zeigte für unsere Lage vollkommenes Verständnis, insbesondere für unsere Furcht, den Kampf der Entente, der Rußland noch verbunden war, durch einen Separatfrieden zu untergraben. Er warnte uns vor der optimistischen Hoffnung, daß sich die deutschen Arbeiter unter dem Einfluß der russischen Revolution und mit dem Ziel, ihr zu helfen, erheben würden, oder daß die deutschen Soldaten bereit seien, ihre Gewehre niederzulegen. Solange die deutsche Armee siegreich sei, meinte Branting, sei es utopisch, darauf zu rechnen, daß dem Regime größere innere Schwierigkeiten entstehen würden. Man solle sich in dieser Hinsicht keinen Illusionen hingeben. Das war für uns eine kalte Dusche. Branting war mit der Lage in Deutschland und mit den Stimmungen in der deutschen Sozialdemokratie gut vertraut. Wir beschlossen eine breitere Aussprache mit Branting zu organisieren. Das Forum bildete eine gemeinsame Sitzung des menschewistischen Organisationskomitees, des Petrograder Komitees der Menschewiki und der menschewistischen Fraktion im Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates. Derartige gemeinsame Sitzungen wurden von Zeit zu Zeit einberufen, um besonders wichtige Fragen zu besprechen. Branting verstand, wie tragisch unsere Lage war. Er hatte erkannt, daß »entweder die Revolution den Krieg oder der Krieg die Revolution vernichten würde«. Bei den vielen Reden, die für Branting sofort ins Deutsche übersetzt wurden, erinnere ich mich vor allem der Ausführungen von I. G. Zereteli. Sie atmeten den Glauben an die Russische Revolution und an ihre internationale Bedeutung. Voller Pathos appellierte er an das sozialistische Proletariat Europas, die Russische Revolution, »die Hoffnung der Völker«, zu retten, ihr in jedem Falle zu Hilfe zu eilen, für ein Ende des Krieges durch einen demokratischen Frieden aktiv zu kämpfen und in den halbabsolutistischen Ländern dem revolutionären Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern zu folgen. Weder früher noch später habe ich von Zereteli eine so bewegte Rede gehört. Im allgemeinen waren seine Reden, selbst auf Massenversammlungen, durch ein gedämpftes Pathos gekennzeichnet. Dies war ein Hilfeschrei, ein SOS-Ruf, als ob sich die Schlinge des Krieges bereits um den Hals der Revo-

[7]) Frau Kollontai trat während des Krieges, Larin kurz nach der Revolution zu den Bolschewiki über.

lution zusammenzöge, einer Revolution, die zwar im Inneren siegreich, aber nach außen schwach war.
Branting verstand alles, vermochte aber nichts zu tun. Sollte er sich mit einer nichtssagenden Phrase aus der Affäre ziehen, Hilfe versprechen oder uns ermutigen? Dafür war er zu gewissenhaft, zu verantwortungsbewußt. Hat er mit seiner nüchternen, an Pessimismus grenzenden Einschätzung der Revolutionschancen in Deutschland recht gehabt? Die Geschichte hat gezeigt, daß die Wahrheit in der Mitte lag. Die Russische Revolution hat einen Einfluß auf die deutschen Arbeiter und Soldaten ausgeübt. Die entscheidende Rolle spielte jedoch die wachsende militärische Macht der Entente: erst die militärische Niederlage hat die deutsche Revolution ausgelöst. Hjalmar Branting war im Frühjahr 1917 nach Rußland gekommen, die deutsche Revolution brach erst im November 1918 aus . . .

III. Der »Fall Robert Grimm«

1. Hinweis

Die Reise von Robert Grimm nach Rußland (Ende Mai – Anfang Juni 1917) gehört zu den umstrittensten Ereignissen der Russischen Revolution. In den letzten Jahren erschienen verschiedene Publikationen, die auf den »Fall Grimm« neues Licht werfen, insbesondere die von Z. A. R. Zeman in englischer Sprache veröffentlichten Akten des deutschen Auswärtigen Amtes[8]). Die wichtigsten bis jetzt veröffentlichten Dokumente, die sich auf die Begleitumstände und Hintergründe der Reise von Grimm beziehen, sind von Browder und Kerensky in ihrem Werk »Documents of the February Revolution«, Band III, S. 1177–83, wiedergegeben worden. Ein endgültiges Urteil wird vielleicht erst dann möglich sein, wenn der im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, verwahrte Nachlaß von Grimm den Historikern zugänglich gemacht wird.
Robert Grimm, einer der Initiatoren der Zimmerwalder Konferenz und der Vorsitzende des dort gebildeten Internationalen Sozialistischen Komitees, war eine der Schlüsselpersönlichkeiten bei den Verhandlungen über die Rückkehr einer Gruppe russischer Revolutionäre, die sich während des Krieges in der Schweiz aufhielten. Zu dieser Gruppe, die in einem plombierten Wagen durch Deutschland heimkehrte, gehörte Lenin. Kurz darauf erhielt Grimm, unterstützt vom Außenminister, Bundesrat Hoffmann, der im Zusammenhang mit der Affäre Grimm seine Demission einreichen mußte, die Genehmigung der Reichsregierung, sich über Deutschland und Schweden nach Rußland zu begeben. Aus

[8]) Vgl. auch: Lenins Rückkehr nach Rußland 1917; die deutschen Akten herausgegeben von Werner Hahlweg, Leiden 1957.

den inzwischen veröffentlichten deutschen Dokumenten geht deutlich hervor, daß die Durchreise in der Hoffnung gewährt wurde, Grimm werde den Entschluß der Provisorischen Regierung beeinträchtigen, den Krieg an der Seite der Entente fortzuführen.

Der Besuch eines führenden Sozialisten und Kriegsgegners aus einem neutralen Staate entwickelte sich zu einem politischen Skandal, als die Provisorische Regierung ein für Grimm bestimmtes Telegramm des Schweizer Außenministeriums an die Petrograder Botschaft abfing. Das Telegramm enthielt ein Resumee der deutschen Kriegsziele und der Bedingungen für einen russisch-deutschen Sonderfrieden. Grimm bestritt vor den Führern der Menschewiki, im Zusammenhang mit seiner Reise irgendwelche Vereinbarungen mit Bundesrat Hoffmann getroffen zu haben; er habe sich vor der Reise weder mit deutschen Behörden in Verbindung gesetzt noch beabsichtigt, eine Vermittlerrolle zu spielen. Seine am Tag nach der Abreise veröffentlichte Erklärung wurde nach einer ausführlichen Diskussion, an der führende Sozialisten aller Richtungen sowie Sinovev von den Bolschewiki teilnahmen, vom Allrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Grimms offiziellem Gastgeber, als unbefriedigend zurückgewiesen. Grimm wurde von der Provisorischen Regierung aufgefordert, Rußland sofort zu verlassen.

Der Auszug aus den Erinnerungen von Peter Garwy macht die Reaktion der russischen Sozialdemokratie deutlich, die fest davon überzeugt war, daß die Handlungsweise von Grimm unzulässig sei. Einen detaillierten Bericht über den »Fall Grimm« enthalten die vor kurzem veröffentlichten Memoiren von I. G. Zereteli[9]). Zereteli, zu jener Zeit Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats, war einer der zwei Garanten, die sich gegenüber der Provisorischen Regierung für die Zuverlässigkeit von Grimm verbürgt hatten. In dem offiziellen Gedenkwerk für Robert Grimm[10]) bleibt seine Reise nach Rußland unerwähnt. Sofort nach der Ausreise aus Rußland trat Grimm als Vorsitzender des Sozialistischen Komitees zurück.

2. Der »Fall Robert Grimm«

Über diesen Fall ist damals und später viel in den Memoiren der Zeitgenossen geschrieben worden. Es fällt nicht leicht, wieder daran zu denken.

Robert Grimm war aus einem neutralen Land, aus der Schweiz, zu uns gekommen. Wir empfingen ihn wie Branting als den Abgesandten einer sozialistischen Bruderpartei. Aber Branting hatte keine Geheimnisse vor uns, Grimm dagegen hatte etwas zu verheimlichen. Ich erinnere mich noch an die Sitzung unserer

---

[9]) I. G. Zereteli: Vospominanija o Fevral'skoj revoljucii, 2 Bände, Paris 1963.

[10]) Vgl. Robert Grimm, Revolutionär und Staatsmann, Zürich 1958.

menschewistischen Parteileitung, des O. K., zu der Grimm eingeladen war. Mit keinem Wort, keiner Anspielung gab er uns zu verstehen, daß er in einer geheimen Friedensmission nach Rußland gekommen war. Dabei war der Vorsitzende des O. K. kein Geringerer als Paul Axelrod, einer der Gründer der russischen Sozialdemokratie, einer der Delegierten zur Zimmerwalder Konferenz und bis zu einem gewissen Grade – wie er uns später in Berlin erzählte – einer der inoffiziellen Einberufer jener Tagung. Axelrod war der Sozialdemokratie in der Schweiz gut bekannt – er war ein Freund und Lehrer Grimms[11]). Kein Wort von der Geheimmission, weder auf der Sitzung des O. K. noch in Privatgesprächen mit Axelrod oder anderen Führern der Menschewiki! Ich erinnere mich jedoch, daß Grimm während der Diskussion des O. K. »en passant« erwähnte, er habe der Schweizer Gesandtschaft in Petrograd bereits einen Besuch abgestattet und dort wertvolle und offenbar objektive Informationen über die Lage in Rußland erhalten, die seine eigenen oberflächlichen Eindrücke bestätigt hätten. Es herrsche der allgemeine Eindruck, daß die revolutionäre Ordnung nicht stabil sei und daß das Chaos zunehme. Irgend jemand hatte Grimm nach Kronstadt in das Zentrum der revolutionären Matrosen geführt, die schon damals unter dem demagogischen Einfluß der Bolschewiki standen. Grimm war von diesem Besuch mit gemischten Gefühlen, mit Bewunderung und innerer Unruhe zurückgekehrt. Ich kann mich nicht mehr an die übrigen Details jener Sitzung des O. K. erinnern, an der Grimm teilgenommen hatte.

Als Grimms Geheimmission bekannt wurde, brach in der bürgerlichen Presse, die dem Arbeiter- und Soldatenrat feindlich gesonnen war, ein regelrechter Sturm aus. Man erhob gegen Grimm die gemeinsten Anklagen. Ich glaube, daß Axelrod, der Grimm gut kannte, recht hatte, wenn er jeden Gedanken an eine böswillige Handlungsweise Grimms von sich wies. Wahrscheinlich hatte der brennende Wunsch, zu einem schnellen Ende des Kriegs beizutragen, Grimm auf die abschüssige Bahn geführt, ein Weg, auf dem er zum Werkzeug und Opfer erfahrenerer Strategen des »politischen Krieges« wurde. Da die bürgerliche Presse den »Fall Grimm« in der böswilligen Absicht aufbauschte, die sozialistischen Parteien, ja die ganze »revolutionäre Demokratie« zu diskreditieren, war die Empörung über Grimms Handlungsweise auch in unseren Kreisen außerordentlich groß. Obwohl er ein Gast des Arbeiter- und Soldatenrats war, hatte er sowohl den Führern des Exekutivkomitees wie dem Präsidenten des Rates den wahren Zweck seiner Reise verheimlicht. Unsere Partei hatte ihn brüderlich empfangen, und dennoch hatte er vor ihr seine vertrauliche Mission verborgen gehalten. Ein weiterer Aufenthalt von Grimm konnte weder vor der Provisorischen Regierung noch vor der öffentlichen Meinung verteidigt werden.

In unserer menschewistischen Parteileitung hatte der Fall Grimm scharfe Aus-

---

[11]) Axelrod lebte zu jener Zeit in der Schweiz und war Schweizer Bürger.

einandersetzungen zur Folge, die noch dadurch kompliziert wurden, daß fraktionelle Gesichtspunkte eine Rolle spielten. Die Internationalisten[12]) machten den Fall Grimm zu ihrer eigenen Sache. Das Auftreten von Axelrod, des eifrigsten Verteidigers von Grimm, war jedoch nicht von fraktionellen Erwägungen bestimmt. Er glaubte an die Aufrichtigkeit von Grimm, an die Reinheit seiner Absichten, an moralisch einwandfreie Motive, und er betrachtete die Ausweisung eines Sozialisten, eines Angehörigen einer Bruderpartei, aus einem revolutionären Lande, in dem die Sozialisten an der Regierung beteiligt waren, als einen unzulässigen Skandal.

Ich erinnere mich noch der Sitzung unseres menschewistischen Zentralkomitees im Gebäude der Seekadetten, in dem der erste Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte tagte. M. I. Skobelev, der beauftragt war, Grimm auf seiner erzwungenen Reise aus Petrograd zu »begleiten«, berichtete über die Einzelheiten seiner peinlichen Mission: ein Sozialist schob einen Sozialisten ab, der sich einer sozialistischen Bruderpartei gegenüber illoyal verhalten hatte. Skobelev berichtete, Grimm sei deprimiert und zugleich ungeduldig gewesen, da Ausschreitungen von seiten der Rechten zu befürchten waren. In der Tat war Skobelev beauftragt worden, Grimm bei seiner erzwungenen Abreise zu begleiten, um derartige Ausschreitungen zu verhindern. Ich kann nicht verheimlichen, daß Skobelev von Grimms Verhalten bei der Abreise unangenehm berührt war . . .

Selbst in der Emigration in Berlin fuhr Axelrod fort, die Leidenschaft zu rechtfertigen, mit der er Grimm verteidigt hatte. Auf jeden Fall hatte diese Episode keinen nachteiligen Einfluß auf Grimms Laufbahn in seiner Heimat und in der Sozialistischen Internationale. Er war der Vorsitzende der Wirtschaftskommission auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Wien 1931, in der ich als Vertreter unserer Partei Mitglied war. Ich ergriff das Wort, um eine Einschätzung des bolschewistischen Experiments zu geben. Zu jener Zeit war alles bereits vergessen, dennoch hatte ich ein eigenartiges Gefühl . . .

IV. Der Besuch alliierter Sozialisten

Aus den verbündeten Staaten kamen mehrere Sozialisten, A. Henderson, E. Vandervelde und M. Cachin, um die Kriegsentschlossenheit des »neuen Rußlands«, den Willen zu einem revolutionären Krieg gegen den deutschen Imperialismus bis zu dessen Ende zu stärken. Dieser »Jusqu'au boutisme«, wie man damals sagte, stand nicht allein in krassem Gegensatz zu den Stimmungen der »Internationalisten« aller Schattierungen, die bis zum Eintreffen Zeretelis den Ton im Arbeiter- und Soldatenrat angaben, sondern auch zu der Haltung der

---

[12]) Unter diesem Namen wurden sozialistische Kriegsgegner aller Schattierungen zusammengefaßt.

»revolutionären Verteidiger« (revoljucionnye oboroncy), an deren Spitze Zereteli stand, der vor dem Ausbruch der Revolution selber ein Internationalist und Zimmerwalder gewesen war. Die Anhänger der revolutionären Verteidigung vertraten eine doppelte Plattform: die Verteidigung der Revolution und den Kampf für einen demokratischen Frieden. Die »sozialpatriotische« Richtung unserer Partei, die durch Plechanovs Gruppe »Einheit« (Edinstvo) vertreten wurde, blieb bei den meisten Führern des Arbeiter- und Soldatenrates ohne Anklang.

Ich erinnere mich noch an eine geschlossene Sitzung des Exekutivkomitees des Arbeiter- und Soldatenrates im Taurischen Palast. Henderson und andere Vertreter des Auslands sprachen, und L. Pumpjanskij übersetzte. Abgesehen von der Tatsache, daß Plechanov anwesend war, erinnere ich mich an keine Einzelheiten; im Saal herrschte jedoch eine deutliche Spannung, und weder die Stimmung noch die Haltung der Anwesenden war einheitlich.

Nach der internen Sitzung wurde eine feierliche Sitzung im Weißen Saal des Taurischen Palastes abgehalten. Das war das erste und letzte Mal, daß der Vater der russischen Sozialdemokratie, G. V. Plechanov, vor dem Arbeiter- und Soldatenrat öffentlich auftrat. Es endete mit einer theatralischen Szene – Plechanov ergriff auf der Tribüne die Hände zweier französischer Sozialisten, M. Cachin und M. Moutet. Alle im Saal applaudierten. Diese Demonstration der Solidarität der Sozialisten der Entente entsprach jedoch nicht der Realität – es gab keine wahre Einheit! Es gab sie weder unter den russischen Sozialisten, weder in der »revolutionären Demokratie«, die im Arbeiter- und Soldatenrat organisiert war, noch in der Provisorischen Regierung . . .

Wolfgang Birkenfeld

DER RUFMORD AM REICHSPRÄSIDENTEN

Zu Grenzformen des politischen Kampfes gegen die frühe Weimarer Republik 1919–1925

Am 11. Februar 1919 trat Friedrich Ebert das Amt des vorläufigen Reichspräsidenten der werdenden deutschen Republik an[1]). Im September 1919 stellte er zum ersten Male einen Strafantrag gegen die »Deutsche Tageszeitung«, die eine Photographie Eberts und Noskes mit beleidigenden Zusätzen vertrieben hatte.
Ende November 1924 leitete der Reichspräsident eine Klage gegen einen Techniker ein, der ihn öffentlich einen »Schuft« genannt hatte. Es war der 173. Strafantrag innerhalb von fünf Jahren, und es sollte der letzte bleiben. Friedrich Ebert verstarb am 28. Februar 1925.

---

[1]) Die nachfolgende Untersuchung und Dokumentation beruht auf dem Bestand R 54 (Präsidialkanzlei) im Bundesarchiv Koblenz.
Die Präsidialkanzlei wurde – zunächst unter der Bezeichnung »Büro des Reichspräsidenten« – 1919 eingerichtet. Sie hatte den Charakter einer obersten Reichsbehörde und unterstand dem Reichspräsidenten unmittelbar. Leiter der Behörde war – von den Anfangsmonaten abgesehen – von 1919 bis 1945 Dr. Otto Meißner. Ihr Aufgabengebiet waren die Angelegenheiten der Reichspräsidenten Ebert und Hindenburg, ab August 1934 als »Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers« auch die Hitlers.
Als Grundlage für diese Untersuchung und den Dokumentenanhang I dienten die Zusammenstellungen der Beleidigungsklagen des Reichspräsidenten Ebert unter den Signaturen R 54/308 und R 54/309. Von den hier vollständig erfaßten 173 Beleidigungsklagen liegen die Akten zu den Fällen Nr. 29–63, 118–119, 121, 129, 142–150 unter den Signaturen R 54/277–288 vor. Ferner wurden 3 Konvolute »Nichtverfolgte Beleidigungsklagen« aus der Zeit von 1922 bis 1925 herangezogen (R 54/289–291). Die Akten zu den übrigen Fällen bzw. bei den nichtverfolgten Beleidigungssachen für die Zeit vor 1922 sind nicht in das Bundesarchiv gelangt und konnten auch nicht ermittelt werden.
Zum Vergleich wurden ferner die vollständig vorliegenden Akten über die Beleidigungsklagen des Reichspräsidenten Hindenburg herangezogen (R 54/273–276), außerdem der einzige vorhandene Band der nicht verfolgten Beleidigungssachen (R 54/292).
Die im Dokumentenanhang II fast vollständig veröffentlichte Briefsammlung trägt jetzt die Signatur R 54/276 a.

Diese Daten markieren Anfang und Ende des Kampfes des ersten deutschen Reichspräsidenten gegen persönliche Verunglimpfung und Verleumdung. Es war ein Kampf gegen den Rufmord durch diejenigen Kräfte von links und vor allem von rechts, die in der Person des Staatsoberhauptes zugleich die Republik treffen wollten.

1. Der Inhalt der Beleidigungen

Von den 173 Strafanträgen Eberts richteten sich 35 gegen die Verfasser von Zeitschriften- und Zeitungsartikeln, Flugblättern usw., 131 gegen mündliche Äußerungen in öffentlichen Versammlungen, am Dienst- und Arbeitsplatz, in öffentlichen Verkehrsmitteln, auf der Straße und auch in Gastwirtschaften. Die restlichen Strafanträge umfaßten Beleidigungen verschiedenster sonstiger Natur.

Die beleidigenden Äußerungen lassen sich wegen ihrer Vielfalt nur schwer kategorisieren [2]).

Die einfache Herkunft des Reichspräsidenten war ein beliebtes Motiv bösartiger Unterstellungen und Verleumdungen: Ebert stamme aus einem Hurenhaus; er habe in Posen auf der Gasse gewohnt, dort Schulden gemacht und bis heute nicht bezahlt; er sei seiner Wirtin mit dem Kostgeld durchgegangen; er habe eine Schnapsdestille mit Bordellbetrieb besessen; in Hannover ein Bordell gehabt – das ist eine Auswahl der in Umlauf gesetzten »Feststellungen«. Das abschätzig gesprochene Wort vom »Sattlergesellen« erfuhr eine Reihe von Variationen (»Schusterjunge«, »scheißiger Sattler« usw.), seine frühere Tätigkeit als Gastwirt animierte zu Beschimpfungen wie »Schnapsbudiker«, »Kaschemmenbruder«, »Moabiter Budikerjunge«.

Diese frühere Tätigkeit dürfte ihm auch die häufigen Schmähungen über seine »Trunksucht« eingetragen haben. Äußerungen wie »versoffener Sattlergeselle«, »ständig besoffen wie ein Schwein« tauchen immer wieder auf, und selbst ein Pfarrer hielt es nicht für unter seiner Würde, von der Kanzel herab zu erklären, Ebert wisse nicht, was er im Suff täte [3]).

Es gehörte schon ein besonderes Ausmaß an Perfidie dazu, Friedrich Ebert nachzusagen, er »lasse sich von nackten Weibern bedienen«, oder er »hure mit Theaterweibern die Nächte durch«. Aber selbst das findet sich sporadisch.

Die Hetze gegen den Reichspräsidenten machte auch vor seinen Familienangehörigen nicht halt. Frau Ebert habe von der Kaiserjacht »Hohenzollern« Silbersachen gestohlen; private Glückwünsche, die mit »Wir, Frau Exzellenz Ebert« begannen, auf Reichskosten versendet; ihren Pelzmantel im Werte von 50 000 Mark ausstellen lassen. Eberts Sohn sei wegen Bankunterschlagung verhaftet worden, Eberts Nichte eine Schönheitstänzerin.

---

[2]) Vgl. Übersicht 1.

[3]) Vgl. Dokumentenanhang I, Nr. 19.

Übersicht 1

Der Inhalt der Beleidigungen

A. Schmähungen der Person		
1. Herkunft und frühere Tätigkeit		24
2. Trunksucht		19
3. Unsittlicher Lebenswandel		2
4. Beleidigung von Familienangehörigen		9
B. Schmähungen im Zusammenhang mit der Amtsführung		
1. Unfähigkeit und Unwürdigkeit		14
2. Bereicherung im Amt		30
3. Bestechlichkeit		10
4. Landesverrat		24
davon: a) 1919–1923	9	
b) 1924	15	
C. Sonstige Beleidigungen		
1. Ausdruck des Wunsches nach Ermordung		13
2. Sonstige (auch durch Bilder, Gegenstände usw.)		16
3. Allgemeine Beschimpfungen		71
4. Beleidigungen anderer Politiker im Zusammenhang		26
davon: a) Scheidemann	16	
b) Noske	4	
Gesamtzahl der ausgewerteten beleidigenden Äußerungen		165

(In 8 Fällen konnte der Inhalt der beleidigenden Äußerungen nicht festgestellt werden.
Die Zahl der rubrizierten Inhalte ist mit 258 beträchtlich größer als die der ausgewerteten beleidigenden Äußerungen, da diese häufig mehrere Arten der Beleidigung enthalten.)

Auch die Amtsführung des Reichspräsidenten war Gegenstand massiver Beleidigungen. Unfähigkeit und Unwürdigkeit – diese Vorwürfe tauchen in den verschiedensten Variationen auf. Daß »der Sattlergeselle zum Regieren zu dämlich« sei, war eine mehrfache allgemeine Feststellung. Schuld sei Ebert an Wucher und Elend, an der Brotpreissteigerung in der beginnenden Inflation, »an allem«. Er habe seinen Eid gebrochen, seinen Gästen die Marseillaise und »God save the King« vorspielen lassen, er sei nur Strohpuppe usw.
Als besonders kränkend dürfte der bis zur Pedanterie korrekte Reichspräsident den Vorwurf der Bereicherung im Amt empfunden haben. Immer wieder flakkerte die Behauptung auf, Ebert habe Grundbesitz erworben: ein großes Ritter-

gut, dann drei, schließlich dreiunddreißig, ein Gut in Dänemark, das Gut des Freiherrn von Haeseler, viele Güter, große Güter. Ein Förster wußte, daß Ebert 32 Millionen Mark in Gold in die Schweiz geschafft, ein Hauptmann außer Dienst, daß er sich kaiserliche Möbel angeeignet habe. Auch das Motiv der Bestechlichkeit war beliebt: Die Großgrundbesitzer, die Agrarier, die Tschechen, die »in Deutschland allmächtige Judenschaft«, Stinnes, die Polen – sie alle sollten nach Meinung seiner Beleidiger Ebert »die Taschen gefüllt« haben.

Am infamsten war der Vorwurf des Landesverrats. Von Februar 1921 an zwangen Ebert Beschimpfungen wie »Landesverräter«, »Hochverräter«, »Vaterlandsverräter«, »Volksverräter«, »Staatsverbrecher« in Zeitungsartikeln und mündlichen Äußerungen immer wieder zum Eingreifen. Drei Jahre hindurch, bis zum Februar 1924, blieben diese Beleidigungen jedoch relativ selten. Erst als sie mit dem Hinweis auf den Munitionsarbeiterstreik im Frühjahr 1918 konkretisiert wurden, brach der eigentliche Sturm los, der das letzte Lebensjahr Eberts überschatten sollte[4]).

Unter den mündlichen Äußerungen fehlt auch nicht der Wunsch, den Reichspräsidenten möglichst bald aufgehängt zu sehen. Der Laternenpfahl spielt schon in dieser Zeit eine große Rolle im Denken deutscher Bürger. »Dem Ebert müßten sie die Kehle herausreißen, genau wie Rathenau« – das ist nur eine Version dieser pervertierten Wunschvorstellungen.

Daneben fand die haßvergiftete Phantasie noch viele andere Möglichkeiten, das Staatsoberhaupt herabzuwürdigen. Das »Badebild«, das Ebert und Noske am Strand mit einer Badehose zeigte, wurde immer wieder mit schimpflichen Beschriftungen vertrieben. Es regte nicht nur Zeitungsschreiber zu Formulierungen wie »Des Reiches Schönheitspräsident im Bade« an, sondern auch Karikaturisten zu Darstellungen Eberts als eines fetten Schweines mit roter Badehose, und als Friedrich Ebert im Juni 1922 München besuchte, hielt es ein Student für besonders witzig, als Begrüßung eine rote Badehose zu schwenken. Ein Drogist stellte Seifenpuppen im Schaufenster aus, die Ebert, eine Hure und einen Clown darstellten, ein Polizist führte einen Schwachsinnigen in Ulkuniform als Reichspräsidenten durch eine Stadt, ein Tischlermeister stellte eine Holzfigur zum Vogelschießen mit den Zügen Eberts her.

Der Schriftleiter des »Völkischen Beobachters«, Dietrich Eckart, publizierte die geschmacklose Reimerei »Genosse Ebert im Jenseits«.

Diese gezielten Beleidigungen und Unterstellungen sind zumeist begleitet von einem Wust allgemeiner Beschimpfungen. Ihre Zusammenstellung könnte einen Katalog der in den frühen zwanziger Jahren gebräuchlichen Schimpfwörter darstellen.

Am häufigsten ist das Wort »Lump« vertreten, das allein zweiundzwanzigmal auftaucht. Dazu treten dann attributive Ergänzungen wie »großer Lump«,

---

[4]) Vgl. hierzu Abschnitt 4 dieser Untersuchung.

»größerer Lump«, »größter Lump«, »größter Lump in Deutschland«, »verfluchter Lump«, »gemeiner Lump«, »vollgefressener Lump« und Zusammensetzungen wie »Lumpensäckel« und »Lumpengesindel« – insgesamt siebenunddreißigmal die Beschimpfung als »Lump«.
Auch als »Schwein« wurde der Reichspräsident häufig tituliert: »dickes Schwein«, »Schweinehund«, »Schweineigel«, »Sauhund«, »Saubande«. Der Name Ebert verführte zu billigen Wortspielen: »Eber«, »Zuchteber«, »alles ist verebert und versaut«.
Der Katalog der allgemeinen Beschimpfungen enthält daneben diese Schimpfwörter: Esel, Lümmel, Betrüger, Idiot, Vagabund, Rotzjunge, Schieber, Schuft, Spitzbube, Erzspitzbube, Halunke, Strolch, Obermistvieh, Kaffer, Mörder, roter Hund, Scheißer, Arschloch.
Im Zusammenhang mit Ebert wurden immer wieder auch andere Politiker beleidigt. Am häufigsten wird Scheidemann in gleicher Zeile oder gleichem Atemzug erwähnt; die »Ebert-Scheidemänner« sind geradezu ein Gattungsbegriff dieser Zeit. Aber auch Noske, Rathenau, Erzberger und Wirth sind häufiger mitbetroffen.
Derartige Verbindungen konnten sich jedoch in späterer Zeit für den Beleidiger äußerst unangenehm auswirken: Soweit tätige Regierungsmitglieder betroffen waren, war es in schweren Fällen möglich, den Fall vor den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zu ziehen. Dieser verhängte jedoch im allgemeinen härtere Urteile als die ordentlichen Gerichte, an die Ebert mit seinen Beleidigungsklagen wie jeder andere Staatsbürger verwiesen war[5]).

2. Die Zusammensetzung der Beleidiger

Wer beleidigte den Reichspräsidenten?
Eine Antwort auf diese Frage ergibt sich am schlüssigsten aus einer Zusammenstellung der Beklagten, wie sie in Übersicht 2 versucht wurde.
Eine nicht unbeträchtliche Gruppe bilden die Verfasser und Verleger von Druckerzeugnissen (Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern usw.). Hierbei handelt es sich vorwiegend um Tageszeitungen, wobei die rechtsgerichteten Blätter überwiegen. Strafanträge des Reichspräsidenten richteten sich gegen folgende Zeitungen:

1919: Deutsche Tageszeitung, Berlin
Deutsche Zeitung, Berlin
Kreuznacher Zeitung, Kreuznach
1920: Ostpreußische Zeitung, Königsberg
Meseritzer Zeitung, Meseritz
Freie Presse, Berlin

[5]) Vgl. dazu Übersicht 3.

1921: Tostedter Zeitung, Tostedt
Sozialistische Republik, Köln
Rheinische Republik, Köln
1922: Mitteldeutsche Presse, Staßfurt
Stralsunder Tageblatt, Stralsund
Emder Zeitung, Emden
Völkischer Beobachter, München
1923: Leipziger Abendpost, Leipzig
Schlesische Arbeiterzeitung, Breslau
Gothaer Volksblatt, Gotha
1924: Miesbacher Anzeiger, Miesbach
Völkischer Beobachter, München
Mitteldeutsche Presse, Staßfurt
Deutsche Tageszeitung, Berlin
Mitteldeutsche Zeitung, Erfurt
Völkisches Kreisblatt [?], Oebisfelde
Oberpfälzer Abendzeitung, Regensburg

Bei den Beleidigern durch mündliche Äußerungen nehmen die Selbständigen den stärksten Anteil ein. Unter diesen sind wiederum die – überwiegend im ostelbischen Raum ansässigen – Gutsbesitzer relativ stark vertreten.
Überraschend groß ist die Zahl der beklagten Beamten, aus denen wiederum die Pfarrer anteilmäßig herausragen. Auch die Angestellten sind mit einer beträchtlichen Gruppe vertreten. Die Arbeiter und Handwerksgesellen nehmen erst den vierten Platz in dieser Aufstellung ein.
Die politische Einstellung der Beklagten ist aus dieser Zusammenstellung nicht exakt quantifizierbar. Eindeutig ist jedoch die Aussage zu treffen: Die weitaus überwiegende Zahl der Beleidiger stand rechts[6]).

---

[6]) In welcher Form jedoch auch die kommunistische Seite ihre Angriffe gegen Ebert führte, zeigen die nachfolgenden Auszüge aus der in Köln erschienenen »Sozialistischen Republik«. Am 19. Februar 1921 hieß es in einem mit »Lumpengalerie« überschriebenen Artikel:
»Ebert: Repräsentant der Schieberrepublik, aufgedunsener Platzhalter der Hohenzollern, Smoking- und Weinflaschenverehrer, Herr der Standrechte, der Ausnahmejustiz gegen die Arbeiter, Unterzeichner von Todesurteilen.
. . . . . .
Arbeiter, seht euch diese Judasse an. Könnt ihr ihnen nochmals die Steigbügel für Ministerposten halten?«
Artikel vom 19. März 1921: »Aus Eberts Küche«:
». . . . während Ebert und Konsorten den Arbeitern das Durchhalten bei Marmelade predigten . . ., haben sie als Staatswürdenträger der Bourgeoisie bei gedeckten Tischen gesessen und das gefressen, was den Arbeitern vorenthalten wurde. Umsonst hat man nicht solch unverschämten Schmerbauch.«
Da diese Artikel nachgedruckt wurden, zogen sie 3 Prozesse nach sich (vgl. Dokumentenanhang I, Nr. 25, 29 und 30; Vorgänge zu Nr. 29 und 30 in R 54/277).

Übersicht 2

Zusammensetzung der Beleidiger

1. Schriftsteller, Verleger, Journalisten			35 (20%)
davon: a) kommunistischer Druckerzeugnisse	6		
b) sonstiger Druckerzeugnisse	29		
2. Parteisekretäre, -redner (nur Rechtsparteien)			12 (7%)
3. Selbständige			46 (25%)
davon: a) Gutsbesitzer, -pächter, Landwirte	7		
b) Kaufleute	16		
c) Gastwirte	5		
d) Geschäftsinhaber	9		
e) Handwerksmeister	8		
f) Sonstige	1		
4. Beamte			32 (18%)
davon: a) Hochschullehrer	1		
b) Pfarrer	4		
c) Offiziere	4		
d) höhere Beamte	1		
e) Lehrer	2		
f) mittlere und sonstige Beamte, Angestellte, Arbeiter im Staatsdienst usw.	20		
5. Angestellte			23 (13%)
davon: a) gehobene	6		
b) kleine	9		
c) Ingenieure und Techniker	8		
6. Arbeiter			20 (11%)
davon: a) Vorarbeiter	6		
b) Facharbeiter	9		
c) Ungelernte	5		
7. Handwerksgesellen			5 (3%)
8. Studenten			4 (2%)
9. Künstler			2 (1%)
10. Sonstige, nicht feststellbar			8 (–%)
Gesamtzahl der eingeleiteten Verfahren		173	
Gesamtzahl der Beschuldigten		187	

Zu weitgehende Schlüsse über die Haltung zu dem Reichspräsidenten Ebert sind aus der Zusammensetzung der Beschuldigten jedoch nicht zu ziehen. Einmal stellte Ebert nicht in allen ihm vorgetragenen Fällen und zum Beispiel bevorzugt gegen Beamte Strafantrag. Auch mahnt insonderheit der geringe Anteil der »besseren Kreise« – der höheren Beamten und Akademiker – zur Vorsicht, Kreise, deren abschätziges Urteil über den »Sattlergesellen« gut genug bekannt ist. An den gehobenen Stammtischen aber und auch in den Eisenbahnabteilen erster Klasse blieb man zumeist unter sich; was hier an Schmähungen und Verleumdungen ausgesprochen wurde, drang nur sehr selten bis in das Büro des Reichspräsidenten. Und ebenso werden die Flüche auf den »Arbeiterverräter Ebert« in Kneipen und Frühstückspausen häufiger gewesen sein, als ihr Anteil an den Beleidigungsklagen erkennen läßt.

3. Die Urteilsfindung der Gerichte

»Der Tarif, zu dem man damals den deutschen Reichspräsidenten schmähen konnte, war billig. Deutsche Gerichte verlangten 50 oder 100 Mark Strafe, im einen oder anderen Falle eine kurze Haft.«

Diese Auffassung Bessons[7]) erweist sich bei einer Analyse der ergangenen Urteile als zu einseitig.

In der Übersicht 3 wurde die »Zusammenstellung der erledigten Beleidigungsklagen des Herrn Reichspräsidenten[8])« ausgewertet, die insgesamt 120 Beleidigungsklagen mit 128 Beschuldigten aus der Zeit zwischen 1919 und Mitte 1924 umfaßt. Hier zeigt sich, daß die Verurteilungen zu Geld- und Freiheitsstrafen mit 46 bzw. 43 Fällen einander nahezu die Waage halten. Auch ist die Zahl der Gefängnisstrafen über einen Monat beträchtlich größer als die der kürzeren Haftstrafen; ebenso überwiegt die Zahl der empfindlicheren Geldstrafen gegenüber den Verurteilungen zu 50 oder 100 Mark, auch wenn man den inflationär bestimmten Zeitraum von Mitte 1922 bis Ende 1923 außer Betracht läßt.

Dieses im ganzen differenziertere Bild der Urteilsfindung deutscher Gerichte wird bei eingehender Untersuchung der Einzelurteile in mehrfacher Hinsicht jedoch wieder relativiert.

Einmal zeigt es sich, daß die längsten Haftstrafen vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhängt worden sind. Vor diesen Gerichtshof konnten jedoch nur Fälle gezogen werden, in denen die Beleidigung des Staatsoberhaupts in Tateinheit mit weitergehenden Schmähungen der Republik überhaupt erfolgte. Damit bildet der Tatbestand »Beleidigung des Reichspräsidenten« nur einen, und zwar zumeist untergeordneten Teil des in der Strafhöhe berücksichtigten Verstoßes, und folglich müssen diese vier Urteile hinfort bei Vergleichen außer Betracht bleiben, da sie das Bild verschieben.

---

[7]) Waldemar Besson, Friedrich Ebert Verdienst und Grenze, Göttingen 1963, S. 89 f.

[8]) R 54/309.

Übersicht 3

Ausgang der Beleidigungsklagen

1. Nichteröffnung oder Einstellung des Verfahrens			5 (4%)
davon: a) wegen Immunität	1		
b) wegen verspäteter Stellung des Strafantrags	1		
c) wegen Geisteskrankheit	1		
d) wegen Tod	2		
2. Zurücknahme des Strafantrags			14 (11%)
davon: a) nach öffentlichem Widerruf	10		
b) wegen Unzurechnungsfähigkeit	1		
c) wegen Nichtbeweisbarkeit	2		
d) nicht ersichtlich	1		
3. Freisprüche			16 (13%)
davon: a) Freispruch	6		
b) Freispruch mangels Beweises	8		
c) Freispruch auf Grund § 51	2		
4. Vergleich			1 (1%)
5. Geldstrafen			46 (36%)
a) Urteile 1919 bis 30. 6. 1922, 20. 11. 1923 bis 1924			
20 bis 100 Mark	12		
bis 300 Mark	9		
bis 1000 Mark	7		
über 1000 Mark	2		
b) Urteile 1. 7. 1922 bis 19. 11. 1923	16		
6. Freiheitsstrafen			43 (33%)
a) vor ordentlichen Gerichten			
bis zu 2 Wochen	15		
1–3 Monate	20		
4–6 Monate	4		
b) vor dem Staatsgerichtshof			
5–6 Monate	2		
9 Monate	1		
2½ Jahre	1		
7. Sonstige Maßnahmen			3 (2%)
davon: a) Einziehung von Platten und Bildern	2		
b) Verweis auf dem Disziplinarwege	1		
Gesamtzahl der erfaßten Verfahren		120	
Gesamtzahl der ergangenen Urteile usw.		128	

Weiterhin ergibt sich, daß das Risiko, wegen einer Beleidigung des Reichspräsidenten ins Gefängnis zu kommen, recht ungleichmäßig verteilt war. Für Arbeiter und kommunistische Schriftleiter war es am größten, für Selbständige und »bürgerliche« Journalisten weitaus geringer; für »rechte« Parteisekretäre und höhere Beamte existierte es offensichtlich so gut wie überhaupt nicht. Hier spricht im übrigen die in Übersicht 4 getroffene Auswertung für sich.
Erstaunlich ist die Vielfältigkeit der Urteile bei vergleichbaren Tatbeständen. Wenn auch selbstverständlich die Persönlichkeit der Beschuldigten, die Vorstrafen, die Tatumstände usw. eine divergierende Urteilsfindung erzwungen haben mögen, so dürfte dennoch das breite Spektrum der Urteile nicht allein darauf zurückzuführen sein.
Zur Erläuterung dieses Sachverhaltes soll untersucht werden, zu welchen Preisen man den Reichspräsidenten einen »Lumpen« schelten konnte. Es sind dabei nur die Fälle berücksichtigt worden, in denen diese Verbalinjurie mit keiner »qualifizierten« Schmähung (z. B. »Vaterlandsverräter«, »Eidbrecher«) verbunden war. Es handelt sich zudem durchweg um Beschimpfungen im Wirtshaus, auf der Straße, am Arbeitsplatz usw., nicht auf öffentlichen Versammlungen.
Ein Berliner Kaufmann wurde 1923 in einem seinerzeit sehr umstrittenen Urteil mangels Beweises freigesprochen (»größter Lump und Schieber«). Zu »billigstem Tarif« durfte man den Reichspräsidenten in München den »größten Lump in Deutschland« nennen. Hier erhielt ein Student im Oktober 1922 lediglich einen Strafbefehl über 750 Mark – eine Summe, die damals eine bessere Anerkennungsgebühr darstellte.
Ein Zimmermeister und ein Bauführer wurden 1921 für Wirtshausschimpfereien (»Lump« u. a.) zu Geldstrafen von 500 bzw. 600 Mark verurteilt. »Lump und Strolch« kostete um die Jahreswende 1922/23 einen Dreher 10 000 Mark, »Lumpengesindel« einen Kaufmann 20 000 Mark.

Für »großer Lump« wanderte ein Schlosser drei Tage ins Gefängnis, für »Lump und Halunke« bzw. »größter Lump« zwei Arbeiter für vierzehn Tage. Einem Berginvaliden brachte ein »größter Lump und Spitzbube« einen Monat Haft ein, einem Polizeibetriebsassistenten – dem einzigen Beamten in dieser Reihe – der »Lump« ohne attributive Beigaben zwei Monate Gefängnis.
Schließlich darf der erhebliche Anteil der Haftstrafen nicht darüber hinwegtäuschen, daß in einer ganzen Reihe von Fällen doch zumindest sonderbar anmutende Urteile ergangen sind.
Im folgenden wird eine Auswahl solcher Urteile aufgeführt, und zwar aus 48 Fällen, zu denen die Vorgänge in den Akten des »Büros des Reichspräsidenten« vorliegen und somit ein tieferes Eindringen erlauben[9]).

---

[9]) R 54/277–288.

Übersicht 4

Zusammensetzung der zu Haftstrafen Verurteilten

1.	Schriftsteller, Verleger, Journalisten		6 (25)
	davon: a) kommunistischer Druckerzeugnisse	3 (6)	
	b) sonstiger Druckerzeugnisse	3 (19)	
2.	Parteisekretäre, Versammlungsredner (nur Rechtsparteien)		– (4)
3.	Selbständige		9 (36)
	davon: a) Gutsbesitzer, -pächter	2 (6)	
	b) Kaufleute	2 (13)	
	c) Gastwirte	1 (5)	
	d) Geschäftsinhaber	2 (5)	
	e) Handwerksmeister	2 (6)	
	f) Sonstige	– (1)	
4.	Beamte		5 (17)
	davon: a) Pfarrer	1 (3)	
	b) sonstige höhere Beamte, Offiziere usw.	– (4)	
	c) mittlere und untere Beamte usw.	4 (10)	
5.	Angestellte		8 (19)
	davon: a) gehobene	2 (6)	
	b) kleine	3 (8)	
	c) Ingenieure und Techniker	3 (5)	
6.	Arbeiter		9 (16)
	davon: a) Vorarbeiter	1 (4)	
	b) Facharbeiter	5 (7)	
	c) Ungelernte	3 (5)	
7.	Handwerksgesellen		– (2)
8.	Studenten		1 (4)
9.	Künstler		1 (2)
10.	Sonstige		– (3)
Gesamtzahl der erfaßten Urteile usw.		128	
Gesamtzahl der zu Haftstrafen Verurteilten		39	

(ohne Berücksichtigung der vor dem Staatsgerichtshof Verurteilten).

a) Am 8. September 1921 hatte ein Pfarrer auf einer Wahlversammlung gegenüber dem Reichspräsidenten den Vorwurf der Bereicherung im Amt erhoben. Am 13. Oktober stellte Ebert Strafantrag.

Das Amtsgericht Stadtilm (Bezirk Schwarzburg-Rudolstadt) reagierte mit außergewöhnlicher Schnelligkeit und auf bisher beispiellose Weise: Am 20. November 1922 übersandte es dem Pfarrer einen Strafbefehl (!) über

50 Mark Strafe. Nachträgliche Versuche, doch noch eine Eröffnung des Hauptverfahrens zu erreichen, blieben ergebnislos[10]).

b) In der Nacht zum 27. Januar 1922 brachte ein Prokurist in einer Gastwirtschaft in Delmenhorst ein »Hoch« auf den ehemaligen Kaiser aus und forderte dazu die Anwesenden auf, sich von ihren Plätzen zu erheben. Einer der Gäste blieb jedoch sitzen. Daraufhin machte ihm der Prokurist Vorhaltungen, wobei die Äußerung »versoffener Sattlergeselle« gefallen sein sollte.
In der Hauptverhandlung bestritt der Angeklagte, den Ausdruck »versoffen« gebraucht zu haben. Der »sitzengebliebene« Zeuge, der den Vorfall angezeigt hatte, wagte es daraufhin unter Eid nicht, an dieser Formulierung festzuhalten. Die übrigen zahlreichen Zeugen einschließlich des Wirts behaupteten, sich an diesen Vorgang nicht mehr erinnern zu können.
Das Gericht kam daraufhin in der Urteilsbegründung zu folgender Feststellung: Erwiesen sei nur, daß der Angeklagte das Wort »Sattlergeselle« gebraucht hätte, »jedoch nicht, in welchem Ton und näheren Zusammenhang. Daß mit Sattlergeselle der früher als Sattler tätig gewesene Reichspräsident gemeint war, kann nicht zweifelhaft sein. In der bloßen Behauptung dieser wahren Tatsache ist eine Beleidigung nach § 185 StGB.s nicht ohne weiteres zu erblicken. Der Sachverhalt, soweit er festgestellt, läßt eine sachliche Erwähnung [!] als durchaus möglich erscheinen.«
Der Angeklagte wurde freigesprochen[11]).

c) Ein Student und ehemaliger Freikorpsangehöriger hatte bei dem Besuch des Reichspräsidenten in München 1922 diesem in der Prinzregentenstraße mit einer roten Badehose zugewinkt. Bei seiner polizeilichen Vernehmung hatte er sein Handeln in einer derart frechen und höhnischen Weise »verteidigt«, daß der Oberreichsanwalt in diesem Vorgang zugleich eine Herabwürdigung der republikanischen Staatsform erblicken konnte und Anklage vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik erhob. Dieser verwies jedoch die Sache zum ordentlichen Verfahren und übersandte die Akten an das Landgericht I München.
Am 29. März 1924 wurde der Fall schließlich vor dem Münchener Amtsrichter verhandelt. Neben der Verurteilung zu einer winzigen Geldstrafe erhielt der Reichspräsident die Befugnis, »den erkennenden Teil des Urteils innerhalb eines Monats . . . durch Anheften an die Gerichtstafel [!] auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekanntzumachen«[12]).
Ein in der höchst gespannten Situation des Jahres 1922 durchaus nicht lächerlicher Fall, der in der Presse weites Aufsehen erregt und die höchsten

---

[10]) Vgl. Dokumentenanhang I, Nr. 35 (Vorgang in R 54/278).
[11]) Ebda, Nr. 39 (Vorgang in R 54/279).
[12]) Ebda, Nr. 57 (Vorgang in R 54/283).

Juristen des Reiches beschäftigt hatte, war zum Münchener »Gaudi« geworden.

d) Ein »Haussohn« hatte in einer Gastwirtschaft den Reichspräsidenten einen »Schweinehund« genannt. Ein zufällig anwesender Polizeibeamter brachte den Fall vor Gericht und sagte unter Eid aus, daß der Angeklagte zwar angetrunken, aber nicht betrunken gewesen sei. Dennoch wurde er »wegen sinnloser Trunkenheit« (§ 51) freigesprochen [13]).

Besonders aufschlußreich für die Rechtsprechung im Falle des Reichspräsidenten Ebert ist ein Vergleich mit dem Ausgang der Beleidigungsklagen, die Hindenburg als Reichspräsident anstrengte [14]).

Hindenburg stellte lediglich in seiner frühen Amtszeit Strafanträge, und zwar in 28 Fällen. Aus Anlaß der Vollendung seines 80. Lebensjahres zog er diese in allen Fällen, die noch keine gerichtliche Erledigung gefunden hatten – insgesamt 7 –, wieder zurück und verzichtete danach – offenbar aus prinzipiellen Erwägungen – völlig darauf. Lediglich in einem Falle strengte er nach diesem Zeitpunkt noch einmal ein Verfahren an – gegen Dr. Goebbels [15]).

Von den verbleibenden 21 Strafanträgen fielen 2 unter die Amnestiegesetzgebung vom August 1925, einer wurde von Hindenburg zurückgenommen, als sich die Verurteilung als nicht sicher herausstellte.

Die 18 verhandelten Strafsachen betrafen zumeist Angriffe von kommunistischer Seite, davon allein 8 Fälle die Schriftleiter kommunistischer Zeitungen wegen des Abdrucks des Gedichts »Achtung Hunde«. Dieses wenig geschmackvolle Spottgedicht war mit der Zeichnung eines Hundes gekrönt, der unverkennbar die Züge Hindenburgs trug, und begann mit dem »Reim«:

»Aus dem Heldenkrieg mit blauem Ooge
kam heim die deutsche Lieblingsdogge . . .«

Die Schriftleiter wurden sämtlich zu Gefängnisstrafen zwischen einem und neun Monaten verurteilt. Ein Verfahren gegen den mutmaßlichen Verfasser Johannes (Hans) Becher, der mit H. B. gezeichnet hatte, konnte nicht eröffnet werden, da dieser die Verfasserschaft leugnete und nicht überführt werden konnte.

Ein rechtsradikaler Schriftsteller wurde zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt.

---

[13]) Ebda, Nr. 59 (Vorgang in R 54/283).

[14]) Vgl. die Vorbemerkung zu dieser Untersuchung.

[15]) Goebbels hatte im »Angriff« Ende 1929 den Reichspräsidenten in übler Weise geschmäht. Auf den Strafantrag Hindenburgs hin wurde seine Immunität aufgehoben. In der Verhandlung am 31. Mai 1930 forderte der Oberstaatsanwalt 9 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte jedoch nur auf 800 Mark Geldstrafe, da es sich bei Goebbels – wie es in der Urteilsschrift hieß – um einen »Überzeugungstäter« handelte.
Vor Beginn der Revisionsverhandlung entschuldigte sich Goebbels durch seinen Rechtsanwalt. Hindenburg zog daraufhin seinen Strafantrag zurück (Vorgang in R 54/275).

Von den übrigen Fällen sind die folgenden von Interesse:
Ein Arbeiter hatte ein Bild des Reichspräsidenten an sein Fahrrad gebunden und durch den Straßenschmutz gezogen. Er erhielt drei Monate Gefängnis. Die gleiche Strafe erhielten ein Redner, der auf einer KPD-Versammlung vom »meineidigen Hindenburg« gesprochen hatte[16]), und ein Bergmann, der des Nachts auf offener Straße das Lied sang: »Thälmann muß ans Ruder, Marx muß an die Wand, Hindenburg an den Galgen[17]).«
Ein Fünfzehnjähriger, Sohn eines Bergmanns, wurde von einem erweiterten Jugendgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er zusammen mit einem älteren Bergmann auf der Straße gesungen hatte: »Dem Hindenburg, dem Lumpen, haben wir's geschworen, daß er gehängt soll werden am Laternenpfahl[18]).«
Ein Urteil jedoch bietet sich zum unmittelbaren Vergleich an:
Ein arbeitsloser Schlosser hatte im November 1926 im Schalterraum eines Postgebäudes erklärt: »Dann schreibe ich an den Schuft Hindenburg.« In der Urteilsbegründung befand das Gericht: »Das Verhalten des Angeklagten erscheint so widerwärtig und strafwürdig, daß . . . auf eine empfindliche Strafe erkannt werden mußte. Eine Geldstrafe ist bei der Roheit der Tat nicht am Platze. Wenn auch der Angeklagte bisher anderweit nicht verurteilt ist, war doch eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen als Sühne erforderlich[19]).«
Rund zwei Jahre zuvor, im September 1924, hatte ein Techniker in der Eisenbahn Halle–Cöthen geäußert: »Der Reichspräsident Ebert ist ein Schuft.« Bei der Roheit dieser Tat war dem Gericht eine Geldstrafe von 200 Mark als angemessene Sühne erschienen.
In allen 17[20]) Verfahren waren die Angeklagten zu Freiheitsstrafen verurteilt worden. Eine Geldstrafe wurde lediglich in einem Falle zusätzlich verfügt.
Bei einem Vergleich der Urteile ergibt sich folgendes Ergebnis:
In den 17 durchgeführten Beleidigungsprozessen Hindenburgs vor ordentlichen Gerichten wurden 17 Angeklagte zu insgesamt 74½ Monaten Gefängnis verurteilt. Die niedrigste Strafdauer betrug einen Monat, die höchste 12 Monate, der Durchschnitt fast 4½ Monate.
In den 105[21]) der untersuchten durchgeführten Beleidigungsprozesse Eberts vor

---

[16]) Vorgang in R 54/274.
[17]) Ebda.
[18]) Ebda.
[19]) Ebda.
[20]) Ohne das nicht eröffnete Verfahren gegen Johannes Becher (s. o.).
[21]) Vgl. Übersicht 3: Gesamtzahl der ergangenen Urteile ohne 1. (Nichteröffnung oder Einstellung), 2. (Zurücknahme), 6. a) (Freiheitsstrafen vor dem Staatgerichtshof).
Bei diesem Vergleich wie in Übersicht 3 wurde nur die in R 54/309 vorliegende Zusammenstellung von 120 *erledigten* Beleidigungsklagen herangezogen. In der unter R 54/308 vorliegenden Zusammenstellung von 53 *schwebenden* Beleidigungsklagen ist das Urteil nur in einer Minderzahl von Fällen späterhin eingefügt worden bzw. nicht immer klar ersichtlich.

ordentlichen Gerichten wurden 39 Angeklagte zu insgesamt 67½ Monaten Gefängnis verurteilt. Die niedrigste Strafdauer betrug 3 Tage, die höchste 6 Monate, der Durchschnitt bei den zu Haftstrafen Verurteilten fast 1¾ Monate.
Legt man die Dauer der Haftstrafen auf die insgesamt 105 ergangenen Urteile um, so ergibt sich ein Durchschnitt von 19 Tagen, der als Vergleichswert im Falle Eberts heranzuziehen wäre[22]).

4. Der Reichspräsident als Kläger

Die relativ große Zahl der Beleidigungsklagen Eberts, die detaillierte Betrachtung der einzelnen Fälle und schließlich der Vergleich mit der Haltung Hindenburgs legt die Fragen nahe: Hat der Reichspräsident nicht in zu vielen Fällen Strafantrag gestellt? Sind nicht viele Vorgänge zu klein, zu nichtig, zu unbedeutend, als daß sie das Staatsoberhaupt überhaupt beschäftigen sollten? Wie ist die Haltung Friedrich Eberts zu Beleidigungen seiner Person, wie ist sie zu beurteilen?
Für eine Beurteilung der Zahl der Beleidigungsklagen ist ein Vergleich mit den Ebert angezeigten, von diesem aber nicht verfolgten Beleidigungen aufschlußreich.
Allein für die Zeit vom März 1922 bis zum Tode Eberts (und darüber hinaus) handelt es sich hierbei um 310 Fälle[23]). Ferner enthalten die über 48 verfolgte Beleidigungsklagen vorliegenden Akten noch 18 Vorgänge, bei denen ein Strafantrag zunächst erwogen, dann aber aus den verschiedensten Gründen nicht gestellt wurde.
Damit ergibt sich:
Allein aus dem vorliegenden Quellenmaterial lassen sich 328 nicht verfolgte Beleidigungsklagen nachweisen. Da dieses Material lückenhaft ist bzw. nicht die ganze Amtszeit Eberts umfaßt, dürfte ihre tatsächliche Gesamtzahl noch beträchtlich höher anzusetzen sein. Aber auch so wird bereits deutlich, daß der Reichspräsident allenfalls in jedem dritten der ihm bekannt gewordenen Beleidigungsfälle Strafantrag gestellt hat.
Allein schon dieses zahlenmäßige Ergebnis sollte vor der Vorstellung eines gleichsam blindwütig um sich schlagenden Ebert bewahren.
Nach welchen Gesichtspunkten nahm der Reichspräsident die Auswahl vor?
Ein – selbstverständliches – Kriterium war die Schwere der Beleidigung. So erhielten Anzeigende, die immerhin von mündlichen Äußerungen oder Presse-

---

[22]) Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Vergleichsbasis im Falle Hindenburgs durch die geringe Zahl der Urteile sehr viel schmaler ist, außerdem die Strafanträge Hindenburgs relativ weniger kleinere Vorfälle und zum Beispiel keine ausgesprochenen Wirtshausfälle erfaßten (vgl. hierzu auch den folgenden Abschnitt dieser Untersuchung). An dem grundsätzlichen Ergebnis dieses für sich sprechenden Vergleichs dürfte sich jedoch dadurch nichts ändern.

[23]) R 54/289–291.

formulierungen wie »Lausbube, Bursche Ebert, nicht verfassungsmäßiger Usurpator, Friedrich der Vorläufige, Pestlerche, Sozi-Bazi mit seinen Deppen« berichteten, ein Schreiben aus dem Büro des Reichspräsidenten, der Reichspräsident müsse sich »auf gröbste Fälle« beschränken.

Bezeichnend für die Einstellung Eberts dürften zwei der – wenigen – Marginalien sein, die sich auf Anzeigen gegen den Schriftleiter der »Hamburger Warte« finden, der 1921 geschrieben hatte: ». . . es gibt Menschen, die die Hochverräter Ebert und Scheidemann zur geistigen Blüte der Nation rechnen.« Hier notierte Ebert am 9. August: »Freundliche Antwort. Es handelt sich um ein notorisches Sensationsblatt niedrigster Sorte. Strafantrag hieße ihm zu viel Ehre antun.« Auf die zweite diesbezügliche Anzeige schrieb er am 12. August: »Persönlich berührt mich die Dreckerei nicht . . . Bitte um Prüfung und Vorschlag.« Der Strafantrag unterblieb[24]).

Diese Scheidung zwischen Person und Amt wurde von Ebert besonders stark betont, wenn ihm Beleidigungen aus dem Kreise von Beamten hinterbracht wurden. Hier war Ebert auch am ehesten zum Vorgehen entschlossen.

Bezeichnend ist seine Notiz zu der Anzeige gegen einen Oberpostsekretär am 12. Oktober 1921: »Persönlich lege ich der blöden Äußerung keinen Wert bei. Im Staatsinteresse bitte ich aber, den Herrn Reichspostminister zu ersuchen, den Tatbestand festzustellen und über das eventuell Veranlaßte mir zu berichten[25]).« Auch im Falle des Direktors eines Lehrerseminars dürfte ein Schreiben aus dem Büro des Reichspräsidenten an den Preußischen Kultusminister vom 7. September 1921 die unmittelbare persönliche Entscheidung Eberts wiedergeben: ». . . Der Herr Reichspräsident fühlt sich zwar persönlich in keiner Weise durch derartige Anwürfe berührt, aber er hält es im Interesse der Staatsautorität und der Dienstzucht der Beamtenschaft für unbedingt erforderlich, gegen Beamte unverzüglich und unnachsichtlich mit allen Mitteln des Gesetzes einzuschreiten, die sich gelegentlich ihrer Dienstvorrichtung Schmähungen gegen die führenden Persönlichkeiten des Reiches zuschulden kommen lassen; besonders streng müssen aber nach der Auffassung des Herrn Reichspräsidenten Verfehlungen von Schulleitern geahndet werden, die ihr Amt und ihre Autorität dazu mißbrauchen, um die ihnen anvertraute Jugend agitatorisch zu verhetzen[26]).«

Aufschlußreich für das Verhältnis von Bayern und Reich bzw. Reichspräsident in den frühen Jahren der Weimarer Republik ist, daß der Reichspräsident kaum wagen konnte, in Bayern erfolgte Beleidigungen gerichtlich verfolgen zu lassen, ohne sich der Gefahr unerfreulichster Prozeßergebnisse auszusetzen.

Typisch ist der folgende Vorgang: Am 4. Januar 1922 hatte die »Isar-Zeitung«, das Tageblatt von Dingolfing, üble Beschimpfungen auf den »Genossen Ebert,

---

[24]) Vorgang in R 54/277.
[25]) Vorgang in R 54/279.
[26]) Vorgang in R 54/278.

Sattlermeister im Ruhestand« gedruckt. Das Büro des Reichspräsidenten bat daraufhin den Rechtsanwalt Wolfgang Heine[27]) um eine gutachtliche Äußerung, ob sich die Einleitung eines Strafverfahrens empfehle. »Da die Beleidigungssachen in Bayern vor das Schwurgericht kommen, erscheint . . . die Aussicht auf erfolgreiche Durchführung nicht besonders groß.« Heine riet denn auch sofort ab, »weil man mit der Möglichkeit einer Freisprechung durch die Geschworenen rechnen müßte«[28]).

Der Anteil der vor bayrischen Gerichten angestrengten Beleidigungsklagen blieb mit 11 (von 173) ungewöhnlich niedrig[29]).

In der Haltung Eberts als Kläger lassen sich während seiner Amtszeit gleichsam 4 »Etappen« erkennen.

In den ersten Jahren ist die Anzahl der Strafanträge etwa gleichbleibend (September bis Dezember 1919: 5, 1920: 15, 1921: 19, Januar bis Juni 1922: 7[30]). Die Zahl der jährlichen Anträge entspricht ziemlich genau der von Hindenburg in seinen ersten Amtsjahren gestellten (Juni 1925 bis Juni 1927: 28).

Mehr noch: Eine Durchsicht dieser Strafanträge zeigt, daß Ebert im wesentlichen gegen Schriftleiter von Zeitungen, Versammlungsredner und auch Beamte vorgeht. Typische »Wirtshausfälle« und »Eisenbahngespräche« sind nur selten vertreten. Und: Vor allem zu Beginn seiner Amtstätigkeit ist Ebert bereit, seinen Strafantrag zurückzuziehen, wenn die Beschuldigten sich bereit finden, ihre Beleidigungen in öffentlicher Erklärung zurückzunehmen[31]). Später sollte dies nur noch in außergewöhnlich gelagerten Fällen geschehen.

Insgesamt zeigt sich somit der Reichspräsident in den ersten drei Amtsjahren als zurückhaltender und kompromißbereiter Kläger.

Das ändert sich schlagartig von der zweiten Hälfte des Jahres 1922 an: Sind es im ersten Quartal 1922 noch 2 Strafanträge, im zweiten Quartal 5, so steigt diese Zahl im dritten Quartal auf 16 an und hält sich im letzten Vierteljahr auf 14, um auch im Laufe von 1923 nicht wieder wesentlich abzusinken[32]).

---

[27]) Wolfgang Heine, geb. 1861, preußischer Minister für Inneres in der Zeit vom 25. März 1919 bis 26. März 1920, vertrat den Reichspräsidenten in einer Reihe von Beleidigungsklagen, denen sich Ebert als Nebenkläger angeschlossen hatte (vgl. auch die Vorbemerkung zum Dokumentenanhang I).

[28]) Vorgang in R 54/279.

[29]) Von diesen 11 Strafanträgen wurden 3 zurückgenommen, einer erledigte sich durch den Tod des Angeklagten, 2 durch Amnestie. Von den 5 durchgeführten Verfahren endete eines mit einem Vergleich (!), 3 mit einer Geld- und eines mit einer Gefängnisstrafe.
Vgl. auch Dokumentenanhang I, Nr. 9, 15, 31, 41, 55, 57, 63.

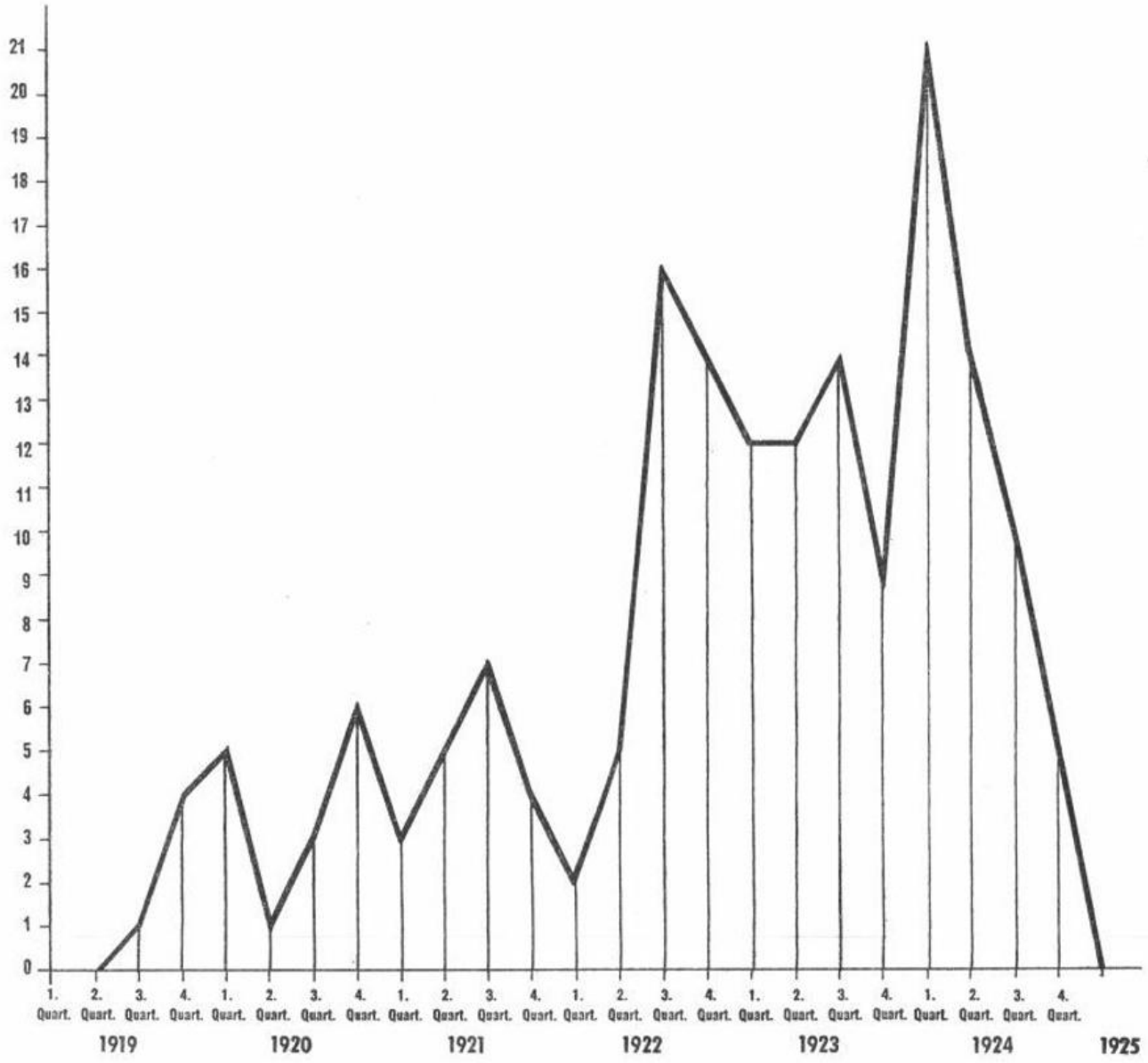
[30]) Vgl. Übersicht 5.

[31]) Vgl. Dokumentenanhang I, Nr. 5, 6, 8, auch Nr. 9.

[32]) Vgl. Übersicht 5.

Übersicht 5

Zeitliche Verteilung der Beleidigungsklagen



Vom Juli 1922 an verfolgt Ebert auch im stärkeren Maße Beschimpfungen, die man am ehesten als Bagatellfälle ansprechen könnte: Stammtischschmähungen, Eisenbahn-, Arbeitspausen- und Friseurgespräche, Wartesaal- und Ladenwitze. Von nun an zeigt sich Ebert unnachsichtig: Versuche der Beleidiger, sich nachträglich beim Reichspräsidenten zu entschuldigen, werden »aus grundsätzlichen Erwägungen« zurückgewiesen. Ebert besteht auf der Durchführung der Verfahren – auch auf die Gefahr hin, daß sich die Beleidigungsklage in zunehmendem Maße als stumpfe Waffe erweist und die Verfahren mit Freisprüchen oder kümmerlichen Geldstrafen enden.

Wie ist dieser plötzliche Wandel zu erklären?

Das vorliegende Quellenmaterial gibt darüber keine Auskunft. Die allgemeine Geschichte der Weimarer Republik aber verweist auf ein für ihr Selbstverständnis entscheidend wichtiges Ereignis: Am 24. Juni 1922 wurde Walter Rathenau erschossen.

Mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit läßt sich daher folgern: Vom Rathenau-Mord an wurde die Beleidigungsklage für Ebert auch zum Instrument im Kampf um den Fortbestand der Republik überhaupt, und sie blieb es bis in das Jahr 1924 hinein.

Im ersten Vierteljahr 1924 erreicht die Zahl der eingeleiteten Beleidigungsklagen mit 21 ihren absoluten Höhepunkt. Mit ihm beginnt zugleich die dritte Phase des Auftretens Eberts als Kläger.

Am 17. Januar 1924 hatte der Reichspräsident aus wohlerwogenen, hier nicht auszuführenden[33]) Gründen seinen Strafantrag gegen einen Dr. Gansser zurückgenommen, der ihn bei seinem Münchener Besuch am 12. Juni 1922 als »Landesverräter« öffentlich beschimpft hatte. Es war ein politisch folgenschwerer Entschluß, denn am 20. Februar 1924 wiederholte dieser Dr. Gansser in einem offenen Brief an die München-Augsburger Abendzeitung seine Schmähung, und nun brach eine Lawine von Verdächtigungen und Behauptungen um die Teilnahme Eberts am Munitionsarbeiterstreik im Frühjahr 1918 los, auf die hin Gansser seinen Vorwurf konkretisiert hatte.

Ebert mußte den Kampf gegen diese seine übelsten Verleumder aufnehmen. Im Februar und März stellte er in 5 Fällen Strafantrag wegen des Vorwurfs des Landesverrats im Zusammenhang mit dem Munitionsarbeiterstreik, darunter erneut gegen Gansser und gegen den Redakteur Rothardt der »Mitteldeutschen Presse«, ein Blatt, das sich von jeher durch die Hemmungslosigkeit seiner Schmähungen ausgezeichnet[34]) und jetzt den Vorwurf in besonders beleidigender Form (»Eine bittere Pille für Fritze Ebert«) wiederholt hatte.

---

[33]) Der Gesamtkomplex der Landesverratsbeschuldigung gegen den Reichspräsidenten ist vom Verfasser in einer Studie über den »Magdeburger Prozeß« untersucht worden, die 1966 in einem von der Friedrich-Ebert-Stiftung herauszugebenden Sammelwerk über Friedrich Ebert und seine Zeit erscheinen wird.

[34]) Vgl. Dokumentenanhang I, Nr. 44.

Da Gansser zunächst von der Münchener Polizei geschützt und schließlich am 4. Mai 1924 zum nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten gewählt wurde und damit der Verfolgung entzogen war, konzentrierte sich die Auseinandersetzung auf den »Fall Rothardt«. So entstand der »Magdeburger Prozeß«, der bekannteste Beleidigungsprozeß des Reichspräsidenten Ebert.

Der Kampf gegen die Schmähung als Landesverräter bestimmte das letzte Lebensjahr des Reichspräsidenten. Von den zwischen April und November 1924 eingereichten Strafanträgen stehen mindestens 10 in diesem Zusammenhang.

Zugleich aber zeichnete sich in diesen Monaten die letzte Etappe auf dem Wege des Reichspräsidenten als Kläger ab. Die auf ihn zubrandende Flut haßerfüllter Ausfälle hatte Ebert müde und mürbe gemacht; seine Bereitschaft, sich zur Wehr zu setzen, ließ nach, die Zahl seiner Strafanträge sank von Monat zu Monat. Am 28. November 1924 unterschrieb er den letzten – zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Beleidigungen überschlugen: In der Zeit vom November 1924 bis zum 28. Februar 1925 erreichten noch fast 125 Anzeigen das Büro des Reichspräsidenten, ohne daß Ebert sie verfolgt hätte[35]).

Auch der tote Ebert wurde noch geschmäht. Der letzte Vorgang stammt aus dem Jahre 1932. Ein Nationalsozialist hatte erklärt, Ebert sei »das größte versoffene Schwein gewesen«[36]).

Erst mit dem Beginn des »Dritten Reiches« wurden die Akten endgültig geschlossen.

---

[35]) R 54/291.

[36]) Ebda.

Dokumentenanhang I

Die Beleidigungsklagen des Reichspräsidenten 1919–1922

Aus der im Bundesarchiv unter der Signatur R 54/309 vorliegenden »Zusammenstellung der erledigten Beleidigungsklagen des Herrn Reichspräsidenten« erfolgt hiermit ein Teilabdruck. Dieser umfaßt die Eintragungen »Lfd. 1–75« und damit die Fälle, in denen Friedrich Ebert bis zum 31. 12. 1922 Strafantrag stellte.

Die Eintragungen zu den einzelnen Fällen sind in der Vorlage in einzelnen Spalten maschinenschriftlich nebeneinander erfolgt. Diese Anordnung wurde aus drucktechnischen Gründen aufgegeben. Ferner wurden die Überschriften der Spalten durch Buchstaben ersetzt, und zwar:

a) »Person«
b) »Datum und Inhalt der beleidigenden Äußerung«
c) »Strafantrag«
d) »Prozeß-Ergebnis«
e) »Bemerkungen«.

Eine weitere Spalte »Nebenklage« wurde nicht mit aufgenommen. Hier befinden sich nachfolgende Eintragungen:

Nr. 8, 19, 20, 22, 23, 35, 36, 43, 44, 61: Rechtsanwalt Heine
Nr. 9: Rechtsanwalt C. Haussmann
Nr. 21: Rechtsanw. Marum und Dr. Nachmann, Karlsruhe
Nr. 41: Rechtsanwalt Saenger, München
Nr. 45: Rechtsanwalt Bandmann, Breslau.

Die Namen der Beklagten wurden jeweils mit dem Anfangsbuchstaben wiedergegeben. Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler sowie durch die tabellarische Anlage bedingte Abkürzungen sind stillschweigend beseitigt, ferner die Schreibweisen der Daten und Urteile einander angeglichen worden.

1. a) [–]
   b) Karte mit Aufschrift Einst und jetzt, enthaltend Kaiser und Hindenburg und das Badebild des Herrn Reichspräsidenten und Reichswehrministers Noske, vertrieben von der Deutschen Tageszeitung.
   c) 29. 9. 1919,
   beschränkt am 16. 12. 1919 auf Vernichtung der Bilder und Platten.
   d) Landgericht I Berlin, 5. 2. 1920:
   Einziehung und Vernichtung der Bilder und Platten und Formen.
   Kosten trägt Staatskasse.
2. a) Dr. Sch., Schriftsteller, Berlin
   b) Oktober 1919, Nr. 30 des »Satyr«:
   Bild des Reichspräsidenten in der Gestalt eines fetten Schweines mit schwarz-weiß-roter Badehose bekleidet auf einem Sessel sitzend. Darunter steht ein Vers, enthaltend die Worte: »Der Eber freut sich seines Specks und ist zufrieden.«
   c) 10. 10. 1919
   d) Landgericht I Berlin, 24. 1. 1920:
   Freispruch: Die Satire überschreitet nicht die Grenzen des Erlaubten.

3. a) Dr. B., Schriftleiter der Deutschen Zeitung, Berlin
   b) Artikel vom 25. 10. 1919 »Wie lange noch?«
   Gibt Äußerung des Herrn Reichspräsidenten zum Entwurf des Versailler Vertrages ... Wir wären ehrlos und würdelos ... mit beleidigendem Kommentar wieder.
   c) 31. 10. 1919
   d) Landgericht I Berlin, 17. 1. 1920:
   300 M Geldstrafe. Hilfsweise 20 Tage Gefängnis.
4. a) B., Parteisekretär, Kolberg
   b) 11. 11. 1919: Soll in öffentlicher Versammlung in Redlin den Herrn Reichspräsidenten und Herrn Minister Braun als »Saubande« und »Schweinehunde« bezeichnet haben.
   c) 6. 12. 1919
   d) Schöffengericht Belgard, 4. 11. 1920:
   Freispruch mangels Beweises.
5. a) Dr. C., Schriftleiter der Kreuznacher Zeitung, Kreuznach
   b) Artikel vom 5. 12. 1919 »Ein unglücklicher Gedanke«, enthaltend die Bemerkung, daß des Reiches Schönheitspräsident im Bade, nach Zeitungsnachrichten die teuersten Weine des Staates gern unentgeltlich trinkt.
   c) 17. 12. 1919
   d) 7. 7. 1920: Strafantrag zurückgezogen, nachdem C. die Beleidigung durch öffentliche Erklärung in seiner Zeitung unter dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen hat.
6. a) H., Ingenieur, Buttlar
   b) Juli oder August 1919: Der Reichspräsident liege schon morgens besoffen im Wagen herum.
   c) 8. 1. 1920
   d) 13. 1. 1920: Strafantrag zurückgezogen, nachdem H. durch öffentliche Erklärung in der Fuldaer Zeitung die Beleidigung widerrufen hat.
7. a) K., Schriftleiter der Ostpreußischen Zeitung, Königsberg
   b) Artikel vom 6. 1. 1920 »Neues zum Fall Sklarz-Scheidemann«. Vorwurf: Reichspräsident hätte sich aus Lebensmitteln für Regierungstruppen fortlaufend und ladungsweise versorgt.
   c) 14. 1. 1920
   d) Landgericht Königsberg, 14. 4. 1921:
   1000 M Geldstrafe.
8. a) H., Rentner
   W., Schriftleiter der Meseritzer Zeitung,
   beide in Meseritz
   b) Artikel vom 18. 1. 1920 in der Meseritzer Kreiszeitung, enthaltend Bericht über öffentliche Versammlung in Meseritz, in der H. dem Herrn

Reichspräsidenten ständige Betrunkenheit während der Weimarer Tagung der Nationalversammlung vorgeworfen hat.

c) 22. 1. 1920

d) 13. 11. 1920: Strafantrag zurückgezogen, nachdem die Angeklagten durch öffentliche Erklärung in der Meseritzer Kreiszeitung und der Deutschen Tageszeitung die Beleidigung widerrufen haben.

9. a) F., genannt F., Herausgeber des »Phosphor«, München

b) Heft vom 12. 1. 1920. Titelbild:
»Karrikatur« des Herrn Reichspräsidenten, enthaltend den Vorwurf der Trunksucht und des würdelosen Verhaltens sowie der Bestechlichkeit.

c) 20. 2. 1920

d) Schwurgericht München, 6. 10. 1920:
Vergleich. Erklärung des Angeklagten. Widerruf der Vorwürfe unter Ausdruck des Bedauerns, Übernahme der Kosten. Rücknahme des Strafantrages.

10. a) H., Rittergutsbesitzer, Tentschel, Kr. Liegnitz

b) 5. 2. 1920: Vorwurf der ständigen Trunkenheit, in öffentlicher Versammlung in Tentschel erhoben.

c) 29. 3. 1920

d) Schöffengericht Liegnitz, 13. 7. 1920:
100 M Geldstrafe.

11. a) J., Parteisekretär
Waren

b) Mai 1920: Vertrieb von Postkarten mit dem Badebild

c) 11. 5. 1920: Antrag auf Einziehung der Karten und Vernichtung der zu ihrer Herstellung dienenden Vorrichtungen.

d) Schöffengericht Waren, 23. 7. 1920:
Urteil gemäß dem Antrag.

12. a) B., Kaufmann
S., Schriftsteller,
beide in Berlin

b) Freie Presse 4. 8. 1920
Artikel: »Reichspräsident Eberts Nichte als Schönheitstänzerin«.

c) 4. 8. 1920

d) Landgericht I Berlin, 1. 12. 1920:
S. 3 Monate Gefängnis
B. Freispruch.

13. a) L., Landwirt und Leutnant z. See

b) 15. 3. 1920. Äußerung auf Kreuzer Königsberg:
Frau Ebert und Frau Noske hätten von der Kaiseryacht Hohenzollern Silbersachen entwendet.

c) 7. 8. 1920
d) Landgericht Aurich, 7. 12. 1920:
500 M Geldstrafe.

14. a) L., Ingenieur, Berlin
b) 1. 4. 1920: Ebert-Scheidemann haben Schmiergelder bezogen.
c) 17. 8. 1920
d) Landgericht II Berlin, 22. 3. 1921:
6 Wochen Gefängnis.

15. a) H., Gastwirt, München
b) 25. 8. 1920, Äußerung im Warteraum des Mietseinigungsamts:
Reichspräsident war neulich in Leipzig auf der Messe besoffen wie ein Schwein; er hat mir mehr wie ein besoffener Schnapsbruder grüßen können.
c) 14. 10. 1920
d) Landgericht München, 14. 2. 1921:
200 M Geldstrafe.

16. a) K., Schriftsteller
W., Druckereibesitzer,
beide in Berlin
b) Flugblatt »Die Stimme der Propheten«.
Artikel: »Das Kapitalverbrechen des Reichspräsidenten Fritz Ebert«.
c) 29. 10. 1920
d) Landgericht I Berlin, 14. 12. 1921:
W. 300 M Geldstrafe.
Gegen K. Strafantrag zurückgezogen wegen Unzurechnungsfähigkeit Ks. Verfahren eingestellt.

17. a) S., Kaufmann, Zwickau i/S.
b) 27. 9. 1920: Reichspräsident Ebert kann mich sonst wo lecken.
c) 1. 11. 1920
d) 25. 2. 1921, Strafbefehl des Amtsgerichts Plauen:
150 M Geldstrafe.

18. a) A., Förster, Stoberau, Kr. Brieg
b) 5. 11. 1920: Ebert, das Obermistvieh, lebe hoch, 32 Millionen in Gold, die er versteuern sollte, hat er in die Schweiz geschafft, und so machen es die Mistviecher alle da oben.
c) 13. 11. 1920
d) Landgericht Brieg, 11. 3. 1921
Freispruch auf Grund § 51 St.G.B.
e) 18. 8. 1921. Ordnungsstrafe des preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten: 300 M Geldstrafe wegen öffentlicher Betrunkenheit.

19. a) Chr., Pfarrer, Rogahlen

b) 19. 9. 1920. Von der Kanzel: Ebert, dieser Sattlergeselle, muß vom Präsidentenstuhl heruntergefegt werden, er ist nicht würdig, den Posten zu bekleiden, er weiß nicht, was er im Suff tut, diese ganze Regierung ist von der Straße.
c) 8. 1. 1921
d) Landgericht Insterburg, 8. 3. 1922:
2 Monate Gefängnis.
e) Verfahren zur Entziehung der Rechte des geistlichen Standes, eingeleitet vom evangelischen Konsistorium der Provinz Ostpreußen.
Ausgang nicht mitgeteilt.

20. a) O., Landwirtschaftlicher Beamter, Wiepkenhagen
b) 16. 11. 1920: Vorwurf ständiger Trunkenheit
c) 24. 12. 1920
d) Landgericht Stettin, 12. 9. 1921:
2 Wochen Gefängnis.

21. a) H., Maschinist, Blankenloch
b) Dezember 1920: Es sei in einem Laden ein Pelzmantel für 50 000 M ausgestellt, der Eigentum von Frau Ebert sei. Der Herr Reichspräsident sei in Baden-Baden und in Karlsruhe besoffen auf der Straße herumgelaufen.
c) 30. 12. 1920
d) Landgericht Karlsruhe, 4. 3. 1921:
2 Wochen Gefängnis.

22. a) Paul B., Schriftsteller
Gustav B., Verleger
Josef R., Schriftsteller,
alle in Tostedt.
b) Januar und Februar 1921, Artikel in der Tostedter Zeitung
a) Gasmasken heraus
b) Man munkelt
c) Eine schöne Geschichte
c) 13. 5. 1921
d) Landgericht Stade, 1. 7. 1921:
Paul B. 5 Monate Gefängnis
R. 500 M Geldstrafe
Gustav B. Freispruch.
Revision Paul B.'s am 12. 1. 1922 vom Reichsgericht verworfen.

23. a) Frau P.
b) Äußerungen in Wahlversammlungen im Kreis Arnswalde
c) 26. 4. 1921 [1])

---

[1]) In der Vorlage: 1922.

d) Strafantrag zurückgezogen am 8. 2. 1922, da Beweis nicht zu erbringen.

24. a) K., Bauführer, Pelkum
b) 25. 2. 1921: Beschimpfungen in einer Wirtschaft (Lump u. a.)
c) 11. 3. 1921
d) Landgericht Dortmund:
600 M Geldstrafe.

25. a) B., Schriftleiter der Sozialistischen Republik, Köln
b) 2 Artikel
19. 2. 1921: Lumpengalerie
19. 3. 1921: Aus Eberts Küche
c) 12. 3. 1921
d) Landgericht Köln, 17. 6. 1921:
3 Monate Gefängnis.

26. a) K., Verbandsdirektor
b) 8. 2. 1921: Ebert ist ein Landesverräter
c) 15. 4. 1921
d) Strafantrag zurückgezogen am 9. 7. 1921, da Beweis nicht zu erbringen.

27. a) Z., Geschäftsführer, Stendal
b) 5. 4. 1921, Versammlung in Stendal:
Kaschemmenbruder, der die Hohenzollern abgelöst hat.
c) 22. 4. 1921
d) Landgericht Stendal, 9. 9. 1921:
1 Monat Gefängnis
e) österreichischer Staatsangehöriger,
ausgewiesen aus Preußen durch Verfügung des Polizeipräsidenten Berlin vom 23. 2. 1922.

28. a) S., Handlungsgehilfe, Reinickendorf
b) 12. 4. 1921: Ebert ist alle Tage besoffen wie ein Schwein.
c) 6. 5. 1921
d) Landgericht I Berlin, 30. 7. 1921:
1 Woche Haft.

29. a) S., Schriftleiter der »Rheinischen Republik«, Köln
b) 25. 6. 1921, Artikel »Der gerächte Ebert«:
Besprechung des Prozesses B [Nr. 25] unter Bestätigung der beleidigenden Behauptungen.
c) 6. 7. 1921
d) Landgericht Köln, 12. 6. 1922[2]):
3 Monate Gefängnis
e) Vollstreckung verboten durch Anordnung der Interalliierten Oberkommission.

---

[2]) In der Vorlage: 1921.

30. a) D., Landtagsabgeordneter, Schriftleiter der Sozialistischen Republik, Köln
    b) 18. 6. 1921, Artikel:
    »Majestätsbeleidigung« und »Feinere Sitten«
    c) 19. 7. 1921
    d) infolge Immunität des Beschuldigten nicht durchführbar.
31. a) K. gen. B., Schriftsteller, Würzburg
    b) Juli 1921: Hetzreden in Versammlungen in Würzburg
    c) 29. 7. 1921
    d) Landgericht Würzburg, 19. 6. 1922:
    2 Monate 15 Tage Gefängnis.
32. a) M., Schultheiß, Altenbruch
    b) 20. 8. 1921 in Sitzung des Kirchspielgerichts:
    Ebert macht die größten Schiebergeschäfte.
    c) 8. 9. 1921
    d) Landgericht Stade, 24. 11. 1921:
    2 Wochen Gefängnis.
33. a) S., Gutsbesitzer, Grieben
    b) 3. 8. 1921: Ebert hat große Güter im Ausland.
    c) 8. 9. 1921
    d) Landgericht Stendal, 29. 5. 1922:
    3000 M Geldstrafe.
34. a) R., Zimmermeister, Neustettin
    b) Juli 1921: Scheidemann und Ebert sind Lumpen, Spitzbuben und Betrüger.
    c) 30. 9. 1921
    d) Schöffengericht Neustettin, 2. 12. 1921:
    500 M Geldstrafe.
35. a) S., Pfarrer, Großliebringen
    b) 8. 9. 1921, Wahlversammlung in Hettstedt:
    Reichspräsident habe 1 500 000 [Mark] für Oberschlesien aus seiner Tasche gegeben, ein Beweis, daß er sich bereichert habe.
    c) 13. 10. 1921
    d) Amtsgericht Stadtilm, 20. 11. 1921:
    Strafbefehl 50 M Geldstrafe.
    Nachträglich beantragte Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt durch Beschluß der Strafkammer in Rudolstadt vom 30. 1. 1922, bestätigt durch Beschluß des Thüringischen Oberlandesgerichts Jena vom 23. 2. 1922.
36. a) H., Oberingenieur
    R., Kaufmann, beide in Potsdam
    b) 30. 8. 1921: R. las in der Eisenbahn Berlin–Potsdam eine Verordnung

des Herrn Reichspräsidenten nebst dessen Unterschrift vor und setzte hinzu: »Der Kaffer«. H. fügte hinzu: »Ist er auch.«

c) 5. 11. 1921

d) Landgericht Potsdam, 12. 1. 1922:
600 M Geldstrafe.

37. a) B., Wegemeister a. D., Wintdorf

b) September 1921: »Der Reichspräsident müsse als Zuchteber und seine Ehefrau als Zuchtsau nach Frankreich.«

c) 27. 9. 1921

d) Landgericht Meseritz, 9. 12. 1921:
2 Wochen Gefängnis.

38. a) B., Postagent, Stöwen

b) Oktober oder November 1921: »Der Staatsbankrott ist da, wir müssen es jetzt so machen wie Ebert, sich die Taschen füllen, Güter kaufen. Jetzt läßt er sich eine Villa von 36 Zimmern bauen.«

c) 28. 1. 1922

d) Landgericht Stettin, 1. 4. 1922:
2000 M Geldstrafe.

39. a) R., Prokurist, Delmenhorst

b) 26./27. 1. 1922. Bezeichnete den Herrn Reichspräsidenten als »den versoffenen Sattlergesellen Ebert«.

c) 9. 3. 1922

d) Landgericht Oldenburg, 6. 5. 1922[3]):
Freispruch mangels Beweises.

40. a) S., Kaufmann, Charlottenburg

b) 7. 11. 1921 Friedrichstraße: Nieder mit der Schieberrepublik, der größte Schieber sitzt noch oben, das ist Ebert, das ist der größte Lump.

c) 18. 12. 1921

d) Landgericht I Berlin, 13. 2. 1923[4]):
Freispruch mangels Beweises.

41. a) T., Pfarrer, München

b) 6. 5. 1922, München-Augsburger Abendzeitung:
Herr Reichspräsident habe im Februar 1921 seinen Gästen die Marseillaise und »God save the King« vorspielen lassen

c) 10. 5. 1922

d) 16. 4. 1923: Strafantrag zurückgenommen, nachdem T. durch öffentliche Erklärung in derselben Zeitung seine Behauptung unter dem Ausdruck des Bedauerns widerrufen hat.

---

[3]) In der Vorlage: 1921.

[4]) Nach Ausweis der Akten in R 54/280. In der Vorlage: 1922.

42. a) F., Parteisekretär, Salzwedel
    b) 21. 1. und 22. 2. 1922. Bezeichnete in öffentlichen Versammlungen den Herrn Reichspräsidenten als Schnapsbudiker[5])
    c) 19. 5. 1922
    d) Landgericht Stendal, 27. 11. 1922:
    20 000 M Geldstrafe.
43. a) Dr. J., Professor
    b) Januar-Heft 22 [sic] der Monatsschrift »Deutschlands Erneuerung«. Aufsatz Führerauslese
    c) 29. 9. 1922
    d) Verfahren nicht eröffnet, da Strafantrag zu spät gestellt.
    e) Disziplinarverfahren, am 6. 9. 1922 eingeleitet vom Preuß. Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.
    19. 1. 1923 J. mit einem Verweis bestraft.
    Verfahren eingestellt, nachdem er in schriftlicher Erklärung an das genannte Ministerium seine Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns widerrufen hat.
44. a) H., Schriftleiter der Mitteldeutschen Presse und Staßfurter Tageblatt, Staßfurt
    b) Artikel vom 2. 6. 1922: Vorwurf der Parteilichkeit, der Felonie und des Eigennutzes
    Artikel vom 18. und 22. 6. 1922: Verbrecher, Hochverräter
    c) 3. 7. 1922
    14. 7. 1922
    d) Staatsgerichtshof, 23. 3. 1923:
    2½ Jahre Gefängnis.
    Zugleich wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Scheidemann und wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik.
45. a) S., Gutsbesitzer, Skohl
    b) 31. 3. 1922 in der Eisenbahn:
    Schieberregierung Wirth und Ebert.
    Witze über Frau Ebert.
    c) Mai 1922
    d) Landgericht Breslau, 11. 7. 1923:
    6 Wochen Gefängnis.
    Revision verworfen durch Beschluß des Reichsgerichts vom 12. 10. 1923.
46. a) G., Kaufmann, Halle
    b) 24. 3. 1922, Versammlung in Halle: Regierung besteht aus Lumpen und Schiebern; wenn ich den Auftrag bekäme, in 3 Tagen Ebert, Scheidemann, Wirth, Rathenau usw. umzubringen, so würde ich es sofort tun.

---

[5]) Nach Ausweis des Vorgangs in R 54/280. In der Vorlage: »Schnapsbädiker«.

c) 16. 5. 1922
d) Staatsgerichtshof, 24. 10. 1922:
9 Monate Gefängnis.

47. a) P., Fleischermeister, Stendal
b) 1. 3. 1922: Herr Reichspräsident habe sich von Großgrundbesitzern die Taschen füllen lassen.
c) 7. 6. 1922
d) Landgericht Stendal, 27. 11. 1922:
2 Wochen Gefängnis.

48. a) S., Dreher, Berlin-Weißensee
b) 24. 6. 1922: Ebert ist ein Lump und ein Strolch
c) 1. 7. 1922
d) Landgericht II Berlin, [12. 12. 1922][6]):
10 000 M Geldstrafe.

49. a) V., Kaufmann, Hannover
b) 28. 6. 1922: Schade, daß solches Lumpengesindel wie Ebert und Scheidemann noch an der Regierung ist.
c) 7. 8. 1922
d) Landgericht Stade, [10. 1. 1923][7]):
20 000 M Geldstrafe.

50. a) P., Museumsaufseher, Potsdam
b) 1. 5. 1922: Wilhelm ist ausgerissen, der hat sich auf unsere Kosten bereichert; und Ebert ist noch ein größerer Lump, der bereichert sich auf unsere Kosten.
c) 21. 7. 1922
d) Landgericht Potsdam, 3. 2. 1923:
Freispruch mangels Beweises.

51. a) V., Hausverwalter, Hamburg
b) 8. 6. 1922: Hochverräter, Staatsverbrecher
c) 6. 8. 1922
d) Landgericht Lüneburg, 20. 10. 1922:
2000 M Geldstrafe.

52. a) H., Gastwirt, Magenbuch (Hohenzollern)
b) 1. 8. 1922: Ebert, der Lumpensäckel, fährt auch heute noch mit Extrazügen
c) 9. 8. 1922
d) Schöffengericht Saulgau, 25. 10. 1922:
3000 M Geldstrafe.

---

[6]) Urteilsdatum nach Ausweis des Vorgangs in R 54/281.
[7]) Urteilsdatum nach Ausweis des Vorgangs in R 54/281.

53. a) von V., Hauptmann
    b) 1921: Die Ebert-Scheidemänner sind ein schlappschwänziges Gesindel
    c) 16. 8. 1922
    d) Landgericht Tübingen, 12. 10. 1922:
    Freispruch mangels Beweises.
54. a) Z., Schriftleiter des »Stralsunder Tageblatts«
    b) Artikel vom 14. 6. 1922[8]):
    Reichspräsident und seine Minister haben leichtfertig einen verbrecherischen, volksverderblichen Generalstreik entflammt, um sich ihre einträglichen Pöstchen zu erhalten. Hochverräter von 1918.
    c) 21. 8. 1922
    d) Staatsgerichtshof, 22. 3. 1923:
    6 Monate Gefängnis.
55. a) B., Student, München
    b) 12. 6. 1922: Ebert ist der größte Lump in Deutschland
    c) 1. 9. 1922
    d) Amtsgericht München, Strafbefehl vom 18. 10. 1922:
    Geldstrafe von 750 M.
56. a) B., Schriftleiter der Emder Zeitung, Emden
    b) Artikel in Nr. 140: Kontensky gegen Ebert
    Artikel in Nr. 143: Aus der Deutschen Republik
    c) 21. 10. 1922
    d) Landgericht Aurich, 13. 2. 1923:
    6 Monate Gefängnis.
57. a) H., Student, Dortmund
    b) 12. 6. 1922: In München rote Badehose geschwenkt.
    c) 5. 9. 1922
    d) Amtsgericht München, [29. März 1924][9]):
    20 Goldmark Geldstrafe.
58. a) Z., Kaufmann, Bretnig
    b) Anfang April 1922. Schrieb in Eingabe an Gemeinderat Bretnig:
    Frau Ebert habe Neujahrsgratulationen mit dem Wortlaut verschickt: »Wir, Frau Exzellenz Ebert, senden herzliche Neujahrsgrüße«; diese privaten Glückwünsche habe sie auf Reichskosten versendet. Er wolle nicht behaupten, daß sie die Dienstmarken vom Schreibtisch ihres Mannes geklemmt habe, aber sie habe versucht, diese Briefe unter die Briefschaften ihres Mannes zu mischen.
    c) 13. 9. 1922

---

[8]) Aus Anlaß des Todes von Kapp.
[9]) Urteilsdatum nach Ausweis des Vorgangs in R 54/283.

d) Schöffengericht Pulsnitz, 8. 11. 1922:
10 000 M Geldstrafe
Landgericht Bautzen, 28. 12. 1922:
25 000 M Geldstrafe.

59. a) J., Haussohn, Wilhelmsburg
b) 7. 8. 1922: Ebert, dieser Schweinehund
c) 8. 9. 1922
d) Landgericht Stade, 1. 11. 1922:
Freispruch wegen sinnloser Trunkenheit.

60. a) L., Kaufmann, Berlin
b) 21. 7. 1922: Wie lange wollt Ihr Euch denn noch von diesem Ebert, dem Moabiter Budikerjungen, regieren lassen?
c) 8. 9. 1922
d) Schöffengericht Berlin-Mitte:
6 Wochen Gefängnis
Beiderseitige Berufung verworfen durch Landgericht I Berlin
am 11. 1. 1923.

61. a) R., Drogeriebesitzer, Limbach i. Sa.
b) Juni und Juli 1922: Seifenpuppen in seinem Schaufenster ausgestellt
c) Oktober 1922
d) Strafantrag zurückgezogen, nachdem R. durch Erklärung im Chemnitzer Tageblatt und Chemnitzer Volksstimme öffentlich sein Bedauern ausgesprochen und Kosten übernommen hat.

62. a) M., Lederhändler, Dresden
b) 13. 6. 1922: Ebert ist ein Verbrecher. Mein schönster Tag würde der sein, an dem die ganze Gesellschaft heruntergehauen würde.
c) 19. 9. 1922
d) Schöffengericht Dresden, 20. 12. 1922:
2 Wochen Gefängnis.

63. a) E., Schriftleiter des Völkischen Beobachters, München
b) Beilage vom 17. 6. 1922:
Gedicht: Genosse Ebert im Jenseits
c) 13. 10. 1922
d) Erledigt durch Tod des Angeklagten.

64. a) S., Filialleiter, Magdeburg
b) 24. 8. 1922: Natürlich, der Reichspräsident hat an all dem Wucher und Elend schuld. Der macht das.
c) 9. 9. 1922
d) Schöffengericht Magdeburg, 21. 11. 1922: 10 000 M Geldstrafe.

65. a) K., Gastwirt, Wiesendorf
b) 10. 9. 1922: Ebert und Buck, diese Lumpen, seien in Prag gewesen und hätten sich die Taschen spicken lassen.

c) 28. 10. 1922
d) Schöffengericht Bautzen:
120 000 M Geldstrafe.

66. a) v. Th., Kunstmaler, Berlin
b) 4. 11. 1922: Ebert soll erst mal seine Waschfrau und seine beiden unehelichen Kinder unterstützen, daß sie nicht verhungern.
c) 18. 11. 1922
d) Erledigt durch Tod des Angeklagten.

67. a) E., Artist, Chemnitz
b) 30. 10. 1922: Erzählte im Wartesaal in Eisenach eine geschmacklose Geschichte mit einem Nachttopf mit 12 Henkeln als Präsidentenkrone.
c) 23. 11. 1922
d) Schöffengericht Eisenach, 6. 6. 1923:
1 Monat Gefängnis.

68. a) D., früherer Abgeordneter, Schriftsteller, Berlin
b) 1922: Schrieb in einer Broschüre über »die Urheber des Mordes an K. Liebknecht und R. Luxemburg« den Zusatz:
»Bei den Akten u. a. Eberts persönliche Note: Karl Liebknecht hält sich unter dem Namen Pandermann bei Frau Lyk, Oranienburger Straße auf. Warum ist er noch nicht beseitigt??? Reichskanzlei zur Überweisung. Kommandantur. Ebert.«
c) 25. 11. 1922
d) Landgericht Berlin, 12. 1. 1924:
Freispruch.

69. a) C., Kaufmann, Schönebeck
b) 25. 9. 1922 in der Eisenbahn:
Ebert, Scheidemann, Noske sind Spitzbuben und Hallunken; wer die deutsche Nationale nicht singt, kann uns am A. lecken; hoch lebe die Flagge schwarz-weiß-rot, nieder oder beschissen die Flagge schwarz-rot-Mostrich!
c) 5. 12. 1922
d) Schöffengericht Schönbeck, 23. 2. 1923:
6 Wochen Gefängnis.

70. a) M., Postbeamter, Bärenstein
b) 30. 3. 1922. Versammlung in Crottendorf:
Die in Deutschland allmächtige Judenschaft nehme für den Posten des Reichspräsidenten Strohpuppen, die möglichst in ihrem Vorleben dunkle Punkte haben.
c) 9. 12. 1922
d) Schöffengericht Scheibenberg, 15. 4. 1923:
Freispruch mangels Beweises.

71. a) G., Polizeibetriebsassistent, Falkenberg

b) 1922: Soll schwachsinnigen Menschen in Ulkuniform als Reichspräsident Ebert in Falkenberg herumgeführt haben.
c) 5. 12. 1922
d) Landgericht Stargard, 13. 11. 1922 [1923?]:
Freispruch.

72. a) H., Mechaniker, Dippoldiswalde
b) Oktober 1922 in der Eisenbahn:
Wenn Arbeiterführer ans Ruder kommen, bereichern sie sich. So haben Reichspräsidenten Ebert ein großes Rittergut und der sächsische Kultusminister Fleißner eine große Apotheke erworben.
c) 13. 12. 1922
d) Schöffengericht Dippoldiswalde, 5. 5. 1923:
5 Tage Gefängnis.

73. a) T., Schleifer, Mittelbach b. Chemnitz
b) 29. 10. 1922: »Ja, du bist auch so einer wie Ebert und Noske. Du bist ein Brotschieber, und Ebert ist ein Reichsschieber.«
c) 30. 12. 1922
d) Schöffengericht Chemnitz, 26. 3. 1923:
30 000 M Geldstrafe.

74. a) M., Berginvalide
b) 30. 10. 1922: »Ebert ist der größte Lump und Spitzbube« (wiederholt).
c) 31. 12. 1922
d) Schöffengericht Stollberg i. E., 9. 3. 1923:
1 Monat Gefängnis.

75. a) N., Eisenbahnbetriebsassistent a. D., Chemnitz
b) 17. 9. und 27. 12. 1922:
2 beleidigende Briefe [bei den Akten]
c) 30. 12. 1922
d) Eröffnung des Verfahrens abgelehnt, da M. wegen Geisteskrankheit entmündigt ist.

Dokumentenanhang II

Droh- und Schmähbriefe an den Reichspräsidenten

Nachfolgend wird eine Anzahl von Zuschriften veröffentlicht, die dem Reichspräsidenten Ebert im Jahre 1921 – zumeist anonym – zugingen.

Von Zeitgenossen aus dem Schutze der Anonymität heraus mit Drohungen und Schmähungen belästigt zu werden, dürfte generell das Schicksal von Staatsmännern zumindest des 20. Jahrhunderts sein. Selten jedoch gelangen derartige schriftliche Zeugnisse in die Öffentlichkeit; sie verschwinden – allenfalls – in den Registraturen und damit in dem Dunkel, aus dem sie gekommen sind. Mögen diese Auswürfe menschlicher Phantasie für den Psychologen und den Mediziner von Interesse sein, der Historiker wird ihnen im allgemeinen keinerlei Relevanz abgewinnen können.

Für die Veröffentlichung im Rahmen der Untersuchung und Dokumentation zu den Beleidigungsklagen des Reichspräsidenten waren drei Gründe ausschlaggebend:

1. Diese unmittelbar an Friedrich Ebert gerichteten Zuschriften ergänzen und vertiefen das Bild des geschmähten Reichspräsidenten, das aus den Beleidigungsklagen gewonnen werden konnte.
2. Eine Reihe der Zuschriften ist im Büro des Reichspräsidenten mit dem Vermerk »zur Sammlung« versehen worden. Daraus kann geschlossen werden, daß in dieser Behörde eine Sammlung anonymer Schreiben angelegt worden war, die jedoch als verloren betrachtet werden muß. Lediglich dieser – im wesentlichen den Zeitraum von 10 Tagen umfassende – Faszikel ist zufällig in einem Mischbestand in das Bundesarchiv gelangt.
3. Den Anlaß zu allen diesen Schreiben bildete – direkt oder indirekt – die Ermordung Erzbergers am 26. August 1921. Durch diesen Zusammenhang gewinnen sie ein gewisses weiterreichendes Interesse; dokumentieren sie doch die schamlose Jubelstimmung oder zumindest die Befriedigung, mit der weite Kreise diesen Mord aufnahmen. Somit sind sie bedrückende Demonstration einer Haltung, die den politischen Mord als Kampfmittel gegen die Republik von Weimar akzeptierte und verherrlichte.

Der Kreis der Schreiber – soweit er aus den Zuschriften erkennbar wird – umfaßt Akademiker wie (Beinah-)Analphabeten. Ebenso ist die Art der Schriftstücke denkbar unterschiedlich: sie reicht von flüchtig mit Bleistift beschriebenen Postkarten bis zu sorgfältig aufgesetzten, maschinengeschriebenen Schriftsätzen.

Die meisten Schreiben bilden ein grausiges Konglomerat von Drohung, Schmähung und Beschimpfung. Die Gesinnung der Verfasser ist fast durchweg »völkisch« oder monarchistisch, die Relikte einer unbewältigten Vergangenheit brechen wieder durch, der Sumpf politischer Vorstellungen, in dem später die Hitlerbewegung üppig gedeihen sollte, zeichnet sich ab.

Der »deutschnationale Jüngling« mit seinem an klassischen Vorbildern geschulten Stil (Nr. 20), der »wahre Bayer«, der seine Schmähungen mit dem Quousque tandem Ciceros einleitet (Nr. 26) – sie stehen hier in einer Linie mit dem analphabetischen Verfasser bloßer Schimpftiraden (Nr. 11) oder den Auswürfen eines anal fixierten Psychopathen (Nr. 27).

Beinahe pathologisch mutet auch der wirre Schriftsatz eines promovierten Verfassers an (Nr. 7), und es fehlt nicht die Selbstbezichtigung eines mit einem riesigen Fragezeichen zeichnenden Wichtigtuers, der die Motive für »seinen« Mord an Erzberger unterbreiten möchte (Nr. 10).

Aus dem Rahmen aller Zuschriften sticht das Schreiben Nr. 14 heraus, das seinen Verfasser als gebildeten Liberalen wilhelminischer Prägung und antisemitischer Grundhaltung ausweist. Auch zumindest drei andere Stücke stellen keine Droh- und Schmähbriefe dar: die Karte des »alten Bekannten« aus Bremen, dessen unsichere Haltung gegenüber Erzberger dennoch deutlich wird (Nr. 9), das Telegramm aus Bad Lippspringe, dessen Text innerhalb der übrigen Stücke wie der

Ruf aus einer Wüste erscheint (Nr. 16), dann die beiden Schreiben des von den Deutschnationalen sich verfolgt fühlenden »Getreuen« (Nr. 18).
Eine zwiespältige Stellung nehmen die mit ihren Namen zeichnenden Verfasser der Stücke Nr. 6 und Nr. 13 ein.
Wie ein roter Faden durchzieht die Genugtuung über den gelungenen Mord an Erzberger viele der Zuschriften. Sie beginnt mit dem telegrafisch übermittelten Ausdruck höhnischer Teilnahme bereits am Mordtag und schlägt sich später in Formulierungen wie »Ein großer Schädling ist zur Hölle gefahren« nieder. Wo Empörung anklingt, da richtet sie sich gegen das »Geseire anläßlich Erzbergers Tod« oder die Tatsache, daß für die Ergreifung der Mörder eine hohe Belohnung ausgesetzt worden war.
Der Erzbergermord stimulierte eine Reihe der Briefschreiber dazu, dem Reichspräsidenten das gleiche Schicksal zu wünschen oder – wenn auch in »unverbindlicher« Form – anzukündigen. Vier Stücke ragen jedoch durch den förmlichen Charakter ihrer Ankündigung aus dieser Gruppe heraus.
Ihre Absender bezeichnen sich als beauftragte Vertreter von Geheimorganisationen mit martialischen Namen: »Kampfbund zum Siege« (Nr. 1), »Fehme« (Nr. 4), »Geheimbund terrorisierter Arbeiter Deutschlands« (Nr. 8), »Zhr. [?] Ausschuß« (Nr. 17). Der Inhalt ihrer Schreiben besteht in dramatisch formulierten Ankündigungen, den Reichspräsidenten zu ermorden oder die Synagogen Berlins in die Luft zu sprengen.
Wer einen politischen Mord plant, kündigt das nicht auf einer Postkarte an. So offenbaren sich diese Zuschriften als Lausbübereien infantiler Gemüter, deren makabrer Hintergrund jedoch deutlich wird, wenn man berücksichtigt, daß es Angehörige einer tatsächlich existierenden Geheimorganisation waren, die zuvor Erzberger ermordeten.
Das mit »Droh- und Schmähbriefe nach der Ermordung Erzbergers an den Herrn Reichspräsidenten beschriftete Konvolut liegt im Bundesarchiv Koblenz jetzt mit der Signatur R 54/276 a vor. Es enthält insgesamt 29 Stücke. Hiervon wurden zwei – ein Begleitschreiben zu einem Exemplar der in Chicago erschienenen »Abendpost« sowie eine Zuschrift mit außerhalb des Zusammenhangs stehenden, langatmigen »politischen Belehrungen« – von der Veröffentlichung ausgenommen. Die übrigen 27 Zuschriften werden im folgenden in der Reihenfolge ihres Eingangs im Büro des Reichspräsidenten wiedergegeben.
Die Stücke tragen in den meisten Fällen den handschriftlichen Vermerk »zur Sammlung« oder »zu den Akten« (»zdA«) mit der Paraphe Dr. Meißners oder Dr. Doehles[1]).
Unterstreichungen im Text werden kursiv wiedergegeben.

Nr. 1

Briefbogen, handschriftlich, Druckschrift. Ohne Eingangsstempel und Vermerk.

Herr Präsident! –
Als Vertreter unseres Komitees teile ich Ihnen mit, das unser Bund »z. Siege« über Ihnen heute das Todesurteil verhängt hat.
Dass Sie bis Weihnachten der Vollstreckung desselben gewärtigt sein müßen verbleibe ich und zeichne

»zum Siege« i. V. R. D.

[1]) Oberregierungsrat (später Unterstaatssekretär) Dr. Doehle leitete im Büro des Reichspräsidenten das Referat »Beleidigungsprozesse«.

Nr. 2

Telegramm vom 26. 8. 1921. Aufgabeort Chemnitz. Eingangsstempel vom 26. 8. 1921.

herrn rejchspraesident ebert berlin
herzlichste tejlnahme zum verluste erzbergers hoffentlich bekommen wir die schwejzer millionen wieder = schubert. +

Nr. 3

Postkarte, handschriftlich. Aufgabeort Oberhausen. Eingangsstempel vom 28. 8. 1921.

Herrn
Reichspräsident F. Ebert
Berlin
Der M. Erzberger hat nur den Lohn erhalten, welchen er verdient hat.
Möchten die Revolutionshelden u. Vaterlandsverräter, welche noch am Leben sind, nur recht bald folgen, denn diese sind am Schmachfrieden ganz allein schuld.

Hochachtend

Oberhausen, 27. 8. 21 [Unterschrift]

Nr. 4

Briefbogen, handschriftlich. Eingangsstempel vom 28. 8. 1921.

Am linken unteren Rand handschriftlicher Vermerk: »Aufgabeort Darmstadt, 27. 8. 21.«
Erzberger †. !
Nächste Reihenfolge:
Ebert – wegen dem Dolchstoß u. der ständigen Amnestiererei von Lumpen wie Sie.
Scheidemann – wie oben
Ledebour » »
Dittmann » »
Dann die Kommunisten!! –

Fehme!

Nr. 5

Briefbogen, handschriftlich, mit Bleistift geschrieben. Eingangsstempel vom 29. 8. 1921.

Ein[2]) großer Schädling ist zur Hölle gefahren und auch Du elender Hanswurst wirst bald folgen. Du alter Trunkenbold und Exmatrosenkneipwirt hast Dein Maß nun voll. Warum ist das Brot nun wieder so teuer geworden? Nur durch Eure Sozialdemokratische Sauwirtschaft und Schieberrepublick! Wer kann sich nun noch satt essen an Brot? Natürlich Du frißt jeden Tag *Kuchen*[2]) und säufst *1* Liter Schnaps dazu und das müssen die Steuerzahler und die Arbeiter aufbringen. Uns hängt das Elend nun zum Halse hinaus. Also gieb acht bald kommst Du an die Reihe.

Ein Hungriger und Familienvater

Wer kann das *Brot*[2]) noch bezahlen?

---

[2]) Jeweils doppelte Unterstreichung.

Nr. 6
Briefbogen, handschriftlich. Eingangsstempel vom 29. 8. 1921.

Würzburg den 26 August 1921
An den Herrn Reichspräsidenten
Herrn Ebert!

Ich möchte Herrn Reichspräsidenten doch höflichst bitten, überall die Augen offen zu halten und keine Versammlungen und Einberufung Nationalverbände der rechtsstehenden zu dulden als wie auch jetzt der deutsche Frontkämpfertag zu Berlin. Unsere junge Republik würde dadurch eines Tags einen jämmerlichen Traum erleben. Wier müssen überall Schutz und Deckung haben, damit wier die Gefahr, wenn sie kommen sollte, rechtzeitig begegnen können. Auch jetzt geht der Kampf auf die Juden wieder los, Antisimitsch aber ich glaube es ist mehr von den rechtsstehenden die Gaudi, um dadurch an die Regierung zu kommen. Ich glaube wier könnten es so weit bringen nur zwei Parteien zu haben eine Republikanische und eine königl. Partei denn wier haben uns jetzt zerfleischt genügend. Die Menschen sterben wie die Fliegen schnell weg alles schon von der früheren Kriegszeit und Ernährung. Unser Volk sollte doch jetzt gescheiter sein und den Aufbau der Neuen Republik mit Hand anlegen, sonst kommen wier überhaupt nie weiter und gehen Elend zu Grund, so will es der Feind sowie die jetzt an der Regierung möchten haben.

Zeichnet
Mit aller Hochachtung
[Unterschrift]
Würzburg
Oberthürg. 11

Nr. 7
Briefbogen, handschriftlich. Eingangsstempel vom 29. 8. 1921.

Hohenstaufen Strasse 51
Berlin W. 30. 28/8/21

Se. Excellenz
Reichspräsident Ebert
Berlin

Euer Hochwohlgeboren erkläre ich, daß nach der Ermordung Excz. Erzbergers, die Anarchie in Deutschland folgen muß! Falls Euer Excellenz nicht ganz energisch die Entente ersuchen will um eine Verdopplung der Reichswehr, so ist eine Demokratie nicht möglich in Deutschland zu halten! Ergebenst in Eile!

[Unterschrift]

Durch die Entwaffnung im Friedensvertrag sind Millionen Soldaten in Deutschland brotlos geworden und treiben zur Anarchie falls sie nicht wieder eingestellt werden.
Nur die Entwaffnungs Unterzeichnung hat Erzberger die Feindschaft aller Soldaten eingetragen die politischen Parteien haben mit dem Mord nichts zu tun!
Eine Psychologische Folge der Entwaffnung
Es sind Militär-Fanatiker, die ihrem Kaiser die Treue geschworen haben und jetzt ihr Gewissen belastet fühlen bis der Kaiser, der Kaiser, gerettet!
(nach Heinrich Heine's »Es zogen nach Frankreich 2 Grenadier)
Heute umgekehrt sich *auf Deutschland belebt*
Bis die Leute nicht befriedigt sind, (pekuniär, vielleicht?) giebt es keine Ruhe in Deutschland!
Excellenz! *Warum erfolgt Stuncke?*
Weil die Rechte sich ohne große *Reichsmacht,* sich niemals unter die *Demokratische Republik fügt!* Sie fordert eine *monarchistisch geleitete* Republik (wenigstens) *mit demokratischen Ein-*

schlag! Sonst kommt der Anprall zwischen Links und Rechts mit dem Endresultat *der Monarchie!* und Welt-Revolution. Draussen.

Nr. 8

Postkarte, handschriftlich. Eingangsstempel vom 30. 8. 1921.

An
seine Exzellenz den Reichspräsidenten
Herrn Fritz Ebert
Berlin
Breslau den 26. 8. 21
Ultimatum an den Reichspräsidenten.
Der Geheimbund terrorisierter Arbeiter Deutschlands wird am 15. Oktober sämtliche Synagogen Berlins und vieler anderer Städte in die Luft sprengen falls bis zu diesem Datum die jüdischen Minister, Staatsbeamten, und Gesandten nicht von ihrem Posten zurückgetreten sind. Sollte die Regierung unserem Verlangen nicht stattgeben, so ersuchen wir die Regierung, die Anwohner der betreffenden Synagogen von der Sprengung zu benachrichtigen und die betreffenden Straßen abzusperren. Wir werden alle Vaterlandsverräter, die uns Arbeiter der besetzten Gebiete dem feindlichen Terror ausgeliefert haben, ob es Juden oder Jesuiten sind, schwer bestrafen, wie der Tod Erzbergers und Gareis[3]) es beweist. Es ist höchste Zeit, daß wir mit Euch aufräumen.
Im Namen aller terrorisierter Arbeiter

Hermann Schwertrichter
Metallarbeiter und 1. Vorsitzender

Nr. 9

Postkarte, handschriftlich. Eingangsstempel vom 30. 8. 1921.

An den Reichs Präsidenten
Ebert
Berlin

Bremen 28. 8. 21

Hochgeehrter Herr Präsident!
Ganz Bremen jubelt über den Mord an Erzberger trotzdem ein derartiger Fall zu verabscheuen ist, aber wer kann für solche Tat zur Verantwortung gezogen werden. Hat Erzberger dem Vaterland Schaden zugefügt dieses wissen Sie am besten zu beurteilen.
Ein guter, alter Bekannter grüßt aus der früheren Heimat

Ihr ergebenster
[Unterschrift]

Nr. 10

Briefbogen, handschriftlich, mit Bleistift geschrieben. Eingangsstempel vom 31. 8. 1921.

den 30. 8. 21.

Herr Reichspräsident!
Um Deutschland vor dem hereinbrechenden Blödsinn zu bewahren, erkläre ich, daß ich den Erzberger Mord nicht aus politischen, sondern aus rein persönlichen Gründen getan habe, da dieser Lump als Finanzminister nicht genug Geld geschluckt hat und noch mich armseeligen

---

[3]) Bayrischer Landtagsabgeordneter, Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Er wurde am 9. Juni 1921 in München auf offener Straße ermordet.

Arbeitsmann durch Börsenspekulation um mein Erspartes gebracht hat. Sie werden mich nicht erwischen. Ich überschreite noch heute die polnische Grenze, wo ich mich augenblicklich auf der Fahrt dorthin befinde.
Politisch habe ich mich in dem deutschen Saustall bisher aller Stimmen enthalten.

?

Nr. 11
Briefbogen, handschriftlich. Eingangsstempel vom 31. 8. 1921.
Auf der Rückseite handschriftlicher Vermerk [Meißners]:
»Aus Merseburg eingegangen.«

Entlich ist der Staatsbumler und Staatsverbreger *Erzberger* bei den Teufel gefahren und das ganße Volk ist voller Freude schade das der andere Bumler nicht auch mit wech ist aber der Steuerverbreger *Wirth* und der haubt Staatsverbreger und Staatsbumler *Eäbert* [sic] die werden bald nach folgen überhaupt die gansen Staatsbumler und Verbreger die das ganße Volk ins Vertärben gestürßt haben, werden alle noch den Weg gehen müßen den Ihr Verbreger Lebt ja bloß von den ganßen armmen Volke ihrem Blute den Ihr Bumler bezahlt doch keine Steuern das Volk soll ales büsen für euch Vaulenser [?] aber das wirt bald ein Schrekensende kommen das Eure Wollust in *Totte* verliert das Volk wird euch den Weg schon zum Totte zeigen den ihr Fagebunten was ihr mit den Feinden abgemacht das kent Ihr garnicht veranworden und das Volk kann es nicht aufbringen den solge Menschen Verbreger müsen weg von der Wlt den Ihr seit noch vil humiger [?] der . . . [?] da herste wenigsten ortung Ihr macht so gar das bisgen Brod so teuer wei ihr eueren mitmenschen keinen Biesen Brod gönt blos das ihr immer in Schwelgerei läben könt und verschiebt noch alles bei die Feinde den ihr frest gewis das Brod nicht was das Volk fräsen mus was den Menschen zum Magen heraus *fault* Ihr habt blos die gewalt das Volk mit Steuern auszuziehen aber zu den schagen [?] habt ihr keine gewalt weil tämligen Vettgefräsen Schweine zu dum seit. Aber we Euch ihr werdet schon noch zietter vor Eurem *Totte* das andre mütlich

Nr. 12
Postkarte, handschriftlich, mit Bleistift geschrieben.
Eingangsstempel vom 31. 8. 1921.

Herrn Reichspräsident
Ebert
Berlin
Auch Sie sollen kein lägeres Spiel mehr mit den Deutschen Volke treiben und sonst geht es Ihnen wie Erzberger

K. u. B.

Nr. 13
Briefbogen, handschriftlich.
Eingangsstempel vom 31. 8. 1921.

Berlin S. den 30 August 1921

An
den Herrn Reichspräsidenten
Ebert
Berlin
An Sie Herr Reichspräsident wendet sich ein einfacher alter nun 60jahr alter Arbeiter und stellt Folgendes vor.

Ich bin Gelegenheitsarbeiter, habe also wechselnden Verdienst. Meine Arbeitskraft läßt nach. Ob ich noch eine kränkelnde Frau ernähren kann weiß ich nicht. Kinder habe ich, aber nur Töchter, welche selbst noch keinen Beruf haben. –
Da nun in letzter Zeit immer wieder eine tolle Hetze der Kommunisten, sogar auch der Sozialdemokraten begonnen hat, welchen ich bisher angehörte, muß ich Sie als Arbeiter doch herzlich bitten: Wirken Sie doch auf die Leute ein, daß sie Ruhe halten. Die drohen immer mit Gewalttätigkeiten, u. kommt dabei nischt Gescheutes heraus.
Warum kann denn nicht mal Friede sein. Arbeit ist doch das Einzigste, was uns noch helfen kann, und Ruhe. Durch Hetzapostel [?] ist noch nie was Gutes gekommen.
Da muß ich denken. Denn der Gedanke Herr Reichspräsident kommt doch, wie war es früher. Ich habe als alter Soldat den Krieg, welchen man uns von feindlicher Seite aufgedrungen hat, mitgemacht, und stand mitten in Frankreich. Die Sache stand gut. Die Engländer und Franzosen hätten es nicht mehr lange ausgehalten, als wir auf einmal einen Dolch in Rücken erhielten. Im Vaterlande fachte man eine Rebellion an, welche besser unterblieben wäre, denn besser ist es doch nicht geworden. Wir haben uns entwaffnet, und sind nun eine Beute unserer Feinde geworden.
Wie sollen wir Arbeiter denn die Lasten nochaushalten. Nun kommt das Erzbergersche Attentat. Jeder von uns verurteilt das. Man kann doch schließlich ganz anders denkende Leute in der freien Republik für die Tat eines vielleicht durch Not zur Tat getriebenen Menschen nicht verantwortlich machen.
Ich bitte Sie daher lassen Sie Gewalttäter nicht zu halten Sie im Deutschen Reiche Ruhe.

[Unterschrift] Arbeiter
Berlin S. Wassertorstr. 3 b [36?]

Nr. 14
Briefbogen, handschriftlich.
Eingangsstempel vom 31. 8. 1921.
Leipzig am 30. August 1921

An seine Exzellenz
den Herrn Reichspräsidenten Ebert
in Berlin
Eure Exzellenz
bitte ich im Interesse der Republik die Verordnung über den Ausnahmezustand[4]), die heute in den Blättern erschien, sofort wieder zurückzunehmen. Ich bin Demokrat und schätze die republikanische Staatsform als den Boden für ein freies selbständiges Bürgertum. Mit solchen Mitteln wie der heutigen Verordnung tragen Sie aber die Republik zu Grabe. Ich glaube aus dem Gedankenkreis der Verordnung, die sich übrigens verfassungsrechtlich kaum halten läßt, jene talmudistische Sophistik herauszulesen, die dem Reiche schon mehr als einmal schwere Wunden schlug – bei dem Aufruf der Regierung zum Generalstreik während des Kapp Putsches, bei der Wucherverordnung – weil sie schwarz in weiß zu verwandeln versteht und damit alles Rechtsbewußtsein vernichtet. Sie glaubt hier wieder jedes Mittel heiligen zu können, weil der Zweck dies zu verlangen scheint. Sie übersieht aber, daß eine Regierung sich selbst aufgiebt, wenn sie ein solches Mittel anwendet. Lassen Sie sich an das Wort Napoleons erinnern, daß in der Politik eher ein Verbrechen als eine Dummheit zu verzeihen ist, geben Sie sich und damit dem deutschen

[4]) Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Vom 29. August 1921.

Staat das Selbstbewußtsein wieder, indem Sie die Maßnahmen zum Schutze seiner Existenz in verständigen Grenzen halten.

Eurer Exzellenz
sehr ergebener [Unterschrift]
ehem. M. d. R. [?]

Nr. 15
Telegramm vom 31. 8. 1921. Aufgabeort Hamburg.
Eingangsstempel vom 31. 8. 1921.

Reichspraesident Ebert Berlin
widerlich ist das geseire anlaesslich erzbergers tod angesichts im weltkriege ermordeten millionen menschen angesichts aller hingemordeten freiheitskaempfer

bernhard busch

Nr. 16
Telegramm vom 31. 8. 1921. Aufgabeort Bad Lippspringe.
Eingangsstempel vom 31. 8. 1921.

Reichspräsident
Berlin
gewaltige zahl hiesiger bürger protestieren einmütig gegen jeden politischen meuchelmord im falle erzberger wird schärfste sühne verlangt alle versammelten stehen geschlossen auf dem boden der republik und verlangen deren wahrung

veller bielefelderstr. 28

Nr. 17
Briefbogen, maschinenschriftlich.
Eingangsstempel vom 1. 9. 1921.

An den Reichspräsidenten
Herrn Ebert!
Wir warnen Sie hiermit zum letzten Male noch weiter so mit dem deutschen Reiche Schlamperei zu treiben und nur ihre Genossen zu unterstützen.
Sehen wir nicht sehr bald eine Besserung in der ganzen Wirtschaft, dann wird es Ihnen genau so ergehen wie Ihrem Genossen Erzberger.

Der Zhr. Ausschuss.

Nr. 18
Zwei Briefbogen, handschriftlich vom gleichen Verfasser.
Der erste trägt den Eingangsstempel vom 2. 9. 1921.

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!
Bitte veranlassen Sie doch, daß man auch einmal das Augenmerk auf den 14 Tage vor Erzbergers Tod aus dem Gefängnis entlassenen früheren Fahnenjunker und Gymnasiasten Hirschfeld, – der schon einmal ein Attentat auf Erzberger gemacht hatte –, richtet. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß dieser Jüngling nun doch noch seine frühere Absicht verwirklicht hat. Denn es läßt sich wohl denken, daß dessen Rache nun noch größer war. Das heißt, es ist nur eine Vermutung, daß v. Hirschfeld ja auch der Täter sein kann.
Ich habe das Gefühl, ich *muß*[5]) tun, was ich tue. *Ein Getreuer!*

Ich darf nicht unterschreiben. Die Deutschnationalen verfolgen mich. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Brief doch in unberufene Hände kommen könnte, und dann hätten sie mich; ich muß mich sehr vorsehen vor dieser Gesellschaft.

Mit gesinnungsfreundlichem Gruß!

Wir kommen im Leben vielleicht einmal zusammen, dann werde ich Ihnen davon erzählen, auch dann nur, wenn sich meine Vermutung bestätigen sollte.

Jedenfalls bin ich
Ihr Getreuer.

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!
Zur Sache Oltwig v. Hirschfeld. In Bernburg ist ein Lehrer (Namen kenne ich nicht und eine Frau, deren Namen ist mir ebenfalls nicht bekannt) letztere ist ein ausgezeichnetes *Medium.*
Lassen Sie sie mit dem Lehrer nach dem Tatort bringen. Sie wird *genau* den *ganzen* Vorfall beschreiben, sie wird *genau* auch *sagen,* wer die oder *der*[5]) Mörder ist und wird *auch sagen,* wo sie oder er sich aufhält.
Eine Mordsache ist wie s. Zt. die Zeitungen berichteten, schon in vorbeschriebener Weise aufgeklärt worden durch *dieselbe Frau.*
Entschuldigen Sie, daß ich *vorsichtshalber* meinen Namen verschweige. Ich muß!

Ein Getreuer!

Nr. 19
Briefbogen, mit Kopierstift geschrieben.
Eingangsstempel vom 2. 9. 1921.

Berlin 1. 9. 21

Genosse Fritz Ebert.
Nu hör mal Fritze, du verstehst das regieren, ich meine das unparteiische, aber auch garnicht, was machste denn für Blödsinn, warum sollen nur die Rechtsparteien nichts tun, glaub man oller Genosse unsere Partei ist Dir und Deiner Judenclique gefährlicher als die von rechts, denn wenn die linke ans Ruder kommt, dann bammelt ihr kommt aber die rechte dann setzt es höchstens mal wider eine Spazierfahrt nach Karlsruhe. Überhaupt wir haben uns greulich getäuscht in Euch Genossen von der Zunft, Man [?] was haben wir früher über Paraden u.s.w. geschimpft u. heute Fritze, na ich glaube ja das es Dir ollen Proletariersohn imponiert wenn vor Dir präsentiert wird, aber Junge die Figur die Du und die anderen Genossen abgeben, ne Fritze da weint einen das alte Soldatenherze, Mensch geh nur nicht wider vor die Front es ist Dir lächerlich. Weist Du noch durch was Du u. die anderen Genossen das geworden sind was Ihr seit, nur durch Hochverrat und Meuterei von Euch angeregt und aufgestachelt; soll ich erzählen . . ., und heute regt Ihr Euch darüber auf wenn andere Parteien dasselbe tun. Ich habe verschiedene sehr schöne Sachen zwischen Dir Scheidemann u. Noske, die Dessauerstr. wird sich freuen wenn ich Ihr das anbiete. Bei mir hat es auch geheißen von Eurer Seite: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan er kann gehen.
Es ist man gut das Erzberger das Schwein tot ist, hoffentlich folgt Ihr u. die ganze Clique bald. Zeit wird' Ihr Maulwürfe des Vaterlandes.
So Genosse ich wüsste noch mehr zu schreiben aber die Wut erstickt einen bald. Na jedenfalls wünsche ich Euch Genossen bald eine fröhliche *Himmelfahrt,* daß wir wieder einen Kaiser kriegen, dazu will ich und meine Kameraden ehrlich helfen, denn das bekommt man wenigstens einen Dank.
Nun sei gegrüßt oller Genosse ich würde Euch gern eine Krawatte drehen, na wills Gott bald. Meinen Namen möchtste wissen, oha ich bin nicht dumm und auch nicht verrückt, Fritze.

---

[5]) Jeweils doppelte Unterstreichung.

Nr. 20
Briefbögen, maschinenschriftlich.
Eingangsstempel vom 3. 9. 1921.

An den Präsidenten des Deutschen Reiches,
Mit tiefem Bedauern haben Tausende und Abertausende *Deutsche* davon Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung für die Ermittelung der Mörder des ehemaligen Reichsministers und Mitgliedes der Waffenstillstandskommission etc. *Erzberger* eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt hat. Hätte sie das auch getan, wenn *Hindenburg* ermordet worden wäre? Zu einer Zeit, da an allen Ecken und Enden gespart werden muß, zu einer Zeit, da wir noch nicht wissen, was die Zukunft uns bringt; für einen Mann, der indirekt und direkt *schuld* ist an unserem Elend! An dem Elend auch der Arbeiter, der *sozialdemokratisch-republikanischen Arbeiter!*
Mit großer Entrüstung hat das Deutsche Volk Kenntnis genommen von der neuesten Verordnung und dem Aufruf der Regierung. Diese Verordnung, die wohl eigentlich gegen *alle* Kreise gerichtet sein müßte, die »zur *gewaltsamen Änderung* oder Beseitigung der Verfassung, zu *Gewalttaten* gegen *Vertreter* der *republikanisch-demokratischen* Staatsform und zum *Ungehorsam* gegen die Gesetze auffordern oder *anreizen* oder eine Billigung oder *Verherrlichung* solcher Handlungen darstellen oder die verfassungsmäßigen Organe *verächtlich* machen.« Wohlverstanden, aller Zeitungen! Nicht *nur* der Rechtsstehenden, die einzig und allein deshalb verboten werden, weil sie die *Wahrheit* sagen, die bekanntlich von niemand gern gehört wird, auch von »Vertretern der republikanisch-demokratischen Staatsform« nicht.
Welche rechtsstehende Zeitung spricht wohl, von *gewaltsamer Verfassungsänderung?* Aber die Revolution von 1918 war *keine* – denn – sie wurde von »Vertretern der republikanisch-demokratischen Staatsform« gemacht. Als solche sind nach der Verordnung doch wohl alle *sozialdemokratischen* Arbeiter anzusehen!
Wer fordert zu *Gewalttaten* auf gegen die »Vertreter u.s.w.«? Doch nicht etwa die »Deutsche Zeitung« u. ä.? Aber der Kämpfer, die Rote Fahne tun es. Warum werden die nicht verboten? Wer verlangt Ungehorsam? Die Sozialdemokraten! Hat man schon einmal von Aufforderung zum Ungehorsam im Sinne der Verordnung von rechtsstehenden Personen gehört? Aber wenn die Sache von links ausgeht?
Wer *verherrlicht* russische Zustände? Wer verherrlicht Raub, Mord, Verfassungsbruch, gewaltsame Verfassungsänderung? Die Kommunisten – siehe Hölz! und warum werden deren Blätter nicht verboten?
So könnte ich noch mehr anführen – ich will es nicht tun! Immer und immer wieder würde ich die Frage aufwerfen: »Warum bleiben die linksstehenden Parteien unbelästigt? Warum fürchtet ihr euch vor uns und nicht vor denen?« Glaubt, die Gefahr ist größer! Denn erst kommt ein Linksputsch, ehe ein Rechtsputsch kommt!
Der Aufruf ist ein Hohn, ist ein Schlag ins Gesicht des Deutschen Volkes! Man macht sich damit lächerlich im Ausland! – Hättet ihr nicht unterschrieben, die Erzberger und Scheidemann, und Wirth und Ebert und wie sie alle heißen, das Elend wäre nicht! Auf euch der Fluch, auf euch! Ihr seid schuld an unserem Elend, nicht die Kapitalisten! Und da setzt die Reichsregierung für die Mörder »Erzberger's« 100 000 Mark Belohnung aus! So verwerflich der Mord auch an und für sich vom moralischen Standpunkt aus ist – so gut ist er vom politischen Standpunkt aus! Einst wird es das Volk, das jetzt tobt um den Mann, der ihm die harten Steuern auferlegte, froh sein, daß er tot ist!
Wer war es denn, der in Oberschlesien Deutsche schützte vor den Greueltaten der Polen? Wer ist es denn, der für das Leben jedes Bedrohten eintritt? Die von euch so verhaßte Orgesch! Verhaßt, weil sie das Rechte will, weil sie Ruhe schaffen will! Und die soll es nicht geben! Auch unser Tag kommt! Jetzt frohlockt ihr – einst frohlocken wir! Und ist es nicht heute und morgen, so ist es später! *Wir* kommen dran, die Jungen! Und wir *vergessen nicht!* Würde sich ein Sozialdemokrat dann hinstellen vor Ebert, vor Wirth und sie schützen mit seinem Leib? Nein!

Würde ein Deutschnationaler sich opfern für seinen Kaiser, für Hindenburg, Ludendorff? Ja, jeder würde es freudig tun, jeder!
Auch unsere Zeit kommt. Nur jetzt müssen wir dulden und stillehalten. Aber wir vergessen nichts. Wir wollen siegen, wir müssen siegen und wir werden siegen.

Dennoch!

Das schreibt einer, der besser weiß, was seinem Volk gut ist, als mancher Mann. Das schreibt ein Deutschnationaler Jüngling.

Nr. 21
Postkarte, handschriftlich.
Eingangsstempel vom 3. 9. 1921.

An den
Reichspräsidenten
Fr. Ebert
Berlin
Wilhelmstr.
Usurpator!
Wir hassen Sie und wir werden Sie stürzen, sobald die Zeit dazu reif ist.
Totengreber Deutschlands, elender Verräter!
Internationaler Schwindler!
Sie haben uns Arbeiter belogen und betrogen!!

Nr. 22
Postkarte, handschriftlich, mit Kopierstift geschrieben.
Eingangsstempel vom 3. 9. 1921.

An den
Reichspräsidenten Ebert
Berlin
Auch ich habe die Verordnungen der Reichsregierung und die Verbote gegen die bürgerlichen Zeitungen, die Sie und Dr. Wirth bestimmt haben, gelesen. Ich will nun nur darauf aufmerksam machen, daß Sie sich, Dr. Wirth und die ganze jetzige Regierung nun erst recht lächerlich gemacht haben, denn das ganze rechtsdenkende, gesittete u. gebildete deutsche Volk sieht nun erst recht, was wir seit Ende 1918 für eine wankelmütige, scheinheilige und Lausbuben-Regierung haben. Sie, Dr. Wirth und das ganze jüdische Gesindel mit, haben sich nun erst recht ihr Grab gegraben, sie alle werden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen. Ich kann Ihnen nur raten, die Verordnungen und Verbote sofort wieder aufzuheben, denn der Mord an Erzberger ist kein politischer. Alle rechtdenkenden und deutschgesinnten verdammen den Mord, auch ich, aber Erzberger hat eben seine gerechte Strafe für sein falsches, hinterlistiges und ungerechtes Tun und Handeln bekommen. Anderseits hatte doch Erzberger in politischer Hinsicht keine Nummer mehr, denn er war doch nicht mehr Minister. Also ist das eine ganz gewöhnliche Mordsache, die der Regierung weiter garnichts angeht und für solche Sachen vergeudet die Regierung M. 120 000! Hätten Sie lieber das Geld zur Unterstützung armer Arbeiterkinder verwendet. Aber wir wissen jetzt, wie Sie mit samt den jüdischen Gesindel sauwirtschaften zum Schaden der deutschen Arbeiter und des ganzen deutschen Volkes.
Wehe Ihnen und ihren Anhängern, wenn das deutsche Volk wach wird!

Nr. 23
Briefbogen, handschriftlich.
Eingangsstempel vom 4. 9. 1921.

Berlin den 3. September 1921

Herrn Reichspräsidenten Ebert!
Sie scheinen gar nicht zu wissen, was Sie und Ihre Genossen Ratgeber damit im deutschen Volke wieder anrichten indem Sie den Lokalanzeiger u. alle rechtsstehenden Zeitung auf 14 Tage verboten haben. Alle Stellungsuchenden sind dadurch gehindert sich um Stellung zu bemühen, wir können ja 14 Tage lang die Hände in die Hosentaschen stecken und wenn wir Hunger haben stecken wir die Zunge heraus. Warum verbieten Sie denn die rote Fahne nicht u. die Freiheit, oder sind Sie der Meinung daß diese beide Zeitungen einem anständigen Bürger Brot bieten. Ein anständiger Bürger hat wohl noch nicht in einer roten Zeitung eine Stellung gefunden, sondern sein Brot immer nur in einer rechtsstehenden Zeitung gefunden. Die Roten-Brüder können u. dürfen auf dem Schloßplatze spazieren gehen, die bekommen ja auch von Herrn Ebert arbeitslosen Unterstützung für die Steuern der anständigen Bürger können die auch Demonstrationen veranlassen u. Ihre roten Fahnen spazieren führen.
Möchte doch nur der Teufel die Republik holen samt Herrn Ebert und Genossen.
Die Kugel die Erzberger getroffen ist noch viel zu schade – eine Feuersäule müßte vom Himmel kommen u. die rote Schwefelbande vernichten[6]). Weil es Herrn Ebert wieder paßt das Mäntelchen um seine roten Genossen zu hängen, guckt der anständige stellungsuchende Bürger aus dem Fenster u. steckt die Zunge heraus, wenn er hunger hat.

Ein armer anständiger
stellungsuchender Bürger

Nr. 24
Briefbogen, handschriftlich, mit Kopierstift geschrieben.
Eingangsstempel vom 5. 9. 1921.

z. Zt. Baden, 4/9. 21

S.(attler)[7]) M.(eister)[7]) Ebert Berlin
Nichtswürdig die Nation, die nicht einsetzt ihr Alles für die Ehre ihrer Erhaltung. Nichtswürdiger war ihr Freund Erzberger, der vom pfäffischen Ehrgeiz getrieben, zum Vaterlandsverräter ward. Ich erinnere mich sehr genau der früheren Kämpfe Grillbergers gegen das Zentrum, die mir, als selbst Katholik, zusagten. – Und Heute? –
Ich verdamme jeden Mord, aber auch jeden *Gewaltakt* in die persönliche Freiheit und Anschauung, der jetzt unter Ihnen protegiert wird.
Durch Eure Gewaltakte wird man zum Mord gedrängt. Prof. Spahn's Austritt aus der Zentrumerfraction gibt den deutlichsten Beweis und Anregung zu Nachahmungen.
Heben Sie Ihre Verfügung vom 29. 8. raschest auf, andernfalls folgen Sie Ihrem Freund E. ebenso raschest nach[8]).

Im Auftrag mehrerer Deutsch = nicht
römisch Katholiken
Guter Schütze

---

[6]) Von »Die Kugel . . .« bis ». . . vernichten« roter Randstrich.
[7]) Die in Klammern gesetzten Buchstaben sind in betont kleiner Schrift geschrieben.
[8]) Von »andernfalls . . .« bis ». . . nach« Randstrich vom Schreiber.

Nr. 25
Postkarte, handschriftlich, mit Bleistift geschrieben.
Eingangsstempel vom 5. 9. 1921.

Dem Herrn Reichspresiedent
Berlin
Solche Lumpen müssen des Grausiegen Langsamen Todes sterben, so wie unsere armen *Kinder* und *Greise,* durch daß Elend welches die *Lumpen durch Schmiergelder* der *Entente* hervor gebracht haben Einer von [?] den Guten [?] die unsere *Flotte* unsere *Waffen* unser *Volk verraten verkauft,* dem *Kapitalist er selbst* sein *Vermögen ins Ausland gebracht,* dem *deutschen Arbeiter* seine *Lasten,* sein *Hunger* und *Elend heraufbeschworen haben* hat man sein Leben ein Ende gemacht
Es folgen die andern, nur Gedult.

Nr. 26
Briefbögen, maschinenschriftlich.
Eingangsstempel vom 14. 9. 1921.

E b e r t !
Wie lange gedenken Sie noch den sogenannten Reichspräsidenten, zu dem Sie das Deutsche Volk nicht gemacht hat, zu spielen? Wir in Bayern lassen uns von ihnen in keiner Weise etwas sagen, auch haben Sie uns in Bayern gar nichts zu befehlen. Wir Bayern sind gewohnt, nicht vom Berliner Strassengesindel u. roten Terror, sondern von München aus regiert zu werden. Das ganze bayer. Volk steht zu ihrer Regierung, hält getreu zu ihrem Min. Präsidenten Exzellenz von Kahr, mit Ausnahme des roten Lumpengesindels, das wir nicht brauchen u. dem wir schon fertig werden.
Von einer linksorientierten Reichsregierung, mit Ihrer grässlichen Schnauze an der Spitze, wie sich die jetzige Regierung zusammensetzt, wenn auch nur für eine ganz kurze Zeit, lassen uns in Bayern von Ihnen u. Ihrem sauberen roten Anhang nichts gefallen, denn wir haben in Bayern Gott sei Dank eine Bayer. Regierung, die eine ausgesprochene bürgerl. Regierung ist, keine Regierung von Revolutionsgewinnlern u. sonstigen Gesindel von Reichsverderbern u. spartakistischen Lumpenproletariat an der Spitze mit Ihnen als Sattlergehilfe u. Gastwirt von einem der verrufensten Berliner Schnallen- u. Hurenviertel mit Ihrer hochgeborenen Berliner Putz- Wasch- u. Abortfrau. Sie als sich nennender Reichspräsident haben dem Deutschen Volk gar nichts zu verordnen, keine Handlungen vorzunehmen. Sie haben sich mäuschenstill zu halten u. haben baldigst mit Ihrer gesamten sogenannten unsauberen Reichsregierung Wirth, Schiffer, Gessler, Ratenau u. wie diese Burschen alle heißen, das Feld zu räumen.
Nach der famosen Weimarer Verfassung, die wir wahren Bayern niemals anerkennen werden, weil sie uns in eine totbringende Abhängigkeit von den Berlinern gebracht hat, soll der Präsident des Deutschen Reiches vom Volk gewählt werden. Sie als Sattler sind aber nicht vom Volk gewählt, sondern von einem Haufen bolschewistischen Strassengesindel, das Sie zum Volksbeauftragten erkoren – ein feiner Auftraggeber! Seit 2 Jahren warten wir auf die Wahl vergeblich!
Schamlose Beleidigung ist es, wenn Sie, Wirt u. Genossen jetzt Verordnungen und Verbote ergehen lassen, sozusagen als Racheakte für den Lumpen Erzberger, ehe noch festgestellt werden kenn, wer den Gauner Erzberger niederstreckte, *der ja als Held in der Deutschen Geschichte gefeiert werden muss,* will man dies einer Partei anhängen[9]).

[9]) Von »für den Lumpen . . .« bis ». . . anhängen« roter Randstrich.

Aber, festgestellt ist folgendes:
Herr Wirt, der sich Reichskanzler nennt, rote Verbrecher der Parteien, die jetzt auf die Strasse gerufen werden, um sein wackeliges Trönchen zu stützen, haben seiner Zeit dem Oberstleutnant von Klüber die Hände abgehackt, dem Fliegerhauptmann Berthold den Körper zerrissen u. andere vor dem Schöneberger Rathaus zertreten. Das sind lauter Leute, mit der der saubere Wirt jetzt regiert.
Als der Mörder Wirth von Klübers bestialischer Hinschlachtung gehört hat, dieses prächtigen Menschen, der in Bezug auf Reinheit des Charakters wohl kaum mit dem Schlawiner Erzberger in einem Atem genannt werden kann, hat da Wirth die Haare geraust u. geheult, wie jetzt am Sarge des Schwindlers Erzbergers. Es blamiert sich jeder so gut er kann. Was wir Bayern empfinden, fühlen, das kann uns kein Ebert u. kein Wirt jemals nehmen. Es wird *Ihnen*[10]) dringendst nahe gelegt, dass *Sie*[11]) u. *Ihre ganze Sippe*, die sich jetzt noch Reichsregierung nennt, *sofort zurücktreten*, wenn nicht, dann wird schon daführ gesorgt werden, dass die ganze Bande bald wegkommt.

[Unterschrift unleserlich]

Nr. 27
Vier beschriebene Seiten (Schulheftblätter?), handschriftlich.
Eingangsstempel vom 14. 9. 1921.

An Sattlergesellen Ebert.
Du alter Esel, du versoffener Hund, du dussliger Sattlergeselle du willst regieren. du kannst vor Suff nicht grade stehn bist zu dämlich zum Scheißen und willst anständige Menschen chikanieren du Ochse, du willst uns verbieten eine anständige Zeitung zu lesen die die Wahrheit über dich Lumpen und deine Anhänger schreibt. Leider schreibt sie noch nicht gut genug es muß heißen: Nieder mit dem Arbeiteräßtern und vor allem Nieder mit dem dreckigen Sattler-Ebert. Dir Lumpenplunder werden wir beibringen unser stolzes schwarz-weißrot zu verbieten. Die Deutschnationalen, sie leben hoch! *Hoch die Monarchie!* Du dreckiges Stück Mist, du und deine Anhänger sowie deine Olle werdet nächstens ebenso übern Haufen geschossen wie der Schwindler Erzberger. Aber deine Leiche, du Verbrecheraß[12]) wird noch mit Scheiße beschmiert. Du dussliges Hundeluder willst den Ehrenrock unsers geliebten Kaisers verbieten? Der unser Stolz und Ehre ist und bleibt? Dir versoffenen Hund kommt freilich so eine ehrenvolle Uniform nicht zu. Für dich ist's gut wenn du dir deinen Sattlerlumpen um den Asch hängst denn für was Bessres hast du ja keine Verstehste.
Du dämlicher Esel kannst dich blos besaufen und alle anständigen rechtsstehenden nationalgesinnten Kaisertreuen Menschen beschwindeln und betrügen du alte versoffene Sau. Dein »Minister« Wirth der Steuererpresser ist ebenso ein Luder Ihr wascht Euch Eure mistigen Pfoten und Schnauzen an unserm Gelde, Ihr Räuber, Ihr saufgierige Bande.

Nieder mit Euch!

Es lebe unser Kaiser und sein Haus! Hurra!
Euch versoffne Blase geht's nächstens an die Kehle[13]).
Nieder mit Euch Einer nach dem Andern. Wir kriegen Euch doch Ihr Hunde verdammten. Ihr habt wohl Ahnung vom Saufen und Scheißen aber vom Regieren versteht Ihr großen Dreck. Ihr könnt mal jedem das Arschloch untersuchen und den Scheißhaufen und dann noch der Größe nach versteuern. Wir schwören Euch Rache! Ihr Blutsauger Ihr faulen Hunde. Nochmals nieder mit dir und deiner versoffnen Brut. Zerhackt sollt Ihr werden und die versoffnen Schnauzen zerrissen.

[10]) Fünffache Unterstreichung.
[11]) Doppelte Unterstreichung.
[12]) Von ». . . sowie . . .« bis »Verbrecheraß . . .« roter Randstrich.
[13]) Von »Es lebe . . .« bis ». . . Kehle« roter Randstrich.